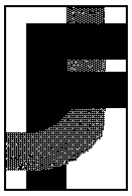
Universität
im Zwiespalt von Geist und Macht

Zu Ergebnissen und Erfahrungen der hochschulpolitischen Umbrüche in Deutschland von 1945 und 1989/90



Jena 1996
Schriftenreihe des Jenaer Forums
für Bildung und Wissenschaft e.V.

Protokoll einer Tagung des Jenaer Forums für Bildung und Wissenschaft e.V. anläßlich des 50. Jahrestages der Wiedereröffnung der Friedrich-Schiller-Universität Jena am 24. und 25. November 1995 in Jena

Manfred Weißbecker

Vorwort

Das Jenaer Forum für Bildung und Wissenschaft e.V. lud in den Novembertagen des Jahres 1995 - ein halbes Jahrhundert nach der Befreiung vom Faschismus und fünf Jahre nach erneut gravierenden Veränderungen an deutschen Universitäten - zur Diskussion eines Themas ein, das der gründlichen Debatte und eines sachlichen Umgangs mit der Geschichte großer gesellschaftlicher und hochschulpolitischer Umwälzungen bedarf.

Wie kaum ein anderes scheint es allerdings durch wissenschaftsfremde, parteiisch-egoistische Intentionen überlagert zu sein, wie kein anderes geeignet zur Instrumentalisierung durch jeweilige interessengeleitete Ambitionen. Unter deren tarnendem Mantel stehen jedoch unzählige Fragen im Raum, die das gegenwärtig praktizierte Verhältnis von Politik und Wissenschaft betreffen, die den hehren und doch wohl unrealisierbaren Anspruch auf eine unpolitische Wissenschaft ebenso wie den häufig anzutreffenden Mißbrauch von Wissenschaft zugunsten von Politik berühren.

Das nunmehr seit fast vier Jahren existierende Jenaer Forum behandelte in der Zeit seines Bestehens zahlreiche und interessante Themen aus vielen Wissenschaftsgebieten, doch befand sich bisher noch keines darunter, das sich so eng und unmittelbar auch mit der jahrzehntelangen Tätigkeit vieler Mitglieder als Hochschullehrer und Universitätsverantwortliche verknüpfte. Unsere bisherige Zurückhaltung in wissenschafts- und hochschulpolitischen Belangen mag verständlich sein, wenn das Ausmaß der „Wende“ und ebenso die ungerechtfertigte, in vieler Hinsicht auch unrechtmäßige „Abwicklung“ in Rechnung gestellt werden. In irgendeiner Weise waren wir alle von einem Prozeß betroffen, der da „Evaluation“, „Aufarbeitung“ oder „Vergangenheitsbewältigung“ hieß, in der Regel jedoch kaum etwas anderes gewesen ist als ein Mittel der Umwälzung selbst.

In der Tagung sollte es um mehr gehen, als allein tatsächliche und vermeintliche Fehlentwicklungen analysieren und individuell verarbeiten zu wollen. Es wurde der Versuch gewagt, in anderer, in sinnvoller Weise zurückzuschauen, denn: Ein komplexes, wissenschaftliches Herangehen erscheint dringend geboten und auch möglich. Nicht allein der wachsende zeitliche Abstand, die Fülle der insgesamt zu berücksichtigenden Tatsachen sowie die neuerlich negativen Erfahrungen mit selektiven Betrachtungsweisen boten eine hinreichende Grundlage zu produktiver Debatte. Daß dieses auch über politische Lager hinweg und ohne subjektiv färbende Rechtfertigungszwänge möglich ist, bewies die Diskussion, zu der sich annähernd 50 Wissenschaftler zusammenfanden. Allerdings blieb die an den Rektor sowie an alle Dekane der Friedrich-Schiller-Universität ergangene Einladung zur Tagung ungenutzt, auch dies letztlich wohl ein Ausweis für die Aktualität des Tagungsthemas.

Der im Vorfeld der Tagung von Manchem vielleicht erwartete Ost-West-Zwist blieb weitgehend ausgespart (obwohl in den Beiträgen und Diskussionsrunden der Konferenz viele teils sehr bittere persönliche Erfahrungen mit der rigiden Anpassung der DDR-Hochschule an den bundesdeutschen Wissenschaftsbetrieb zur Sprache gekommen waren). Die von Prof. Dr. Reinhard Kühnl und Torsten Bultmann vehement vertretenen Konzepte des Bundes demokratischer Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler (BdWi) fordern eine dringende Effektivierung und Demokratisierung der bundesdeutschen Hochschule, charakterisieren die Wege der „Hochschulerneuerung“ im Osten als völlig verfehlt und waren damit

nahezu deckungsgleich mit den Erfahrungen der ostdeutschen Wissenschaftler. Zum anderen war der Hannoveraner Prof. Dr. Manfred Heinemann (Hannover), ab 1990 mit der Abwicklung ostdeutscher universitärer Einrichtungen beschäftigt, um moderate Töne bemüht, wich politischen Zuspitzungen weitgehend aus und griff dafür auf Erklärungsmuster zurück, die von spezifischen soziologischen Besonderheiten der Akademikerschicht ausgehen (als deren besonders prägnante Ausprägung ihm der „deutsche Professor“ gilt).

Die Verantwortung von Wissenschaft und Wissenschaftlern für die menschenwürdige Zukunft der Gesellschaft ist das Problem, das mehr und mehr hinter hektischen Debatten um höhere Studentenzahlen, Stellen, Drittmittel usw. zu verschwinden droht, eine Tendenz, die jede beliebige Tagesgeschäftigkeit die eigentlich erforderliche langfristige Sicht ersetzen läßt. Teilnehmer der Tagung und interessierte Gäste trafen am Abend des ersten Konferenztages zu einer von dem Philosophen Prof. Dr. Helmut Korch (Jena) moderierten Podiumsdiskussion um die Verantwortung des Wissenschaftlers zusammen. Wissenschaftshistorische, -theoretische, -politische und -ethische Fragestellungen waren hier nahezu unauflösbar verflochten. Um differenzierten Zugang zu dem alten und offenbar jederzeit brennend aktuellen Gegenstand bemühten sich auf dem Podium der Historiker Prof. Dr. Werner Bramke (Leipzig), Mitglied der PDS-Fraktion im Sächsischen Landtag, der Philosoph Prof. Dr. Ludwig Elm (Jena), Mitglied und wissenschaftspolitischer Sprecher der Bundestagsgruppe der PDS, der Theologe Prof. Dr. Heinrich Fink (Berlin), vormals Rektor der Humboldt-Universität sowie die bereits erwähnten Prof. Dr. Manfred Heinemann, Historiker und Erziehungswissenschaftler (Hannover) und Prof. Dr. Reinhard Kühnl, Historiker und Politikwissenschaftler aus Marburg, langjähriger Vorsitzender des Bundes demokratischer Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler (BdWi).

Vielfältige eigene Erfahrung bei der Wahrnahme von Verantwortung rührte bei den Protagonisten der Diskussion daraus, daß jeder von ihnen als Hochschullehrer, also als Forschender und Lehrender in einer Person Verantwortung getragen hat bzw. noch trägt für institutionalisierte Formen der Wissenschaft in der DDR und der BRD vor und nach 1990. Darüber hinaus einte die auf dem Podium Sitzenden die Tatsache, daß sie sich in der einen oder anderen Form auch als Träger einer politischen Verantwortung verstehen, anders ausgedrückt: für wissenschaftspolitische Weichenstellungen Verantwortung tragen.

Die Veranstalter hatten nicht verhehlt, daß sie die Notwendigkeit der Tagung insbesondere aus den Defiziten der gegenwärtig offiziellen Wissenschafts- und Hochschulpolitik ableiten. Sicher sind jedem unzählige Klagen geläufig; so die über ein „Totsparen“ der Universitäten, von dem die FAZ am 8. Mai 1995 schrieb, so die über das „Verschleudern und Verschludern“ geistiger Potentiale, über „Mittelmaß und Anpassung“ als Ergebnis der Übertragung von „Wissenschaftsruinen“ des Westens auf den Osten, die Dieter Simon in „Die Zeit“ vom 7. April 1995 von sich gab und was die Redaktion zur Titelei veranlaßte: „Ein Mittäter zieht Bilanz“, so die Feststellung eines Vertreters der GEW, daß die Universitäten heutzutage kein Ort des politischen und sozialen Diskurses mehr seien.

Defizite sind leider ebenso in den hochschul- und wissenschaftspolitischen Vorstellungen linker Parteien, Verbände und Vereine erkennbar. Dies verändern zu helfen und gegen die Hegemonie konservativer Geister anzugehen, gehörte auch zum Anliegen der Tagung, gehört zur Verantwortung aktiver Wissenschaftler - gleich ob in Amt und Würden oder im erzwungenen Ruhestand. Die Teilnahme der Bundestagsabgeordneten Prof. Dr. Ludwig Elm (PDS) und Dr. Edelbert Richter (SPD), beide aktiv gerade auf hochschul- und wissen-

schaftspolitischem Gebiet, deutete an, daß alternatives - hier wissenschaftspolitisches - Nachdenken nicht an parteipolitischen Scheuklappen scheitern darf.

Wer den vielzitierten Anspruch von Pluralität in Lehre und Forschung ernst nimmt, der sollte - auch unabhängig von seinem politischen Engagement - die tatsächlichen inhaltlichen Probleme von Wissenschaften und Hohen Schulen diskutieren wollen. So setzten die Diskussionsteilnehmer auf der Tagung neuerlich bemühten Beschwörungsformeln und Legenden zu den „Erfolgen“ der Erneuerung oder über eine nun tatsächlich gewonnene Freiheit der Wissenschaft den kritischen Blick auf die alles andere als erfreulich oder gar zukunftsorientiert zu nennende Lage der Universitäten und das Bemühen um Alternativen entgegen, wovon die nachstehenden Beiträge zeugen.

Ludwig Elm

Deutsche Universitäten nach der Befreiung vom Faschismus und im Zusammenbruch der DDR. Zu den Möglichkeiten und Grenzen eines Vergleichs

Mit ihrem Thema und Anliegen begibt sich unsere Tagung in den Zyklus von Konferenzen, Veröffentlichungen und Kontroversen zur vergleichenden Vergangenheitsbewältigung, wie er seit 1990 zu beobachten ist. Sie ist hauptsächliche Erscheinungsform der in der Regel höchst kritischen und moralisch rigorosen Abrechnung mit der Geschichte, Gesellschaft und Politik der DDR. Die Vergangenheit bis 1945 ist häufig mehr Folie und Bezugspunkt als eigentlicher und gleichzeitiger Gegenstand.

Die in Politik, Medien und Wissenschaft dominierende Version, den Vergleich politisch und ideologisch zu instrumentalisieren, rechtfertigt es nicht, sich ihm überhaupt zu verweigern. Die meist beschwichtigend beigefügte Beteuerung, vergleichen bedeute nicht gleichsetzen, mag die Bereitschaft erhöhen, sich ihm zu stellen. Diese äußert sich in unserem Tagungsthema. Dabei ist nicht zu übersehen, daß jene Beschwichtigung vielfach durch die selektive Handhabung entsprechender Vergleichsmaßstäbe sowie durch die Hartnäckigkeit und Penetranz des Nebeneinandersetzens von DDR und NS-Diktatur vielfach faktisch zurückgenommen und in ihrer Wirkung beeinträchtigt wird.

1. Einleitende Bemerkungen zum eigenen Zugang zum Thema

Neben Arbeiten an der Dissertation zur Geschichte der liberalen Parteien im deutschen Kaiserreich entwickelte sich seit Anfang der sechziger Jahre ein Interesse an den Auseinandersetzungen an Hochschulen und in der Studentenschaft der Bundesrepublik. Die bis dahin im akademischen Raum weitgehend verdrängte Nazizeit erwies sich als ein Hauptfeld des innen- und hochschulpolitischen Streites. Daraus ging die Initiative zu einer Ausstellung über die Geschwister Scholl und die Widerstandsgruppe Weiße Rose im Februar 1963 im Foyer der Aula im Universitätshauptgebäude hervor. Es folgte die Mitarbeit an einer von der Rechtswissenschaftlichen Fakultät der Universität Jena im Sommer 1964 herausgegebenen Dokumentation über den ehemaligen faschistischen Staatsrechtslehrer, seinerzeitigen bayerischen Kultusminister und langjährigen bundesdeutschen Rechtsprofessor Theodor Maunz (Maunz, 1964).

Die Problemstellung erwies sich als ergiebig und wurde zum zeitweilig hauptsächlichen wissenschaftlichen Arbeitsgebiet. Ihr hauptsächliches Resultat war die 1971 verteidigte B-Dissertation „Hochschule und Neofaschismus. Zur Kritik der Voraussetzungen und des Verhaltens der Universitäten und Hochschulen der BRD in der Auseinandersetzung um Faschismus und Neonazismus“ sowie die daraus hervorgehende Veröffentlichung im folgenden Jahr (L. Elm, 1972). Gegenstand des Referats zur Verteidigung - das später in die Buchfassung aufgenommen wurde - war der Marburger Habilitationsstreit zwischen Ernst

Nolte u.a. einerseits und dem Kandidaten Reinhard Kühnl u.a. andererseits. 1979 folgte eine Sammlung einschlägiger Beiträge aus Zeitschriften und Zeitungen (L. Elm, 1979).

Die unmittelbar nach der Wende von 1989/90 einsetzenden Vergleiche provozierten im Rückgriff auf jene früheren Arbeitsgebiete einen Beitrag, der sich in die neue Debatte einordnete und in dem Justiz, Hochschule, Wissenschaft und Medizin eine erneute exemplarische Berücksichtigung erfuhren (L. Elm, 1991). Es folgten einzelne weitere Referate und Veröffentlichungen (L. Elm, 1994) sowie die Mitarbeit an einer Publikation zum Korporationsstudententum (L. Elm/D. Heither/G. Schäfer, 1992). Die Ergebnisse und Erfahrungen solcher früheren Arbeitsgebiete verbinden sich mit dem Erkenntnisgewinn und Anschauungsmaterial aus den miterlebten gesellschafts- und hochschulpolitischen Umbrüchen der letzten Jahre. Letztere gehen in die folgenden Ausführungen ein, wobei zu berücksichtigen ist, daß entsprechende empirische Befunde nicht aus spezieller wissenschaftlicher Zuwendung abgeliefert sind.

2. Einige Betrachtungen zur Vorgeschichte seit Jahrhundertbeginn

In zeitlicher und besonders inhaltlicher Nähe zur später gescheiterten „Umsturzvorlage“ von 1894 des Reichskanzlers Fürst Chlodwig zu Hohenlohe - Schillingsfürst entwickelte sich zwischen preußischem Staatsministerium und der Berliner Universität vor hundert Jahren ein Streit. Anlaß war der Antrag der Berliner Universität, den der SPD angehörenden Physikdozenten Leo Arons zum a.o. Professor zu berufen. 1898 setzte die Regierung mit der Lex Arons durch, gesetzlich die Mitgliedschaft in der Sozialdemokratie als unvereinbar mit der Hochschullehrerlaufbahn zu erklären und auf dieser Basis Entlassungen durchführen zu können.

Bei allen inhaltlichen Unterschieden der Bedingungen und der Art und Weise der Durchführung lassen sich bestimmte Konstanten von der Lex Arons zum Gesetz über die Wiederherstellung des Berufsbeamtentums vom 7. April 1933 über den „Adenauer-Erlaß“ vom September 1950 und den Radikalenerlaß vom Januar 1972 bis zur Abwicklung und zu massenhaften Entlassungen in Ostdeutschland nach 1990 feststellen. Diese möglicherweise auf manchen überzogen wirkende Feststellung gründet sich auf Kontinuitäten der Oberschichten der bürgerlichen Gesellschaft in Deutschland, auf deren Inpflichtnahme von Bildung und Wissenschaft in dieser Gesellschaft und darauf, besonders in diesen Bereichen marxistische, kapitalismuskritische und sozialistische Denkrichtungen zu stigmatisieren und auszugrenzen. Selbst zur Situation der akademischen Philosophie in Deutschland ab 1933 bemerkte George Leaman, „daß mit Ausnahme des Marxismus keine einzige philosophische Schule aus den deutschen Universitäten verbannt wurde.“ (G. Leaman, 1993, S. 11)

Der knappe Hinweis auf diese nunmehr rund hundertjährige Traditionslinie sei gestattet, da sie im folgenden kaum berücksichtigt wird. Sie ist jedoch zu vergegenwärtigen, wenn über den mainstream des politischen Denkens und Verhaltens deutscher Hochschullehrer von gestern und heute, ihre Staatsnähe, ihre Obrigkeitsfixiertheit und ihre autoritär-patriarchalischen und konservativ-elitären Dispositionen und Neigungen, damit also auch ihr Verhalten in Umbruchsituationen, zu sprechen und zu urteilen ist.

In den „Ideen von 1914“ und in der Langemarck-Legende schien auf, was die vorherrschend völkisch-nationalistische, vielfach rassistisch-antisemitische, militaristische und antidemokratische Grundhaltung deutscher Hochschullehrer in Weltkrieg und Schlußphase des Kaiserreichs politisch bedeutete. Gegenüber dem Taumel vom August 1914 politische Vernunft und menschliches Maß zu wahren, blieb Ausnahmen wie Albert Einstein vorbehalten. In

einer von 3.016 Wissenschaftlern unterzeichneten Erklärung der Hochschullehrer des Deutschen Reiches vom Oktober 1914 hieß es: „Unser Glaube ist, daß für die ganze Kultur Europas das Heil an dem Siege hängt, den der deutsche „Militarismus“ erkämpfen wird, die Manneszucht, die Treue, der Opfermut des einträchtigen, freien deutschen Volkes.“ (H. P. Bleuel, 1968, S. 76).

In der Novemberrevolution und bei der Grundlegung für die Republik und ihre parlamentarisch-demokratische Ordnung finden sich am ehesten im Umkreis der Deutschen Demokratischen Partei (DDP) einige Hochschullehrer zu liberaler, konstruktiver Mitarbeit bereit. Die Mehrzahl verharrt bestenfalls in politischer Indifferenz, verbreitet jedoch in einem rückwärtsgewandten und illiberalen, zutiefst deutsch-nationalen Ressentiment. Die Affären um die liberalen, gesellschaftskritischen und antifaschistischen Hochschullehrer Emil Julius Gumbel (Heidelberg) und Theodor Lessing (Hannover) wirken auch im Rückblick alarmierend und schwer nachvollziehbar. Der Ausnahmecharakter ihres republikanisch verantwortungsbewußten Verhaltens erhellt in besonderem Maße die katastrophale Gesamtsituation des ideell-politischen und moralischen Versagens akademischer Kreise.

Der frühe Triumph des NSDTSB in der Studentenschaft ab Ende der zwanziger Jahre erwuchs aus diesem historisch-politischen Umfeld, nicht zuletzt den weitgehenden ideell-politischen Übereinstimmungen sowie vielgestaltigen Erscheinungsformen der Personalunion und gemeinsamer politischer Aktionen mit großen Verbänden der Verbindungsstudenten. Er nahm die Kapitulation der großen Mehrheit des deutschen Akademikertums gegenüber der NS-Diktatur ab Januar 1933 vorweg. „Die Studenten der Weimarer Republik waren die Akademiker des Dritten Reiches. Die Geisteshaltung und die politischen und ideologischen Vorstellungen, die sie in die nationalsozialistische Herrschaft einbrachten, wurden in der Zeit zwischen 1918 und 1933 auf den Hochschulen entweder geprägt oder gefestigt.“ (H.-P. Bleuel/E. Klinnert, 1967, S. 7)

Am 3. März 1933 bekannten sich 300 Hochschullehrer in einem Wahlaufruf für Hitler, der auch vom Hochschulverband unterstützt wurde. Die Mehrheit sieht der Vertreibung jüdischer Hochschullehrer, Mitarbeiter und Studenten zustimmend oder resignierend zu bzw. wirkt an der Ausgrenzung mit. Das gilt erst recht gegenüber der Verfolgung und Verjagung der wenigen linken Wissenschaftler. Die neuen Möglichkeiten, auf freigewordene Lehrstühle zu gelangen, werden nahezu ausnahmslos genutzt. Im Oktober 1933 legen rund 1.000 Hochschullehrer ein „Bekenntnis der Professoren an den deutschen Universitäten und Hochschulen zu Adolf Hitler und dem nationalsozialistischen Staat“ ab. Am 26. Juli 1933 hatte der Botschafter der USA in Berlin, William E. Dodd, nach einem Besuch des vormaligen deutschnationalen Reichstagsabgeordneten, Professor Otto Hoetzsch notiert: „Er gab zu verstehen, daß er mit dem Hitlerregime einverstanden sei. Fast alle Universitätsprofessoren lassen sich offenbar willig einschüchtern; man merkt jedoch, daß es mehr die Angst ist, ihren Posten zu verlieren, als ein freiwilliges Überlaufen.“ (W. E. Dodd, 1972, S. 42)

Obgleich nicht allzu zahlreich, fehlte es nicht an rechtzeitigen kritischen Diagnosen und an Warnungen. In seinem Kriegstagebuch dokumentiert Romain Rolland einen an ihn gerichteten Brief vom 27. Oktober 1914 aus Berlin von Erich Gutkind, „der aber völlig angesteckt ist vom deutschen Wahnsinn“. Gutkind wandte sich darin gegen Rollands „Niveau der humanitären Protestlerei“, feierte den Krieg, der „uns aus einem Frieden herausreißt, der übelste Verwesung war“ und würdigte die „wilde chaotische Zerstörung“ als „ein notwendiges und schöpferisches Organ“. Das wirkliche Deutschland finde man „bei unseren Solda-

ten“ und allen, „die schweigend unerhört opfern“. (R. Rolland, 1993, S. 124f.) Rolland antwortet ihm am 6. November: „Es ist schön, *übermenschlich* zu sein. Es ist schöner und schwerer *menschlich* zu sein. Deutschland lebt seit Nietzsche in einer Art ständigem Wahn. Sein zu Schlaganfall neigender Mystizismus hindert es, die Wirklichkeit zu sehen.“ Er mache sich nichts aus metaphysischen Schemen. Seinesgleichen seien nicht Götter, sondern „arme Wesen, die ihr tägliches Brot fordern, die bescheidenen Menschen, meine Brüder.“ (Ebenda, S. 126)

1919 erscheint aus der Feder des Schriftstellers und pazifistischen Kulturkritikers Hugo Ball in Bern die Schrift „Zur Kritik der deutschen Intelligenz“. Es sei der Sinn dieses Buches, „daß es die während des vierjährigen Krieges gegen die Regierungen der Mittelmächte erhobene Schuldfrage systematisch ausdehnt auf die Ideologie der Klassen und Kasten, die diese Regierungen möglich machten und stützten.“ Die „deutsche Staatsidee“ sei es, die er mit diesem Buch treffen wolle. „Um sie in all ihrer Macht und volkswidrigen Tradition darzutun, mußte ich sie historisch entwickeln und Gesichtspunkte aufstellen für die Kritik ihrer hervorragenden Repräsentanten.“ (H. Ball, 1991, S. 9) Ball leitet seine Analyse der Ursprünge der „deutschen Ideologie“ aus der Konfrontation zwischen Thomas Münzer und Martin Luther sowie der zwischen protestantischer Philosophie und den Freiheitsbegriffen der französischen Revolution ab. Seine schonungslose Diagnose der Geisteshaltung und der politischen Rolle der deutschen Intelligenz - insbesondere der Hochschullehrer - im Ersten Weltkrieg ist auch für die Folgezeit bis in die Gegenwart von provozierender Frische und Kreativität (selbst wenn manchem Einzelurteil zu widersprechen ist):

„1914: kaum eine offizielle Persönlichkeit, die sich nicht kompromittierte. Pastoren und Dichter, Staatsleute und Gelehrte wetteiferten, einem möglichst niedrigen Begriff von der Nation zu verbreiten. Eine Vermengung von Interesse und Wert, von Befehl und Idee trat zutage, die Potsdam mit Weimar und Weimar mit Potsdam in rührender Hysterie zu entschuldigen suchte. Das ewig Papierene wurde Ereignis. Dreiundneunzig Intellektuelle bewiesen durch ein bombastisches Manifest, daß sie als Intellektuelle nicht mehr zu zählen sind.“ (Ebenda, S. 12 f.) Die Geschichte hat Balls Überzeugung in tragischer Weise bestätigt, daß „der Sturz der preußisch-deutschen Willkürherrschaft... nicht genügen wird, die Welt vor einem ferneren deutschen Attentat“ zu schützen.

Eine Episode an der Berliner Universität illustrierte 1919/20 die nahtlose Fortsetzung der von Ball diagnostizierten antiliberalen und nationalistischen Geisteshaltungen. Der der USPD nahestehende Privatdozent der Medizin und entschiedene Pazifist Georg Friedrich Nicolai sah sich bei seiner Antrittsvorlegung als a.o. Professor im Januar 1920 mit aggressiven deutschnationalen Studenten konfrontiert. Der Senat rügte Nicolai ob seiner politischen Überzeugungen und entzog ihm schließlich die Lehrbefugnis. Nicolai emigrierte 1922 nach Argentinien. In der „Weltbühne“ schrieb er 1920: „Auch der treueste Freund deutschen Wesens muß resigniert schweigen, wenn er die brutale Intoleranz sieht, mit der die cives academici die andersdenkenden Minoritäten niederschreien; oder auch wohl niederschlagen. Man kann je nach der Universität diese reaktionäre Mehrheit unter den Studenten auf 90 bis 95, unter den Professoren auf 95 bis 100 Prozent schätzen, darf dabei jedoch nicht vergessen, daß nur ein verschwindender Bruchteil, vielleicht Einer unter Zehnen, überhaupt politisch interessiert ist. Der Rest treibt einfach aus Bequemlichkeit in dem jetzt so breiten Fahrwasser der Reaktion“. (Zit. nach: R: Marwedel, 1987, S. 263)

Die von Nicolai in unmittelbarer Betroffenheit beobachtete Verbindung von politischer Inkompetenz, opportunistischer Verhaltensweise und eigennützigem Karrierebewußtsein

erweist sich auch in den folgenden Jahrzehnten als eine dauerhafte und relevante Erscheinung an deutschen Hochschulen; sie gehörte zu den Charakteristika des Verhaltens von Mehrheiten unter den Hochschullehrern.

3. Zum Umgang mit der Nazivergangenheit an den Universitäten und Hochschulen der Bundesrepublik in der Nachkriegsperiode

Angesichts der Stoffülle und auf Grundlage der vorliegenden Veröffentlichungen werden hauptsächliche Phasen skizziert und anschließend thesenartig einige Sachverhalte und Wertungen unterbreitet.

In dem von Karl Strobel 1994 herausgegebenen Sammelband fand dieser wichtige Problemkreis trotz des anspruchsvollen und weitgefaßten Titels praktisch keine Berücksichtigung. Die Lücke entspricht dem dominierenden geschichtsideologischen und apologetischen Trend im vereinigten Deutschland. Danach sind problematische und kritikwürdige Erscheinungen der Geschichte der Bundesrepublik irrelevant und haben angesichts der vorrangigen Aufgabe der voreingenommenen und bedingungslosen Abrechnung mit der DDR allemal zurückzutreten. Das gilt erst recht für die angestrebte und höchst aufwendig eingeleitete Umerziehung der Ostdeutschen.

Der Umgang mit der NS-Vergangenheit in den Westzonen und der Bundesrepublik läßt sich im allgemeinen und speziell für die Hohen Schulen etwa folgendermaßen periodisieren:

- Von 1945 bis etwa 1948 dominierten die alliierten Besatzungsmächte und anfänglich kommt es zu radikalen antinazistischen Säuberungen und Suspendierungen; die politischen und gesellschaftlichen Perspektiven sind zunächst noch offen.
- Mit dem Parlamentarischen Rat und der Konstituierung der Bundesrepublik werden radikale Konzepte gesellschaftlicher Neugestaltung abgebrochen und es wird von den Vorgaben der Mächte von Jalta und Potsdam für Nachkriegsdeutschland immer mehr abgegangen; der restaurative Grundtrend erfaßt alle Bereiche der Gesellschaft und prägt die Adenauer-Ära (1949-63).
- Ab Mitte der sechziger Jahre werden - von einzelnen Intellektuellen und kleineren Gruppen seit Jahren vorbereitet und angeführt von APO und Studentenrebellion - die verkrusteten Strukturen in Gesellschaft und Hochschule aufgebrochen; die NS-Vergangenheit wird ein Hauptfeld verschiedener Aufklärungsschübe in den Folgejahren bei gleichzeitigen, andauernden gegenläufigen Tendenzen.
- Seit Anfang der achtziger Jahren und intensiviert seit 1990 gewinnen militant antikommunistische Ideologien, Feindbilder sowie politische Konzepte, aber auch Nationalismus und konservativer Geschichtsrevisionismus nachhaltig und durchaus massenwirksam an Einfluß und Bedeutung. Die vergleichende Vergangenheitsbewältigung avanciert zu einem bevorzugten Feld der Geschichtsideologie und des politischen Richtungsstreits.

Nunmehr in Thesenform einige hauptsächliche Aussagen und Wertungen:

1. Die Gründung der Bundesrepublik erwies sich auch hinsichtlich der Hochschul- und Wissenschaftspolitik als zutiefst restaurativer Vorgang: Grünes Licht für die weitgehende Verdrängung der jüngsten Geschichte und maximale Kontinuität in institutioneller und personeller, teilweise ideell-politischer, Beziehung. „Die Todeskrise der deutschen Universität, die ihre fundamentale Neugestaltung erfordert, erblickten die Universitätsangehörigen am

Ende der vierziger Jahren im Versagen dieser Universität während des deutschen Faschismus.“ (Th. Ellwein, 1985, S. 291) Sicher galt das nur für einen Teil der Hochschullehrer und Studenten. Spätestens ab 1948 waren Bestrebungen zur Neugestaltung der Universität rückläufig: „Die wenigen verbliebenen akademischen Reformer führten ein isoliertes Expertendasein. Beschworen sie verzweifelt erneut die Erfahrungen mit dem Faschismus, so nannte man sie die, „ewigen Fünfundvierziger“, falls man ihnen nicht bedeutete, erst einmal den Stalinismus zu kritisieren.“ (Ebenda, S. 293)

Die Wiederkehr des 1945 in allen vier Zonen verbotenen und aufgelösten Korporationsstudententums ab 1948/49 war ein Symptom des Gesamtprozesses. Sie bedeutete den Triumph der Alten Herren - also mehrheitlich der Täter, Gehilfen und Mitläufer des Dritten Reiches - über die Vorhaben eines ideell und strukturell radikal erneuerten studentischen Gemeinschaftslebens.

2. Nazistisch belastete Hochschullehrer bleiben auf ihren Lehrstühlen oder kehren bald darauf zurück oder erhalten volle Rechtsansprüche auf Wiedereinstellung bzw. auf Versorgung. Das wird auf der Grundlage des Art. 131 GG und der zu seiner Ausführung ab 1951 verabschiedeten Gesetze festgeschrieben. Das Bundesministerium des Innern stellte Listen der noch nicht wieder Berufenen zusammen und nötigte Universitäten und Fakultäten, diese vorrangig bei Neubesetzungen zu berücksichtigen. Darunter sind zahlreiche Hochschullehrer aus den bisher deutschen Ostgebieten und aus den Hohen Schulen okkupierter Länder. Andererseits erhalten Emigranten und Antifaschisten der „inneren Emigration“ kaum Angebote zur Wiedergutmachung und bezüglich einer angemessenen Chance in der akademischen Hierarchie. „Wer Mitte der fünfziger Jahre eine Spitzenposition in der Wirtschaft oder in der Verwaltung innehatte, dessen Berufsweg hatte in aller Regel über den Bruch von 1945 hinweg kontinuierlich nach oben geführt - ein Befund, der freilich nichts über spezifische Verfehlungen aussagt, er ist allein an Positionen festgemacht.“ (P. Graf Kielmannsegg, 1989, S. 22) Ein Befund, so sei hinzugefügt, der uneingeschränkt für die Universitäten gilt und dessen Kehrseite Wolfgang Abendroth mit den Worten umschrieb: „Die schlimmste Belastung, welche man an der Universität und unter Intellektuellen in jener Zeit mit sich herumtrug, war die, gegen den Faschismus gekämpft zu haben. „ (W. Abendroth, 1976, S. 216)

3. Von Ausnahmen abgesehen, kam es zu einer rund zwei Jahrzehnte umfassenden Periode des Verschweigens, Verdrängens und Beschwichtigens - kurz gesagt der Vorherrschaft der Lüge. Erheblich belastete akademische Parteigänger der faschistischen Diktatur und ihrer Eroberungs- und Ausrottungspolitik können sich ohne nennenswerte Selbstkritik als Leitgestalten des geistigen Lebens und der Bildungs- und Hochschulpolitik aufführen, darunter Wilhelm Felgentraeger, Hans Freyer, Arnold Gehlen, Martin Heidegger, Reinhard Höhn, Theodor Maunz, Helmut Schelsky, Erich Schwinge, Hans Wenke und viele andere. „In den Hörsälen und Seminaren wurde die delikate Balance des 'diskreten Beschweigens' gewahrt. Auf sie hatte man sich erleichtert zurückgezogen, als nach der Preisgabe weniger, extrem Belasteter die verbliebenen Kollegen sich bald nach 1945 anschickten, erneut die Autorität von Wissenschaft und Universität zu reklamieren. Nur eine verschwindend kleine Zahl ihrer Schüler war bereit, um der wissenschaftlichen Integrität willen dieses Schweigen zu durchbrechen.“ (E. Krause, 1995, S. 12) Aufklärungsversuche wie die des Münchener Publizisten Rolf Seeliger um 1964-66 stoßen mehrheitlich auf Ignoranz, Abweisung und platte Rechtfertigung. Auf Tagungen und Kongressen, in hochschulgeschichtlichen Darstellungen sowie in Biographien und Erinnerungen werden die Jahre 1933 bis 1945 meist völlig aus-

geblendet oder die Sachverhalte bezüglich der eigenen Rolle und Mitverantwortung verharmlost und verfälscht.

4. Die Studentenbewegung der sechziger Jahre bricht die Tabus im akademischen Raum bezüglich der Mittäterschaft der Hochschullehrer im Dritten Reich und Zweiten Weltkrieg. Es erscheinen Dokumentationen und in verschiedenen Hochschulstädten (München, Tübingen, Berlin) werden Ringvorlesungen zum Thema erzwungen. Proteste veranlassen NS-belastete Gründungsrektoren zum Rücktritt. Der Radikalenerlaß vom 28. Januar 1972 richtet sich jedoch erneut vor allem gegen Hochschulabsolventen, die sich als Studenten in der systemkritischen und internationalistischen Bewegung engagiert hatten. Der fundamentale Unterschied zur Öffnung der akademischen Räume für nazistisch belastete und konservative Wissenschaftler wurde erneut sichtbar.

5. Mit der unter den Wirkungen der 68er veränderten politischen Kultur sowie erleichtert durch den Generationswechsel und die inneren Auswirkungen der Entspannungspolitik wurden in den siebziger und achtziger Jahren bemerkenswerte Forschungsergebnisse zur Universität im Dritten Reich vorgelegt. Gleichzeitig erscheinen - allerdings mehr von publizistischen und wissenschaftlichen Außenseitern - kritische Beiträge zur Nachkriegsgeschichte. Insgesamt dauern Defizite der Erforschung und Darstellung bis in die Gegenwart an. Bis heute steht Hermann Lübbes im Januar 1983 vorgetragene ungeschminkte Rechtfertigung der akademischen Verdrängungsleistungen nach 1945 als gültige offiziöse Sichtweise im Raum.

Halten wir zu diesen Thesen abschließend fest, daß auch ein halbes Jahrhundert danach einzelne Affären dieses makabere Kapitel bundesdeutscher Geistesgeschichte von Zeit zu Zeit in Erinnerung rufen, beispielsweise in den Fällen des Mediziners Hans-Joachim Sewering, des Juristen Theodor Maunz oder des Germanisten Hans Schwert alias Hans-Ernst Schneider. Letzterer hatte als Hauptsturmführer in der dem Reichsführer SS direkt zugeordneten Forschungsgruppe „Ahnenerbe“ gearbeitet und wurde unter einer neuen Identität nach 1945 Hochschullehrer, Rektor der TH Aachen (1970 bis 1973) und später deren Ehrensenator. Mit der Aufdeckung der jahrzehntelangen Fälschung und Täuschung war er veranlaßt, das ihm verliehene Bundesverdienstkreuz I. Klasse zurückzugeben. Für die lange Liste von Tätern der NS-Diktatur, die Träger dieser bundesdeutschen Auszeichnung sind, ist der Ausfall unerheblich.

4. Charakter und Spezifik der Umbrüche und Erneuerungsversuche seit 1989/90

Äußerlich betrachtet, haben wir es mit einer neuartigen Erscheinung an deutschen Hohen Schulen in diesem Jahrhundert im Umgang mit einer gescheiterten und kritikwürdigen Vergangenheit zu tun, beispielsweise im Vergleich zu den Zäsuren von 1918, 1933 und 1945. Das scheinbar Neue ist, daß Hochschullehrer ohne Zeitverzug, mit viel Eifer und ziemlich rücksichtslos gegenüber Biographien sich der schonungslosen Analyse und Darstellung einer zum Abschluß gelangten Periode der Hochschul- und Wissenschaftsgeschichte widmen.

Bei näherer Betrachtung bestätigt sich die Vermutung einer neuen Qualität staatsbürgerlicher Courage, wissenschaftsethischer Läuterung und selbstloser Wahrheitssuche allerdings höchstens mit erheblichen Einschränkungen. Es werden Besonderheiten sichtbar, die die Unterschiede zu früheren ähnlichen Situationen relativieren oder überhaupt kompensieren. Dazu gehören:

1. Mehrheitlich handelt es sich für die nunmehr agierenden Wissenschaftler nicht um die eigene Vergangenheit, sondern um die einer anderen Gesellschaft und deren Staatlichkeit und politischer Kultur. Damit entfallen bei der Zuwendung zu diesem Gegenstand Fragen und Probleme der eigenen Mitverantwortung und Schuld, der Selbstkritik, der möglichen Verletzung eigener biographischer Zusammenhänge u.a.m.

Auszunehmen ist jene ostdeutsche Minderheit von Wissenschaftlern, die aufgrund ihrer weltanschaulichen oder politischen Haltung bzw. ihrer Herkunft Repressionen und Diskriminierungen in der DDR, seitens der SED, des MfS o.a. ausgesetzt waren. Ihr legitimer Anspruch auf unverzügliche Aufklärung und ggf. Wiedergutmachung gerät allerdings in den Sog der im folgenden zu nennenden Aspekte und wird dadurch in der Regel überhöht und vor allem instrumentalisiert.

2. Wiederum auf die agierende Mehrheit bezogen, findet die neuerliche Vergangenheitsbewältigung mit dem historisch-politischen Gegner statt, der obendrein eine umfassende und nachhaltige Niederlage erlitten hat. Die Aufarbeitung wird weithin zur Abrechnung und vermag kaum der Versuchung zu widerstehen, Exempel der verschiedensten Art zu statuieren. Die politische und disziplinarische Ausgrenzung von Gruppen wird auf die Ebene des gesellschaftlichen Diskurses um die jüngste Geschichte ausgedehnt. Insoweit der politisch-moralische Anspruch zur Vergangenheitsklärung einerseits vor allem von außen erhoben und realisiert wird, und andererseits beträchtlichen Teilen der Intelligenz des gescheiterten Systems die Teilnahme administrativ oder faktisch verweigert wird, kommt man kaum umhin, von kolonialistischen Zügen dieser Vorgehensweise zu sprechen.

Die auf weite Sicht destruktivste Wirkung besteht darin, daß großen Bevölkerungsgruppen ein Geschichtsbild aufgenötigt wird, das seinerseits von ideologischen Prämissen, Einseitigkeiten und Tabus nicht frei ist. Die Chance einer nach allen Seiten offenen, gesamtgesellschaftlichen und durchaus langwierigen Erörterung, in der alle Beteiligten ihre Erfahrungen und bisherigen Vorstellungen austauschen, reflektieren und auch revidieren bzw. fortentwickeln können, wurde aus Ressentiments, Kurzsichtigkeit und machtpolitischem Kalkül zunächst einmal vergeben.

3. Aus dem Zusammenhang mit den beiden soeben akzentuierten Momenten ergibt sich ein dritter, der zumal bei deutschen Professoren immer wieder höchst relevant war und ist. Die wesentlich von außen und gegenüber einem Gegner stattfindende forsche Geschichtsaufarbeitung kollidiert im großen und ganzen keineswegs mit dem Interesse der politisch und ökonomisch mächtigen Gruppen im Lande, sondern fällt vielmehr in hohem Maße mit diesem zusammen. Daraus erwachsen ein Rückhalt und eine direkte und indirekte Einflußnahme, die - über die großzügige Unterstützung durch Institutionen, Finanzmittel und Medien hinaus - insgesamt fördernd und verstärkend auf den eingeleiteten zwiespältigen Prozeß einwirken.

Die Stichhaltigkeit dieses Gesichtspunktes geht auch daraus hervor, daß die gänzlich anders geartete Konstellation nach 1918, 1933 und 1945 (in den Westzonen und der BRD) unbedingt zu berücksichtigen ist, wenn die völlig andere Tendenz des Umgangs mit der - damals allerdings jeweils eigenen - jüngsten Vergangenheit betrachtet und bewertet wird. Insgesamt bestätigt sich das Resümee österreichischer Beiträge zu „den sozialen und intellektuellen Mechanismen, durch welche die Universitäten relativ problemlos zu eigenständigen Machtkörpern des nationalsozialistischen Regimes aufstiegen - angefangen mit

dem akademischen Milieu der dreißiger Jahre, mit der Regsamkeit, die entstand, als sich durch die vielen Entlassungen zahlreiche Karrieremöglichkeiten eröffneten, mit dem Jargon des säkularen Priestertums, endend mit der Entnazifizierung und den Kontinuitäten nach 1945.“ (G. Heiß u.a., 1989, S. 1f.) Überblickt man das Gesamtbild der Rolle deutscher Hochschullehrer in den Erschütterungen und Umbrüchen des 20. Jahrhunderts, so muß auch die folgende kritische Wertung als im wesentlichen zutreffend bezeichnend und kann zugleich als vorläufige eigene Zusammenfassung einbezogen werden: „Eines der ernüchterndsten Ergebnisse dieser Beiträge ist wohl die Trivialität dessen, was man als das *akademische Milieu* bezeichnen könnte. Der ganze Stolz von Aufklärung und Wissenschaft - Methodik, Kritik, Offenheit und Rationalität - zerbricht an und in der Existenz der Universitätslehrer selbst. Weitgehend regelt ein banales Marktgesetz die Rekrutierung der Nachfolger und des Nachwuchses (und dies nicht erst nach 1938), wobei die regulativen Faktoren von Produktivität und Preis durch informelle Beziehung und politische Gesinnung vertreten werden“ (Ebenda, S. 2).

Literatur:

Abendroth, Wolfgang, Ein Leben in der Arbeiterbewegung, Frankfurt 1976

Ball, Hugo, Zur Kritik der deutschen Intelligenz, Frankfurt am Main 1991 (Bibliothek Suhrkamp, Bd. 690)

Benda, Julien, Der Verrat der Intellektuellen, Frankfurt a. M. 1988

Bleuel, Hans Peter / Ernst Klinnert, Deutsche Studenten auf dem Weg ins Dritte Reich. Ideologien - Programme - Aktionen 1918-1935, Gütersloh 1967

Bleuel, Hans Peter, Deutschlands Bekenner. Professoren zwischen Kaiserreich und Diktatur, Bern-München-Wien 1968

Bourdieu, Pierre, Die Intellektuellen und die Macht. Hrsg. von Irene Dölling, Hamburg 1991

Dodd jr., William E. und Martha Dodd (Hrsg.), Diplomat auf heißem Boden. Tagebuch des USA-Botschafters William E. Dodd in Berlin 1933-1938, Berlin o. J.

Ellwein, Thomas, Die deutsche Universität. Vom Mittelalter bis zur Gegenwart, Königstein/Ts. 1985

Elm, Ludwig, Hochschule und Neofaschismus. Zeitgeschichtliche Studien zur Hochschulpolitik in der BRD, Berlin 1972

Ders., Alma mater - zwischen Hakenkreuz und Bundesadler. Artikel und Kommentare 1960-1978, Jena 1979 (Jenaer Reden und Schriften)

Ders., Nach Hitler. Nach Honecker. Zum Streit der Deutschen um die eigene Vergangenheit, Berlin 1991

Ders., Deutsche Hochschullehrer nach 1945 und 1989 - Analogien und Unterschiede in Situation und Verhalten, in: Gesellschaftliche Umbrüche und politischer Umgang mit den Schatten der Vergangenheit im 20. Jahrhundert, Jena 1994, S. 148-160 (Schriften des Jena-

er Forum für Bildung und Wissenschaft e.V.) sowie Nachdruck in: hochschule ost, Leipzig, 5/94, S. 97-108

Ders./ Dietrich Heither/Gerhard Schäfer (Hrsg.), Füxe, Burschen, Alte Herren. Studentische Korporationen vom Wartburgfest bis heute, Köln 1992 (Neue Kleine Bibliothek, 28)

Heiß, Gernot / Siegfried Mattl / Sebastian Meissl / Edith Samer / Karl Stuhlpfarrer (Hrsg.), Willfähige Wissenschaft. Die Universität Wien 1938 - 1945, Wien 1989

Kielmannsegg, Peter Graf, Lange Schatten. Vom Umgang der Deutschen mit der national-sozialistischen Vergangenheit, Berlin 1989

Krause, Eckart, Verschwörung des Schweigens. Vom Umgang der Universitäten mit ihrer braunen Vergangenheit, in: Erziehung und Wissenschaft, 4/1995, S. 12-13

Leaman, George, Heidegger im Kontext. Gesamtüberblick zum NS-Engagement der Universitätsphilosophen, Hamburg - Berlin 1993

Marwedel, Rainer, Theodor Lessing 1872-1933. Eine Biographie, Darmstadt und Neuwied 1987

Maunz im Dienste des Faschismus und der CSU. Initiator faschistischen Unrechts, prominenter Politiker und Hochschullehrer in Westdeutschland. Eine Dokumentation. Hrsg. von der Rechtswissenschaftlichen Fakultät der Friedrich-Schiller-Universität Jena. Verfaßt von Dr. G. Haney unter Mitarbeit von Dr. L. Elm und G. Baranowski, Jena 1964

Rolland, Romain, Das Gewissen Europas. Tagebuch der Kriegsjahre 1914-1919, Bd. I, Berlin 1983

Strobel, Karl (Hrsg.), Die deutsche Universität im 20. Jahrhundert. Die Entwicklung einer Institution zwischen Tradition, Autonomie, historischen und sozialen Rahmenbedingungen, Greifswald 1994 (Abhandlungen zum Studenten- und Hochschulwesen)

Vergangenheitsklärung an der Friedrich-Schiller-Universität Jena. Hrsg. vom Rektor der Friedrich-Schiller-Universität, Leipzig 1994

Paul Mitzenheim

Die Gründung der Sozial-Pädagogischen Fakultät 1945 - ein Novum in der deutschen Universitätsgeschichte[1]

Der Mannheimer Parteitag der SPD im Jahre 1906 legte in seinen Leitsätzen „Volkserziehung und Sozialdemokratie“ fest: „Universitätsbildung für alle Lehrer an öffentlichen Volksschulen“. Erstmalig in der deutschen Geschichte hatte sich eine große Partei, die damals 530.466 Mitglieder zählte und über 81 Mandate im Reichstag verfügte, für die Erhöhung der Qualifikation der Mehrheit der Lehrerschaft eingesetzt, aber der Zwiespalt von Geist und Macht war zu diesem Zeitpunkt so kraß, daß kein organisierter Sozialist Lehrer an einer staatlichen Bildungseinrichtung im Kaiserreich, von der Volksschule bis zur Universität sein durfte. Auch die Forderung im Schulprogramm des Deutschen Lehrervereins von 1919, nach der die Fachbildung der Lehrer „auf der durch eine erziehungswissenschaftliche Abteilung (Fakultät) erweiterten Universität“ erfolgt, wurde nur teilweise und in wenigen Ländern des Deutschen Reiches in den zwanziger Jahren realisiert. Thüringen versuchte 1922 durch Gesetz die Lehrerbildung im Sinne des Artikels 143 der Weimarer Verfassung zu regeln. Aber letztlich scheiterte dieser Versuch an den politischen Machtverhältnissen seit 1930. Der Volksschule wurde nun ein begrenztes Bildungsziel gesteckt, und die Universität Jena hatte ein hohes Maß an Mitverantwortung für die Machtergreifung des Faschismus.

Die entschiedenen Gegner des Nazi-Regimes, Häftlinge in den Konzentrationslagern wie Hermann Brill, Johannes Brumme, Walter Wolf, die in der Erziehungskommission in Buchenwald tätig waren, sowie Emigranten wie die von den Faschisten 1932 vertriebene Jenaer Hochschullehrerin Anna Siemsen erkannten frühzeitig, daß Faschismus und Krieg schwere Schäden mit sich bringen werden und wollten für die Zukunft ein Erziehungssystem, das auf soziale Ziele abgestellt ist (Albert Einstein).

Was die gesamte Lehrerschaft miteinander verbindet, ist die Gemeinsamkeit ihrer pädagogischen Aufgaben. Ob der einzelne Lehrer stärker von einer allgemeinen Neigung zur Erziehung oder von der Liebe zu einem besonderen Lehrfach geleitet wird, ist seine individuelle Angelegenheit (Heinrich Deiters). Für solche Leitideen war die Universität Jena im Herbst 1945 die geeignete Stätte für die wissenschaftliche und praktische Ausbildung aller Gruppen der Lehrerschaft.

Zu den wenigen Professoren, deren Weiterbeschäftigung nach dem Mai 1945 außer Frage stand, zählte Peter Petersen. Er galt damals schon als ein international wirksam gewordener Pädagoge, und sein Schulversuch war unter der Bezeichnung „Jena-Plan“ auch im Ausland bekannt. Petersen war nicht Mitglied der NSDAP gewesen und gehörte seit 1.2.1946 der SPD und nach dem Vereinigungsprozeß von KPD und SPD bis zum 4.5.1948 der SED an. Ich erwähne dies für das Verständnis der zahlreichen Publikationen, die in den letzten Jahrzehnten zu den Veränderungen und zur Neugestaltung der Friedrich-Schiller-Universität nach 1945 vorgelegt worden sind. Allein aus dem Jahr 1995 sind mir drei Studien bekannt: Dagmar Sommerfeld zur Jena-Plan-Pädagogik 1945-1950, Peter Dudek zur Rolle Peter Petersens als Hochschullehrer 1945-1950 und Manfred Heinemann zur Wiedereröffnung der Universität Jena im Jahre 1945.[2]

Der letztgenannte Autor[3] vertritt den Standpunkt, daß der „Petersen-Plan“ vom 15.7.1945 ein Anzeichen dafür gewesen sei, daß Walter Wolf, der damalige Landesdirektor für Volks-

bildung für das Land Thüringen, begann, „in die Universität hineinzuregieren und die Einheit der Universität bedrohte“[4]. Am Beispiel einer Verfügung des Thüringischen Landesamtes für Volksbildung, die nach einer Verhandlung mit Generalmajor Kolesnitschenko zustande gekommen war, unterstellt Heinemann Wolf und Petersen unkollegiales Verhalten, weil sie gewillt waren, in der Volksschullehrerschaft in Deutschland seit 1948/49 spürbare Bestrebungen für eine Erhöhung des Niveaus ihrer Ausbildung aufzugreifen. Im Punkt 3 dieser Verfügung hieß es: „Der Petersenplan zur Neugestaltung der Lehrerausbildung für Volks- und Höhere Schulen an der Universität Jena wurde grundsätzlich gutgeheißen.“[5] Die Polemik von Heinemann dazu lautet: „Es gehörte sicher nicht zu den vorrangigen Wünschen der SMATh, daß die FSU ab sofort eine neue Pädagogische Fakultät mit Philologie, Geschichte, Pädagogik erhalten sollte. Der Petersenplan stellte die Wünsche Wolfs und Petersens dar, die beide von der Besatzungsmacht sanktioniert wissen wollten, um die Universität damit dem eigenen Verständnis entsprechend zu verändern. Beide hatten ihre Wünsche an die FSU in einem Befehl der SMATh gegen die FSU untergebracht. Das entsprach nicht kollegialem Verhalten. Es waren in diesem Falle Deutsche, die sich der SMATh zu bedienen versuchten, um erste Veränderungen in der Struktur der FSU zu erzwingen.“[6] Diese betont negative Bewertung der Tätigkeit von Landesdirektor Wolf und Professor Petersen in der kulturpolitischen und sozialen Situation des Jahres 1945 kann nach meinen bisherigen Untersuchungen nicht unwidersprochen bleiben. Bei anderen Gelegenheiten habe ich mich zur sachlichen Kooperation von Wolf und Petersen geäußert und auf das gemeinsame Wollen bei der Neugestaltung der Lehrerbildung und der Vorbereitung der demokratischen Schulreform hingewiesen sowie konzeptionelle Unterschiede und spätere Meinungsverschiedenheiten hervorgehoben.[7]

Hier will ich nur einige Gesichtspunkte in Erinnerung bringen. Die entscheidende Initiative zur Hochschulerneuerung und für eine neue Lehrerbildung ging von den antifaschistisch-demokratischen Kräften aus, besonders dem Landesamt für Volksbildung in Weimar. Wolf und seine engsten Mitarbeiter knüpften an demokratische Traditionen der Weimarer Republik an. Bekanntlich wurde Peter Petersen für die demokratische Gestaltung der akademischen Lehrerbildung von dem sozialdemokratischen Volksbildungsminister Max Greil 1923 an die Universität Jena berufen, und Walter Wolf absolvierte hier die akademische Lehrerbildung in den Jahren 1928 bis 1931. Von den Nazis wurde die Hochschulbildung der Volksschullehrer seit 1930 abgebaut.

Der von Heinemann als gegen die Universität gerichtet interpretierte Petersenplan (gemeint ist damit die von Petersen verfaßte Denkschrift über die „Vollform der akademischen Lehrerbildung an der Friedrich-Schiller-Universität Jena /Regelform für Lehrer an der Volksschule, höheren Schule, Hilfsschule, Sonderschulen aller Art, auch Berufsschulen/“) vom 15. Juli 1945 enthält Gedanken, die in der Geschichte des deutschen Lehrervereins und der deutschen Arbeiterbewegung eine längere Entwicklung hinter sich hatten. Die positive Reaktion des Thüringischen Landesamts für Volksbildung auf diese Denkschrift legte praktisch den Grundstein für die Sozial-Pädagogische Fakultät an der Universität Jena. In den Überlegungen zur Hochschulerneuerung waren also hier in Thüringen frühzeitig Maßnahmen zur Verwirklichung der Hochschulbildung für alle Lehrer einbezogen. Zunächst sollte dazu an der Jenaer Universität eine Abteilung für Pädagogik, Psychologie und Soziologie der Philosophischen Fakultät errichtet werden. Der ursprüngliche Plan wurde jedoch in Zusammenhang mit den Beratungen zur Eröffnung der Universität aufgegeben und am 9.10.1945 von der Thüringischen Landesregierung die Gründung der Sozial-Pädagogischen

Fakultät an der Universität Jena beschlossen. Dieser Entscheidung stimmte der Senat der Universität zu.[8]

Die Konstituierung dieser neuen Fakultät erfolgte zu einem Zeitpunkt, wo es noch kein verbindliches Schulgesetz gab. Sie wurde im Herbst 1945 als eine in ganz Deutschland einzigartige Institution eröffnet und angesehen. An ihrer Konzeption war Petersen mindestens mit drei Positionen maßgeblich beteiligt:

1. Der Denkschrift Petersens entsprechend sollte der Dualismus zwischen Volksschullehrern und Gymnasiallehrern weitgehend aufgehoben werden. Sie enthielt die Idee einer pädagogisch gleichgesinnten Erziehergemeinschaft, die seinen Vorstellungen von Schulpädagogik entsprang.
2. Im Zentrum der eigenständigen Sozial-Pädagogischen Fakultät sollten Erziehungswissenschaft, Psychologie und Philosophie (hier besonders Ethik und Erkenntnistheorie) stehen. Es war dabei gedacht an den Ausbau der pädagogischen und jugendkundlichen Forschungsarbeit und weiter an enge Verbindungen der Pädagogik zu anderen Sozialwissenschaften sowie auch zur Juristischen Fakultät (Schul- und Jugendrecht, Pädagogik im Strafrecht u.a.) und zur Medizinischen Fakultät (Jugendpsychiatrie, Schulhygiene, schulärztliche Fragen u.a.).
3. Der Sozial-Pädagogischen Fakultät wurde nach ihrer Satzung die Aufgabe übertragen, die „Vorschule der Studien“ zu leiten, auf welche sich Begabte beiderlei Geschlechts nach Bewährung im Leben und Beruf zu einem Hochschulstudium vorbereiten können.[9]

Die neue Fakultät sollte außerdem Diplompsychologen für die verschiedenen Zweige der Verwaltung und Wirtschaft ausbilden und erhielt von Anfang an das Promotionsrecht. Sie hat 1945/46 zunächst nicht nur Aufgaben der Lehrerbildung erfüllt. Unmittelbar nach ihrer Entstehung waren der Fakultät angegliedert: die Erziehungswissenschaftliche Anstalt mit der Universitätsschule, der Fröbel-Kindergarten, eine Abteilung Kleinkind und eine Abteilung Schülerkunde, ein Psychologisches Institut, ab Herbst 1946 das Institut für dialektischen Materialismus sowie die schon erwähnte Vorstudienschule und spätere Vorstudienabteilung, die auf das Abitur vorbereiten half.

Weit ausgereift war der Plan, für den künftigen Lehrer ein Vollstudium an der Universität zu absolvieren, besonders hinsichtlich der schulpraktischen Ausbildung und der Maxime „Erziehung vor Unterricht“. Nach dem Inkrafttreten des „Gesetzes zur Demokratisierung der deutschen Schule“ in Thüringen (12.6.1946) betrachteten Petersen und seine Mitarbeiter den Jena-Plan weiterhin „als Ausgangsform einer demokratischen Schulerziehung“ und äußerten Vorbehalte zum Fachlehrerprinzip und zur Jahrgangsklassenschule. So bildeten sich innerhalb des Lehrkörpers der Sozial-Pädagogischen Fakultät bei der Verwirklichung des Gesetzes verschiedene politische Gruppierungen. Petersen und seine Schüler gehörten zu jener Gruppe Pädagogen, die zwar das neue Erziehungsziel in seiner allgemeinen Formulierung bejahten, die aber in wichtigen Fragen des Schulaufbaus, der Rolle der Privatschulen, der inhaltlichen und didaktischen Gestaltung des Unterrichts in einer demokratischen Einheitsschule anderer Meinung waren und mit den gesetzlichen Festlegungen nur teilweise übereinstimmten.[10]

Die Kontroversen über die Jena-Plan-Pädagogik und die inhaltliche Profilierung der demokratischen Einheitsschule wurden im Zusammenhang mit dem II. Pädagogischen Kongreß in Leipzig (1947) deutlicher, und solche reformpädagogischen Forderungen wie die Auflösung des Klassenverbandes, die Negierung verbindlicher Lehrpläne, das Zurücktreten

des Lehrers im Unterricht wurden zurückgewiesen. Der wesentliche Unterschied in der Lehrerbildungskonzeption der Sozial-Pädagogischen Fakultät in Jena und bei der Verwirklichung der demokratischen Schulreform trat über die Frage des Ausmaßes der Fachstudien hervor, kurz gesagt über die Alternative: Volksschullehrer herkömmlicher Art oder Grundschullehrer mit Fachausbildung ab Klassenstufe 5.

Die Tatsache, daß sich im Herbst 1945 neben den traditionellen Fakultäten die Sozial-Pädagogische Fakultät konstituierte, war ein echtes Novum in der deutschen Universitätsgeschichte, weil damit eine bedeutsame Antwort auf eine bildungspolitisch zentrale Frage gegeben wurde, auf die Frage nämlich, ob die Universität der geeignete Ort für die Lehrerausbildung sein kann. Der Gedanke, die Universität passe ihrer Struktur nach nicht für die Lehrerbildung, ist in der DDR in den 50er Jahren zumindest angezweifelt worden. Die Widersprüche zwischen den diesbezüglichen bildungspolitischen Maßnahmen zur Lehrerbildung 1945/46 und 1952/53 erscheinen im Lichte der Erfahrungen des hochschulpolitischen Umbruchs von 1989/90 wieder aktuell, weil die optimistische Auffassung von der Lehrertätigkeit, das starke Gefühl der Verbundenheit der Lehrerstudenten untereinander und die soziale Öffnung der Universität für Arbeiter- und Bauernkinder mit Hilfe der Pädagogischen Fakultäten in der Nachkriegszeit heute - bei der Geschichtshysterie mit der Redewendung von den zwei deutschen Diktaturen - weitgehend ignoriert bzw. vernachlässigt werden. Daher betonen wir nochmals: Die Entstehung der Sozial-Pädagogischen Fakultät 1945 gehörte zu den bedeutenden Unternehmen der neuen Universitätspolitik. Es wurden damit günstigere Ausgangsbedingungen für das Lehrerstudium geschaffen, auch wenn Spannungen bei der gleichzeitigen Betonung des Fachstudiums und der echten beruflichen Anforderungen des Lehrers nicht ausbleiben konnten. Die neue Fakultät gab wesentliche Impulse für den Wissenschaftsbetrieb und bahnte den Weg für eine echte Akademisierung der Pädagogik und ihrer Teil- und Nachbardisziplinen. Schließlich unterstützte sie wirkungsvoll die Heranbildung einer neuen demokratischen Intelligenz nach der Abwertung der intellektuellen Berufe durch die faschistischen Machthaber.[11]

Die Errichtung der Sozial-Pädagogischen Fakultät trug nicht wenig zur Hochschulerneuerung der Friedrich-Schiller-Universität bei und war Bestandteil der demokratischen Schulreform. Sie entsprach den Ergebnissen und Bestimmungen der Potsdamer Konferenz vor 50 Jahren, wichtigen Kontrollratsentscheidungen und nicht zuletzt dem gemeinsamen Aufruf von KPD und SPD zur demokratischen Schulreform vom 18.10.1945, wo es unter Hinweis auf die Erniedrigung der Bildung und Kultur während der Nazi-Herrschaft hieß, „die geistige Erneuerung unseres Volkes würde auf halbem Wege stehenbleiben, würde sie nicht auch eine gründliche Reform des gesamten Hochschul- und Universitätswesens umfassen ... Auf dem Weg weitgehender Hilfe mittels Förderkursen und Sonderregelungen in den Hochschulen muß allen Befähigten, die durch den Hitlerfaschismus und durch reaktionäre Bildungsprivilegien bisher vom Studium ferngehalten wurden, auch unter Aufhebung herkömmlicher Aufnahmebedingungen, der Weg in die Hochschulen und Universitäten erschlossen werden.“[12]

Die „Volksuniversität“ war ein fester Programmpunkt der Antifaschisten nach 1945, die Aneignung von Bildung und Kultur wurde als Aufgabe für jedermann gestellt, und Bildung galt in der DDR als öffentliches Gut. Und wie steht es damit 50 Jahre später? Der Generationenvertrag müsse zwischen den Erwerbstätigen und der jungen Generation ergänzt werden, hieß es kürzlich bei der Rektorenkonferenz. Wer bekommt künftig die Chance, sich die bestmögliche Qualifikation anzueignen? Ist das heutige offizielle Deutschland lernunfähig

und heuchlerisch, indem es historische Erfahrungen negiert? Wird die staatliche Verantwortung für die Universitäten ausgehöhlt? Fragen über Fragen.

Heute, 50 Jahre nach der Gründung der Sozial-Pädagogischen Fakultät in Jena, muß festgestellt werden, daß die jahrzehntelange Verwirrung und Verworrenheit des philosophisch-pädagogischen und politisch-pädagogischen Denkens und Handelns, die mit dem Begriff „Sozialpädagogik“ verbunden war, im Unterschied zu von uns früher geäußerten Vorstellungen noch nicht überwunden ist. Deshalb erinnern wir an eine Äußerung von Anna Siemsen, der aufrechten Sozialpädagogin im linken Flügel der Sozialdemokratie, in ihrer viel beachteten Schrift „Erziehung im Gemeinschaftsgeist“ aus dem Jahre 1921: „Unsere Zeit lebt von Mißverständnissen. Man kann vielleicht auch sagen, sie geht daran zugrunde. Und es ist schwer zu sagen, ob die gewollten und ungewollten verhängnisvoller sind. Unsere Sprache ist allgemach so vieldeutig und nichtssagend geworden, daß man mit jedem Worte einen beliebigen Gedanken zudecken kann. Unser politisches Leben wimmelt von dergleichen schönen Worten, die eigens erfunden scheinen, um mit ihrem angenehmen Klang sehr unangenehme Dinge zu verhüllen ...“[13]

Anmerkungen:

[1] Weiterführende Literatur des Autors zum Thema:
- Peter Petersen (1884-1952). Skizze seines Lebensweges und Wirkens. In: Reformpädagogik in Jena. Peter Petersens Werk und andere reformpädagogische Bestrebungen damals und heute. Universitätsverlag Jena 1991, S. 6 - 24.
- Zur Bildungspolitik, Lehrerbildung und Pädagogik in Thüringen 1945-1950. Über direkte und interne Beziehungen zwischen Walter Wolf, Marie Torhorst und Peter Petersen. In: Pädagogik in der DDR. Eröffnung einer notwendigen Bilanzierung. Hrsg. von Ernst Cloer und Rolf Wernstedt. Weinheim 1994, S. 357 - 374.
- Zu den Leistungen und zur Auflösung der Pädagogischen Fakultäten in der SBZ/DDR 1945/46 bis 1955. In: Erziehung und Erziehungswissenschaft in der BRD und der DDR. Bd. 1: Die Teilung der Pädagogik (1945-1965). Hrsg. von Dietrich Hoffmann und Karl Neumann. Weinheim 1994, S. 117 - 140.
- Die Anfänge der akademischen Lehrerbildung in der Region Thüringen. In: Blätter des Vereins für Thüringische Geschichte e.V., Jg. 2, (1992), H. 1, S. 40-44.

[2] Sommerfeld, Dagmar: Peter Petersen und 'Der Kleine Jena-Plan' im Spannungsfeld der Schulreform der SBZ/DDR 1945-1950. Frankfurt/M., Berlin, Bern, New York, Paris, Wien 1995. - Dudek, Peter: „... Für die Arbeiterbewegung und den Wissenschaftlichen Sozialismus öffentlich einzutreten“. 1995. - Heinemann, Manfred: Die Wiedereröffnung der Friedrich-Schiller-Universität Jena im Jahre 1945. In: DDR-Wissenschaft im Zwiespalt zwischen Forschung und Staatssicherheit. Schriftenreihe der Gesellschaft für Deutschlandforschung. Band 45, S. 11-44. Berlin 1995.

[3] Vgl. Jahrbuch Pädagogik 1992. Erziehungswissenschaft im deutsch-deutschen Vereinigungsprozeß. Redaktion: Klaus Himmelstein und Wolfgang Keim. Frankfurt/M. 1992, S. 59 71.

[4] Heinemann, Manfred: Die Wiedereröffnung ..., a.a.O., S.33.

[5] Ebenda, S. 28.

[6] Ebenda, S. 29.

[7] Vgl. Universität Jena und neue Lehrerbildung. Jenaer Reden und Schriften 1967. Jena 1967, S. 60 - 83.

[8] Universitätsarchiv Jena, Bestand 0, Nr. 63 und Bestand BB, 0 Nr. 23 (Chronik 1945-1955, 9.10.1945).

[9] Akten des Staatsarchivs Weimar, Thüringisches Ministerium für Volksbildung, Pädagogische Fakultät II, C 181.

[10] Vgl. Schrader, Karl: Die didaktisch-methodische Situation - Ein Beitrag zu ihrer Klärung. In: Die Geschichte der Schule und Lehrerbildung in Thüringen. Wissenschaftliche Zeitschrift der Friedrich-Schiller-Universität Jena (GSR), 38. Jg. (1989), H. 2, S. 129 - 145.

[11] Vgl. Grüttner, Michael: Studenten im Dritten Reich. Paderborn, München, Wien, Zürich 1995.

[12] Zit. nach: Quellen zur Geschichte der Erziehung. (5. Aufl.) Berlin 1968, S. 492.

[13] Siemsen, Anna: Erziehung im Gemeinschaftsgeist. Stuttgart 1921, S. 5.

Siegfried Prokop

Der Ausschuß für Hochschulfragen der SED (1947/48) - Fortsetzung und Ende sozialdemokratischer Tradition

Der Hochschulausschuß der SED entstand im Ergebnis der fast einjährigen Tätigkeit des Kulturausschusses der SED, der am 4. Juli 1946 zu seiner ersten Sitzung zusammentrat. Diesem Kulturausschuß unterstanden verschiedene Kommissionen, z.B. die Kommission Theater und Literatur, die Kommission Film, die Kommission Körperkultur und Sport und die Kommission Volksbildung. Am 20. August 1946 konstituierte sich die Kommission Hochschule und Studenten. Sie diskutierte Aspekte der Studentenauswahl und der Stipendienregelung. Sie veranstaltete am 11. November 1946 und am 14./15. Februar 1947 Konferenzen mit Hochschulvertretern der SED, auf denen die Lage an den Hochschulen, die Ergebnisse der Studentenratswahlen und der Aufbau von SED-Hochschulgruppen beraten wurde. Die Kommission stellte bald danach ihre Tätigkeit ein, weil sie den Problemberg, der vor ihr lag, nicht annähernd zu bewältigen vermochte. Auf Beschluß des ZS der SED vom 16. Mai 1947 wurde ein selbständiger Ausschuß für Hochschulfragen auf breiter Grundlage gebildet[1]. Der Hochschulausschuß tagte fünfmal, nämlich am 3. Juli, 13./14. September und 22./23. November 1947, am 7./8 Februar und 12./13. Juni 1948. Er war wesentlich umfassender angelegt als der Kulturausschuß mit seinen Kommissionen. Sein Wirken zeugte von einer vielfältigen und demokratischen Funktion. Ebenso wie der Kulturausschuß war der Hochschulausschuß lebendiger Ausdruck des Wirkens sozialdemokratischer Traditionen in der SED[2]. Nichts wurde von der Zentrale vorgegeben, und ein breites Meinungsspektrum kam zum Tragen. Wie spontan der Ausschuß arbeitete, belegt ein Diskussionsbeitrag von Jürgen Kuczynski auf der 2. Tagung des Ausschusses am 13. September 1947:

„Genossen! Ich möchte zunächst sagen, daß ich diese Tagung außerordentlich begrüßt habe und solche Tagungen für sehr nützlich halte. Ich glaube aber, daß ihr wesentlicher Wert verloren geht, wenn sie so vorbereitet werden wie diese Tagung. Vor drei oder vier Tagen haben wir die Einladung bekommen. Aber niemand hat uns gesagt, worüber eigentlich gesprochen werden soll. Ich halte es für völlig ungenügend, daß man uns eine derartige Tagesordnung zusendet. Man sollte uns einen Begleitbrief beilegen, in dem man deutlich angibt, was das Hauptproblem ist, worüber wir vor allem nachdenken sollen und worauf die Diskussion konzentriert werden soll.

Wenn wir hier gewissermaßen als Parteihammel behandelt worden sind, so hat man einige von uns, wie Meusel und mich, sogar als bisexuelle Hammel betrachtet, nämlich gleichzeitig als Parteifachkühe. In der Einladung fanden wir nämlich die Feststellung, daß wir das Referat halten sollen, ohne daß man das vorher mitteilte und auch nicht, worauf wir uns konzentrieren sollen. Man hat offenbar angenommen, daß die Milchbildung automatisch vor sich geht, aber das trifft bei mir nicht zu. Ich möchte also bitten, wenn wieder solche Diskussionen stattfinden, daß dann die Zusammenkunft besser vorbereitet wird, weil das den Nutzen der Sache entschieden fördert.” In ähnlicher Weise äußerte sich auch Meusel: „Seitdem ich die Freude hatte, vor Jahren den Genossen Kuczynski kennen zu lernen, habe ich ihm nie zugehört, ohne durch seine Ausführungen angeregt worden zu sein und eine Bereicherung meiner Kenntnisse zu erfahren. Ich habe heute u.a. von ihm gelernt, daß wir bisexuell sind (Kuczynski: Hammel und Kuh zugleich!)”. Aber das war nicht das einzige

Problem in seinen Ausführungen: „‘Wer die Geschichte vernünftig anschaut, den schaut sie auch wieder vernünftig an’ hat jemand einmal gesagt. Vielleicht darf man den Berlinern sagen: Wenn man die Kuh vernünftig anschaut, schaut sie dich auch wieder vernünftig an, nicht bisexuell.”[3] Humor war im Hochschulausschuß, wie diese Ausführungen Meusels und Kuczynskis zeigen, nicht verboten.

Vorsitzender des Ausschusses wurde Anton Ackermann, Sekretär Alfons Kauffeldt. Laut Beschluß des ZS gehörten ihm Vertreter der DVV, Robert Rompe, Hans Liechtenstein, die Volksbildungsminister der Länder, die Hochschulreferenten der Landesregierungen, die Vorsitzenden der SED-Hochschulstudentengruppen sowie die Universitäts-Professoren: Friedrich Behrens, Heinrich Deiters, Bruno Gleitze, Hermann Henselmann, Heinz Herz, Werner Krauss, Jürgen Kuczynski, Walter Markov, Alfred Meusel, Günter Rienäcker, Josef Naas (Akademie) und Leo Bauer (KPD) an.

Das einführende Referat auf der ersten Tagung am 14. Juni 1947 hielt Alfons Kauffeldt. Die Hauptthese lautete: Die Hochschulen sind noch weit entfernt davon, Stützpunkte der demokratischen Entwicklung in Deutschland zu sein. Auch in der Ostzone stellten sie noch eher eine Gefahr dar. Der Haupteinfluß gehe noch immer von den bürgerlichen Kräften aus. Die Verwandlung der Hochschulen zu Stützen der demokratischen Entwicklung werde eine längere Zeit in Anspruch nehmen. Bei dieser Zielsetzung könne sich die SED auf die Verwaltungsdienststellen am meisten stützen, jedoch könne eine progressive Entwicklung nicht angewiesen werden. Jeder eigenmächtige Schritt sei schädlich. Zwar gäbe es bereits an den Hochschulen starke Studentengruppen der SED - in Halle und Leipzig mit etwa 1.000 Mitgliedern und in Jena mit 800.[4] Aber dieses Potential komme nicht recht zum Tragen, weil die Verbindung zur Gesamtpartei nicht gegeben sei. Zur Durchführung einer einheitlichen Politik regte Kauffeldt die Einrichtung der Stelle von Referenten für Hochschulfragen bei den Landesvorständen und die Einsetzung eines hauptamtlichen Sekretärs in den Hochschulgruppen an. Der Hochschulausschuß sollte sich als Diskussions- und Koordinierungsorgan beim Zentralsekretariat verstehen. Er informierte darüber, daß ein Parteistipendium eingerichtet worden sei, wobei es noch Schwierigkeiten bei der Auszahlung der Gelder gebe. Die Wirksamkeit der Parteigruppen der SED werde dadurch eingeschränkt, daß diesen zu viele „nominelle” Mitglieder der SED angehörten. Es komme nicht auf Quantität, sondern auf beste Qualität an. Andererseits dürfe sich die SED nicht gegen die seit Februar 1947 existierenden Studentenräte positionieren, wenn sie in diesen nicht die Mehrheit habe. Genau bezüglich der Studentenräte sollte sich, wie die weiteren Debatten zeigten, der entscheidende Explosivstoff anhäufen. Kauffeldt wies noch auf die überparteilichen Hochschulgemeinschaften hin, die die Kommission Wissenschaft beim Präsidialrat des Kulturbundes organisierte. Die Hochschulgemeinschaften waren gedacht als Sammelbecken fortschrittlicher Professoren, Nachwuchswissenschaftler und Studenten, die bereit sind, die Demokratisierung der Hochschulen zu befördern.

Anton Ackermann betonte in seinem Beitrag, daß bei allem Bemühen um die Verstärkung des Einflusses der SED an der Blockpolitik im Hochschulwesen festgehalten werde. Entscheidend für das Verhältnis zu den anderen Parteien sei, daß der „mitunter auftretende Gegensatz zwischen alter und neuer Intelligenz”[5] durch gute Zusammenarbeit überwunden werde. Diese Positionierung Ackermanns verdient dick unterstrichen zu werden, denn genau an dieser Stelle sollte sehr bald eine fundamentale Veränderung stattfinden.

Die Tagungen des Hochschulausschusses, die sich dem Problem der Verankerung des Marxismus an den Hochschulen, den Aufgaben der Hochschulen mit Beginn der Volks-

wirtschaftsplanung, der Rolle der Gesellschaftswissenschaftlichen Fakultäten, dem Aufbau der Betriebsgruppen der SED widmeten, vermittelten einer aufnahmebereiten Politik vielfältige Anregungen. Jedoch gerieten sie mit sich entfaltendem Kalten Krieg 1948 in den Strudel der weltpolitischen Ereignisse und der rigiden Konsequenzen, die die sowjetische Besatzungsmacht auch in ihrer Zone einleitete.

Die vierte Tagung des Hochschulausschusses beschäftigte sich im Februar 1948 mit den Resultaten der Studentenratswahlen, die alles andere als schmeichelhaft für die SED waren. Anton Ackermann, der zu Geduld mahnte und um Verständnis dafür warb, daß die bürgerliche Intelligenz in den nächsten 10 bis 20 Jahren noch dringend gebraucht würde - bei einer Verjagung reaktionärer Mediziner müßten die Medizinischen Fakultäten geschlossen werden, gab er zu bedenken -, hat vermutlich nicht geahnt, wozu ein Teil seiner Analyse mißbraucht werden könnte. Ackermann hatte im Schlußwort festgestellt: „Wir haben in der Zone noch einen besonderen Fehler begangen, und zwar den Fehler, daß wir die Masse der parteilosen Studenten den bürgerlichen Parteien in die Arme getrieben haben. In den meisten Fällen haben wir an den Hochschulen die Haltung eingenommen, jeder Student wäre verpflichtet, sich politisch zu organisieren und festzulegen. Die Folge war selbstverständlich, daß die fraglichen Hörer nicht zur SED gekommen sind, sondern zu einem großen Teil der LDP und CDU in die Arme getrieben wurden. Besonders die CDU hat ausgezeichnet begriffen, welche Bedeutung die zukünftige Intelligenz hat, und gibt sich außerordentlich große Mühe um die Studentenschaft, hauptsächlich die reaktionären Elemente in der CDU."[6]

Andere Schlußfolgerungen als Ackermann zogen Ulbricht und die SMAD. Das Wirken von CDU und LDP an den Hochschulen wurde verboten. Aktive Studentenvertreter wurden wie Wolfgang Natonek (LDP) in Leipzig, aber auch an anderen Hochschulorten verhaftet und zu langjährigen Zuchthausstrafen verurteilt. Der Rostocker Student Arno Esch verstarb in der Haft.

Vom 7. bis 9. September 1948 fand eine Arbeitstagung der Abteilung Parteischulung, Kultur und Erziehung statt, die schrill das Umstellen auf das sowjetische Sozialismus-Konzept abhandelte. Im Protokoll dieser Tagung findet sich in Klammern der vielsagende Hinweis, daß Anton Ackermann verhindert sei, an der Tagung teilzunehmen und daß für ihn Walter Ulbricht sprechen werde. Ulbricht sprach den casus belli unverblümt und direkt an: „Damit hängt die Frage des Sozialismus zusammen. In Deutschland herrscht doch in dieser Frage die größte Verwirrung. Weil der Klassenkampf bei uns am schärften war, war die Bourgeoisie gezwungen, verschiedene Sorten des Sozialismus propagandistisch zu verbreiten: den nationalen Sozialismus, den christlichen Sozialismus und den freien Sozialismus. Alle Sorten Sozialismus sind bei uns vertreten... Dann kann man auch jene Auffassungen überwinden, die in breiteren Kreise verbreitet sind: Naja, wir werden in Deutschland einen ganz anderen Sozialismus machen als in der Sowjetunion, so einen ganz besonderen westeuropäischen! (Heiterkeit) Diese Auffassung ist sehr weit verbreitet, und hier ist es an der Zeit, Klarheit zu schaffen; denn wenn man von dem sogenannten westeuropäischen besonderen Weg zum Sozialismus abgeht, wird man von selber zu einem anderen Verhältnis zur Sowjetunion kommen, dann ist es eben nicht irgendeine osteuropäische Form des Sozialismus, sondern es ist die Form der Herrschaft der Arbeiterklasse und der einzig mögliche Sozialismus, den es gibt."[7]

Deutlicher konnte es nicht gesagt werden. Damit war auch klar, daß die Wissenschafts- und Hochschulpolitik nicht mehr im Ergebnis einer demokratischen Diskussion erarbeitet wer-

den konnte, sondern von der Führung mit Hilfe des Apparats. Das aber war der Anfang einer äußerst schädlichen Unterordnung der Wissenschaft unter die Politik der SED. Ulbricht ließ keinen Zweifel daran, wie er sich den neuen Umgang mit der Intelligenz auch vorstellte. Es gäbe noch Vertreter, die danach fragten, was nach der SED komme, solche Fragen stellten z.B. im Erzgebirge auch Mitglieder der SED. Ulbricht: „Wir müssen also diese Grundfragen in der Perspektive der Entwicklung bei uns mehr in den Vordergrund stellen, damit sich auch diese Kreise der Intelligenz bewußt werden, daß es kein Zurück mehr gibt. Wenn es ih(nen-S.P.) noch nicht ganz klar ist, können wir hinzufügen, daß wir unsere Polizei sehr gut organisieren und bewaffnen werden. Vielleicht wirkt dieses Argument stärker als Eure ideologischen Argumente.(Heiterkeit)"[8] So gedachte Ulbricht als zynischer Machtpolitiker theoretische Probleme in der Intelligenz zu klären! Er behauptete, daß in den Zeitschriften nur die Vertreter des Expressionismus zu Wort kämen, während die Vertreter des Fortschritts „beengt" würden: „Das wollen wir jetzt ein wenig ändern."[9] Ulbricht verfügte schon 1948 über so viel Selbstbewußtsein, daß er auch sein spießiges Kunst- und Kulturverständnis zum Maßstab für die ganze SED zu machen versuchte. Über den Rundfunk klagte er: "Was hören wir heute für eine afrikanisch-amerikanische Musik, was für ein Gemisch, wobei man nicht genau weiß, ob die Musik oder besser die Geräusche aus dem Urwald oder aus einem Unternehmen von Ford kommen?"[10] Das Fatale war also schon 1948 absehbar: Ulbricht würde aus seinem Unverständnis des Jazz zum Nachteil der SED und der 1949 entstehenden DDR eine Norm von hoher Schädlichkeit konstruieren; eine Norm, die dann Samba-Schuhe, Ringelsocken, Rock'n Roll, Hula-Reifen und Ochsenkopf-Antennen zum Gegenstand schwachsinniger Kampagnen machen sollte.

Anmerkungen:

1 Der Ausschuß für Hochschulfragen wurde bisher in der Literatur nur kursorisch behandelt. Vgl. Gerd Dietrich, Politik und Kultur in der SBZ 1945-1949, Bern, Berlin, Wien 1993, S. 68-70. - Steffi Schulze, Zum Wirken des „Hochschulausschusses der SED" in den Jahren 1947/48, in: Beiträge zur wissenschaftlichen Weltanschauung, H.26, Berlin (o.J.), S 53-60.

2 Zur Rolle der sozialdemokratischen Traditionen in der SED vgl: Heinz Niemann/Siegfried Prokop, Sozialdemokratie als Idee und Tradition in der DDR. Versuch eines Problemaufrisses, in: hefte zur ddr-geschichte, Nr. 28, Berlin 1995.

3 SAPMO, B-Arch., ZPA IV 2/1.01/55, Bl. 61 und 68.

4 Ebenda, IV 2/904/6 (unpag.)

5 Ebenda.

6 Ebenda, IV 2/101/78, Bl. 155.

7 Ebenda, IV 2/906/61, Bl. 4, 21/22.

8 Ebenda, Bl. 29.

9 Ebenda, Bl. 30.

10 Ebenda.

Eberhart Schulz

Die bürgerlichen Professoren und die Eingriffe der SED ins Leben der Friedrich-Schiller-Universität Jena 1948 bis 1950

Im Einklang mit den Zielen der Alliierten war die Kulturpolitik der KPD/SED und damit auch die Bildungspolitik nach der Zerschlagung des Faschismus zu Recht auf eine Erneuerung der deutschen Kultur gerichtet. Das schloß eine umfassende und allseitige Demokratisierung des Bildungswesens ein. Auch an den Hochschulen sollte der „neue Geist eines wahrhaft fortschrittlichen Humanismus und einer kämpferischen Demokratie ... Einzug halten."[1] Hier waren also *grundlegende* Veränderungen erforderlich, und zwar sowohl inhaltlicher als auch personeller und struktureller Art. Das schloß die Entlassung all jener ein, die sich *aktiv* als Faschisten betätigt hatten.

Für das Personal an den Universitäten hatte das zur Konsequenz, daß nach nur „halbherzigen Ansätzen zur Selbstreinigung der Universitäten durch akademische Gremien"[2] die SMAD in zwei Wellen der Entnazifizierung ab September 1945 die Entfernung fast aller ehemaligen NSDAP-Mitglieder aus dem Lehrkörper durchsetzte[3], übrigens durchaus im Einklang mit späteren Festlegungen des Alliierten Kontrollrates. Daß damit das „Selbstverwaltungsprinzip" der Universitäten verletzt werden mußte, war angesichts der Umstände des Besatzungsregimes unumgänglich. Zu einer Minderung des bürgerlichen Charakters der Hochschullehrerschaft führten diese Maßnahmen jedoch nicht.

Es ging aber nicht nur um die Beseitigung der *faschistischen* Ideologie, sondern auch um die Überwindung derjenigen Inhalte und Strukturen, die sie hervorgebracht und begünstigt hatten. Deshalb waren weitere Auseinandersetzungen mit den vorwiegend konservativen bürgerlichen Professoren unumgänglich. Dabei ging es um die Durchsetzung einer wirklichen Demokratisierung der Universitäten, um die Beseitigung des bürgerlichen Bildungsprivilegs. Allerdings wurden Formen und Inhalt dieser Auseinandersetzungen ab 1948 zunehmend von stalinistischen Auffassungen geprägt.

Diese neuen Tendenzen in der Kulturpolitik wirkten sich rasch auf die Universität aus. Der Leiter der Deutschen Zentralverwaltung für Volksbildung Paul Wandel hatte in einem Schreiben, das die thüringische Ministerin für Volksbildung Marie Torhorst dem Rektor auszugsweise übermittelte, der „ehrlichen und aufopferungsvollen Arbeit der Arbeiter und Bauern" die angeblich „keineswegs befriedigende Leistung der Hochschulen im Sinne der Heranbildung einer neuen demokratischen Intelligenz"[4] gegenübergestellt. Der Rektor und die Fakultäten wiesen in Schreiben an die Ministerin diese Vorwürfe als ungerechtfertigt zurück, empfanden sie als beleidigend und kränkend. Der Dekan der Theologischen Fakultät Karl Heussi schrieb außerdem: „Eine in dieser Form *generalisierende* Gegenüberstellung ganzer Gruppen unseres Volkskörpers scheint mir überdies mit den Grundsätzen einer gesunden Demokratie unvereinbar."[5] Bei ihrem berechtigten Protest übersahen die Professoren allerdings, daß sich der Vorwurf nicht gegen ihre fachliche Arbeit richtete, wie sie meinten, sondern daß ihnen mangelhafte erzieherische Arbeit, also gewissermaßen politische Unzuverlässigkeit, unterstellt worden war. Gemessen an dem, was die SED damals in Angriff nehmen wollte, traf das ja auch zu. Außerdem muß man fragen, ob nicht auch bei diesem oder jenem Hochschullehrer reaktionäre Vorstellungen sein Tun bestimmten.

Daß es vornehmlich um politische Auseinandersetzungen ging, wurde in einer Aussprache deutlich, die am 17. Februar 1948 im Großen Senat über die Äußerung Paul Wandels statt-

fand. Wie wichtig die SMAD die Dinge nahm, wird daraus ersichtlich, daß an dieser Aussprache außer Paul Wandel und Marie Torhorst auch der Leiter der Abteilung Volksbildung der SMAD Prof. P. W. Solotuchin und der für diesen Bereich in der SMATh zuständige Prof. N. M. Bogatyrew teilnahmen. Wandel erläuterte dort seine Äußerungen. Prof. Solotuchin legte auf eine sehr verständnisvolle Art dar, daß die Universität unter der Kontrolle der SMAD stünde und daher nicht nach ihrer herkömmlichen Satzung leben könne. Außerdem wies er auf einige eindeutig antisowjetische und andere reaktionäre Erscheinungen an der Universität hin. Die Senatsmitglieder empfanden nunmehr die Äußerungen Wandels nicht mehr als so kränkend wie vorher. Einer der Professoren formulierte sogar als ein zu lösendes Grundproblem, wie man unter den sich apolitisch gebenden Studenten Begeisterung für den werdenden Staat wecken könne.[6]

Die Thüringer Landesregierung verfolgte aber noch andere Ziele. Schon in dieser Aussprache im Senat hatte Marie Torhorst die Spannungen mit der Universität u. a. darauf zurückgeführt, daß diese die Wahl von Prof. Friedrich Hund zum Rektor ohne Fühlungnahme mit der Landesregierung vorgenommen hätte. Ende Oktober 1948 wurde Prof. Hund zum Rücktritt als Rektor gezwungen. In einer Zusammenkunft des Großen Senats am 29. Oktober gab Marie Torhorst den Rücktritt Hunds und die Entlassung von Hans Leisegang als Professor bekannt. Ministerpräsident Werner Eggerath begründete beide Maßnahmen.[7] In Senatssitzungen am 4., 5. und 6. November 1948 gingen die Auseinandersetzungen weiter. Die Ministerin erklärte dort, der Rücktritt Hunds habe tiefere politische Gründe, es habe in politischen Fragen zwischen ihm und dem Ministerium große Meinungsverschiedenheiten gegeben. Sie schlug vor, Prof. Otto Schwarz zum neuen Rektor zu wählen, dann würde es eine reibungslose Zusammenarbeit mit dem Ministerium geben. Die Senatsmitglieder bedeuteten ihr, daß unter den Professoren große Unruhe herrsche, weil die Regierung entschlossen sei, sich über die bisherigen akademischen Formen hinwegzusetzen; es werde die Befürchtung laut, daß ähnlich wie Prof. Leisegang auch andere Mitglieder des Lehrkörpers von Entlassung bedroht seien. Der von Frau Torhorst vorgeschlagene Kandidat sei ihnen unbekannt. Auf die Frage, ob das Ministerium nicht auch einen der vom Senat bisher in Erwägung gezogenen Kandidaten akzeptieren würde, antwortete sie schroff, daß außer Prof. Schwarz kein anderer Kandidat als Rektor anerkannt werden würde.[8] Am folgenden Tage erklärte der für den Bereich Volksbildung der SMATh zuständige Prof. Bogatyrew - im Ton verbindlich, aber hart in der Sache - dies stelle einen einmaligen Eingriff dar, aber die Übereinstimmung zwischen Universität und Ministerium müsse hergestellt werden. „Die Abstimmung über Prof. Schwarz ist eine Abstimmung über das neue demokratische Ministerium, das das Vertrauen des Volkes genießt.“[9] In dieser Sitzung erklärte sich die Naturwissenschaftliche Fakultät *für* Prof. Schwarz als Kandidat, der dann am 8. November 1948 zum Rektor gewählt wurde.

Dieses Vorgehen der Thüringer Regierung, das dem Anliegen der SED insgesamt entsprach, ihre Positionen an der Universitäten auszubauen, widersprach allerdings dem damit verbundenen Ziel, bürgerliche Auffassungen im Bereich des Hochschulwesens durch überzeugende Argumentationen allmählich zurückzudrängen und einen Teil der bürgerlichen Intellektuellen für die Mitarbeit an der Neugestaltung der Gesellschaft zu gewinnen.[10]

Bei diesen Auseinandersetzungen muß man allerdings fragen, inwieweit die bei den bürgerlichen Professoren herrschenden Auffassungen von einer „Autonomie“ und einer „Selbstverwaltung“ der Universität realistisch waren. Denn die Lehre und noch stärker die Forschung sind - wie kürzlich erst wieder zwei deutsche Wissenschaftler formulierten -

gesellschaftlich gebunden, „von ihren materiellen Voraussetzungen her, der Perspektive und Sozialisation des Wissenschaftlers aus, wegen der allemal einseitigen methodischen Ausrichtung und nicht zuletzt aufgrund der Organisation des Forschens in Arbeitsteiligkeit und unterschiedliche Formen der Hierarchie." Des weiteren seien sie „in ihrem Wirkungszusammenhang in Gesellschaft und Politik eingebunden."[11] Den Professoren der späten vierziger Jahre ist zweifellos zugute zu halten, daß sie mit ihrem Festhalten an „Autonomie" und „Selbstverwaltung" Schlußfolgerungen aus der politischen Vereinnahmung der Lehranstalten in der Zeit des Nationalsozialismus ziehen wollten. Andererseits zielte ihre Haltung auch darauf ab, eine Säuberung von faschistischen und reaktionären Relikten nach *eigenen* Vorstellungen ohne Mitwirkung von außen vollziehen und die Auswahl der Studenten völlig allein vornehmen zu können. Im Grunde ging es dabei um die Erhaltung von Grundpositionen einer bürgerlichen Universität[12], die aber durch ihre konservativen und reaktionären Züge nicht unbedeutend zur deutschen Katastrophe beigetragen hatte.

Zunächst forcierte die SED ihre Politik zur Umgestaltung der Universitäten nicht weiter. Die 1. Parteikonferenz im Januar 1949 beschloß zwar, den 1948 eingeleiteten Weg des Herankommens an sozialistische Umwälzungen fortzusetzen, was mit der Formulierung von der „allseitigen Festigung der antifaschistisch-demokratischen Ordnung" umschrieben wurde, blieb aber im Ton moderat, um das Bündnis mit den bürgerlichen Parteien nicht zu gefährden.

Ein wesentlicher Teil der Professoren war zur Mitwirkung bei einer demokratischen Umgestaltung der Universität durchaus bereit. So schlug der Dekan der Medizinischen Fakultät, Prof. Emil v. Skramlik, im Mai 1948 vor, daß der gesamte Lehrkörper an der demokratischen Erziehung der Studenten mitwirken müsse; hierzu sollten ein Arbeitsplan und Richtlinien ausgearbeitet werden.[13] Nachdem schon seit dem Sommersemester 1947 für Studenten aller Fakultäten Vorlesungen über „Politische und soziale Probleme der Gegenwart" gehalten worden waren, wurden sie durch eine Verordnung des Thüringischen Ministeriums für Volksbildung im Dezember 1948 als *verbindlich* für alle Studenten erklärt.[14] Bei ihrer Durchführung wirkten auch bürgerliche Professoren mit und taten das z. T. sehr pflichtbewußt, wie z. B. Beschwerden des Historikers Hugo Preller aus dem Sommersemester 1950 über die Disziplinlosigkeiten von Medizinstudenten bei seiner Vorlesung belegen.[15] Es zeigt sich also, daß die SED das Arbeitsethos bürgerlicher Wissenschaftler durchaus auch zur Demokratisierung der Universitäten hätte geschickt nutzen können.

Nach der Gründung der DDR begann eine neue Welle des Drängens der SED nach Umgestaltung der Universitäten. Am 1. September 1950 erging eine Weisung des Ministeriums für Volksbildung der DDR über ein gesellschaftswissenschaftliches Minimalprogramm für Studenten aller Fakultäten ab Herbstsemester 1950/1951. Verschärft wurden auch die Anforderungen an den wissenschaftlichen Nachwuchs.In einem Bericht über eine Beratung mit Vertretern der SED-Betriebsgruppen der Universitäten und Hochschulen im ZK der SED am 6. September 1950 hieß es u. a.: „Etwaige Sabotage reaktionärer Professoren, die gegebenfalls versuchen, neben oder anstelle der Aspirantenlaufbahn für die Herausbildung von Dozenten die früher üblichen Wege nach Schema F zu gehen, sind von den Betriebsgruppen sorgfältig zu registrieren und dem ZK mitzuteilen. Es werden in der Zukunft in keinem Falle neue Dozenten zugelassen werden, die nicht allen Anforderungen entsprechen, die auch an die Aspiranten des wissenschaftlichen Nachwuchses in gesellschaftwissenschaftlicher Hinsicht gestellt werden."[16]

Die Veränderungen im Lehrkörper sollten aber so rasch wie möglich erfolgen. Am 9. Dezember 1950 hatte die Abteilung Kultur im ZK der SED die Sekretäre der SED-Betriebsgruppen an den Hochschulen und Universitäten zusammengerufen. In dieser Zusammenkunft wurden ihnen in aller Offenheit die Ziele und Aufgabenstellungen erläutert. Im Referat hieß es dazu: „Es handelt sich darum, daß wir das ganze Leben und die Arbeit der Hochschulen völlig neu zu gestalten haben, und zwar ... auf der Grundlage der neuen politischen und sozialökonomischen Bedingungen, der antifaschistisch-demokratischen Ordnung unserer Republik ... , ferner auf der Grundlage der Auswertung und Konkretisierung der reichen Erfahrungen, die in der Sowjetunion auf dem Gebiet des Hochschulwesens gesammelt und verallgemeinert wurden und schließlich auf der Grundlage der besten Traditionen und Kräfte der deutschen Hochschulen selbst.“[17] Das sei jetzt notwendig, um den Fünfjahrplan erfüllen zu können, und auch möglich, da an den Hochschulen die Voraussetzungen dafür entstanden seien: Der Lerneifer der Studenten sei groß, sie strebten nach echten wissenschaftlichen Erkenntnissen und hätten sich in Studiengruppen zusammengeschlossen. Außerdem seien die SED-Organisationen an den Hochschulen aktiver geworden. Im einzelnen gehe es darum, die Lehre des Marxismus-Leninismus durchzusetzen und den Kampf gegen reaktionäre Ideologien zu führen. Bei der qualifizierten Aneignung des Fachwissens müsse man auf die Sowjetwissenschaft orientieren, aber zugleich die enormen Fachkenntnisse der bürgerlichen Naturwissenschaftler ausnutzen. Bei den Geisteswissenschaften sei anders zu verfahren, da bei ihnen reaktionäre Lehren verbreitet seien. „Mit diesem Typ von Professoren und Dozenten müssen wir über kurz oder lang Schluß machen. Wir müssen es erreichen, daß über kurz oder lang die Vorlesungen auf dem Gebiet der Geschichte, der Philosophie, der Pädagogik und der Jurisprudenz von Marxisten-Leninisten gehalten werden.“[18] Zu diesem Zweck müsse die Heranbildung von wissenschaftlichen Nachwuchskräften radikal beschleunigt werden und unter Umständen sogar zunächst eine provisorische Ausbildung in Kauf genommen werden. Das Referat orientierte ferner auf eine Intensivierung und Beschleunigung des Studiums sowie auf eine weitere Veränderung der sozialen Zusammensetzung der Studenten. Obwohl den Hochschullehrern das ganze Ausmaß und die Intentionen der geplanten Veränderungen noch gar nicht bekannt waren, wurde auf dieser Zusammenkunft bereits von der ablehnenden Haltung vieler Professoren und Dozenten berichtet.

An der Friedrich-Schiller-Universität Jena hatte der Rektor, Prof. Dr. Otto Schwarz, der Medizinischen Fakultät auf ihre Anfrage hin am 30. Oktober 1950 mitgeteilt, daß die Pläne für ein Zehn-Monate-Studienjahr zur Zeit in Berlin beraten würden, wobei der wissenschaftliche Senat mit einbezogen sei. Es sei keineswegs daran gedacht, daß künftig zehn Monate Vorlesungen oder Übungen abzuhalten seien. Aber die freie Zeit zwischen den 18 bzw. 16 Monaten Vorlesung bliebe den Studenten nicht mehr selbst überlassen, sondern es werde für sie eine *organisierte* praktische Arbeit erfolgen.[19] Im Senat betonte der Rektor am 18. Januar 1951, die Neuorganisation des Studiums werde keine Mehrarbeit der Hochschullehrer mit Vorlesungen mit sich bringen.[20] In der Senatsitzung am 15. Februar 1951 erfolgten weitere Informationen über die geplanten Neuerungen: Es werde 34 Wochenstunden Lehrveranstaltungen geben; Vorlesungen, die für die Ausbildung nicht mehr unbedingt erforderlich seien, sollten wegfallen; ein Prorektor werde für die Einhaltung des Studienplanes verantwortlich sein; die ausbildenden Professoren sollten den Vorlesungsbesuch kontrollieren, aber auch jeden einzelnen Studenten beraten und betreuen. Der Rektor erklärte, die Neuerungen sollten nicht so verstanden werden, „daß jeder Dozent heute auf dem Standpunkt des Marxismus-Leninismus stehen müsse.“ Doch trügen „die Dozenten eine

große Verantwortung gegenüber den Studenten, die, wenn sie nicht schon während ihres Studiums mit der fortschrittlichsten Wissenschaft, dem Marxismus-Leninismus, vertraut gemacht werden, später auf der Höhe ihres Schaffens den Anschluß an die allgemeine Entwicklung verlieren.“[21] Jeder Professor müsse seine Studenten dazu anhalten, die Weltanschauung der Arbeiterklasse kennenzulernen.

Die Diskussion in dieser Senatssitzung war von Skepsis und Ablehnung gekennzeichnet. Notwendig sei eine längere Vorlesungspause sowohl für die Studenten als auch für die Dozenten, die sich weiter qualifizieren müßten. Außerdem würden für die zu bildenden Studiengruppen viel mehr Assistenten benötigt. Kritisiert wurde ferner die *zu* enge Bindung der Professoren an den Studienplan. Wenn es hier nicht die nötige Schwankungsbreite gebe, höre jede Wissenschaft auf.[22] Die Medizinische Fakultät lehnte in einer schriftlichen Stellungnahme die Verkürzung der Studienzeit von 11 auf 10 Semester ab, unterbreitete jedoch zahlreiche konkrete Vorschläge für die Gestaltung der Studienpläne.[23] In der Senatssitzung nahm der Historiker Prof. Dr. Karl Griewank zur Reform insgesamt Stellung. Im Protokoll der Sitzung heißt es: „Er bedauert zunächst, daß diese Fragen in der Öffentlichkeit behandelt wurden, ohne daß man den Senat und die Professoren bisher fragte und führt aus, daß in weiten Kreisen der Dozenten gegen die schulmäßige Organisierung des Studiums Bedenken bestehen... Das 8-monatige Studium bedeutet nach Meinung von Herrn Griewank weiterhin eine Senkung der Qualität der Vorlesungen. Griewank bezieht sich dann auf die Forderung des Referenten, daß der Student in Beziehung zur Praxis stehen muß. An der philosophischen Fakultät heißt das Beziehung zur Schule. So sehr Herr Griewank bisher den Kontakt zur Schule begrüßte, so warnt er doch davor, die wissenschaftliche Ausbildung nur auf das, was in der Schule gelehrt wird, abzustimmen. Führen wir keine breite wissenschaftliche Ausbildung mehr durch, dann sinkt die Universität herab. Die wissenschaftliche Ausbildung darf nicht den Bedürfnissen des Augenblicks angepaßt sein...“[24]

Auch andere Diskussionsredner befürchteten, daß die Universität nur noch „Facharbeiter“ ausbilden werde, daß „Pfennigmünzerei“ betrieben werde anstatt den Studenten freie Entwicklungsmöglichkeiten zu geben; die „innere Freiheit der deutschen Universität“ solle auch in der neuen Form des Studiums bewahrt bleiben. Obwohl hier gravierende Probleme und echte Schwachstellen dieser Reform angesprochen wurden, wiegelte der Rektor ab: Die Neuorganisation des Studiums bedeute keinen Verlust an der wissenschaftlichen Breite der Ausbildung. Die Bedeutung der *wissenschaftlichen* Ausbildung der Lehrer an den Universitäten werde überschätzt; es käme darauf an, *die* Bildung zu vermitteln, die wirklich gebraucht werde.[25] Ungewollt bestätigte er damit allerdings manche der geäußerten Befürchtungen und widersprach selbst dem ersten Gedanken seiner Replik.

Über die Aufnahme der Reform insgesamt bei den Studenten liegen keine aussagekräftigen Quellen vor. Ein Bericht des Instituts für Gesellschaftswissenschaften vom Oktober 1951 läßt erkennen, daß die Vorlesungen des gesellschaftswissenschaftlichen Grundstudiums von 75 - 80 Prozent der Studenten besucht wurden, wobei sie häufig zu spät kamen. In den Seminaren dazu kam es zwar nicht zu provokatorischen Fragen, aber die Berichterstatter stellten fest, die Studenten hätten wohl viel Interesse am Stoff, jedoch kein Vertrauen zum Sozialismus.[26]

Inzwischen hatte die Regierungsverordnung vom 22. Februar 1951 das gesamte Hochschulwesen aus der Kompetenz der Länder herausgelöst, zur Angelegenheit der Republik erklärt und dem neuzubildenden Staatssekretariat für Hochschulwesen unterstellt.[27] Diese

Behörde gab nicht nur die Studienpläne vor, sondern regelte mit der Anweisung Nr. 17 vom 8. November 1951 sogar die Formen des akademischen Unterrichts.[28]

Die Tatsachen zeigen, daß die bürgerlichen Professoren durch diese Maßnahmen nicht gerade ausgegrenzt, aber doch vielfach mißtrauisch beäugt und düpiert wurden. Eine echte wissenschaftliche Auseinandersetzung mit bürgerlichen Theorien, die auch den Marxismus selbst hätte bereichern können, fand nicht statt. Auch die Bereitschaft vieler bürgerlicher Kräfte zum Mittun wurde häufig ignoriert. Damit wurden viele Chancen zu ihrer wirklichen Einbindung in die neue Gesellschaft vertan oder doch erheblich gemindert.

Anmerkungen:

1 An alle Eltern, Lehrer und Hochschullehrer! Aufruf des Zentralkomitees der KPD und des Zentralausschusses der SPD zur demokratischen Schulreform. 15. Oktober 1945. In: Um die Erneuerung der deutschen Kultur. Dokumente zur Kulturpolitik 1945 - 1949. Zus.gest. u. eingel. v. Gerd Dietrich, Berlin 1983, S. 96.

2 Ralph Jessen: Die „Entbürgerlichung“ der Hochschullehrer in der DDR - Elitewechsel mit Hindernissen. In: hochschule ost, H. 3/1995, S. 64; vgl. auch: Manfred Wille: Entnazifizierung in der Sowjetischen Besatzungszone Deutschlands 1945 - 48, Magdeburg 1993, S. 96 - 99.

3 Vgl. Ralph Jessen: Die „Entbürgerlichung“ ..., S. 64 und: Natalia Timofejewna: Die deutsche Intelligenz und die geistig-kulturelle Umgestaltung in der SBZ. In: Beiträge Geschichte der Arbeiterbewegung, H. 2/1995, S. 25.

4 Universitätsarchiv Jena (UAJ), BB 140, unpag.

5 Ebenda.

6 Vgl. ebenda, BB 36, unpag.

7 Vgl. ebenda, BB 7, unpag.

8 Vgl. ebenda, BB 36, unpag.

9 Ebenda.

10 Vgl. dazu Beschluß des Parteivorstandes der SED „Intellektuelle und Partei“ vom 11. Februar 1948. In: Um die Erneuerung ... , S. 210/211. Dort hieß es u. a.: „Die Partei muß eine gut durchdachte ideologische Auseinandersetzung mit bürgerlichen Auffassungen führen. Dabei ist darauf zu achten, daß in diesem geistigen Ringen sowohl durch die Qualität im Vortrag anderer Auffassungen als auch durch die Ermöglichung des Vortragens anderer Meinungen gezeigt wird, daß wir eine freie Meinungsäußerung wirklich gewährleisten und sie nicht zu scheuen brauchen.“

11 Hans-Peter Dürr / Annegret Falter: Hiroshima - der Sündenfall. In: Freitag, 14. Juli 1995, Extra, S. III.

12 Vgl. Ralph Jessen: Die „Entbürgerlichung“ ..., S.62/63.

13 Vgl. UAJ, BB 36, Senatssitzung v. 10. Mai 1948.

14 Vgl. UAJ, BB 7, Schreiben des Ministeriums für Volksbildung des Landes Thüringen an den Rektor v. 9. Dezember 1948.

15 Vgl. UAJ, BB 133, Brief Prof. Prellers an den Rektor vom 28. Juli 1950.

16 UAJ, P 9, Bericht Bruno Warnkes vom 4. Oktober 1950.

17 Stiftung Archiv der Parteien und Massenorganisationen der DDR im Bundesarchiv. Zentrales Parteiarchiv der SED. NL 182/933, Bl. 5.

18 Ebenda, Bl. 12.

19 Vgl. UAJ, L 592, unpag.

20 Vgl. UAJ, BB 36, unpag.

[21] UAJ, BB 38, unpag.
[22] Vgl. ebenda.
[23] Vgl. UAJ, L 592, unpag.
[24] UAJ, BB 38, unpag.
[25] Vgl. ebenda.
[26] Vgl. UAJ, M 764,2. Bericht vom 10. Oktober 1951.
[27] Vgl. Gesetzblatt 1951, S. 123.
[28] Vgl. UAJ, BB 7, unpag.

Erhard Wörfel

Zu einigen historischen Ausgangsbedingungen der Wiedereröffnung der Friedrich-Schiller-Universität Jena im Oktober 1945

Die Wiederaufnahme der Tätigkeit einer Hochschule nach der Befreiung vom Faschismus durfte im sowjetisch besetzten Gebiet nur auf Befehl des Oberbefehlshabers der SMAD für jeden Einzelfall erfolgen. Den entsprechenden Befehl Nr. 50 erließ der Oberbefehlshaber der SMAD am 4. September 1945. Danach sollten bis spätestens 25. September der Abteilung Volksbildung der SMAD Listen der Hochschulen mit Angabe ihres Zustandes und der dazugehörigen Forschungsinstitute sowie Listen zur personellen Zusammensetzung der Professoren, Dozenten und wissenschaftlichen Mitarbeiter übergeben werden.[1]

Da mit der Vorbereitung der Wiedereröffnung der Jenaer Universität auf Initiative des Chefs der Verwaltung der SMATh, Generalmajor I. S. Kolesnitschenko, bereits im Juli 1945 - nur wenige Tage nach dem Einmarsch der Truppen der Roten Armee - begonnen worden war, konnten in Thüringen für die Ausführung dieses Befehls schon relativ früh gute Vorbedingungen konstatiert werden.[2] Dem Zweck dienten zwischen dem 5. Juli und 8. Oktober 1945 mehrere spezielle Beratungen mit dem Landespräsidenten Dr. Rudolf Paul, dem Direktor des Landesamtes für Volksbildung bei der thüringischen Landesverwaltung Walter Wolf, dem Bezirksleiter der KPD Ernst Busse, der gleichzeitig erster Vizepräsident der Landesverwaltung Thüringen war, dem Leiter der Abteilung Propaganda und Agitation bei der Bezirksleitung der KPD Georg Schneider, der häufig auch als Dolmetscher fungierte, und dem Rektor der Universität Prof. Dr. Friedrich Zucker. Mit der Führung der Rektoratsgeschäfte hatte das Thüringische Ministerium für Volksbildung am 9. April 1945 den Professor für klassische Philologie beauftragt.[3] Der erste Nachkriegs-Rektor blieb bis zu seiner Emeritierung 1948 im Amt. Bereits unter amerikanischer Besatzungsmacht hatte Zucker am 12. Juni 1945 eine Denkschrift „Über die derzeitige geistige Lage und die Aufgaben der Erziehung in Deutschland“ vorgelegt.[4] Zur gleichen Zeit war von dem Juristen Prof. Dr. Richard Lange der Plan einer Studienreform entwickelt worden, der jedoch ohne Diskussion vom Direktor des Landesamtes für Volksbildung, Walter Wolf, wegen seines angeblich gegen die „künftige neue Ordnung gerichteten Inhalts“ abgelehnt worden war.[5] Rücksprachen zwischen Vertretern der Universität und den neuen thüringischen Landesinstanzen gab es auch bereits im Juni 1945, um Schritte für die Gewährleistung von Ausbildungsmöglichkeiten von Volksschullehrern an der Universität einzuleiten.[6] Sie führten später zur Errichtung einer Sozialpädagogischen Fakultät und zur Begründung der „Vorstudienschule“.[7] Im Kontakt mit dem Landesamt für Volksbildung hatte die Universitätsleitung während der Zeit der amerikanischen Besetzung selbständig erste Schritte zur Reinigung des Lehrkörpers von faschistischen Elementen eingeleitet.[8]

Die Aufgabe zur Vorbereitung der Wiedereröffnung der Universität, die I. S. Kolesnitschenko ganz direkt auf einer Beratung mit der Thüringer Landesverwaltung am 17. August 1945 in Weimar und dann noch einmal im Anschluß an die Veröffentlichung des Befehls Nr. 40 des Oberbefehlshabers der SMAD vom 25. August 1945, der die Anweisungen über den normalen Unterrichtsbeginn an allen allgemeinbildenden und Berufsschulen, jedoch nichts über Universitäten und Hochschulen enthielt[9], den Thüringer Landesfunktionären und dem Jenaer Rektor gewissermaßen auf eigene Faust gestellt hatte, wurde von ihnen zu diesem Zeitpunkt übereinstimmend mit äußerster Zurückhaltung aufgenommen.

Den Landespräsidenten beunruhigte die große materielle Zerstörung und geistige Verwüstung in der Universitätsstadt. Wolf und Schneider machte vor allem Sorgen, daß von den an der Salana zurückgebliebenen Professoren ein großer Teil aktiv und engagiert für den NS-Staat und seine Politik gewirkt hatten. Der Universitätsrektor gab zu, daß fast alle Studenten, die hier auf eine Weiterführung ihres Studiums warteten, entweder Mitglieder der Nazipartei, Mitglieder der Hitlerjugend oder Anhänger einer der zahlreichen faschistischen Organisationen gewesen waren.[10]

Es war alles in allem keine erfreuliche Situation. Dennoch drängte Kolesnitschenko auf eine aktive Vorbereitung zur Wiedereröffnung der Universität in Jena, möglichst Mitte Oktober 1945. Nachdem bereits am 4. September 1945 Bürgermeister Karl Barthel von der Jenaer Stadtverwaltung einen Inspektionsrundgang durch die im Aufbau befindlichen Institute und Seminare vorgenommen hatte[11], traf zwei Tage später eine von Prof. P. W. Solotuchin geführte Kommission der Abteilung Volksbildung der SMAD zur Besichtigung der Universität Jena ein.[12] Sie führte am 6. September 1945 ausführliche Gespräche mit dem geschäftsführenden Rektor und den vorläufigen Dekanen der fünf Fakultäten über den Stand der Aufbauarbeiten an der Friedrich-Schiller-Universität. Die Vertreter der Universität wurden um die Beantwortung einer Reihe von Fragen gebeten, die ganz im Sinne der Aufgabenstellung des Befehls Nr. 50 des Obersten Chefs der SMAD über die Vorbereitung der Hochschulen auf den Beginn des Unterrichts vom 4. September 1945 lagen.[13] Laut Befehl des Oberbefehlshabers der SMAD sollte die Anzahl der Studenten 1.500 nicht überschreiten, doch auch diese Zahl blieb letztendlich unerreicht. Es wurden zunächst insgesamt nur 1.299 Studenten angenommen, da sich unter den Bewerbern ehemalige Mitglieder der NSDAP, der Hitlerjugend, zu den Nazis tendierende Mitglieder anderer Organisationen und Wehrmachtsangehörige bis hin zu Offizieren befanden, die auf Grund wiederholter kategorischer Anweisungen der sowjetischen Militäradministrationen für ein Studium bzw. seine Fortsetzung nicht in Frage kamen.

Prof. Dr. Zucker legte am 12. September 1945 der SMATh in Weimar einen schriftlichen Bericht über den Zustand der Universität und die Bereitschaft zur Aufnahme der Lehrveranstaltungen, ausführliche Pläne und Programme sowie Listen über die Zusammensetzung des Lehrkörpers vor.[14] Kolesnitschenko reagierte darauf mit einer damals oft bei sowjetischen Administrationen wiederkehrenden Skepsis. In der Absicht, Teilaspekte des Berichts überprüfen und im besonderen die Studenten, die an der Alma mater studieren würden, persönlich kennenlernen zu wollen, entschloß er sich zusammen mit seinem Adjutanten, der gleichzeitig als Dolmetscher wirkte, zu einer überraschenden Fahrt nach Jena. In ihre Pläne waren weder der Stadtkommandant noch der Rektor vorher eingeweiht worden. Kolesnitschenkos Eindringen in die Universität und mehr noch seine Aufforderung an den Rektor, in kürzester Frist eine Studentenversammlung zu organisieren, lösten in der Universitätsleitung großes Befremden und zugleich Verunsicherung aus. Dennoch kam relativ rasch in einem der Laborräume unterhalb des Landgrafen ein Treffen des Verwaltungschefs der SMATh mit lernwilligen jungen Menschen verschiedenster Herkunft zustande. Darüber schreibt Kolesnitschenko in seinen Erinnerungen u. a.: „Zuerst versuchte ich Fragen zu stellen, doch die Antworten kamen genau wie bei Soldaten: 'Jawohl' oder 'Nein'. Da ich aber wenig Zeit hatte, beschloß ich, ihnen einfach davon zu erzählen, was sie in der Universität erwarten würde. Nachdem ich meinen Dolmetscher gebeten hatte, alles, was ich sagen würde, genau zu übermitteln, erzählte ich den zukünftigen Studenten, daß sie darauf gefaßt sein müßten, zu hungern, wenig zu schlafen, viel zu arbeiten, beharrlich zu lernen und in der Tat zu beweisen, daß sie fähig sind, erstklassige Spezialisten zu werden, die ihrem Volke die-

nen.“[15] Erst im Nachhinein vergewisserten sich Verwaltungschef und Dolmetscher der SMATh, daß Klopfen und Trampeln keine Form der Obstruktion, sondern Zustimmung zu Reden und Antworten darstellte, was Kolesnitschenko in seinen Memoiren zu der Feststellung bewog: „Damals hörte ich auch zum ersten Mal das deutsche Sprichwort 'Andere Länder, andere Sitten'.“[16]

Auch der damalige Oberbürgermeister in Jena, Dr. Heinrich Troeger (1901-1975), zuletzt (1958-1969) Vizepräsident der Deutschen Bundesbank, hat in umfangreichen Aufzeichnungen unter dem Titel „Erlebtes und Gedachtes, Erinnerungen von 1945 bis 1970“ u. a. Ausführungen zur Wiedereröffnung der Jenaer Universität gemacht. Ausdrücklich hebt er in dem seiner Jenaer Tätigkeit gewidmeten Teil[17] hervor, daß auf die Wiedereröffnung der Friedrich-Schiller-Universität von russischer Seite kurze Zeit nach ihrem Einmarsch in Thüringen großer Wert gelegt wurde. Das geschah in großer Sachkenntnis und Wertschätzung der Traditionen und Leistungen der Salana und durch Förderung aller, die die Wiedereröffnung der Jenaer Universität als ein begeisterndes Ziel anerkannten. Zugleich vermerkte er aber auch zum Teil sehr rigorose und aus der Machtvollkommenheit heraus begründete Eingriffe in das ohnehin sehr komplizierte Geschehen, das ja bekanntlich am 15. Oktober 1945 zur Wiedereröffnung der Jenaer Universität als erster im Nachkriegsdeutschland führte. Dieses Ereignis gestaltete sich in Jena zu einem wahren Volksfest.[18] Viele wollten es mit eigenen Augen sehen, da vorher unter der Bevölkerung auch Gerüchte verbreitet worden waren, daß es keine Eröffnung der Universität geben würde und alles nur Propaganda der Bolschewiken wäre.

Die Thüringer Landesregierung hatte Ende August/Anfang September 1945 den Jenaer OB Dr. Troeger als Wiederaufbaukommissar mit der Vollmacht eingesetzt, allenthalben Baumaterial zu beschlagnahmen und alle erforderlichen Maßnahmen zu treffen, damit die Universitätsgebäude möglichst schnell wiederhergestellt und der Vorlesungsbetrieb wieder aufgenommen werden konnten. Auf seine Initiative hin hatte der Kulturbund Jena eine repräsentative Festschrift zur Wiedereröffnung der Universität mit mehreren Beiträgen herausgebracht, darunter einen Aufsatz der in Jena lebenden und in der Zeit der NS-Diktatur an Widerstandsaktionen beteiligt gewesenen Schriftstellerin Ricarda Huch über den „Grundwillen des deutschen Volkes“ sowie den Wortlaut einer Rede von Dr. Troeger über „Macht und Kultur“, die dieser auf der öffentlichen Gründungsveranstaltung des Kulturbundes im Juli 1945 gehalten hatte.

Die Enttäuschung bei dem kleinen Kreis der Eingeweihten war jedoch groß, als die bereits fertiggestellte Auflage der „Festschrift zur Wiedereröffnung der Friedrich-Schiller-Universität“ von der SMATh beschlagnahmt und vernichtet wurde. Stein des Anstoßes war vor allem der Beitrag von Ricarda Huch, der folgenden Schlußabsatz enthielt: „Zwischen den Überbleibseln unserer Kultur, an die wir uns klammern wie Schiffbrüchige an rettende Planken, und neuen Plänen, die Heilung aller Übel verheißen, stehen wir zweifelnd. Der Anweisung bedürftig, denken wir an unsere Universitäten, die neben den Kirchen zu Hütern unserer Heiligtümer und unserer Kultur berufen sind. Ihre Aufgabe ist es, das Alte, das sich als echt und fruchtbar bewährt hat, zu bewahren und gleichzeitig den neuen Gedanken zu sammeln, zu prüfen und zu fördern. Sie haben sich einen Teil der mittelalterlichen Unabhängigkeit sichern können und die Würde, nicht nach dem Willen irgend eines Menschen, sondern zur Ehre Gottes, d. h. im Dienste der Wahrheit, zu forschen und zu wirken. Wir feiern in diesen Tagen die Wiedereröffnung der Universität Jena. In unglücksschwerer Zeit entstanden, später vom Genius beglänzt und für immer ausgezeichnet, ist sie uns ein teures

Wahrzeichen. Wir grüßen sie hoffend, daß alle Weisheit und neues Leben von ihr ausströmen und nicht nur unsere zertrümmerte Stadt, sondern weithin deutsches Land befruchten werden.“[19] In einer um zwei Drittel der Seiten reduzierten neuen „Festschrift“ fehlte der Beitrag der hochbetagten Schriftstellerin, der von Dr. Troeger über „Macht und Kultur“ war ohne sein Zutun zusammengestrichen und z. T. umformuliert worden.

Nach der feierlichen Wiedereröffnung der Jenaer Universität Jena erbat der Verwaltungschef der SMATh beim Oberbefehlshaber der SMAD in Berlin-Karlshorst die Erlaubnis für die Aufnahme der Lehrveranstaltungen.[20] Nachfolgendes Telegramm vom 24. November 1945 war die dokumentarische Antwort: „Marschall der Sowjetunion Shukow hat die Aufnahme der Lehrveranstaltungen der Jenaer Universität gestattet. Die Zahl der Studenten darf 1.500 nicht überschreiten. In den Kreis der Studenten dürfen nicht aufgenommen werden die früheren Mitglieder und Anwärter der NSDAP, die Leiter der Hitlerjugend und ihre aktiven Mitglieder sowie andere profaschistische Elemente. Chef der Abteilung Volksbildung der SMAD, Solotuchin.“[21]

Dieses Telegramm bildete die gesetzliche Grundlage für den Befehl der SMATh Nr. 97 vom 26. November 1945, mit dem der Rektor der Universität die Erlaubnis erhielt, am 1. Dezember 1945 mit den Lehrveranstaltungen an allen Fakultäten zu beginnen.[22]

Die sich anschließenden Prozesse waren sowohl an den Schulen wie auch an der Universität von großen Säuberungsaktionen der Lehrkörper von Nationalsozialisten mit z. T. auch unrühmlichen Begleiterscheinungen gekennzeichnet. Zunehmend drängten, bewußt gefördert von der Besatzungsmacht, Kräfte aus der kommunistischen und sozialdemokratischen Arbeiterbewegung darauf, Einfluß auf die Lehrtätigkeit, besonders im pädagogischen Bereich, zu nehmen oder gar selbst Hochschullehrer zu werden. In diesen Auseinandersetzungen sind aber auch Wissenschaftler, die in ihrem Verständnis mit aller Energie darangegangen waren, der Wissenschaft zu dienen und ihr neuen Raum zu geben, an eigenen Schwächen und Mängeln sowie am Unverständnis der neuen Administrationen zerbrochen. Einige, wie z. B. der erste Kurator der Universität Dr. Max Bense, mußten die Universität Jena verlassen. Bense war in Jena 1946 bis 1948 zugleich auch als a. o. Professor für wissenschaftliche und philosophische Propädeutik tätig. 1949 ging er an die Technische Hochschule Stuttgart.

Die Mitarbeiter der Verwaltung der SMATh betrachteten entsprechend der verbalen Fixierung ihrer Absichten in Befehlen und Anordnungen die Universität als Stätte für die Umerziehung der deutschen Jugend im Sinne einer echten Demokratie und verfolgten aufmerksam die sich hier abspielenden Prozesse ohne generell auf direkte Eingriffe zu verzichten.

Am 21. Januar 1946 nahmen die beiden Vorsitzenden der KPD und der SPD, Wilhelm Pieck und Otto Grotewohl, die anläßlich einer gemeinsamen Konferenz der Thüringer Parteiorganisationen zu Fragen der Einheitspartei in Jena weilten, die Gelegenheit wahr, vor Jenaer Studenten ihre Positionen zur Rolle der Studenten und Professoren an den wiedereröffneten Hochschulen und Universitäten darzulegen. Wilhelm Pieck faßte die Forderungen an die Studenten in den Worten zusammen: „Wir wollen, daß Sie lernen, lernen und noch einmal lernen, daß Sie fleißig studieren und tüchtige Ärzte, Lehrer, Juristen, Wirtschaftler werden, daß Sie lernen aus den bitteren Lehren der deutschen Vergangenheit, daß Sie lernen, sehr aufmerksam unter denen zu unterscheiden, die mit billiger Demagogie und manchmal sehr verfänglichen Worten Sie und unser Volk auf einen falschen Weg, den Weg des inneren Zwiespaltes, der Feindschaft gegen den Fortschritt, der Feindschaft gegen ande-

re Völker führen wollen.“ Die Interessenbekundung, die wissenschaftliche Lehr- und Lerntätigkeit mit allen zur Verfügung stehenden Mitteln zu fördern, bat er, nicht nur als Agitation zu begreifen, um mit irgendwelchen unehrlichen Argumenten Anhänger und Sympathisanten zu gewinnen. An die Lehrkräfte gewandt, resümierte er: „Die deutschen Professoren haben heute eine große Verantwortung für die Zukunft unseres Volkes. Es ist notwendig, daß Sie in erster Linie verstehen, daß die demokratische Erneuerung unseres Volkes nicht eine Parteiforderung, sondern eine Lebensforderung für unser Volk, eine nationale Existenzfrage für Deutschland ist. Die Erkenntnis verpflichtet Sie ganz dazu, in aktivster Weise beizutragen, daß die studierende Jugend zu einer neuen, wirklich demokratischen Intelligenz wird.“

Otto Grotewohl hob in seiner Rede ausdrücklich hervor: „Die Jugend wird gebraucht. Niemand ist gering genug und niemand zu unbedeutend, um nicht durch stärkste innere Verpflichtung zum ganzen Volk und seine Zukunft zu stehen und in die Aufgabe des Wiederaufbaues unseres Vaterlandes hineinzuwachsen. Die Stunde der Besinnung sollte heute auch für die Männer der Wissenschaft und Forschung, für Kaufleute, Wirtschaftler und Ingenieure gekommen sein. So hart es auch klingen mag, wir müssen es sagen: Wenn dieses Deutschland in beispielloser Schande zusammenbrach, so trägt auch die Wissenschaft ihren Teil dazu bei. Die studentische Jugend muß dafür sorgen, daß die Wissenschaft einmal ihren Standort in der Staatsgesellschaft zu beziehen hat um ihre politischen Aufgaben am Wohl der Gemeinschaft wirklich zu erfüllen. In einer Demokratie ist Politik das Schicksal des Volkes, und keine Wissenschaft erfüllt ihren Auftrag ganz, wenn sie nicht letztlich diesem Beruf dient. Der seiner aktiven Rolle in der Gesellschaft verantwortliche Staatsbürger ist es, der Deutschland gefehlt hat und der Deutschland heute noch fehlt. Es steht niemandem das Recht zu, aus den olympischen Höhen der Wissenschaft heraus zu sagen: „Ich bin ein unpolitischer Mensch“. Ein solcher Standpunkt ist kein Staatsbürgerrecht, sondern nur Spießbürgerrecht. Für das neue demokratische Deutschland und für die Zukunft der deutschen Jugend geht es heute um die Frage seiner Existenz überhaupt in wirtschaftlicher, politischer und kultureller Hinsicht. Unter solchen Umständen kann und darf kein Student abseits stehen, und es kann und darf niemand irgendwelche Privilegien für sich in Anspruch nehmen.“[23]

Anmerkungen:

1 Universitätsarchiv Jena (UAJ), BB Nr. 68.

2 Thüringisches Hauptstaatsarchiv Weimar (ThHSTA W), Ministerium des Innern Nr. 203; Ministerium für Volksbildung Nr. 47; Thüringische Volkszeitung, v. 21. 8. u. 26. 8. 1945.

3 UAJ, BB Nr. 1. - Nach dem Selbstmord des NS-Rektors Prof. Dr. Karl Astel am 4. 4. 1945 hatte zunächst der Prorektor Prof. Dr. Rüdiger von Volkmann die Führung der Rektoratsgeschäfte übernommen.

4 ThHSTA W, Ministerium für Volksbildung Nr. 169.

5 Ebenda.

6 Vgl. die Protokolle der Senatssitzungen vom 15., 23. u. 27. 6. 1945, in: UAJ, BB Nr. 28.

7 Vgl. Geschichte der Universität Jena, Bd. I, Jena 1958, S. 704 ff.

8 UAJ, BB Nr. 68.

9 Siehe: Um ein antifaschistisch-demokratisches Deutschland. Dokumente aus den Jahren 1945-1949, Berlin 1968, S. 128 ff.

[10] ThHSTA W, Ministerium für Volksbildung Nr. 169.

[11] ThHSTA W, Ministerium für Volksbildung Nr. 3145.

[12] UAJ, BB Nr. 72.

[13] UAJ, BB Nr. 68.

[14] Ebenda.

[15] I. S. Kolesnitschenko, Im gemeinsamen Kampf für das antifaschistisch-demokratische Deutschland entwickelte und festigte sich unsere unverbrüchliche Freundschaft, Erfurt 1985, S. 55.

[16] Ebenda.

[17] Oberbürgermeister in Jena 1945/46. Aus den Erinnerungen von Dr. Heinrich Troeger, in: Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte, Jg. 1977, H. 4, S. 889 ff.

[18] Siehe Thüringische Volkszeitung, v. 17. u. 18. 10. 1945; Tribüne, v. 9., 16. u. 20. 10. 1945.

[19] Kopie im Besitz des Verfassers.

[20] I. S. Kolesnitschenko, Im gemeinsamen Kampf ..., Erfurt 1985, S. 57 f.

[21] ThHSTA W, Büro des Ministerpräsidenten Nr. 1746.

[22] UAJ, BB Nr. 68; ThHSTA W, Büro des Ministerpräsidenten Nr. 601.

[23] Thüringische Volkszeitung, v. 2. 1.1945; Tribüne, v. 22. 1. 1945.

Hochschulpolitische Reformansätze in der DDR

Jens-Fietje Dwars

Bewegungsräume

Es war eine merkwürdige Konstellation. Wir saßen in dem Raumgeflecht der Essener Universität. Der Mann gegenüber erkundigte sich nach dem Schicksal Jenaer Kollegen. Das Wort hatte seinen fremden Klang verloren in jenem Herbst 1991, da zerfallen war, was einmal geordnet schien. Schicksal also. Ich erzählte von einem Herrn aus Essen, der sich dem Rektor der Jenaer Universität in einem Brief erboten hatte, seine reichen Erfahrungen dem Aufbauwerk im Osten zur Verfügung zu stellen, und wie er daraufhin zum kommissarischen Direktor des neugegründeten Instituts für Germanistik berufen worden war, über den Kopf des demokratisch gewählten hinweg. Auch vergaß ich nicht zu erwähnen, daß er, der beim Dinner eingestand, die „DDR“ peinlich gemieden zu haben, meine Seminarangebote wortlos verschwinden ließ, nachdem der gleichfalls importierte Kanzler mir erklärt hatte, er müsse sich an die Gesetze des demokratisch gewählten Parlaments halten, die mich unter Lehrverbot zu stellen nötigten, da mein Name auf einer Karteikarte des Ministeriums für Staatssicherheit gefunden worden war. Die Maßnahme stand fest, jede Bitte, am Gegenstand des gleichnamigen Lehrstücks von Brecht praktizieren zu dürfen, was alle nun forderten, ein Aufarbeiten der Geschichte, war zwecklos. Ja, sagte der Mann, daran erkenne er seinen Kollegen, einen Altachtundsechziger, bemüht, ein ordentlicher Professor zu sein. Er aber sei froh, keine Macht besessen zu haben in seiner revolutionären Phase, damals.

Zuletzt lud er mich ein, an einem Band mitzuarbeiten, den er über Literatur und Kritik in dem anderen deutschen Staat herauszugeben gedachte. Ich schrieb von einem Aufsatz zu Volker Brauns „Hinze-Kunze-Roman“, den mir sechs Jahre zuvor die „Weimarer Beiträge“ mit einem freundlichen „Es tut uns leid ...“ zurückgesandt hatten, weil ich den Text allzu deutlich in die Nähe der ersten Reden eines Politikers rücken wollte, der eben zu jener Zeit aus dem Dunkel des KGB aufgestiegen war. Was aber 1985 um seiner politischen Aktualität willen nicht erscheinen konnte, erschien mir nun ästhetisch veraltet. Unter dem Titel „Erfassungsräume. Zur Topographie akademischer Literaturkritik“ suchte ich diesen Widerspruch zu ergründen, die Landschaft, die Orte wahrzunehmen, die das kritisch Gemeinte im Moment des Schreibens umfingen. Ein halbes Jahr später kam das Buch. Der Essay hieß jetzt „Verstrickungen“ und war um einen einleitenden Absatz, wie auch um den abschließenden Verweis auf eine andere Arbeit gekürzt.

Daß solch Kürzung eine Zensur sei, wollte der Herausgeber nicht hören. Er hatte mit der besten Absicht eine zeitgemäßere Überschrift gewählt, auf eine verkomplizierende Bedeutungsebene verzichtet, um den Leser, der nun auf den ersten Blick schon sah, worum es gehen sollte, sogleich zum Wesentlichen hinzuführen. Ich kannte das Verfahren. Noch 1990 hielt eine Herausgeberin es für angebracht, in einen vierzehnseitigen Text mehr als vier-

zigmal einzugreifen, einzelne Worte umzustellen, zu streichen, andere einzufügen, ganze Sätze zu tilgen und besser gemeinte an ihrer Stelle zu formulieren. Eine kluge Germanistin, eine der besten, die es auf ihrem Gebiet hierzulande gab, und für meinen Aufsatz war sie des Lobes voll. Weder böswillige Herrschsucht noch politische Borniertheit bewogen sie, das fremde Produkt ihrer eigenen Schreib- und Denkweise anzupassen. Es war die Zensur des fürsorglichen Lehrers, der seine Zeit opfert, um den Schülern immer und überall zu helfen, und nicht merkt, wie er die Zöglinge entmündigt, die von anderem sprechen wollen.

Ergab nicht diese freundliche Entmündigung von der Krippe bis zum Bestenkollektiv ein wundersam fortgesetztes Diktat, das die Erfahrungen der Heranwachsenden im Alltag dieser demokratisch genannten Republik geprägt hat, während die offene Gewalt gegen Andersdenkende sich in Grenzen halten konnte, weil die Fähigkeit zu anderem Denken so verkümmert, der Raum für eigenes Sprechen so begrenzt war? Eine Diktatur entlarvt sich selbst in ihrem Unrecht, ihr Zwang erzeugt die Kraft, die sie bezwingt. So mußte ein Strom von Ausreisenden den Staat sprengen, der seine Bürger gefangen hielt. Die Verbleibenden aber konnten nicht denen folgen, die sie aufriefen, ihr Land nach ihren eigenen Vorstellungen zu verändern, hatten sie doch einzig gelernt, sich Allwissenden anzuvertrauen, die sie mit fertigen Plänen in blühende Landschaften führen würden. Natürlich machte man seine Witze im Rücken der Mächtigen und jammerte über den Mangel da unten, doch sollten die oben ihren Kopf anstrengen, wenn sie schon über alles entscheiden wollten - wie die neuen Herren, die behaupten, allein zu wissen, was gut und was schlecht sei für die Eingeborenen.

Sich nun als Besserwessis verdammt zu sehen, muß den Missionaren wie der Undank eines verzogenen Volkes erscheinen. Soll man ihm noch immer das Märchen vom edlen Geist in den Fallstricken einer bösen Macht erzählen? Legenden wiegen in einen geruhsamen Schlaf. Das wäre so einfach nicht zu verachten. Auch „die Welt“ braucht wohl „ihren Schlaf“. Wer sie wachrütteln wolle, gibt Friedrich Hebbel zu bedenken, möge vorher prüfen, „ob er auch stark genug ist, sie zu binden“ und „reich genug, ihr Höheres zu bieten“, wenn die Welt von dem Tand läßt, über dem sie eingeschlafen. Auch beständiges Rütteln, der monotone Schrei des Warners, versetzt in einen Taumel, der die Sinne betäubt, ohne Kraft zu schenken für den kommenden Tag.

Bliebe die Chance, den Augenblick der Auflösung, wenn eine feste Form zu schwanken beginnt, eine Identität schwindet, Dein eigenes Leben den anderen und Dir selbst fremd erscheint, als Kairos zu begreifen, Vergangenes wie einen Traum zu erinnern, ein Material, das verschiedene Deutungen ermöglicht, um vielleicht zu erwachen, bevor die schlafende Welt Dich wieder gefangen nimmt. Auch dies wäre ein Experiment. Keines, das die Existenz der Welt gefährdet, wie jene Wissenschaften, die ihr einmal ein menschliches Antlitz verleihen wollten und seitdem von Operation zu Operation eilen, um die Fehler ihrer Vorgänger zu korrigieren. Dennoch ist das Unternehmen nicht gefahrlos, bleibt sein Ausgang ungewiß. Jedes Spekulieren auf den Gewinn einer neuen Position würde den Einsatz verfälschen. Ich will versuchen, den Weg zurück zu den Voraussetzungen meines Wissens zu gehen, um Bewegungsräume eines Assistenten in den achtziger Jahren zu ergründen.

Mein Vater war das Produkt eines Gärtners, der Wildwuchs mit der Peitsche zu stutzen liebte. Lehrjahre sind keine Herrenjahre, sagte er, und bedeckte mein Gesicht mit seinen feuchten Lippen. Sein Sohn war der Kasernierten Volkspolizei gefolgt, um das Dorf zu verlassen. In Weißenfels, wo sie ihre Gewehre in Decken verbargen, wenn es zum Manöver ging, verliebte er sich in eine Zahnarzthelferin. Weil er die neue Uniform, den Russenzwillich, nicht tragen wollte, wurde der Feldwebel degradiert, strafversetzt und endlich

entlassen. Der Tischler bewarb sich an einer Kunsthochschule, als seine Schwester Republikflucht beging. So konnte er, unter Zureden seiner Frau, noch Werklehrer werden. Ihr Kind wurde mit Zangen ans Licht gezerrt. Die Ärzte taten ihr Bestes, doch ewig mißgestaltet werde es ein Idiot bleiben. Also blieb sie daheim und wandt all ihre Liebe auf, daß ein Mensch daraus werde, ein besonderer Mensch, der es besser haben sollte, ein Ingenieur oder Arzt im weißen Kittel. Dann ging sie wieder halbtags zur Arbeit, und der Junge in einen katholischen Kindergarten, der auf dem Wege lag. Er lernt, daß Gott alles sieht und lehrt die Eltern beten. Sie genießen ihr Glück, vernarbt ist der Schrecken der Geburt, klug das Kind, ein Klassenbester, wenn nur sein Hang zu den anderen, den Rabauken nicht wäre. Zeichnet, boxt wie der Vater, wird abgelehnt an der Kunsthochschule, doch delegiert zur Erweiterten Oberschule, trotz des Nachteils seiner sozialen Herkunft als ein Sohn der Intelligenz.

Im Herbst 1977 werden Bewerber gesucht für die ABF „Walter Ulbricht“, die Arbeiter- und Bauernfakultät in Halle zur Vorbereitung auf ein Studium in den sozialistischen Bruderländern. Niemand reagiert. Der Direktor bestellt Schüler der elften Klassen in sein Zimmer, sie für eine Delegierung zu gewinnen. Was er sagte, ist vergessen. Vielleicht war von Stolz die Rede, vom Frieden und Klassenauftrag. Zwei willigten ein. Ich wollte hinaus aus der Kleinstadt, Freunde aber hoben den Finger an die Stirn und fragten, wozu dieser Aufwand, wenn der Platz im Lande gesichert, Wohnung und Auto längst angemeldet seien.

Die ABF bestand aus zwei Teilen. Die Mehrzahl der Sowjetstudenten war in der Franckeschen Stiftung einquartiert, in vierstöckigen Denkmälern aus dem 18. Jahrhundert, deren einzige Toiletten sich zu ebener Erde befanden. Hier wurden die Aufnahmegespräche geführt. Ich hatte Geschichte oder Philosophie angekreuzt, was immer dies sein mochte. Da mir Russisch nicht lag, wählte ich Polen, auch gefiel mir die Musik eines Niemen und war es nicht ganz so fern. Wir schliefen im Landrain, in Holzbaracken, von Stacheldraht umzäunt. Nach Werner Heiduczeks Erzählung „Ein Semester Zärtlichkeit“ standen sie zwei Jahrzehnte zuvor aus Brandschutzgründen zum Abriß bereit. Im Winter 1977/78 bekam jedes Zimmer einen Pappeimer Kohlen pro Tag, der die Kanonenöfen für vier Stunden zum Glühen brachte. Wir sollten uns abhärten, hieß es, für die Zukunft. Aber auch wer sich nicht auf ein brüderliches Ausland vorbereiten wollte, hatte mit Stromsperren zu leben, die allabendlich ganze Stadtteile brach legten, um den Betrieb in den Fabriken aufrecht zu erhalten. Heimfahrten wurden nur in Ausnahmefällen genehmigt, weil das Kollektivleben zum Training gehörte. Und daher begann das Schuljahr in einem Lager der GST, der Gesellschaft für Sport und Technik, mit Marschübungen und nächtlichen Ausbrüchen ins Dorf.

Draußen hatten wir uns als Studenten der Universität auszugeben, um nicht Opfer westlicher Geheimdienste zu werden. Wir lachten darüber, bis wieder ein Direktor mich rief, in dessen Zimmer nun ein elegant gekleideter Herr mir einen Ausweis des Ministeriums für Staatssicherheit vor die Augen hielt und fragte, ob ich nicht interessiert sei an einer Zusammenarbeit. Nein, Spitzel wolle ich nicht werden. Doch darum gehe es nicht, sagte der Elegante, um ein Aufspüren des Gegners vielmehr, des Feindes, der sich einschleichen würde in dem anderen Land. Und ich sah einen anderen, einen Schlosserlehrling, der mir Wochen zuvor im Kneipenlicht erzählt hatte, er gehe zur Firma, und jedes Gespräch werde mitgeschrieben, von irgendwem, auch dieses. Was war das für eine Welt hinter der Welt? Da stand ihr Abgesandter, ein Engel des Bösen. Halt ihn fest, wenn Du mehr wissen willst, oder die Tür ins Verborgene schließt sich für immer. Bestimme selbst, wie weit Du gehst,

horch den aus, der Dich aushorchen will, und Du erfährst, was diese Wirklichkeit in ihrem Innersten zusammenhält.

Eitle Neugier, geheime Verachtung und dumpfe Furcht trieben den Achtzehnjährigen, sich zu verpflichten, „auf freiwilliger Grundlage mit dem MfS zusammenzuarbeiten“, gegenüber Jedermann strengstes Stillschweigen zu wahren und bei Zuwiderhandlung „nach den geltenden Gesetzen der DDR zur Verantwortung gezogen“ werden zu können. Das Mädchen, das er liebte, wußte keinen Rat. Ihr Vater, ein Kreissekretär für Agitation und Propaganda, mit dem er nächtelang stritt, hieß den Weg gut und der Bruder seiner Mutter, ein Oberstleutnant der Volksarmee, sprach von Verantwortung und daß die Besten sie tragen müßten. Er wich aus, wenn er über andere sprechen sollte, verdrängte, was er von sich gab, und schrieb eine Belegarbeit, die Che Guevara mit Lenin vom Vorwurf des romantischen Abenteurers reinwusch.

Im Sommer 1979 fuhren wir nach Polen. Erstmals sollten unter den 800 Studenten der DDR auch drei Philosophie belegen. Das Ministerium für Hoch- und Fachschulwesen hatte sich für die „rote Universität“ von Wroclaw entschieden, weil sie sicherer sei als das liberale Warschau oder das konservative Kraków. Hier wurden uns Carnap, Popper und Feyerabend empfohlen, aber auch Gramsci, Schaff und die jugoslawische Praxis-Philosophie. Der Dozent für Dialektischen Materialismus lehrte, daß Dialektik nur ein Wortspiel, ein Hegelscher Systemtrick sei, da die Natur keine Sprünge kenne. Mit besonderer Freude ließ er die Deutschen ein Seminarreferat halten zu Lenins Satz, der Marxismus sei ob seiner Wahrheit allmächtig. Zum fünften Semester wollte ich nach Poznan, wo meine Frau studierte. Das dortige Institut war auf Logik und Erkenntnistheorie ausgerichtet, ich sei herzlich willkommen, ließ man sich vernehmen, und die Verwaltung hatte uns ein gemeinsames Zimmer im Internat zugesichert. Nur Berlin erhob sein Veto, um nicht die Kräfte zu zersplittern.

Wenig später wurden wir nach Halle gerufen. Die Studien müßten auf unbestimmte Zeit ausgesetzt werden, erklärte ein Stellvertreter des Ministers, weil niemand für unsere Sicherheit garantieren könne. Seit dem Sommer 1980 rollten Streikwellen über das Land. Die Forderungen der Stettiner Werftarbeiter waren elementar. Arbeitsschutz, höhere Löhne, arbeitsfreien Samstag, Presse- und Versammlungsfreiheit. Erst als der Staat sich weigerte, die neue Gewerkschaft „Solidarität“ anzuerkennen, wuchs der spontane Protest zur politischen Bewegung, die im Frühjahr mit dem Generalstreik drohte. Auch am Institut für Marxistisch-Leninistische Philosophie wurde gestreikt. Studenten besetzten die Hörsäle und ließen ein, wen sie hören wollten. Das war sie, die Revolution, in Lehrbüchern beschworen. Auf Flugblättern hieß es, man müsse Lehren aus den Streiks ziehen - Fernsehgeräte, Gitarren und Hygieneartikel seien nötig, um länger durchzuhalten. Adam Michnik und Jacek Kuron vom KOR, dem Komitee zur Verteidigung der Arbeiterrechte, traten auf und verkündeten, die Partei sei ein Gipsverband, den das Land abwerfen werde, sobald es seiner nicht mehr bedürfe, und es gelte ein Zwei-Kammern-Parlament zu schaffen, mit einer eigenen Mehrheit in der Kammer fürs Innere, für ein souveränes Polentum, um das Äußere, die Fragen des Warschauer Vertrages, vorerst den Kommunisten zu überlassen.

Das war es, was ich wahrnahm, eine listig gemeinte Unterwanderungsstrategie mit patriotischen Phrasen, die vergessen machte, was in der Welt ringsum geschah - während polnische Freunde mit Marx die Krise als Ausdruck einer Rekapitalisierung erklärten. Statt eigene Produktivkräfte zu entwickeln, habe Gierek im Zeichen der Polskosc, einer nationalen Erneuerung, die Reichtümer des Landes, seine Rohstoffe und Nahrungsgüter, gegen

westliche Lizenzen und Kredite ausverkauft. So sei Mitte der siebziger Jahre das modernste und liberalste Land des Ostblocks zu dem höchst verschuldeten geworden. Einen Weg aus dieser Verschuldung aber sah ich die neuen Erneuerer nicht weisen. Und wenn ein Student der Physik in seinem schmalen Zimmer aus einer amerikanischen Fachzeitschrift einen Bericht über Laserwaffen verlas, die im All stationiert werden sollten, dann erschien uns das aufbrechende Volk da draußen, das voller Stolz glaubte, einer der ihren sei jenseits aller politischen Berechnung zum Stellvertreter Gottes auf Erden ernannt worden, furchtbar naiv.

Jetzt war ich gern bereit, Flugblätter zu sammeln, Reden zu übersetzen und die Ansichten meiner Freunde mitzuteilen, überzeugt von dem Glauben, daß eben solch Informationen einer Zentrale zugehen müßten, die sie mit Umsicht aufarbeiten würde, um kluge Politik auf die Erfahrung der Wirklichkeit zu gründen, um zu lernen aus den Fehlern des anderen. Im Generalkonsulat der DDR bat ich um Aufnahme in die SED. Für Angehörige der Intelligenz gab es nur ein beschränktes Kontingent, doch der Moment war günstig. Mein Lehrer für Staatsbürgerkunde, der einzige, der Widerspruch honorierte, und ein Kollege meiner Mutter, ein Kreisvorsitzender des Kulturbundes, der mir Hitlers „Mein Kampf“ überließ, weil man kennen müsse, wogegen man sei, bürgten für mich. Ich begründete meine Kandidatur mit dem Bedürfnis, besser informiert zu sein und mitarbeiten zu wollen an einer Veränderung der Partei. Dabei stand mir das aufgedunsene Gesicht des Mannes der Schwester meiner Mutter vor Augen, der sich vom kleinen Nazi zum Betriebsdirektor gewendet hatte und keinen Ostkanal in seinem Heim duldete. Sollte ich dem die Partei überlassen, ich, der ich jahrelang zum Stillschweigen ermahnt worden war, wenn die Eltern umschalteten, weil Vater doch Lehrer war? Die Jungen, aus der Parteigruppe der Studenten, nickten mir zu, die Älteren schüttelten ihr Haupt. Außer Franz Franzen, dem Konsul, der vielen wie die Verkörperung des Arbeiterführers von einst erschien, des weisen Genossen, der zuhören konnte, der alles verstehend Wärme und Souveränität auszustrahlen vermochte. Auch der Offizier, dem ich mein Material ins Konsulat brachte, hatte nicht mehr die Eleganz des dynamisch cleveren Mannes von Welt. Klein, untersetzt, mit ruhig lächelndem Blick und einer Knollennase, die an das Bild von Wilhelm Pieck erinnerte, das in einer Hallenser Kneipe hing, war er sympathisch, ein Mensch - von besonderer Gefahr.

Siehst Du, sagte ein Dreißigjähriger, der nach neun Jahren Armee Germanistik und Geschichte zu studieren begonnen hatte, wenn in einer Rede, einem Dokument, etwas auftaucht, das ich gemeldet habe, dann ist da ein Teil von mir in diesem Ganzen, dann weißt Du, daß dies alles nicht umsonst war.

Und doch litten wir keine Not. Wer deutsch sprach, war nicht gefährdet in einem Land, wo die Mark den Kurs bestimmt, gleich ob West oder Ost. Nur die Russen waren verhaßt. Sie hatten Polen hundert Jahre besetzt, seine Offiziere in Katyn erschossen und am anderen Ufer der Weichsel zugesehen, wie der Warschauer Aufstand im Blut erstickt, die Stadt dem Erdboden gleich gemacht wurde. Daß von Preußen die Teilung ausging, daß die Pans ein Bündnis gegen Hitler ausgeschlagen hatten und die Londoner Exilregierung wider alle Vernunft das Zeichen zur Erhebung des Ghettos gab, als die Offensive der Sowjetarmee ohne Nachschub zum Erliegen kommen mußte, daß Deutsche Millionen durch Arbeit und Deportation in ihre Todesfabriken vernichtet haben, schien vergeben, wenn nicht von den Nachgeborenen vergessen. Die Juden waren eine Minderheit, eine ungeliebte auch hier im katholischen Polen. Wenn Pilsudzki nur nicht so früh verstorben wäre, hieß es, er hätte Ordnung geschaffen. Der General, der nach Warschau marschiert war, das korrupte Parlament aufzulösen, der Edelmann mit dem Schnauzbart, den Walesa sich nun wachsen ließ.

Wir hatten einen Tag, unser Gepäck aus dem Konsulat zu holen. Nur einer blieb zurück, da er vor dem Abschluß seiner Studien in Geschichte, Kunstgeschichte und Archäologie stand und verheiratet war mit einer polnischen Frau. Sein Vater soll das Zentralstadion in Leipzig projektiert haben. Er bedurfte keiner Partei. Ich sollte in Jena das Studium fortsetzen, erhielt jedoch auf meinen Einspruch hin die Genehmigung, nach Berlin zu gehen, wo meine Frau an der Hochschule für Ökonomie immatrikuliert wurde. Heimkehr in eine fremde Welt: Das Studienjahr begann mit Seminaren zur politischen Großwetterlage, Rote Woche genannt. Die Seminargruppen waren artige Schulklassen, die neidisch verfolgten, wer den regelmäßigen Versammlungen der Partei, FDJ und DSF fernblieb. Einmal im Jahr zog die gesamte Sektion auf einen Schießplatz der GST. Gelehrt wurden Ansätze von Marx, Engels und Lenin, präsentiert als ein widerspruchsfreies System, das wie ein Automat auf alle Fragen des Lebens per Knopfdruck eine Antwort bereit hielt.

Die Philosophie hatte sich in ihre Geschichte zurückgezogen. Ein Mann, der hier systematisch verfuhr, der in dem Sammelsurium scheinbar längst überwundener Meinungen Problem- und Ideologiegeschichte von einander zu trennen und zu verbinden suchte, wirkte wie ein Magnet. Wenn er den Saal betrat, verebbte jedes Geräusch, beinahe flüsternd setzte er ein, und die Stille wurde stiller, selbst das Atmen schien zu verstummen, während seine freie Rede einen Bogen schlug, sich vor unseren Augen ein glitzernder Dom von Begriffen aufzurichten begann, erbaut aus einem einzigen Zitat, das er mit sich trug, um es an der passenden Stelle hervorzuzaubern und mit feiner Stimme zu verlesen. Sich in seiner Nähe zu bewegen war eine Auszeichnung. Gewiß nahm er jede Arbeit entgegen und versah sie mit scharfen Bemerkungen, unabhängig von der Person ihres Verfassers. Doch da blieb die innere Zensur, war eine Stufe zu überschreiten. Wer getraut sich, die Klinke an dem Tor zu erfassen, das den Alltag trennt vom Reich der hohen Wissenschaft, auch wenn dahinter bloß verstaubte Bücher lagern. Es war ein Genuß eigener Art, die Erstausgabe von Spinozas „Ethik“ in seiner Dachstube zu gewahren, nur Widersprechen liebte er nicht. Obgleich dieser Dozent, den man erst spät zum Professor ernannte, seiner Unbotmäßigkeit wegen von der Akademie verbannt worden war und die Partei noch 1985 ein Verfahren gegen ihn eröffnete, weil er seinen Lehrer Ernst Bloch als einen Marxisten gewürdigt und vergessen hatte, den Aufsatz vor Drucklegung in der gewichtigsten Kulturzeitschrift der DDR vom Sektionsdirektor abzeichnen zu lassen. Daß er zwei Jahrzehnte zuvor einmal die Prager Lösung begrüßt hatte, davon sprach niemand mehr.

Nachdem der ewig unentschlossene Kania zurückgetreten war und General Jaruzelski den Kriegszustand über Polen verhängt hatte, um den Einmarsch der Bruderarmeen zu verhindern, fuhr ich zum ersten und letzten Mal mit zwei FDJ-Delegationen in den Osten. Die Kreisleitung der Humboldt-Universität belehrte auf einem Gutshaus bei Poznan Studentenvertreter aus Warschau über ihre selbstverschuldete Lage. Eine Woche darauf verhandelten die Vorsitzende der Bezirksleitung, die sieben Jahre später wegen ihrer Staatsnähe als Köchin entlassen wurde, und ihr Sekretär für internationale Beziehungen mit Jugendverbänden der anderen Hauptstadt. Ich sollte Zwischentöne registrieren, die bei jeder Übersetzung verloren gingen, und sah, wie sie Abkommen trafen, nach Wegen suchten, durch Jugend- und Arbeitsaustauschprogramme Formen eines Miteinanders zu stabilisieren. Als dann der General die Restriktionen sukzessive aufhob und, zwei Jahre vor Gorbatschow, von einer notwendigen Demokratisierung, einer Selbstregierung der Arbeiter in ihren Betrieben sprach, hielt ich es für möglich, daß eine soziale Bewegung von unten und ein Reformwille von oben sich vereinigen könnten.

1983 wurde ein „Forschungsstudium“ in Jena projektiert. Philosophiehistoriker aus der gesamten Republik sollten sich treffen, ihre Arbeiten besprechen und Professoren verschiedener Universitäten zu Diskussionen einladen. Eine Art Studiencolleg, das erste in der DDR. Tatsächlich kamen vier Berliner und zwei einheimische Studenten, die dem Direktor der Sektion als Lückenfüller willkommen waren. Wir könnten in der Kreisleitung der SED die Zirkelleiter des FDJ-Studienjahres zu Leben und Werk von Marx und Engels anleiten. Der Rest war vergessen. So ließ ich mich ein Jahr lang jede zweite Woche für einen Tag sehen, reichte die Diplomarbeit ein und im Jahr darauf eine Dissertation über Anthropologie und Geschichte bei Ludwig Feuerbach. Dessen Bestreben, alles geistig Erhabene, Gott, den Staat und die Systeme der Philosophie, auf allzumenschliche Sehnsüchte, Wünsche und Leidenschaften zurückzuführen, galt unter Marxisten als abstrakt und ahistorisch. Gerade darum aber wollten andere in ihm eine antigeschichtliche Alternative zum Marxismus sehen. Beide Seiten bedienten sich der gleichen Argumente, nur ihre Wertungen waren entgegengesetzt. So ein Spiegelgefecht hat etwas Erheiterndes, das einlädt, die Gegenstände genauer zu betrachten. Nur fehlte mir das Vermögen, ebenso heiter und gelöst an der Konstellation die Tragikomödie der politischen wie der Denksysteme mit ihrem Verhaftetsein im 19. Jahrhundert aufzuzeigen. Was ich kritisch meinte, blieb Fußnote zu einem gültig vorausgesetzten Text, eine Ergänzung des Gelernten.

In Berlin lebten wir in „schwer vermietbarem Wohnraum“, den die Universität an Studenten vergab. Hinterhof, ein Zimmer, feucht, Außentoilette, normale Verhältnisse in der Ackerstraße, die mit Kind unerträglich wurden. Die Frau begann im Außenhandel zu arbeiten, vertrieb Textilien zu Dumpingpreisen, die beim Gefälle der Währung noch Gewinne waren. Sie hatte mich einer Freundin gegenüber „dekonspiriert“, die Staatssicherheit meine Akte geschlossen. Am Abend nach einer Studentenkonferenz über Schiller fragt der Direktor der Sektion Literatur- und Kunstwissenschaft in Jena wie nebenbei, ob ich mir vorstellen könne, eine Assistenz im Bereich Geschichte der deutschen Literatur aufzunehmen. Eine Rettung ins Unbekannte, die nur möglich war unter Bedingungen, in denen Fürsprache mehr zählt als gesetzliche Verordnungen.

Das war die angenehme Seite der persönlichen Abhängigkeitsverhältnisse. Zuweilen durften seine Assistenten aber auch den Reisepaß des Herrn Professor aus Berlin holen. Selbst noch ohne Kenntnis des Studiums sollte ich eine Seminargruppe betreuen, am Tag nach dem eigenen Umzug sie im Herbst 1985 auf die Kartoffelfelder begleiten. Die Bauern rechneten mit billigen Erntehelfern und die Studenten kamen einander näher als in den Semestern danach. Einmal die Härte der täglichen Arbeit anderer zu spüren, konnte von Gewinn sein für jene, die sie nicht vergessen, ihr nicht entfliehen wollten. Umgekehrt erwuchs aus der Schufterei noch keine Wertschätzung intellektueller Leistung. Die Idee, im Gegenzug einmal das Arbeitsfeld der anderen zu betreten, wäre den Werktätigen absurd erschienen, so sehr war ihr Bündnis zur Ideologie verkommen, als Illusion längst abgeschrieben. Also gab ich ihnen eine Nummer, unter der ich zu erreichen wäre, fuhr zurück und malerte mit einem schlechten Gewissen unsere drei Zimmer.

Die ersten Seminare waren grauen- und wundervoll zugleich. Das Thema stand mir frei innerhalb eines Rahmens, den der Direktor liberal auszuweiten bemüht war. So konnte ich mit Germanisten Thomas Manns „Leverkühn“ als eine „Dialektik der Aufklärung“ lesen, obwohl die gleichnamigen Essays von Adorno und Horkheimer erst vier Jahre später in Leipzig erschienen und westliche Exemplare in den Bibliotheken unter Verschluß lagen. Dennoch kannten sie die meisten, oft besser als ich selbst, da mir die Möglichkeit fehlte,

Literatur aus dem Westen zu beziehen. Auch Kopiergeräte gab es nicht. Indem aber der Staat das gedruckte Wort in seinen allgegenwärtigen Beschlag nahm, verlieh er ihm eine Aura, die es anderswo längst verloren hatte. Das Abschreiben, die Technik des Mittelalters, dem scholastischen Verfahren der Auslegung kanonischer Schriften gemäß, war nicht nur eine anachronistische Last. Ganze Seiten der „Ästhetik des Widerstands“ trug ich mit innerer Beteiligung in ein Heft, weil die winzige Auflage des Romans sogleich vergriffen war, und dennoch eine Gruppe von Studenten, Assistenten und einem Dozenten mit ihm arbeiten wollte. Hier stieß die Liberalität an ihre Grenzen, draußen wie drinnen, wo ein Professor sich vernehmen ließ, die Kinder probten den Aufstand.

Im Mai 1986 folgte ich einer Einberufung zu den Grenztruppen nach Berlin. Ich glaubte nicht an einen Frieden durch Gewalt, sah aber, wie der Westen die einseitige Abrüstung Andropows und Gorbatschows nur als Zeichen der Schwäche nahm. War es feige Ausflucht vor der Verantwortung für das eigene Leben, daß ich Verweigerung für Flucht vor einer Wirklichkeit hielt, die den individuellen Aussteiger gefangen nimmt, ohne das geringste zu ändern? Im Wehrkreiskommando stand mir wieder ein Mann der Staatssicherheit gegenüber. Der Reiz des Verbotenen war der Einsicht in einen bürokratischen Apparat gewichen, nur die Furcht blieb, und der Wille, sie auszuhalten, nach Möglichkeiten der Veränderung im Hier und Jetzt zu suchen. Ich wurde der Transportkompanie eines Ausbildungsregimentes als Schreiber zugeteilt. Das war ein doppeltes Privileg, denn wie überall hatten auch hier Spezialeinheiten ihre speziellen Freiräume. Drinnen wie draußen mußte ein jeder selbst verantworten, wie er die Grade der Freiheit nutzte. Wenn mir die Liste der Abzuversetzenden vorgelegt wurde, so empfand ich keine Macht über die anderen. Mir war die Gelegenheit gegeben, für den Verbleib jener einzutreten, von denen ich wußte, daß sie an der Grenze schießen würden, aus Angst vor der Strafe, dem Fliehenden und der Waffe im Rücken.

Die Politik der kleinen Schritte, Widerstehen durch Anpassung, mit Gleichgesinnten die EK-Bewegung in der Kompanie aussetzen, weil man der Unterwerfung der anderen nicht bedarf und doch sieht, wie sie unsere Entlassung herbeisehnen, das befreiende Ritual wieder einzuführen, Lesungen für ein anderes Sprechen in den Räumen der Regimentsbibliothek, zehn von tausend finden den Weg im Dröhnen der Marschkolonnen. Alles Lüge? Ich begann wieder zu zeichnen, in Linol zu schneiden. Beargwöhnt von den Vorgesetzten und Mitsoldaten zugleich, die doch neugierig waren, drei, vier es selbst versuchten. Das Bild aber, das wir zu fünft auf eine Wand des Kompanieclubs auftrugen, erfüllte auch die nicht Beteiligten mit einem seltsamen Stolz. Daß ein Teil von ihnen vor ihren Augen etwas entstehen ließ, das über den Tag hinausreichen würde, schien für einen Augenblick die Ordnung aufzuheben, deren erste Regel lautete, das eigene Denken und Empfinden einzustellen. Der Vorgang selbst gab das Gefühl, mehr als Befehlsempfänger zu sein, die nur dumpf ausharren können, bis sie wieder in die Außenwelt entlassen werden, um den gleichen Gesetzen zu gehorchen. Das Resultat, ein Mann mit Gewehr, Frau und Kind, war roter Propagandakitsch, und doch fühlten wir uns wohler in dem tristen Raum. Alles Lüge, die Not kaschiert, das Elend übertüncht.

Im November 1987 wieder zurück, ausgehungert auf die kaum begonnene Arbeit, bereit, in der Parteileitung der Sektion mitzuwirken, nicht nur von Perestrojka zu sprechen, politische Verständigung zu trennen von staatlicher Verwaltung. Und wieder bestellt zum Wehrkreiskommando, wo ein Stasimann klagt, warum Berlin nicht von Moskau lerne, und ich, zitternd, erkläre, auf Fragen antworten zu wollen. Bitte, die Ausreise einer Frau nicht länger zu verhindern, die in schwarzer Verhüllung gegen Lehrverbot und Schikanen protestiert,

seit ihr Mann in den Westen ging, sie mit Tochter und Umzug allein ließ. Versuche, Feindbilder abzutragen, die eigene Sicht auf Veränderungen an einer Sektion zu vermitteln, die in den Augen der Universitätsleitung als Hort eines gefährlichen Liberalismus gilt. Wie wollt ihr das verantworten, fragt eine Kollegin immer wieder, ihr verleitet die Kinder, alles in Frage zu stellen, und draußen in der Schule laufen sie ins offene Messer. Ihr müßtet sehen, wie sie aus dem Praktikum zurückkehren. Eine Insel habt ihr geschaffen, und merkt nicht wie sie untergehen.

Dann lehrt schwimmen, denk ich, studiert das Meer und gebt das Gewonnene nicht leichtfertig preis. Das Prädikat der Dissertation, von Vertretern der Literatursektion gegen den Philosophenvorwurf meiner politischen Unzuverlässigkeit verteidigt, führt in den Kreis der Rektorberufungskader. Doch im Druck erscheinen kann selbst ein Resumé nicht, da es der Meinung Maßgebender widerspricht. Wie andere Aufsätze auch. Das Thema „Herrschaft und Knechtschaft als strukturbildendes Motiv der 'Faust'-Dichtung in der Einheit ihrer beiden Teile“ wird für eine Habilitation vorgemerkt. Der Kreis der Reisekader bleibt tabu, der Mittelbau vom internationalen Betrieb der Wissenschaften doppelt ausgeschlossen. Denn auch für Bücher fehlt das Geld. Bedrückender aber ist der Mangel an Phantasie, die Armut an Ideen, mit der Not produktiv umzugehen. Gern sind die Herren in westliche Länder geladen, nur die Zurückgebliebenen werden mit Brosamen bedient. Professoren, die meinten, marxistische Literaturwissenschaftler zu sein, führten das Leben eines Privatgelehrten, ihre Privilegien mehr genießend als die Bürger, gegen die sie einmal rebelliert hatten, statt die Vorrechte zu nutzen für eine Reform der akademischen Landschaft. Als im Herbst 1988 fünf Studenten und Assistenten der Parteiversammlung Thesen für Demokratie in Forschung und Lehre unterbreiteten, für studentische Selbstverwaltung der Seminare und die Förderung eigenständiger Projektgruppen, entgegnete ein Hochschullehrer unter dem Beifall vieler, der Stil sei unmöglich.

Der Großteil des Mittelbaus empfand nicht anders, da die meisten Studenten eben dieser Professoren waren, die selbst an dem einstigen Institut studiert hatten, dessen Kräfte die Inzucht auslaugen mußte. Dennoch griff ein Professor für Kunstgeschichte, der später wegen Stasikontakten entlassen wurde, unser Papier auf, um seine Idee eines Mittwochsdisputes, einer Methodendiskussion im strengen Wechsel von Rede und Widerrede zu verwirklichen. So hatte die Sektion im letzten Jahr ihres Bestehens eine Öffentlichkeit herauszubilden begonnen, die ihrer interdisziplinären Zusammensetzung entsprach, bestand sie doch seit der Hochschulreform von 1968 aus Germanisten, Anglisten, Slawisten, Kunstwissenschaftlern und Kultursoziologen.

Warum fanden sie zwanzig Jahre lang keine gemeinsame Sprache, warum mußte das Gebilde sich auflösen, als wieder die Rede war von einer Erneuerung im Zeichen kommender Interdisziplinarität? Es gab in Jena ein „Klassik-Zentrum“, das alle zwei Jahre Seminare abhielt, ein langweiliges Verlesen immer gleicher Monologe. Zuletzt wollten die Philosophen eine Kulturgeschichte der Weimarer Klassik schreiben. Eine fade Abfolge von Biographien und Werkerzählungen, der die Germanisten vornehm den Rücken wiesen. Warum ließ man die Chance verstreichen, die erhabene Klassik an die kulturellen Formen, die Lebensentwürfe, Hoffnungen und Intrigen im Residenzdorf Weimar wieder zurückzubinden, wie eine Gruppe Jüngerer es vorschlug? Ohne Professorentitel aber waren sie keine Verhandlungspartner, weder für die einen, noch für die anderen. Und die neuen Herren ließen sie abfahren mit einem müden Lächeln.

Warum mußte das Projekt „Lebensweise in der DDR“, das seit 1988 Juristen, Ökonomen, Soziologen und Germanisten aus Tübingen und Jena verband, in dem Augenblick sterben, da die weiterwirkend realen Unterschiede hinter den ideologisch behaupteten erst kenntlich wurden? Wirklichkeit ist eine Konstruktion, liebte ein Literaturwissenschaftler bei den Sitzungen zu zitieren. Der Mann aber, der die ungewöhnliche Verbindung hergestellt hatte, war vom Briefträger zum Professor für Verfassungsrecht aufgestiegen, und nahm sich das Leben, nachdem man seine Wahl zum Rektor der Universität 1990 annulliert hatte und eine Akte aus den fünfziger Jahren fand.

Ich war ein Gefangener meiner Absicherungen, die mir den Mund verschlossen. Sollte ich aufstehen, mich befreien in einem Akt der Selbstverbrennung? Kollegen waren ratlos, Frauen verneinten ein Martyrium, das niemandem nutze. Dreimal bat ich, an Hand der Protokolle der Partei sich zu erinnern, wer wann wie gesprochen hatte; doch nur die Entlarvten, und von denen nur die Hälfte, vier an der Zahl, ergriffen im Nachhinein das Wort, als ihnen nur noch Bekenntnisse blieben. So hatte, ohne offene Auseinandersetzung, eine Moral gesiegt, die Fundament der neuen Herrschaft durch Teilung in Opfer und Täter wurde, den ewigen Mitläufern Absolution erteilend, eifernde Entrüstung an die Stelle überzeugender Argumente setzend und jegliche Solidarität aushöhlend im Neben- und Gegeneinander der allein rechthabenden einzelnen. Als jeder Einspruch sich in Rechtfertigung verkehrte, nahm ich die Ausschreibung der Alexander-von-Humboldt-Stiftung wahr, die seit Monaten unbemerkt am schwarzen Brett hing, und erhielt ein „Integrations“-Stipendium für Arbeiten, die im eigenen Haus keinen Wert mehr besaßen. Ich war in den Westen geflohen. Vom Klassenfeind ausgehalten schrieb ich fortan im Wissen um die kommende Freiheit, ein Balanceakt über dem Abgrund der verlorenen Existenz, und jedes Wort wollte geprüft sein auf sein eigenes Gewicht, jede Bewegung im Raum der Sprache.

Hans-Günter Eschke

Das sogenannte „Jenaer Experiment“ am Institut Marxismus-Leninismus der Friedrich-Schiller-Universität Jena

Das Folgende ist ein Erinnerungsbericht, der keineswegs Anspruch auf Vollständigkeit der Aussagen erhebt und sich durchaus auch subjektiver Züge in manchen Wertungen bewußt ist.

Im Jahre 1963 erhielt das Institut Marxismus-Leninismus an der Universität Jena den Auftrag, seine Lehr- und Forschungstätigkeit neuen Anforderungen des gesellschaftlichen Lebens in der DDR gemäß zu reformieren. Dieser Auftrag war gedacht als ein Modellversuch für das gesamte marxistisch-leninistische Grundlagenstudium in der DDR. Es war dies ein hochschulpolitischer Bestandteil jener Bemühungen der Partei- und Staatsführung, den Sozialismus von oben zu reformieren, die bekannt sind als „Neues Ökonomisches System der Planung und Leitung der Volkswirtschaft“ (kurz: NÖS). Durch diesen Zusammenhang mit dem „NÖS“ wurden Inhalt und Richtung unseres Versuchs als Reformierung des Grundlagenstudiums wesentlich bestimmt. Für uns waren Momente des „NÖS“ maßgebend, die ich jetzt im Rückblick kurz so umreißen möchte:

1. Der übermäßige Zentralismus in der Planung und Leitung der Volkswirtschaft und damit auch in anderen Bereichen des Staates sollte verringert, auf allgemeine Grundfragen reduziert und konkrete Entscheidungen der Planung und Leitung sollten mehr an die Basis verlagert werden.

2. Das implizierte eine höhere Verantwortung der einzelnen Einrichtungen an der Basis der Volkswirtschaft für die eigenen Belange *und* für das volkswirtschaftliche Ganze.

3. Die gesamte Wirtschaft sollte sukzessive auf den Grundlagen wissenschaftlicher Forschung aufbauend prognostisch gestaltet werden, weshalb der Grundlagenforschung sowohl für sich als auch in ihrer als sehr flexibel vorgestellten Wechselbeziehung mit der angewandten Forschung, Planung und Leitung erhöhte Aufmerksamkeit geschenkt werden sollte.

4. Das alles brachte zwangsläufig mit sich, für die Ausbildung, Bildung und charakterliche Ausprägung der einzelnen Persönlichkeit an den Universitäten und Hochschulen der DDR entsprechende Qualifikationsmerkmale ins Auge zu fassen: Solide fachliche Spezialausbildung sollte verstärkt mit Offensein und Grundfähigkeiten zu interdisziplinärer Kooperation und mit Wissen sowie Sinn für das gesellschaftliche Ganze organisch verbunden werden. (Überhaupt setzte nach dem „Sputnik“ - leider nur vorübergehend - eine starke Motivierung der politischen, wirtschaftlichen und kulturellen Öffentlichkeit in der DDR für Kreativität, ihre Erforschung, Suche nach Talenten, ihre rechtzeitige Erkennung und Förderung sowie für Schulbildung in der Wissenschaft ein).

5. Das marxistisch-leninistische Grundlagenstudium sollte in einer so motivierten universitas litterarum einen festen Platz als Stätte der Einheit von Forschung und Lehre haben.

Mit unserem Auftrag begann eine Zeit höchst fruchtbarer und konstruktiver Überlegungen über unser Anliegen, seine Notwendigkeiten, Möglichkeiten und Grenzen. Das Ganze war in seiner Wirklichkeit und in seinem Verlauf zugleich hochgradig widersprüchlich. Angesichts der Einbettung des Grundlagenstudiums in den umfassenderen Zusammenhang waren

natürlich viele verschiedene Gremien auf unterer, mittlerer, hoher und höchster Ebene „anleitend“ und kontrollierend tätig. Berichterstattungen häuften sich. Am produktivsten erwiesen sich vor allem viele inhaltliche Diskussionen mit Naturwissenschaftlern, Medizinern, Gesellschafts- und Geisteswissenschaftlern, in denen ein wirklich produktiver Druck spürbar wurde.

Der Gedanke, die Lehre des Marxismus näher an die Praxis der Studienbereiche heranzubringen, war für unser Institut und die einzelnen Mitarbeiter eine bedeutsame wissenschaftliche Herausforderung. Sie bedeutete ja, zog man die Summe, weltanschaulich begriffliches Denken so zu nutzen, daß reale Zusammenhänge und Prozesse des gesellschaftlichen Lebens prinzipiell theoretisch durchdacht und dann auch wirklich durchschaubar gemacht werden mußten. Hier ging es nicht mehr nur darum, Marxismus-Leninismus zu propagieren, über ihn zu sprechen, sondern über die Wirklichkeit auf marxistische Weise eigenständig und -verantwortlich denken und urteilen zu lernen - begrifflich exakt und zugleich für Nichtfachleute durchschaubar.

Dies war vor allem ein hoher Anspruch an die Qualität unserer gesamten Arbeit. Ohne eigene Forschung und deren Verbindung mit der Lehre war da nichts mehr zu machen. Ich sage bewußt „nichts mehr“, weil diese Aufgabenstellung den radikalen Abschied von der bis dahin typischen Daseinsweise der Institute Marxismus-Leninismus bedeutete.

Diese waren ja 1953 gegründet worden vor allem als ideologische Instrumente der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands zur Propagierung des Marxismus-Leninismus an den Universitäten, Hoch- und Fachschulen der DDR und hatten diese Funktion auch bis zum Ende der DDR.[1] Als wir unser Experiment begannen, hatten sie jene erste Phase bereits hinter sich, in der Vorlesungen und Seminarpläne zentral in Berlin ausgearbeitet wurden. Unsere Mitarbeiter waren also schon gewohnt, in Verfolgung von Rahmenvorgaben eigene Vorlesungen und Seminare auszuarbeiten und zu veranstalten. Eine Reihe von ihnen machte das durchaus mit wissenschaftlicher Akribie. Manche betrieben auch eigene wissenschaftliche Arbeit forschenden Charakters bzw. arbeiteten in Forschungsgruppen anderer gesellschaftswissenschaftlicher Institute mit. Freilich, wir waren 1963, als das „Experiment“ begann, am gesamten Institut nur drei oder vier promovierte Mitarbeiter. Die Ausgangssituation war also insofern keineswegs rosig.

Die Erfahrung lehrte, daß durchgreifende Maßnahmen zur Qualifizierung unserer Mitarbeiter im Sinne des normalen akademischen Entwicklungsgangs einzuleiten erstes Erfordernis war. Das war der Angelpunkt sowohl für den Aufbau einer tragfähigen eigenen Forschung als auch für die qualitative Verbesserung der Lehrarbeit. Und sie war eine Basis dafür, daß das Institut auf normale akademische Weise mitprägend am geistigen Profil der gesamten Universität würde mitwirken können. Entsprechende Forderungen lagen ja vor: Naturwissenschaftler erwarteten eine philosophische Lehre, die sich stärker an den modernen Problemen und Erkenntnissen der Naturwissenschaften orientierte, sowie stärkere philosophische Impulse hinsichtlich der eigenen Erkenntnisprozesse. Von medizinischer Seite drängten theoretische Institute nach mehr Vermittlung erkenntnistheoretischer Einsichten und Fähigkeiten, mehr praktisch orientierte medizinische Einrichtungen vor allem nach philosophischer Behandlung anthropologischer und ethischer Probleme. Von der mit der Industrie verbundenen Naturwissenschaft kamen massive Forderungen nach praktikabler Politischer Ökonomie.

Dazu kam ein durchgängig erhöhtes Interesse an wissenschaftlicher Durchdringung moderner, flexibler Leitungsprozesse an der Universität selbst, in der Wissenschaft überhaupt und in der Verbindung von Wissenschaft und materieller Produktion. Impulse erhielten Erörterungen dazu durch die Gedanken, die der Physiker RUDOLF MÖßBAUER zu Leitungs- und Organisationsfragen in der Wissenschaft geäußert hatte.

Wir griffen viel davon auf, indem wir uns vornahmen, das Grundlagenstudium auf einem flexiblen Lehrstuhlprinzip aufzubauen. Ich sage schon hier, daß wir an unserem Institut zwei Lehrstühle schufen, die sich auch nach dem sang- und klanglosen Auslaufen des „Experiments“ bewährt haben: Den Lehrstuhl für Philosophische Fragen der Naturwissenschaften (Ltg. HELMUT KORCH), der bis zum Ende der späteren Sektion Marxismus-Leninismus bestand und der Lehrstuhl für Politische Ökonomie (Ltg. GÜNTER SCHMIDT), der ein Keim der späteren selbständigen Sektion Wirtschafts- und Rechtswissenschaft war. Ein Lehrstuhl für Wissenschaftlichen Atheismus (Ltg. OLOF KLOHR) wurde am Philosophischen Institut geschaffen.

Ich komme zu einigen konkreten Verläufen, ihren Widersprüchen und Resultaten.

1. Hinsichtlich der Qualifizierung unserer Mitarbeiter machten wir Druck auf die Promotionen und Habilitationen. HELMUT KORCH wurde aus seiner bisherigen Funktion als Institutsdirektor herausgelöst, um sich in einem akademischen Arbeitsurlaub auf die Habilitation vorbereiten zu können. Seine bisherige Funktion übernahm kommissarisch ich (im Resultat für die Dauer des Experiments). In dieser Zeit habilitierte sich auch noch HEINZ JOHNE, der mich dann 1966 in dieser Funktion ablöste. Für eine Reihe bewährter Mitarbeiter wurden Betreuer aus anderen Gesellschafts- und Geisteswissenschaftlichen Instituten gewonnen (Historiker, Juristen, Philosophen, Landwirtschaftsökonomen). Das hatte den großen Vorteil, daß keinem von uns etwa „Vorzugsbedingungen“ gewährt wurden, wie in manchen Behauptungen mancher moderner „Geschichtsbewältiger“ verdachtsweise zu vernehmen ist. Und unsere Mitarbeiter waren auf diese Weise zugleich mit speziellen Wissenschaftsdisziplinen vertraut. Wir haben dies später weiterentwickelt, indem wir auch die ausgebildeten Fach-Philosophen veranlaßten, eine Prüfung in einem natur- oder gesellschaftswissenschaftlichen Fachgebiet abzulegen wie die Fachwissenschaftler ihr Philosophikum. Und wir gewannen (z.T. ausgezeichnete) Absolventen aus Natur-, Sozial- und Geisteswissenschaften, die wir dann in einer unserer Disziplinen ausbildeten.[2]

Widerstände gegen das „Experiment“ zeigten sich vor allem auf zwei Ebenen: Einmal erwies sich, daß nicht alle unsere bisherigen Mitarbeiter fähig, einzelne aber auch nicht bereit waren, diesen dornigen Weg der Qualifizierung zu gehen; zum anderen stellten sich anfänglich auch einige Mitarbeiter des damaligen Staatssekretariats für das Hoch- und Fachschulwesen dagegen mit dem Argument, es seien „rein egoistische Gründe“, die das Interesse an Promotionen und Habilitationen so hochschnellen lasse.

Man muß auch sagen, daß das Qualifizierungsprogramm viel zu langsam und schleppend an- und ablief. Immerhin aber weist der Jahresbericht des Instituts für die Jahre 1964/65 eine Habilitation, neun Promotionen und vier eingereichte Dissertationen aus. Das Schiff kam langsam in Fahrt.

2. Parallel dazu gab es unterschiedliche Bemühungen, die Qualität der Lehre in der oben angeführten Inhalts- und Richtungsbestimmtheit zu erhöhen. Hier waren die Widersprüche eklatanter. Rückblickend kann man sagen, daß ihr Wesenskern wohl in der sich deutlich abzeichnenden Diskrepanz zwischen wissenschaftlichen Ansprüchen und herrschender Auf-

fassung von unserer Ideologiefunktion bestanden haben dürfte. Wir befanden uns ja in einer Situation, die analog der von IMMANUEL KANT beschriebenen der Philosophie zu „ihrer Herrin", der Theologie, war, nur daß unsere „Herrin" die Politik mit ihrem Anspruch auf Primat gegenüber der Gesellschaftswissenschaft gewesen ist. Es lag uns fern, das Primat der „Prioritäten setzenden Politik" (es gibt *das* ja auch im Westen) bestreiten zu wollen. Wir wollten ihr mit Wissenschaft etwas den Weg erhellen, während viele Partei- und Staatsfunktionäre verlangten, ihr „die Schleppe" nachzutragen[3], d.h. bereits gefaßte Parteibeschlüsse nachträglich „wissenschaftlich zu interpretieren".

Das äußerte sich zunächst vor allem in Diskussionen über die Systematik unserer zu vermittelnden Wissenschaftsdisziplinen. Für Studierende, die nicht direkt Philosophie, Politische Ökonomie oder Geschichte bzw. Politikwissenschaft studieren wollten, war unserer Ansicht nach die übliche Systematik wenig geeignet. Wir brauchten eine stärker an der Praxis orientierte systematische Vermittlung. Dem widersetzte sich Berlin. Nun gab es dafür auch Gründe, die bei uns lagen. Was wir in jener Zeit über „Fachbezogenheit" geredet haben, war zuweilen grauenhaft, aber wohl unvermeidlich als Durchgangsstation zur Klärung der Erkenntnis, daß wir uns disziplinär zu qualifizieren haben, um interdisziplinär kooperationsfähig und wirksam werden zu können. Wir probierten auch Kompromisse aus, bis dann schließlich von Berlin, „per Ordre de Mufti" sozusagen, entschieden wurde: Es bleibt beim Alten.

Damit waren wir selbst, mehr aber noch unsere wertvollen Helfer aus anderen Instituten keineswegs einverstanden. Letztere hatten ja wohl auch ein Recht darauf, sich nicht den starren Studienanleitungen der Abteilung Marxismus-Leninismus unterzuordnen.

Streit gab es auch um den Sinn des Faches Geschichte der Arbeiterbewegung als Bestandteil des Grundlagenstudiums an der Universität, vor allem in Anbetracht der Tatsache, daß Geschichte ja die an den Schulen am frühesten und längsten behandelte Gesellschaftswissenschaft war. Auch diesen Streit verloren wir.

Schließlich will ich hier zu diesem Thema noch erwähnen, daß auch einige inhaltliche Fragestellungen des Marxismus zu Tabus erklärt wurden, so z.B. in der Philosophie die Entfremdungsproblematik. Diese vor allem deshalb, weil aus Richtung BRD massiv Kritiken kamen, der Sozialismus habe die Entfremdung nicht überwunden. Wir ließen uns infolge der Furcht vor so aufgezwungenen Diskussionen die Chance entgehen, wissenschaftliche Untersuchungen im Sinne der „Ökonomisch-philosophischen Manuskripte 1844" von MARX, auf *unsere* Zeit und *unsere* Problemsituation bezogen, in kollektiver Forschung anzustellen.

Aber auch in einer solchen Atmosphäre blieb natürlich die Möglichkeit, solche und ähnliche Fragestellungen in den Vorlesungen an entsprechenden Stellen unterzubringen und doch zu behandeln, leider eben verstreut. Es wurde fast überall üblich, die starren Vorgaben auch durch zeitliche Gestaltung der Lehrarbeit zu durchbrechen. Wenn man einmal dazu kam, einen Kollegen zu hospitieren, behandelte er meist nicht das gerade obligatorisch im Plan vorgesehene Thema, sondern hatte noch „Überhänge" aus vorangegangenen Vorlesungen bzw. Seminaren oder mußte dringend auf ihm von Studenten gestellte Fragen antworten. Das Letztgenannte lag ja nach dem Jugendkommuniqué „Der Jugend Vertrauen und Verantwortung", das wir sehr ernst nahmen, nahe. Man kann sagen: Cosi fan tutte. Und das hielt sogar zu einer Zeit vor, als nach dem 8. Parteitag der SED, als das „Experiment" längst

im Sande verlaufen war, „einheitliche Lehrmeinungen“ - eine contradictio in adjecto - „das Panier“ war.

In der Zeit des „Experiments“ nutzten wir die Möglichkeiten, in Spezialvorlesungen und Spezialseminaren auch die uns wissenschaftlich bewegenden Probleme anzusprechen. Das geschah reichlich. So hielt auch ich in diesen Jahren meine Spezialvorlesung zur Philosophie des Menschen im Marxismus, wobei ich mich auch mit der Philosophischen Anthropologie befaßte - erster Grundstock zu meiner späteren Habilitation („Promotion B“). Der damalige Prorektor für Gesellschaftswissenschaften, OLOF KLOHR, warnte mich vor dieser Thematik als einer bloß „konjunkturellen“, während ich von seinem Amtsnachfolger, GERHARD RIEGE, in meinem Vorhaben ermuntert und unterstützt wurde. Ich weiß, daß es bei einigen anderen Kollegen ähnliche Probleme gab.

Allmählich wurden wir auch gefragte Partner in der Weiterbildung der Hochschullehrer und des wissenschaftlichen Nachwuchses in allen Bereichen. Dabei war positiv, daß die gesellschaftswissenschaftliche Weiterbildung für alle später ergänzt wurde durch eine naturwissenschaftlich - technische, vorwiegend auf die Vermittlung von Informationen gerichtete Weiterbildung von Gesellschaftswissenschaftlern.

Kurz, es gab eine höchst widersprüchliche Entwicklung. Das reale Institut Marxismus-Leninismus war nicht einfach ein bloßes Mittel zur Umsetzung zentraler Beschlüsse, bestand nicht nur aus dem, was KANT als „vaste Gelehrte“ bezeichnet hatte.[4] Wir führten ein eigenes Leben, das mit Recht auch zunehmend durch internationale Kooperationsbeziehungen mit Einrichtungen in Polen, Bulgarien, Ungarn und in der Sowjetunion gekennzeichnet war.

3. Einige wenige Worte sollen zur Forschung gesagt werden. Ich sagte ja bereits, daß wir die Lehre auf Forschung aufbauen und mit dieser verbinden mußten und wollten. Auf wenigen Gebieten war das von vornherein klar: Philosophische Fragen der Naturwissenschaften waren ein Feld, das feststand. In der Politischen Ökonomie war die konkrete Forschung zum Sozialismus in Abstimmung mit anderen Instituten in der DDR einzurichten. Eine komplexe, interdisziplinäre Arbeitsgemeinschaft zu Leitungsproblemen in der Landwirtschaft war auch recht bald gebildet und arbeitete, bis die Landwirtschaftliche Fakultät aufgelöst wurde. Relativ eindeutig klärte sich später die Herausbildung der Konservatismusforschung unter LUDWIG ELM.[5] Aber die sozial- und geisteswissenschaftlichen Richtungen in der Philosophie sowie die Politikwissenschaft kamen nur sehr schwer zur Bestimmung ihrer Richtungen, weil ja häufig auch die „Prioritäten“, die in der Politik gesetzt wurden, verschoben wurden.

Nur unter Schwierigkeiten und auf verschlungenen Wegen - und das waren nicht nur Irrwege - bildeten sich da Forschungsgruppen heraus, die dann schließlich unserem Profil entsprachen. Ein wertvolles Intermezzo war die AUTEVO-Forschung in Kooperation mit dem VEB „Carl Zeiss Jena“, die manche Erkenntnis über Erkenntniszusammenhänge von wissenschaftlicher und materieller Produktion zutage förderte. Am Ende der DDR hatten wir Forschungseinrichtungen zu

– Philosophischen Fragen der Naturwissenschaften (Ltg. HELMUT KORCH, mit weiteren drei Professoren und einigen habilitierten Mitarbeitern),
– Ethik (Ltg. WOLFGANG BRADTER),
– Probleme der Sozialpolitik (Ltg. LUDWIG HEß),
– Ökonomische Leitung des wissenschaftlich-technischen Fortschritts (REINHOLD KÖHLER),

– Konservatismusforschung (Ltg. LUDWIG ELM),
– MEGA-Forschung (zur Edition von Bänden der MEGA) (Ltg. HERBERT SCHWAB).

Schließlich hatte ein philosophisch-soziologischer Kooperationsverband zur Triebkraftentwicklung seine Arbeit aufgenommen, dem fest angehörten JÖRG SCHUSTER (Soziologie, Leiter), HORST FRIEDRICH (materialistische Gesellschaftsphilosophie), HANS-GÜNTER ESCHKE (Philosophie der Persönlichkeit), WOLFGANG BRADTER (Ethik). Dieser Verband kooperierte mit der Industrie.

Damit möchte ich den kurzen und sicherlich unvollständigen Bericht über ein „Experiment" in den 60er Jahren beenden, indem ich versuche, auf die Frage zu antworten, was denn nun geblieben ist.

In der Tat wurde das „Experiment" sang- und klanglos beendet, wie auch das NÖS abgebrochen wurde. Wir haben in jener kurzen Zeit mit sehr bescheidenen Kräften begonnen und haben nicht nur den Kampf mit außerhalb bestehenden Mächten, sondern auch stets mit der eigenen Unzulänglichkeit, mit unseren Irrtümern und Vorurteilen zu führen gehabt. Auch bei notwendigen kritischen Bemerkungen wollen wir uns nicht besser sehen als wir waren.

Geblieben ist in allererster Linie eine Impulsgebung für die wissenschaftliche Entwicklung im geistig-kulturellen Leben der Friedrich-Schiller-Universität. Geblieben ist der Sinn für das Ganze, für die komplexe Betrachtungsweise des menschlichen, gesellschaftlichen Lebens und der Wissenschaft. Man wird auf Elemente dieser Betrachtungsweise zurückgreifen müssen, wenn man die größte und bedeutsamste Ressource der gesellschaftlichen, auch der wirtschaftlichen Entwicklung in Deutschland, die Wissenskraft des deutschen Volkes, endlich wird aufbereiten müssen und auch wollen. Geblieben waren auch wertvolle Kooperationsbeziehungen zwischen Fachwissenschaftlern und denen, die auf den weltanschaulich orientierten Gebieten der Wissenschaft tätig sind, sowie Sinn und Bereitschaft für interdisziplinäre Kooperation. Geblieben ist eine Reihe qualifizierter Menschen, die sich der Geistlosigkeit Machtbesessener nicht untergeordnet haben. Geblieben ist bei vielen die Tatsache, daß sie in der dornig widerspruchsvollen und konfliktreichen Verknüpfung von Wissenschaft und Ideologie den Geist der Wissenschaft gewahrt und sich nicht wissenschaftlich ungerechtfertigten Ansprüchen mancher Ideologen untergeordnet haben. Daß wissenschaftlicher Geist und Kultur rationalen Philosophierens von Mitarbeitern des Instituts, später der Sektion Marxismus-Leninismus über Jena, teilweise auch über die Grenzen der DDR hinaus bekannt waren, bleibt geschichtliche Tatsache.

Anmerkungen:

[1] Wir waren am Institut als „Ideologen" motiviert und verhielten uns so. Freilich muß auch gesagt werden, daß unsere Auffassung über das Wesen von Ideologie eine prinzipiell andere war und ist als die in der BRD offiziell geltende, selbst ideologische. Wir verstehen unter Ideologie eine aus dem realen menschlichen Leben notwendig hervorgehende Daseinsform von Bewußtsein, das die Stellung des Menschen in der Welt sowohl im allgemeinen als auch in konkreten Fragen des Lebens unter dem Blickwinkel der realen Daseinssituationen von Menschen und Menschengruppen zum Ausdruck bringt. Es ist also nicht nur unter funktionalem Aspekt zu betrachten, sondern eine Bewußtseinsform, in der sich eine bestimmte Wirklichkeit menschlichen Daseins zum gesellschaftlich bestimmten Bewußtsein drängt.

[2] Übrigens ein Prinzip, das Georg Klaus eingeführt hatte und das auch Praktiken entsprach, wie sie z.B. von EDMUND HUSSERL bekannt sind.

[3] Vgl. I. KANT, Der Streit der Fakultäten. Der Streit der Philosophischen Fakultät mit der Theologischen. In: IMMANUEL KANTs Kleinere Schriften zur Logik und Metaphysik, Philosophische Bibliothek, Bd. 46d, Leipzig 1905, S.67

[4] Vgl. IMMANUEL KANTs Anthropologie in pragmatischer Sicht. Herausgegeben von J. H. v. KIRCHMANN, Leipzig 1899, S. 21/22: „Man kann schon ein *vaster* Gelehrter (Maschine zur Unterweisung Anderer, wie man selbst unterwiesen worden), und in Ansehung des vernünftigen Gebrauchs seines historischen Wissens doch sehr *bornirt* sein."

[5] Das war möglich, weil wir das wissenschaftliche Prinzip der Arbeit mit Primärquellen, das auch für die geistigen Richtungen gilt, denen man nicht zustimmt, strikt durchsetzten - auch in der Beschaffung und Bearbeitung von „Westliteratur". Mir war es nach dem August 1961 gelungen, auch den weiteren Bezug führender Tages- und Wochenzeitungen sowie politischer und soziologischer Zeitschriften (neben fachlichen) aus der BRD für das Institut zu sichern, so daß wir stets *auch diese* Primärquellen verwenden konnten und verwendet haben. Ob das wohl überall nach diesem Prinzip gehandhabt wird? Nach einigen Diskussionen der letzten Jahre habe ich da meine Zweifel!

Werner Fritsch

Chancen hochschulpolitischer Veränderungen in der DDR im Jahre 1956

Zwischen 1945 und 1989 wurden im Hochschulwesen der sowjetischen Besatzungszone bzw. der DDR immer wieder tiefgreifende Umgestaltungen durchgeführt. Diese waren in den ersten Jahren antifaschistisch-demokratisch ausgerichtet und trugen durchaus progressive Züge. Die mit der ersten Hochschulreform erfolgte Brechung des bürgerlichen Bildungsprivilegs eröffnete breiten Schichten des Volkes den Weg zu den Universitäten und Hochschulen. Immer stärker wurden jedoch neben positiven Erscheinungen negative Tendenzen sichtbar.

Es kam zu einer Unterwerfung der Universitäten und Hochschulen unter die Herrschaft der SED, zu einer Einschränkung der Freiheit von Wissenschaft und Lehre und - insbesondere mit der zweiten Hochschulreform 1952 - zu einer schematischen Übertragung des sowjetischen Hochschulwesens auf die DDR.

Die größte Chance, dieser verhängnisvollen Entwicklung Einhalt zu gebieten und demokratische Veränderungen zu erreichen, gab es 1956. Die durch den XX. Parteitag der KPdSU eingeleitete Entstalinisierung weckte die Hoffnung, daß es möglich sein könnte, zugleich mit der demokratischen Erneuerung des Sozialismus auch eine grundlegende Demokratisierung im Hochschulwesens durchzusetzen. Antistalinistische demokratisch-sozialistische Reformbestrebungen erfaßten alle Universitäten und Hochschulen der DDR. Im Frühjahr und Sommer 1956 entwickelte sich hier auch in den Parteiorganisationen der SED eine Atmosphäre kritischer Auseinandersetzungen über die Fehlentwicklungen in der DDR und notwendige Schritte zur Oberwindung des Dogmatismus. Viele Parteimitglieder waren über die durch die Rede Chruschtschows bekanntgewordenen im Namen des Sozialismus begangenen Verbrechen entsetzt. Es kam zu einer tiefen Erschütterung ihrer sozialistischen Ideale.[1] Gegen die Haltung der Parteiführung der SED, die eine weiterführende Entstalinisierung in der DDR zu verhindern suchte, machte sich zunehmend Unmut breit. Die Empörung richtete sich insbesondere gegen Walter Ulbricht, der sich bisher stets in der Verherrlichung Stalins besonders hervorgetan und die Politik und ideologische Erziehungsarbeit der Partei auf Stalin ausgerichtet hatte, nunmehr aber kein Wort der Selbstkritik fand, junge Genossen wegen ihrer Stalin-Verehrung verhöhnte und kritische Diskussionen über die stalinistischen Machtpraktiken in der DDR zu unterbinden suchte.

Dies führte an den Universitäten und Hochschulen zu einer starken Konfrontation mit Parteifunktionären, die bestrebt waren, den Kurs der Parteiführung durchzusetzen. So erinnert sich z.B. Gerhard Zwerenz, damals Philosophie-Student und Bloch-Schüler an der Universität Leipzig: „In den Parteiversammlungen kam es zu erbitterten Auseinandersetzungen, die bisher führenden Funktionäre waren plötzlich isoliert, sie hatten immer zu Stalin und Ulbricht gehalten, und in den Parteigruppen argwöhnte man ganz richtig, die deutschen Funktionäre hemmten auch jetzt das von den Sowjets kommende Tauwetter. In einer Versammlung der Parteiorganisation des philosophischen Instituts kam es zuerst zum offenen Zusammenstoß. Ein Funktionär hatte in einem Referat das Tauwetter bagatellisiert. Ihm antworteten mehrere Diskussionsredner, und am Ende wurde unter dem frenetischen Beifall der Versammelten in nur wenig verschlüsselter Form die Absetzung Ulbrichts gefordert. Die alte stalinistisch orientierte Parteileitung war völlig isoliert, die Mitglieder standen geschlossen gegen ihre Funktionäre.“[2] In Jena mußte die Universitätsparteileitung einschät-

zen, daß es eine tiefe Vertrauenskrise zur Parteiführung gebe; „nicht wenige Genossen“ hätten „die Politik der Partei und vor allem des Zentralkomitees tu kritisieren“ begonnen.[3] Es waren hier insbesondere Genossen der Grundorganisationen Chemie und Dozenten der ABF, die eine grundlegende Demokratisierung und Veränderungen in der Parteiführung forderten. So verwahrte sich z.B. eine Dozentin der ABF, die langjähriges Parteimitglied war, gegen die Bevormundung durch Parteifunktionäre und bezweifelte, daß die Genossen der Parteiführung, die für die Übertragung der Mängel und Schwächen auf die DDR verantwortlich waren, in der Lage seien, „die Partei heute in eine neue demokratische Entwicklung“ zu führen.[4] Bei diesen Auseinandersetzungen standen zunächst Fragen der innerparteilichen Demokratie, die Kritik an dem in der SED praktizierten „demokratischen Zentralismus“ sowie an der Presse- und Informationspolitik der Parteiführung im Vordergrund. Doch immer stärker wurden Forderungen erhoben, die auf eine demokratische Umgestaltung im Hochschulwesen gerichtet waren. Diese bewegten sich in folgenden Hauptrichtungen:

1. Demokratisierung des wissenschaftlichen und gesellschaftlichen Lebens an den Universitäten und Hochschulen unter besonderer Beachtung fortschrittlicher Traditionen in Deutschland, Wiederherstellung der Autonomie der Universitäten und Abbau der zentralistisch-bürokratischen Tendenzen, Gewährleistung der Freiheit von Lehre und Forschung, Beseitigung der durch die zweite Hochschulreform erfolgten „Verschulung“ und anderer negativer Auswirkungen.

2. Abschaffung bzw. Modifizierung des obligatorischen gesellschaftswissenschaftlichen Grundstudiums sowie des obligatorischen Russisch-Unterrichts.

3. Gewährleistung der demokratischen Mitwirkung der Studenten, stärkere Beachtung der spezifischen Interessen der Studenten. Hierzu Schaffung geeigneter Organisationsformen, so insbesondere eines Studentenverbandes.

Veränderungsvorschläge kamen von Hochschullehrern, Assistenten und Studenten, von Parteimitgliedern und Parteilosen, von FDJ-Leitungen und Seminargruppen. Fachschaftsversammlungen, FDJ-Versammlungen und anderen Gremien nahmen vielfach Resolutionen an und richteten Briefe mit entsprechenden Forderungen an das Staatssekretariat für Hochschulwesen der DDR oder andere Stellen. Die Initiativen gingen dabei von Kreisen mit sehr unterschiedlichen politische Haltungen aus: zum einen von Gruppen, deren Kritik der Zustände an den Universitäten und Hochschulen auf einer Ablehnung des politischen Systems in der DDR fußte und die sich mehr oder weniger deutlich an den gesellschaftlichen Verhältnissen in Westdeutschland orientierten, zum anderen von antistalinistischen reformsozialistischen Kräften, die für demokratische Veränderungen im Rahmen des bestehenden Gesellschaftssystems eintraten und weiterhin bei aller kritischer Sicht in der DDR das „bessere Deutschland“ sahen. Diese unterschiedliche Grundhaltung spiegelte sich vielfach auch im Inhalt, in den Schwerpunkten und im Umfang der angestrebten Veränderungen wider. Im folgenden soll hauptsächlich auf die von breiten Kreisen der Studenten erhobenen Forderungen sowie auf die Auffassungen reformsozialistischer Kräfte etwas näher eingegangen werden.

Im Rahmen einer Gesamtkonzeption zur demokratischen Erneuerung des Sozialismus sind Vorstellungen für hochschulpolitische Veränderungen am klarsten in der politischen Plattform Wolfgang Harichs enthalten, die in enger Verbindung mit den intensiven politischen Diskussionen unter Genossen des Aufbau-Verlages und dessen Umfeld entstanden war.[5]

Wolfgang Harich, neben seiner Tätigkeit im Aufbau-Verlag zugleich Philosophie-Dozent an der Berliner Universität, trat hierin für die völlige Selbständigkeit der Universitäten, Hochschulen und wissenschaftlichen Institute bei der Bewältigung ihrer speziellen wissenschaftlichen Aufgaben ein. Es wurde gefordert: „Wiederherstellung der vollen Freiheit der wissenschaftlichen Lehre und Forschung...", „Aufhebung des obligatorischen gesellschaftswissenschaftlichen und des russischen Sprachunterrichts an den Universitäten und Hochschulen der DDR", „Wiederherstellung der traditionellen Formen des Universitäts- und Hochschulunterrichts unter Beibehaltung der wirklichen Errungenschaften der Republik...".[6] Die breiteste Basis unter den Studenten fanden die Forderungen nach Abschaffung bzw. Modifizierung des gesellschaftswissenschaftlichen Grundstudiums sowie nach Abschaffung des obligatorischen Russischunterrichts. Hierfür traten Studenten ein, die ansonsten unterschiedliche politische Haltungen einnahmen. An allen Universitäten gab es Protestaktionen, Boykott von Lehrveranstaltungen und zahlreiche Willenserklärungen. In Jena wandten sich z.B. breite Studentenkreise der Medizinischen und der Naturwissenschaftlichen Fakultät gegen den Russischunterricht und boykottierten ihn vielfach. Nach einem Bericht der Staatssicherheit vertraten Jenaer Studenten die Auffassung: „Es ist zwar richtig, eine Fremdsprache zu erlernen, aber es muß jedem überlassen bleiben, welche Sprache er wählt." Rostocker Studenten argumentierten, wie an gleicher Stelle ausgesagt wird: „Für unsere weitere Arbeit benötigen wir vor allem englische Sprachkenntnisse. Die an den Oberschulen erworbenen russischen Sprachkenntnisse rei-chen vollkommen aus."[7] Auf einer Vollversammlung der Jenaer Mathematik-Studenten am 5. November 1956 wurde eine Resolution mit 122 : 2 Stimmen gegen das obligatorische gesellschaftswissenschaftliche Grundstudium angenommen. In ihr hieß es: „Wir hal-ten es für empfehlenswert, daß die Vorlesungen des gesellschaftswissenschaftlichen Grundstudiums fakultativ werden, weil dieses erfolgversprechender wäre als obligatorischer Unterricht. Hinsichtlich der Prüfungen richten wir an die zuständigen Stellen die nachdrückliche Bitte, von jeder Art gesellschaftswissenschaftlicher Prüfungen abzusehen. Eine große Zahl von Studenten sieht nämlich in diesen Prüfungen eine indirekte Beeinträchtigung ihrer Gewissensfreiheit."[8] Dieser Resolution hatten auch die Parteimitglieder unter den Mathematik-Studenten zugestimmt.[9] Die FDJ-Leitung der Geschichtsstudenten griff die Kritik am Gewi-Unterricht ebenfalls auf. Es wurden Vorschläge für eine grundlegende Veränderung erarbeitet und dem Staatssekretariat für Hochschulwesen übersandt, z.B. stärkere Vermittlung von Kenntnissen über die „vorherrschenden philosophischen, ökonomischen und politischen Diskussionen und Argumente in Westdeutschland und Westeuropa", „stärkere Behandlung der Geschichte der Philosophie", Konzentration auf die „wissenschaftliche Anwendung des Marxismus-Leninismus in den verschiedenen Fachgebieten".[10]

Im Herbst 1956 war es an einigen Universitäten und Hochschulen, insbesondere in Berlin und Leipzig, zu direktem Widerstand und Aufruhr unter den Studenten gekommen.[11] Die Zuspitzung der Situation und die Breite der studentischen Bewegung für grundlegende Veränderungen spiegeln auch Berichte der Staatssicherheit aus dieser Zeit wider. In einer zusammenfassenden, ausführlichen Analyse des MfS vom 28. Oktober 1956 wurde berichtet, daß in fast allen Hochschulen von den Studenten „oft im Einverständnis mit den FDJ-Leitungen" verlangt würde: „Änderungen im Hochschulbetrieb, nämlich vor allem Gründung einer 'unabhängigen' Studentenorganisation, Auflösung der FDJ-Hochschulgruppen, Abschaffung des obligatorischen gesellschaftlichen Grundstudiums und des Unterrichts in der russischen Sprache". Heftige Angriffe hatten sich besonders gegen die Berichterstattung der Presse gerichtet. Es verstärkten sich erneut „Äußerungen gegen das Führungskollektiv

der SED, besonders gegen W. Ulbricht, dessen Rücktritt wiederholt gefordert wird“. In zahlreichen Fällen unterstützten die Professoren die Studenten.[12] Die Bestrebungen, Veränderungen im Hochschulwesen herbeizuführen, kann man keineswegs pauschal als „antisozialistisch“ bzw. in Hinblick auf den Russisch-Unterricht als „antisowjetisch“ hinstellen, wie dies von Funktionären der SED damals geschah.[13] Die von breiten Kreisen von Hochschulangehörigen getragenen Forderungen verdeutlichen vielmehr, daß es tatsächlich ernste Mißstände und Probleme gab. Viele mit der DDR verbundene Kräfte waren besorgt, daß durch dogmatische, engstirnige Entscheidungen die Überzeugungsarbeit unter den breiten Massen der Studenten behindert wird. So hatten z.B. in den ersten Jahren nach der Befreiung Vorträge von deutschen Antifaschisten und sowjetischen Kulturoffizieren zum Marxismus durchaus Anklang gefunden. Jetzt bestand die Gefahr, daß mit dem ausgeübten Zwang zum Studium des Marxismus, der in das Dogma des Leninismus-Stalinismus gepreßt worden war und den vielfach ungenügend ausgebildete Lehrkräfte vermittelten, dies alles wieder zunichte gemacht wurde.[14] Hinzu kam, daß der hierfür und für den Russisch-Unterricht notwendige Zeitaufwand zu Lasten des Fachstudiums ging und die Studenten über die hohe Stundenbelastung klagten. Mit Recht warnten damals viele Professoren vor einer „Verschulung“ der Universitäten.

Welche Chancen bestanden für die Verwirklichung der angestrebten hochschulpolitischen Veränderungen? Vielen Hochschulangehörigen war klar, daß dafür nur Aussichten gegeben waren, wenn sie im Rahmen einer grundlegenden Demokratisierung in der DDR erfolgten und diese nur bei personellen Änderungen in den führenden Gremien der SED ermöglicht werden konnte. Ermutigt wurden sie durch Erfolge der Entstalinisierung und Demokratisierung in Ungarn und Polen. Auch weckten einige Verlautbarungen des SED-Führung selbst, z.B. der Beschluß des 28. Plenums vom Juli 1956 über den Kampf gegen den Dogmatismus, sowie Artikel in der Studentenzeitung „Forum“, im „Sonntag“ und in anderen Presseorganen die Hoffnung, daß sich in der DDR etwa verändern würde. Genauer bekannt ist heute, daß es damals in der Parteiführung erbitterte Auseinandersetzungen zwischen den Dogmatikern um Walter Ulbricht und der Reformgruppe um Karl Schirdewan über den weiteren politischen Kurs gab. Bei einer Durchsetzung der Reformer in der Parteiführung hätte es auch ein anderes Herangehen an die Forderungen der Studenten gegeben, wären zumindest einige demokratische Veränderungen durchgeführt worden. Während Ulbricht und seine Gefolgsleute für eine Unterdrückung aller studentischen Forderungen waren, sprach sich Karl Schirdewan, der über die komplizierte Lage an den Universitäten genau informiert war, für Diskussionen über die Vorschläge mit den Studenten und den anderen Universitätsangehörigen aus.[15] Doch konnte von den Stalinisten sowohl der Einfluß der Reformgruppe in der Parteiführung als auch der von reformsozialistischen Kräften an den Universitäten und Hochschulen zurückgedrängt und diese immer stärker ausgeschaltet werden. Hierzu nutzten sie die Ungarnereignisse und erklärten, wenn man eine „Fehlerdiskussion“ zugelassen und den Demokratisierungsforderungen nachgegeben hätte, wäre es auch in der DDR zum Wüten der „Konterrevolution“ gekommen. Hingegen betonten reformsozialistische Kräfte, daß die Ereignisse in Ungarn eine Folge stalinistischer Machtpolitik waren, die Gefahren für den Sozialismus vom Dogmatismus ausgingen und, um ähnliches in der DDR zu verhindern, eine konsequente Entstalinisierung durchgeführt werden müßte. Nach der Verhaftung von Wolfgang Harich, Walter Janka und anderen Ende November/Anfang Dezember 1956 begann eine breite ideologische und juristische Offensive gegen die reformsozialistischen Kräfte, die mit dem Schlagwort vom „modernen Revisionismus“ diskriminiert und verteufelt wurden.[16] Alle diejenigen, die an den Universitäten und

Hochschule für demokratische Veränderungen eingetreten waren, galten nunmehr als „Helfershelfer“ der westdeutschen Imperialisten“. 1957/58 kam es gegen sie zu massiven Repressionen: Einleitung von Parteiverfahren, Parteiausschlüsse, Exmatrikulationen von Studenten, Entlassungen sowie auch zahlreiche Verhaftungen.[17] Ebenso wie die Chance einer Erneuerung des Sozialismus wurde die Chance hochschulpolitischer demokratischer Veränderungen vertan. Auch an den Universitäten und Hochschulen hatten erneut die Scharfmacher, Dogmatiker und Karrieristen die Oberhand gewonnen.

Worin lagen hauptsächlich die Ursachen für das Scheitern der Demokratisierungsbestrebungen?

1. Der stalinistische Machtapparat mit seinem zentralistischen Kommandosystem konnte die Reformkräfte unterdrücken, obgleich diese einen beachtlichen Einfluß an der Basis hatten. Es zeigte sich, daß bei Fortbestehen stalinistischer Strukturen es kaum möglich ist, demokratische Veränderungen durchzusetzen.

2. Negativ für die Reformbestrebungen wirkten sich der Kalte Krieg, der in Deutschland von beiden Seiten mit großer Härte und mit allen Mitteln geführt wurde, sowie die Ungarn-Ereignisse und andere internationale Vorgänge aus.

3. Hinzu kamen Schwächen der Reformkräfte in der SED selbst, insbesondere ihre große Zersplitterung, das Festhalten an „leninistischen Dogmen“ und ihre Inkonsequenz in den Auseinandersetzungen mit den Stalinisten.

Immer wieder gab es auch in der Folgezeit an den Universitäten und Hochschulen der DDR ein Aufbegehren gegen dogmatische Erscheinungen und schädliche Beschlüsse der SED, das vielfach mit Parteistrafen und anderen Repressionen geahndet wurde. Weitere oppositionelle Tendenzen entwickelten sich erst wieder in den 80er Jahren, als mit dem Reformkurs Gorbatschows in der Sowjetunion neue Hoffnungen auf eine demokratische Erneuerung des Sozialismus aufkeimten. Diese wurden durch die starre, dogmatische Politik der SED-Führung zunichte gemacht, die DDR durch das Festhalten am Stalinismus dem Verfall preisgegeben.

Anmerkungen:

1 Siehe u.a. Gerhard Zwerenz: Der Widerspruch. Autobiographischer Bericht, Berlin 1991, S. 236ff. u. Herbert Crüger: Verschwiegene Zeiten. Vom geheimen Apparat der KPD ins Gefängnis der Staatssicherheit, Berlin 1990, S. 147ff. Siehe auch Armin Mitter / Stefan Wolle: Untergang auf Raten. Unbekannte Kapitel der DDR-Geschichte, München 1995, S. 228ff.

2 Zitiert nach Armin Mitter / Stefan Wolle, S. 230.

3 Thüringisches Staatsarchiv Rudolstadt, Bezirksparteiarchiv (BPA) der SED Gera, Universitätsparteileitung (UPL) Jena, Nr. 763, Bl. 53ff. u. Nr. 790, Bl. 59ff.

4 Universitätsarchiv Jena, Universitätsparteileitung, Nr. 26 (Protokoll der Mitgliederversammlung der Grundorganisation Dozenten der ABF vom 9.7.1956).

5 Siehe Wolfgang Harich: Keine Schwierigkeiten mit der Wahrheit. Zur nationalkommunistischen Opposition 1956 in der DDR, Berlin 1993, S. 46ff. Siehe auch Gustav Just: Zeuge in eigener Sache. Die fünfziger Jahre in der DDR. Mit einem Vorwort von Christoph Hein, Frankfurt am Main 1990, S. 51ff. u. 149ff.

[6] Wolfgang Harich, S. 150f.

[7] Zitiert nach Armin Mitter/Stefan Wolle, S. 232.

[8] Patrik von zur Mühlen: Der „Eisenberger Kreis“. Jugendwiderstand und Verfolgung in der DDR 1953 - 1958, Bonn 1995, S. 93.

[9] Siehe Thüringisches Staatsarchiv Rudolstadt, BPA SED Gera, UPL Jena, Nr. 799, Bl. 39.

[10] „Vorschläge der FDJ-Grundeinheit der Fachrichtung Geschichte an der Friedrich-Schiller-Universität Jena zur Verbesserung der FDJ-Arbeit und des studentischen Lebens in der DDR (im Besitz des Verfassers). Ein Exemplar wurde gleichzeitig an den Zentralrat der FDJ gesandt. - Weiterhin enthalten waren u.a. Forderungen zur demokratischen Mitbestimmung der Studenten und zur Demokratisierung der FDJ (Einschränkung des hauptamtlichen Apparates, direkte Wahl von Studentenvertreter in den Zentralrat durch die Studenten, Durchführung von Studentenkongressen und Erhöhung der Eigenverantwortung der FDJ-Gruppen).

[11] Siehe Waldemar Krönig/Klaus-Dieter Müller: Anpassung - Widerstand - Verfolgung. Hochschule und Studenten in der SBZ und DDR 1945 - 1961, Köln 1994, S. 291ff.

[12] Zitiert nach Armin Mitter/Stefan Wolle, S. 265f.

[13] Siehe z.B. Thüringisches Staatsarchiv Rudolstadt, BPA SED Gera, UPL Jena, Nr. 799, Bl. 30ff.

[14] Siehe Waldemar Krönig/Klaus-Dieter Müller, S. 187ff. u. Patrik von zur Mühlen, S. 87f.

[15] Karl Schirdewan: Aufstand gegen Ulbricht. Im Kampf um politische Kurskorrektur, gegen stalinistische, dogmatische Politik, 2. Aufl., Berlin 1994, S. 82f. u. 103ff.

[16] Siehe Walter Ulbricht: Grundfragen der Politik der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands. Referat auf der 30. Tagung des Zentralkomitees der SED vom 30. Januar bis 1. Februar 1957. In: Walter Ulbricht: Zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung, Rd. VI, Berlin 1958 sowie Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung, Bd. 8, Berlin 1966, S. 66f. u. 72ff.

[17] Siehe Waldemar Krönig/Klaus-Dieter Müller, S. 296ff.

Helmut Metzler

Historisches zum Wechselverhältnis von Industrie und Universität. Leitgedanken der Führung des Zeisskombinates, die die Umstrukturierung der Friedrich-Schiller-Universität in der dritten Hochschulreform beeinflußten

Bei dem Thema „Zwiespalt zwischen Geist und Macht“ ist es im Zusammenhang mit Analysen zur Universitätsgeschichte nächstliegend, an Spannungen zwischen Politik bzw. Staat und Universitätslehre sowie -forschung zu denken. In Jena sind hier die Ergebnisse Anfang des vorigen Jahrhunderts im Atheismusstreit, die zum Abgang des Philosophen J. G. Fichte führten, zu nennen sowie die Hochschullehrerverfolgung im Gefolge der sogenannten Metternichschen Restauration. In unserem Jahrhundert setzen sich diese Praktiken fort: in der Hochschullehrervertreibung durch die Herrscher des dritten Reiches, in der Bedrängung von Philosophen wie H. Leisegang und M. Bense in der Zeit nach 1945, die zu deren Abwanderung in die westlichen Besatzungszonen führten, oder neuerdings in der Abwicklung von Lehrstühlen und damit verbundener oder politisch begründeter Entlassung von Professoren und Mitarbeitern. Zunehmend scheint mir aber eine zweite Dimension der Macht, nämlich die ökonomische Macht in ihrem Verhältnis zum Geist, d.h. zum Universitätsgeschehen, belanglos zu werden. Aus diesem Grunde möchte ich auf das Wechselverhältnis von Zeiss-Führung und Universität Ende der 60er Jahre eingehen. Ich äußere mich hier als Zeitzeuge, der ich in dieser Zeit in der wissenschaftlichen Beratergruppe des Generaldirektors tätig und als Industrievertreter in einem Fakultätsrat in die Prozesse einbezogen war.

Für das Verständnis dieser Vorgänge ist zweierlei bedeutsam: Geschichtlich besteht ein aktives Wechselverhältnis zwischen dem Unternehmen Zeiss Jena und der Universität in Jena seit dem vorigen Jahrhundert. Desweiteren förderte die DDR-Staatsführung aus hoher Wertschätzung der hierbei gewonnenen Erfahrungen die in Jena anvisierte Vertiefung der unmittelbaren Wechselbeziehungen zwischen Industrieunternehmen und Universität sowie Akademie-Instituten als Modellfall für die im Rahmen der dritten Hochschulreform neben anderen Veränderungen betriebene generelle Forcierung der Zusammenarbeit zwischen Wirtschaft und akademischen Bildungs- und Forschungsstätten.[1]

Worin besteht das geschichtliche Vorbild? Der Unternehmer Carl Zeiss holte sich im vorigen Jahrhundert den Universitätsprofessor Ernst Abbe mit seinen theoretischen Erkenntnissen und seiner Fähigkeit ihrer anwendungstechnischen Umsetzung als wissenschaftlichen Kopf und später Teilhaber in seinen Betrieb und wurde im Ergebnis zu einem der führenden Produzenten in seiner Branche. Ernst Abbe als späterer Alleineigentümer des Zeiss-Unternehmens wandelte sein Kapitaleigentum in ein Stiftungseigentum um. Daraus wurde die Universität reichlich für Lehre und Forschung gesponsert. Auf diese Weise wurde die Universität Jena als staatliche Bildungseinrichtung unmittelbar an einen kapitalistischen Betrieb herangeführt und nicht nur mittelbar über die staatliche Umverteilung von Steuermitteln aus der kapitalistischen und übrigen Wirtschaft. Daß dieses Wechselverhältnis auch in der nicht-kapitalistischen DDR weiterbestand, ist der Tatsache zu danken, daß die Carl-Zeiss-Stiftung, wenn auch unter veränderten Bedingungen, weiterarbeiten konnte.

Aufschlußreich ist ein neues Projekt aus der Bundesrepublik, das zu einem Vergleich herausfordert: Mit bundesweiter Zielstellung wurde im Jahre 1994 gemeinsam von der Hochschulrektorenkonferenz (HRK) und der Bertelsmann-Stiftung „CHE - Gemeinnütziges Centrum für Hochschulentwicklung GmbH“ ins Leben gerufen. HRK-Präsident Prof.

Erichsen wertet die Gründung von CHE als „Beitrag zur Anpassung des deutschen Hochschulsystems an die Erfordernisse der modernen Industriegesellschaft“. Und in der Hochschulzeitschrift AUD!MAX Juli/August 1995, der diese Angaben entnommen sind, schreibt H. Kurz zu diesem Thema: Es „liegt die Vermutung nahe, das Ganze könne auch in eine Anpassung an die moderne Industrie - respektive Wirtschaft - münden“. Offensichtlich ist das Anliegen dieser Vereinigung eine Hochschulreform nach Vorbild anderer Staaten, insbesondere der USA, mit Studiengebühren, „Auf- und Abbau von Lehrstühlen, Fachbereichen bzw. Fakultäten“ im Gefolge von „Leistungsbewertungen“ usw. (CHE-Chef Prof. Müller-Böling).[2]

Das Anliegen von E. Abbe und von CHE ist grundverschieden. Während Abbe sein als Stiftung eingesetztes Kapital als ökonomischen Machtfaktor nutzte, um ein Zusammenwirken von Industrie und Universität zu stimulieren und damit den Geist als modernen Faktor für den wissenschaftlich-technischen Fortschritt förderte, operiert CHE in Richtung einer Ökonomisierung der Universitäts- bzw. Hochschulbildung. Während Abbe im Sinne des „Produktiven Kapitals“ handelte, dürfte CHE im Dienste marktwirtschaftlich-finanzkapitalistischen Denkens stehen. Mit seinem Anschluß an das produkt- und leistungsorientierte Denken konnte auch das Zeiss-Kombinat in der DDR Wünsche und Angebote an die Universität herantragen, die in der Tradition von Ernst Abbe standen. Im Zentrum stand die Weiterentwicklung der Arbeitskräfte, der technischen Ausrüstungen und der Erzeugnisse.

Für die 1968 eingeleiteten Veränderungen an der Universität Jena ist als Spezifisches herauszuheben, daß in diesem Fall Wirtschaft als ökonomische, Staatsführung als politische und Universität als geistige Macht mit teils unterschiedlichen, teils gemeinsamen Zielvorstellungen darüber, wie ein notwendiger Wandel zu meistern ist, ein gemeinsam vertretbares Vorgehen miteinander aushandelten.[3]

Um die Leitgedanken der Führungskräfte von Zeiss in ihren Verhandlungen mit der Universitätsführung verstehen zu können, muß man sich die konkrete geschichtliche Situation, wie sie von den Zeiss-Vertretern als objektiv real und zwingend wirkend beurteilt wurde, vor Augen halten. Sie läßt sich wie folgt skizzieren:

1. Ein Wandel in der Entwicklung des Erzeugnisprogramms trat durch die im internationalen Wirtschaftsgeschehen zu beobachtende und sich auf Zeiss auswirkende zunehmende technologische Verwandtschaft und die marktseitige Ergänzungsfähigkeit der Erzeugnisse des wissenschaftlichen Gerätebaus ein.[4]

Diese förderte eine ebenfalls international feststellbare und Zeiss betreffende „zunehmende Disponibilität der Arbeitskräfte in allen Phasen des Reproduktionsprozesses“ als allgemeine Wachstumstendenz der Wirtschaftsentwicklung, die besonders für das Bildungsgeschehen Folgerungen verlangte.[5]

2. Das Wirtschaftssystem der DDR wurde tiefgreifend umorganisiert durch die Einführung des „Neuen ökonomischen Systems der Planung und Leitung“ in den 60er Jahren und die Kombinatsbildung, die mit einer Eingliederung von Klein- und Mittelbetrieben einherging. Auch der VEB Carl Zeiss Jena wurde zu einem Kombinat erweitert.

Diese Veränderungen verlangten ein neues Management und damit umfangreiche Weiterbildungsmaßnahmen und Neugestaltung der Ausbildung der Führungskräfte und ihres Nachwuchses. Universitätsabsolventen wurden grundsätzlich als Nachwuchskräfte ins Auge gefaßt.[6]

3. In der Informationsverarbeitungspraxis trat eine Revolution ein, insofern die Elektronische Datenverarbeitung (EDV), die mathematische Modellierung technischer und ökonomischer Prozesse und Objekte u.a.m. in der Wirtschaft Fuß faßten.

Infolgedessen wurde eine neue Denk- und damit Arbeitsweise bei den Beschäftigten vom Top-Manager über den Spezialisten in Forschung, Entwicklung und Technologie bis zum Facharbeiter notwendig.[7]

4. Im Verhältnis der Wissenschaft zur Industrie wurde als wesentliche Veränderung herausgehoben, daß die Wissenschaft von der Aufgabenorientierung an gesellschaftlichen Bedürfnissen überging zur Übernahme der Initiativfunktion gegenüber der Produktion und damit einen Druck auf die Produktion zur Weiterentwicklung auszuüben begann.[8]

Um dieser Veränderung gewachsen zu sein, war eine Konzentration der Forschungs- und Entwicklungs-Potentiale notwendig, die in Jena über die Bildung eines Großforschungsverbandes[9] Gestalt annahm, und eine neue Denkweise, die auf Interdisziplinarität und Orientierung auf eine multivalente Nutzung von Forschungsergebnissen abzielt.[10]

5. Für den Wissenschaftlichen Präzisionsgerätebau - so ist die Benennung in der Quelle - wurde eine (ebenfalls objektive) Wachstumstendenz seiner „zunehmende(n) Verflechtung mit Lehre und Forschung“ unterstellt. Diese verlangte ein gezieltes Zugehen der Zeiss-Führungskräfte auf Hoch- und Fachschulen, damit auf die Universität in Jena.[11]

Diese fünf Positionen gehören zu den Ausgangsprämissen der Führungskräfte des Zeiss-Unternehmens, aus denen heraus sie eine Neugestaltung der Wechselbeziehungen ihres Unternehmens zur Friedrich-Schiller-Universität und zu verschiedenen Akademie-Instituten in Angriff nahmen. Dabei richteten sich die Erwartungen aus der Forschung sowohl an die Universität als auch an Akademie-Institute. Bezüglich der Aus- und Weiterbildung wurden Universitäten und Hochschulen, aber auch die berufs- und allgemeinbildenden Schulen mit neuen Ansprüchen konfrontiert, z.B. an der Universität durch geeignete Sektionsbildung die Interdisziplinarität zu fördern und einen Praxisbezug durch die Einheit von Bildung und Ausbildung zu sichern. Umgekehrt wurden aber auch die Wünsche der akademischen Partner vom Zeiss-Unternehmen aufgegriffen, modernste technische Mittel und Praxisausbildungsplätze, insbesondere für Betriebspraktika, bereitzustellen. Bei den technischen Mitteln handelte es sich um sehr knappe Ressourcen, teils aus Devisenüberschüssen von Zeiss importiert, deren gemeinsame Nutzung im Forschungsverband eine Effektivierung bedeutete.[12] Die Finanzierung der Forschung von Universitäts- und Akademieeinrichtungen wurde vertraglich vom VEB Carl Zeiss JENA übernommen. Die finanziellen Mittel mußten aber nur zum Teil vom Kombinat erwirtschaftet werden. Ein anderer Teil wurde aus dem staatlich dem Kombinat Zeiss für industrielle Erzeugnis- und Verfahrensentwicklung bereitgestellten Forschungsfonds entnommen.

Seitens der Staatsführung - W. Ulbricht brachte dies auf der oben zitierten Veranstaltung an der Sektion Physik klar zum Ausdruck -, wurde gleichzeitig das politische Ziel verfolgt, das studentische Aufbegehren gegen Mängel im Hochschulbetrieb (68er Bewegung) durch Verbesserung der Lehre und der Einheit von Lehre, Forschung und Betreuung abzufangen. Gefordert wurde, das Verhältnis zwischen Professoren und Studenten zu ändern. Dabei wurden Studentenvertretung in Gestalt der FDJ-Hochschulgruppe und die Professoren gleichermaßen aufgerufen, ihre Vorstellungen zu wünschenswerten Veränderungen einzubringen.[13]

Nach dieser Kurzcharakteristik der Situation und einiger Positionen der beteiligten Seiten, sollen einige Aussagen etwas erläutert und einige Ergebnisse besprochen werden:

Zuerst noch einmal zurück zur Wirtschaftssituation der DDR in den 60er Jahren, die sich weitgehend im VEB Carl Zeiss JENA wiederfand, und die gekennzeichnet war durch:

- unzureichende Innovationen, wenn auch Zeiss in dieser Hinsicht noch eine Ausnahme war;
- mangelndes Zusammenspiel der verschiedenen Phasen im Reproduktionsprozeß, d.h. zwischen Beschaffungswirtschaft, Technischer Produktionsvorbereitung (Forschung, Entwicklung, Technologie), Produktion und Absatz/Exportwirtschaft (insbesondere Export auf dem kapitalistischen Weltmarkt);
- Umstrukturierung des Systems der Planung und Leitung in den Jahren seit 1962 (NÖSPuL)
- *der Volkswirtschaft*, verbunden mit einer Orientierung auf führende Industriezweige wie Wissenschaftlichen Gerätebau und Computerindustrie (bei gleichzeitiger Beendigung der Flugzeugentwicklung) und Forcierung der internationalen Arbeitsteilung und Spezialisierung im RGW (Abgabe von DDR-Produktionen, auch von Zeiss, an Polen, Ungarn u.a.), womit eine tiefgreifende materielle Umstellung einherging; verstand sich Zeiss bis dahin als feinmechanisch-optisches Unternehmen, so wurde es mit diesen Umstellungen zu einem feinmechanisch-optisch-elektronischen;
- *von Großbetrieben wie Zeiss zu Kombinaten*, die nicht nur eine Übernahme von Klein- und Mittelbetrieben, sondern auch die Aufnahme neuer Produktionen (insbesondere Konsumgüterprogramm!) verlangte.

Aus dieser materiellen und planungs- sowie leitungsmäßigen Umstrukturierung und der Auseinandersetzung mit den genannten und weiteren Mängeln entsprangen neue Anforderungen an die Führungskräfte (in der seinerzeitigen Sprechweise: „Kader“) der Wirtschaft. Neuorganisation der Betriebe, Einführung der elektronischen Datenverarbeitung in die Planung, Leitung, Forschung, Entwicklung, Technologie, Produktion usw. stellten z.T. völlig neuartige Ansprüche. Kombinatsführungen mußten sich vom betrieblichen auf ein konzernähnliches Denken umstellen. Um den Führungskräften hieran den Anschluß zu ermöglichen, wurde die Weiterbildung umfassend ausgebaut (eine „Akademie für Marxistisch-Leninistische Organisationswissenschaft“, Institute für sozialistische Wirtschaftsführung und Industriezweigakademien wurden ins Leben gerufen) mit verbindlichen Auflagen für die Lehrgangsteilnahme der Kader der jeweilig zugeordneten Ebene, d.h. einschließlich der Generaldirektoren. Ein Teil der Weiterbildung wurde durch die Universitäten und Hochschulen übernommen. Selbstverständlich galt es auch den Nachwuchs auf die neuen Verhältnisse vorzubereiten. Dementsprechend erfolgte eine Umstellung in der Ausbildung an den Universitäten, Hochschulen und Fachschulen, in den einzelnen Fachgebieten und Institutionen aber unterschiedlich eingreifend.

Die Weiterentwicklung der Forschung führte ebenso in den Betrieben wie auch in den akademischen Einrichtungen zu Veränderungen.

Die Führung des VEB Carl Zeiss JENA reagierte auf die internationale und DDR-interne Herausforderung in der Weise, daß sie eine wissenschaftliche Analyse erarbeiten ließ, die die allgemein in der DDR-Wirtschaft im Wechselverhältnis zum Weltmarkt wirkenden Veränderungstendenzen für den Wissenschaftlichen Präzisionsgerätebau konkretisierte. -

Die politischen Verhältnisse wurden dabei als sich nicht ändernde unterstellt. - In Gestalt einer Prognose[14] wurden die gewonnenen Erkenntnisse zum strategischen Konzept der Unternehmensführung verarbeitet.

Aus dem oben genannten Zusammenhang von Wachstumsfaktor „zunehmende Disponibilität der Arbeitskräfte“ und Bildung leiteten sich Änderungserfordernisse nicht nur für die Facharbeiterausbildung, sondern auch für die allgemeine Schulbildung und die akademische Ausbildung ab. In der Prognose heißt es hierzu: „Im Rahmen des einheitlichen sozialistischen Bildungssystems ist die gegebene Struktur mit weniger disponibler Qualifikation der Arbeitskräfte auf das in den verschiedenen Reproduktionsphasen für die Lösung der gestellten Aufgaben geforderte erhöht disponible Niveau zu bringen und sind für die Ausbildung der verschiedenen Fachkräfte entsprechende Qualifikationsprofile zu schaffen.

Wie das Profil des Vorfertigungsmechanikers das eines komplex ausgebildeten und disponibel einsetzbaren Facharbeiters ist, so sind die Profile des Montagefacharbeiters und des Optikfacharbeiters neu zu bestimmen und über die Berufsausbildung zu realisieren. Für die Mitarbeiter in der Lenkung und Leitung von Wissenschaft, Produktion und Zirkulation ist in ähnlicher Weise ein Komplexberuf mit breitem Profil zu schaffen, der der Integration der elektronischen Datenverarbeitung in diese Tätigkeitsbereiche angemessen ist.

Bei den Hoch- und Fachschulkadern ist eine der Komplexität der Erzeugnisse des Wissenschaftlichen Präzisionsgerätebaus angemessene Profilierung der Ausbildung durchzusetzen.“[15] Als an die Universität zu richtende Forderung wird im anschließenden Satz formuliert: „Hierzu sind vorrangig geeignete Organisationsformen zu schaffen, um die Ausbildungskapazitäten der Friedrich-Schiller-Universität Jena für den Wissenschaftlichen Präzisionsgerätebau zu nutzen.“ Ähnlich wird die Nutzung der Kapazitäten der Ingenieurschule in Jena verlangt.[16]

In einem Referat zur Prognose werden die berufsbezogenen Aussagen wie folgt verdeutlicht: „Im Fortschritt der technischen Revolution entstehen neue Berufe und werden alte aussterben. Dieser Prozeß verläuft unter sozialistischen Verhältnissen nicht zu Lasten des einzelnen Werktätigen, sondern wird von der Gesellschaft bewußt gesteuert. Einerseits ermöglicht es die Gesellschaft allen Werktätigen, sich auf neue Arbeitsplätze vorzubereiten und übernimmt auch die Einarbeitungskosten. - Diese Tatsache muß bewußt vorbereitet und in allen Köpfen geklärt werden. - Weiterhin erhöht die Gesellschaft durch ein verbessertes Bildungswesen die Disponibilität und Anpassungsfähigkeit der Arbeitskraft. In gleicher Richtung wirkt die Überwindung des Widerspruchs zwischen geistiger Arbeit und Handarbeit. Auch dieser Prozeß ist allgemein bewußt zu machen.“ Von dieser Ebene aufsteigend wird in einem Referat zum Bildungswesen formuliert ... „das Problem der Erhöhung der Disponibilität der Arbeitskraft tritt in analoger Weise auf allen Ebenen des Industriezweiges auf.“ Und weiter für die akademische Bildung folgt: „Die Spezialisten auf einem Gebiete der Naturwissenschaft, der Technik oder der Ökonomie bedürfen einer auf den Industriezweig zugeschnittenen Ausbildung in den beiden anderen Wissenschaftskomplexen.“[17]

Die hier zitierten Texte sind nicht nur aus ihrem inneren logischen Zusammenhang zur Denkweise von Zeiss-Führungskräften interessant, sondern auch im Hinblick auf das Verhältnis von Geist und ökonomischer Macht. Es wäre aber verfehlt, aus dem Zitierten eine technokratische Denkweise erkennen zu wollen. H.-J. Pohl formulierte auf einem Bundeskongreß des Kulturbundes für Zeiss und Jena die Erfordernisse: „Unser Industriezweig, und das gilt sicher für weite Bereiche der Volkswirtschaft, kann sich ohne Verflechtung mit

Kultur und Bildung nicht mehr optimal und stabil weiterentwickeln. Die Mitwirkung von Kultur und Bildung an der projektierten Entwicklung unserer Gesellschaft ist eine Bedingung sine qua non für unser Wachstum.“[18] Im Rahmen der Begründung dieser Aussage heißt es dann zugespitzt: „Aber wir wollen und dürfen in Jena wie in anderen Orten keine technizistischen Monokulturen aufziehen. Wir brauchen eine niveauvolle, abwechslungsreiche Kultur zur Unterhaltung und zur Besinnung“... Kritisch wird dann gefragt und angemerkt: „Sind wir darauf genügend vorbereitet? Ich glaube, das verneinen zu müssen, und das beunruhigt mich, denn kürzlich hat mir ein profilierter Wissenschaftler die Aufnahme einer wichtigen Funktion in Jena mit der Begründung abgelehnt, daß er das Dresdener Kunstklima für seine Arbeit brauche.“ Daraus folgernd wird als dringende Notwendigkeit hervorgehoben, „für unsere schnell hochwachsenden Industrie- und Wissenschaftszentren prognostisch orientiert und sofort wirksam die Kräfte der Kultur in besonderem Maße zu konzentrieren.“[19]

Im Verhältnis von Geist und ökonomischer Macht kommt hier das vom historischen Materialismus gelehrte Konzept der primären Rolle der materiellen Existenzbedingungen für das gesellschaftliche Leben als Orientierung für strategische Entscheidungen der Politiker zur Geltung. Insoweit die Verhandlungspartner aus Industrie und Universität bzw. Akademie-Instituten weitgehend von diesem Konzept geleitet waren, hatten sie eine gemeinsame Ausgangsposition. Auf dieser Basis galt es dann aber die jeweiligen Interessen der beteiligten Gruppen bestmöglich auszuhandeln. Diese Verhandlungen verliefen nicht reibungslos, dabei wurde auch nicht vor sogenannten „Schlägen unter der Gürtellinie“ zurückgeschreckt. In dieser Weise wurde z.B. ideologischer Widerstand gegen die den Industrievertretern unterstellte technokratische Denkweise geleistet. Um zu verhindern, daß im Studienplan für die Ausbildung in der Sektion Ökonomische Kybernetik die (strukturwissenschaftlichen) Fächer Kybernetik, Mathematik, Informatik u.ä. ein Übergewicht bzw. Gleichgewichtigkeit gegenüber der (ideologielastigen) Politischen Ökonomie erhielten, wurde nicht vor politischen Diffamierungen der Verhandlungspartner aus dem VEB Zeiss zurückgeschreckt. Im Rahmen des Lehrbereiches Marxistisch-Leninistische Organisationswissenschaft wurde ein Lehrstuhlbewerber abgelehnt, weil er in Vorgesprächen bestimmte Newcomer in der DDR auf diesem Gebiet nicht als Vorbilder akzeptierte. Dennoch ist hervorzuheben, daß insgesamt gesehen das Aufeinanderzugehen von Industrie- und Universitätsforschern sich fruchtbar in der Arbeit für alle Beteiligten auswirkte. Eine interessante Veröffentlichung hinsichtlich des Aufeinanderzugehens ist ein Gemeinschaftsartikel des Leiters der Abteilung Wahrscheinlichkeitsrechnung der Jenaer Universität und des Hauptabteilungsleiters für Grundlagenforschung vom Zeiss-Unternehmen zur Zusammenarbeit zwischen der Sektion Mathematik der Universität und Zeiss. Hier wird an der konkreten Aufgabenstellung der Mathematik deren produktive Funktion für die Industrie deutlich, wie auch umgekehrt der durch die Industrie stimulierte Anspruch auf umfassende Theoriebildung in der Mathematik, um den Aufgaben der Industrie gewachsen zu sein. Statt der befürchteten Einschränkung des Grundlagencharakters der Universitätsforschung infolge enger vertraglicher Bindungen an das Zeiss-Unternehmen wird das Eintreten des Gegenteils verdeutlicht. Es werden die Unterstützungsfunktion der Mathematik für verschiedene Anwenderbereiche, ihre Integrationsfunktion als Strukturwissenschaft und ihre Initiativfunktion für die Weiterentwicklung dargelegt.[20]

Selbstverständlich verlangte die Zusammenarbeit der akademisch in der Grundlagenforschung tätigen Wissenschaftler mit der Industrie von diesen eine beachtliche Umstellung. H.-J. Pohl bringt dies und zugleich im Sinne der Zeiss-Führungskräfte wertschätzend zum

Ausdruck: „Ich muß ergänzend bemerken, daß dieser Vorgang einer großdimensionierten Orientierung der Forschungsinstitute auf die Industrie von einem bedeutenden Reifeprozeß unter den Institutswissenschaftlern zeugt. Es ist doch offensichtlich ein prinzipieller Unterschied, ob jemand forscht, um mit Publikationen bestenfalls das Wissenschaftsniveau der DDR zu demonstrieren, oder ob er zuverlässig und verbindlich den Forschungsvorlauf für die Industrie schafft, und zwar so, daß sich die Industrie voll wird darauf verlassen können. Die Verantwortung , die ein solcher Wissenschaftler übernommen hat, ist ungleich größer und verdient die volle Achtung der Gesellschaft. Das Anwachsen des Wissens und die Rolle der Wissenschaft sind das erste Argument für die Lebenswichtigkeit der Verbindung von Wissenschaft, Bildung, Kultur und Produktion.“[21]

Im Lehrkörper der Friedrich-Schiller-Universität blieb auch noch, nachdem einige Vorbehalte gegen die ökonomische Macht-Institution VEB Carl Zeiss JENA ausgeräumt werden konnten, z.B. unterstelltes technokratisches Denken, Unmut bestehen. Ursache war, daß die Universität in ihrem geistigen Spektrum schmerzliche Einschnitte hinnehmen mußte. Da volkswirtschaftlich keine Erweiterung der Universität um die neuen Fachgebiete (Sektion Technologie und Sektion Ökonomische Kybernetik) finanziert werden konnte, wurden einige Einrichtungen aufgelöst, so u.a. die Landwirtschaftliche Fakultät, die Fachgebiete Geologie, Mineralogie und Pharmazie. Da nicht alle neuen Lehrgebiete durch Universitätslehrkräfte abgedeckt werden konnten, wurden Zeiss-Wissenschaftler als Honorarprofessoren bzw. -dozenten berufen.

Wie das Verhältnis von geistiger und ökonomischer Macht in einer historischen Umstellungssituation durch vorangehende Darlegungen umrissen worden ist, wäre auch das Verhältnis zwischen geistiger Macht und politischer Macht am Beispiel der Durchsetzung der Zeiss/Jena-Interessen gegenüber dem wirtschafts- und staatspolitischen Machtapparat bearbeitenswert. Daß die Führungskräfte von Zeiss die zentralen Machtinstanzen für die Expansion ihres Unternehmens gewinnen konnten, ist nicht zuletzt dem Einsatz ihres wissenschaftlichen Potentials auch auf dem Gebiet der Vorbereitung von Führungsentscheidungen zu danken. Bekanntlich war dem Erfolg nur eine kurze Dauer beschieden. Bereits 1970/71 wurden viele Führungskräfte abgelöst.

Abschließend sollen einige Grundaussagen zum Gesamtbeitrag hervorgehoben werden:

1. Mit der Neugestaltung der Zusammenarbeit zwischen dem Zeiss-Unternehmen und der Friedrich-Schiller-Universität Ausgang der 60er, Anfang der 70er Jahre wurde ein praktischer Versuch zur Modernisierung der akademischen Ausbildung unternommen, der dem Universitätsanliegen der Einheit von Lehre und Forschung als dritte Komponente die praktische Einsatzvorbereitung der Universitätsabsolventen zufügte. Damit wurde der Ausbildung im Rahmen der akademischen Bildung ein reicherer Inhalt gegeben.

2. Die Profilierung der Universität brachte zwar eine Verschiebung im universitären Spektrum mit sich, schränkte aber nicht ihren Charakter als universitas literarum ein. Technik- und Wirtschaftsdisziplinen einen angemessenen Platz im Bildungsangebot einer Universität einzuräumen, entspricht schlicht und einfach den Erfordernissen einer Universität in einer modernen bürgerlichen statt feudalen Gesellschaft der Zeit der Begründung von Universitäten.

3. Die Forschung gewann in allen beteiligten Institutionen durch den Zusammenschluß der Potentiale und die gesteigerte gesellschaftliche Wertschätzung, daß die Aufgabenorientierung um die Initiativfunktion gegenüber den Forschungsanwendern erweitert wurde.

Anmerkungen:

[1] Details hierzu kann man einer „Niederschrift über die Aussprache mit Genossen Walter Ulbricht vom 26.04.1968 in der Sektion Physik der Friedrich-Schiller-Universität“, Universitätsarchiv Jena, Verwaltungsarchiv Nr. 2744, entnehmen. Das Gewicht dieser Veranstaltung läßt sich daran ermessen, daß neben dem Staatsratsvorsitzenden W. Ulbricht der Vorsitzende der Staatlichen Plankommission G. Schürer, der Vorsitzende des Forschungsrates Prof. M. Steenbeck und aus dem Apparat der SED der Sekretär für Wirtschaft Dr. G. Mittag aus der DDR-Führungsspitze teilnahmen. Diese Niederschrift erwähnt nicht Prof. M. Steenbeck. Den Namen entnahm ich einem persönlichen Protokoll des seinerzeitigen Hauptabteilungsleiters für Erkundungsforschung im Forschungszentrum von Zeiss. Das der Beratung zugrundeliegende Dokument war „Die Entwicklung der Friedrich-Schiller-Universität bis 1980“. W. Ulbricht verdeutlichte den Modellcharakter, indem er darauf hinwies, daß in der empfohlenen Veröffentlichung des Referats des Rektors alle Bezüge zu Zeiss herausgenommen werden sollten, da das Dargelegte für die Hochschul-Reform generell gelte.

[2] Vgl. H. Kurz: Von der Evolution zur Revolution. In: AUD!MAX, 1995, Heft 4, S. 24.

[3] Auch hierzu gibt die schon genannte „Niederschrift ...“ Auskunft. W. Ulbricht spricht die Universitätsführung ausdrücklich darauf an, daß sie stärker Universitätstraditionen wahren und auch in der Terminologie sich nicht eines Sprachgebrauchs der Industrie bedienen solle, da Betrieb und Universität grundverschieden seien. Das Wechselverhältnis zwischen Zeiss-Unternehmen und Universität solle - kybernetisch gesprochen, so W. Ulbricht wörtlich - durch Systemregelungen, d.h. nicht administrativ gesteuert werden. - Die Auseinandersetzungen auf der Ebene der Fachgebiete „Physik“ und „Psychologie“ um den Inhalt der Diplomausbildung und die dementsprechende Fachbenennung im Diplom, nämlich nicht „Physik des wissenschaftlichen Gerätebaus“ oder „Sozialpsychologie“, sondern allgemein „Physik“ bzw. „Psychologie“ mit dem Ergebnis der Wahrung der Universitätsinteressen, d.h. der Interessen sowohl des Lehrkörpers als auch der Studierenden, belegen ebenfalls die getroffene Einschätzung.

[4] In der Prognose des Zeiss-Unternehmens aus dem Jahre 1967 wird diesbezüglich von „objektiven Wachstumstendenzen“ gesprochen, die „charakteristische prognostische Züge der gebrauchswert- und wertbildenden Prozesse im Wissenschaftlichen Präzisionsgerätebau widerspiegeln“ und „seiner gesellschaftlichen Funktion in der Technischen Revolution entsprechen“, nämlich“ ... als an zweiter Stelle aufgeführte Tendenz „Erhöhung des Kommunikationsgrades hinsichtlich der technologischen Verwandtschaft und der marktseitigen Ergänzungsfähigkeit“ (S. 10) „der Erzeugnisse“ bzw. „der Erzeugnisgruppen“ (S.13). „Grundzüge der Prognose des VEB Carl Zeiss JENA 1980/1985. Ein Beitrag zur Entwicklung des ökonomischen Systems des Sozialismus in der DDR“, Unternehmensarchiv der Carl Zeiss GmbH, Bestand ehemaliger VS-Dokumente.

[5] Die Disponibilitätserhöhung wird in der Prognose als dritte Wachstumstendenz aufgeführt (ebd. S. 10), um etwas später unter Bezugnahme auf die Erhöhung des genannten Kommunikationsgrades „eine entsprechend höhere Qualifizierung der Arbeitskräfte“ mit in Rechnung zu stellen (ebd. S. 14). Im Abschnitt zum Thema „Disponibilitätserhöhung“ finden sich dann auch Ansprüche an das Bildungssystem und an spezielle Bildungseinrichtungen wie die Friedrich-Schiller-Universität (ebd. S. 16ff.).

[6] In den Festlegungen zur praktischen Realisierung der in der Prognose des Zeiss-Unternehmens begründeten strategischen Erfordernisse ging es um Absolventenlenkung aus den für das Zeiss-Profil einschlägigen Hochschulen bzw. Universitäten wie auch um den Aus- und Aufbau geeigneter Ausbildungskapazitäten, z.B. in Gestalt einer Sektion „Ökonomische Kybernetik“ an der Friedrich-Schiller-Universität (vgl. „Wissenschaftlich-technische Konzeption der volkswirtschaftlichen Strukturlinie Wissenschaftlicher Gerätebau“ des VEB Carl Zeiss JENA vom 04.07.1968, S. 11, ferner „Auszug aus dem Beschluß des Ministerrates vom 28.08.1968 und aus dem Maßnahmeplan“, letzterer mit der Überschrift: „Maßnahmeplan zur Entwicklung des VEB Carl Zeiss JENA zum Zentrum der Forschung und Produktion für die Rationalisierungs- und Automatisierungstechnik der DDR“, S. 19f) und schließlich um „Weiterbildungsmaßnahmen für die Praxiskader“ durch die Friedrich-Schiller-Universität (vgl. „Wirtschaftsprognose des VEB Carl Zeiss JENA - Zeithorizont 1980“ vom April 1971, S. 193). Standort aller dieser Materialien: Unternehmensarchiv der Carl Zeiss GmbH, Bestand ehemaliger VS-Dokumente.

[7] Aussagen hierzu finden sich in der Prognose von 1967 im Abschnitt über die „zunehmende Disponibilität der Arbeitskraft“ (Grundzüge der Prognose..., a. a. O. S. 16ff) sowie im Abschnitt „Grundsätze zu einer Politik zur Leitung der erweiterten Reproduktion der Arbeitskräfte“ (ebd. S. 156ff). Wenn in dieser Prognose von „Leitung“ gesprochen wird, so ist im heutigen Sprachgebrauch der Wirtschaft stattdessen „Füh-

rung“ zu setzen. Der Terminus „Führung“ war zu dieser Zeit ausschließlich der Politik vorbehalten, zum Gebrauch in Wendungen wie „führende Rolle der Arbeiterklasse“, „unter Führung der SED“ u. ä. m.

[8] Zur Initiativfunktion der Wissenschaft sprach Prof. H.-J. Pohl als Vertreter des Zeiss-Forschungszentrums und des Großforschungsverbandes „Wissenschaftlicher Gerätebau“ auf einer Berliner Konferenz in seinem Thema „Zum Zusammenwirken von Wissenschaft und Produktion“ (Sozialismus und Wissenschaft: der Beitrag der Gesellschafts- und Naturwissenschaften zur Entwicklung des gesellschaftlichen Systems des Sozialismus; Konferenz, Berlin 1969, im Auftrag der Deutschen Akademie der Wissenschaften zu Berlin und des Instituts für Gesellschaftswissenschaften beim ZK der SED herausgegeben von Hermann Klare und Otto Reinhold. Berlin 1970). Er charakterisierte in seinem Beitrag die Zusammenarbeit zwischen Industrie und Akademie sowie Hochschulen durch zwei Phasen, wovon die erste bestimmt war „durch die Orientierung der Institute nach Aufgaben der Industrie“ (S. 102) und die zweite gekennzeichnet ist „durch die Einheit von Aufgabenorientierung und Hervorbringung der Initiativfunktion der Wissenschaft selbst“ (S. 103). Letzteres verschärfend formuliert er: „...wir wollen einen ausgesprochenen Druck der Wissenschaft auf die Produktion erzeugen und auf diese Weise die Initiativfunktion der Wissenschaft fördern, so wie es ihrer Rolle in der wissenschaftlich-technischen Revolution unter den Bedingungen des Sozialismus entspricht“ (S. 104).

[9] G. Riege und H.-J. Pohl charakterisieren in den Thesen zu ihrem Vortrag auf der Prognosekonferenz der Akademie der Wissenschaften der UdSSR mit dem Thema „Das Wechselverhältnis zwischen wissenschaftlich-technischer Prognose eines Industriezweiges und der Hochschul- und Akademieforschung im Rahmen eines Großforschungsverbandes“ letzteren wie folgt: „Er ist ein aufgabenbezogener Kooperationsverband von Einrichtungen der Industrie (Vorlaufpotentiale), des Hochschulwesens und der deutschen Akademie der Wissenschaften, die wesentliche Teile ihres Vorlaufpotentials auf die Vorlaufbedürfnisse eines strukturbestimmenden Industriezweiges konzentrieren, der in erster Linie durch ein Kombinat repräsentiert wird. Der Großforschungsverband ist ein freiwilliger Zusammenschluß, wobei die Mitgliedschaft die juristische Selbständigkeit der Partner nicht berührt.“ (These 6, deutsche Übersetzung, nicht veröffentlicht):

[10] Vgl. auch hierzu H.-J. Pohl, Das Zusammenwirken von Wissenschaft und Produktion, a. a. O., S. 105.

[11] In der schon zitierten Prognose von 1967 heißt es u. a. hierzu: „Die objektive W a c h s t u m s t e n d e n z - z u n e h m e n d e V e r f l e c h t u n g m i t F o r s c h u n g u n d L e h r e - ist in der Tatsache begründet, daß der Wissenschaftliche Präzisionsgerätebau nicht nur Arbeitsmittel für die Forschung bereitstellt, sondern durch seine grundsätzliche und schöpferische Auseinandersetzung mit den ungelösten Problemen einen unmittelbaren Beitrag zur Wissenschaft liefert und damit selbst eine Wissenschaftsdisziplin der Naturwissenschaft und der technischen Wissenschaften darstellt.“...“Die strategische Politik des VEB Carl Zeiss JENA zur Nutzung und Förderung dieser objektiven Wachstumstendenzen umfaßt

- die progressive Erweiterung der Kooperation der geistigen Arbeit;
- die konzentrierte Ausbildung von Kadern der naturwissenschaftlichen, technisch-wissenschaftlichen und gesellschaftswissenschaftlichen Fakultäten unter Mitwirkung und Einflußnahme von Industriewissenschaftlern...“ („Grundzüge der Prognose ...“, a. a. O., S. 24f.).

[12] In der „Wirtschaftsprognose des VEB Carl Zeiss JENA - Zeithorizont 1980“ wird darüber hinausgehend formuliert: „Unterstützung der Friedrich-Schiller-Universität durch Bereitstellung von Lehrmitteln und Forschungsgeräten aus der eignen Produktion des Kombinates“, a. a. O., S. 195. Solch eine Zusage im Großforschungsverband auszuhandeln, war keine triviale Marktentscheidung. Da das Zeiss-Unternehmen als besonders exportintensives Unternehmen immer unter hohem zentralen Druck stand, Devisen zu erwirtschaften, war diese Zusage nur durch zusätzliche Leistungen erfüllbar.

[13] In der „Niederschrift ...“ heißt es hierzu: „Zur Einbeziehung der Studenten in die Hochschulreform wurde gesagt, daß wir vor allem die FDJ aktivieren müssen. Sie hat hier eine außerordentlich große Aufgabe. Die Hochschulreform liegt im Interesse eines jeden Studenten. Wer nicht an der Hochschulreform mitarbeitet, hat selbst den Schaden davon. Es reicht heute nicht mehr aus, daß der Student alle Fragen seines Professors beantworten kann. Nicht derjenige muß der Beste sein, der dazu in der Lage ist. Wichtig ist vielmehr das Mitdenken und Mitarbeiten in bezug auf die künftigen Aufgaben in Ausbildung und Forschung. W. Ulbricht stellte die Frage, welchen Weg wir gehen werden, um das Verhältnis von Professoren und Studenten zu verändern. Auf neue Beziehungen zwischen ihnen legte er außerordentlich großen Wert und schlug deshalb eine offene Aussprache darüber und eine entsprechende ideologische Arbeit an der

gesamten Universität vor. Eine Veränderung des Verhältnisses von Professoren und Studenten bezeichnete er als eine Aufgabe für beide Seiten. Er regte an, daß die Professoren befragt würden, wie sie sich die Entwicklung vorstellen. Es sei durchaus nicht nötig, daß man alles in dieser Hinsicht durch die Studenten sagen lasse.“ Universitätsarchiv, a. a. O.

[14] Diese Prognose von 1967 („Grundzüge der Prognose ...“, a. a. O.) wurde unter Verantwortung des Generaldirektors von Führungskräften aus Forschung, Technologie und einer wissenschaftlichen Beratergruppe des Generaldirektors unter Leitung des Hauptabteilungsleiters der Planung in einer mehrmonatigen Klausur mit zeitweiliger Einbeziehung von Zeiss-Abteilungen unterschiedlicher Fachkompetenz erarbeitet. Im Unterschied zu der parallel in der DDR laufenden Diskussion zum Thema „Prognose“, in der diese als langfristige Entwicklungsvoraussage verstanden wurde, wurde die Zeiss-Prognose als Entscheidungsdokument verfaßt. Durch die damit festgelegte Verbindlichkeit wurde sie auch Grundlage für Entscheidungen übergeordneter Instanzen (z.B. des oben genannten Ministerratsbeschlusses).

[15] H.-J. Pohl führt hierzu in seinem Diskussionsbeitrag zu „Geist und Macht. Eine lebendige Einheit. VII. Bundeskongreß des deutschen Kulturbundes 05.-07.04.68 in Berlin“, Berlin 1969 aus: „Schon immer war zum Beispiel die Mathematikausbildung der Physiker sehr umfangreich. Das ist notwendig. Aber die Problematik im Betrieb ist eben auch und in erster Linie ökonomisch, und darauf nimmt die bisherige Ausbildung keine Rücksicht. Der Fachwissenschaftler muß so ausgebildet sein, daß er in der Lage ist, so flüssig mit dem Ökonomen zusammenzuarbeiten, wie er das mit dem Mathematiker gewohnt war. Sie verstehen jetzt, weshalb wir in Erkenntnis der perspektivischen Bedürfnisse der Industrie nie einer engstirnigen und kurzatmigen Spezialisierung z.B. der Friedrich-Schiller-Universität in Ausbildung und Forschung das Wort geredet haben, ...“ A. a. O., S. 186.

[16] Grundzüge der Prognose ..., a. a. O. S. 17f. Zur Erläuterung: Der Beruf des Vorfertigungsmechanikers war der eines Zerspanungsfacharbeiters, der die früheren Berufe Dreher, Fräser, Bohrer, Schleifer zusammenfaßte.

[17] Beide Unterlagen stammen aus der Arbeit der wissenschaftlichen Beratergruppe des Generaldirektors und befinden sich in meinem persönlichen Archiv. Sie sind m. W. nicht veröffentlicht.

[18] H.-J. Pohl, Diskussionsbeitrag in: „Geist und Macht ...“, a. a. O., S. 185.

[19] Ebd., S. 187. Ähnlich wird in den schon angeführten Thesen zur Prognosekonferenz der Akademie der Wissenschaften der UdSSR von G. Riege und H.-J. Pohl formuliert, daß in „Konsequenz aus dem politischen Aspekt der wissenschaftlich-technischen Revolution“ deren „Meisterung keine technizistische Aufgabe ist“, sondern „vor allem auf die Entwicklung sozialistischer Persönlichkeiten in bewußter Ablehnung des Technokraten“ abzielt. A. a. O., These 4.

[20] J. Kerstan/H.-J. Pohl, Einige Probleme der Zusammenarbeit zwischen der Sektion Mathematik der Friedrich-Schiller-Universität Jena und dem VEB Carl Zeiss. Wissenschaftliche Zeitschrift der Friedrich-Schiller-Universität Jena. Mathematisch-Naturwissenschaftliche Reihe. Heft 2, Jahrgang 18. 1969, S. 230.

[21] H.-J. Pohl, Diskussionsbeitrag in „Geist und Macht ...“, a. a. O., S. 186f.

Werner Riebel

Zu den gemeinsamen hochschulpolitischen Seminaren der DDR, der Republik Österreich und der Bundesrepublik Deutschland in den 80er Jahren

Auf der Grundlage des Vertrages zwischen der DDR und der Republik Österreich über die Zusammenarbeit auf den Gebieten der Kultur und Wissenschaft vom 31. März 1978 und des Übereinkommens über ein Arbeitsprogramm zwischen der Regierung der DDR und der Österreichischen Bundesregierung über kulturelle Zusammenarbeit vom Februar 1982 trafen sich in den Jahren zwischen 1980 und 1988 Hochschullehrer, Vertreter der Ministerien und gesellschaftlicher Organisationen zu mehreren Seminaren und diskutierten hochschul- und bildungsrelevante Themen. Erst die Kulturabkommen zwischen der DDR und der BRD in den 80 er Jahren ermöglichten analoge deutsch-deutsche Seminare. Aus der folgenden Übersicht sind die Themen, Daten und Veranstaltungsorte zu entnehmen.

Seminare auf der Grundlage des Übereinkommens über ein Arbeitsprogramm zwischen der Regierung der DDR und der Österreichischen Bundesregierung über kulturelle und wissenschaftliche Zusammenarbeit

Aktuelle Aufgaben der Hochschulpolitik – Fragen der Hochschulpolitik in der DDR und in der Republik Österreich	10./11. 12. 1980	Wien
Praxisorientierte Hochschulausbildung	16.-19. 11. 1982	Leipzig
Die Einheit von Forschung und Lehre im Studium	15./16. 10. 1984	Wien
Förderung besonders leistungsfähiger und begabter Studenten in der Hochschulausbildung	1986	Magdeburg
Weiterbildung an der Universität	31. 3 1986	Klagenfurt
Wilhelm v. Humboldts Universitätsidee - ihre Bedeutung für die Hochschulbildung heute	1988	Rostock

Seminare im Rahmen des Kulturabkommens zwischen der DDR und der BRD

Begabtenförderung	28.-30. 04. 1988	Dresden
Förderung besonders leistungsfähiger und begabter Studenten in der Hochschulausbildung	12. -15.12. 1988	Hannover

Zu den Seminaren liegen gedruckte Protokollbände bzw. -notizen der Veranstalter vor. Ich bin der Meinung, daß es sich lohnt, wenn sich Hochschulpolitiker heute und in Zukunft mit diesen Seminaren und ihren Resultaten beschäftigen. Ich sehe dafür mehrere Gründe.

Das umfangreiche inhaltliche Material vermittelt Einsichten in Unterschiede und Gemeinsamkeiten hochschul- und bildungspolitischer Konzepte der beteiligten Staaten, in die Fä-

higkeit und Bereitschaft der beteiligten Seiten, Probleme im Hochschulbereich zu erkennen und Wege zu Reformen oder Veränderungen zu benennen. Natürlich kontrastieren die Auffassungen erheblich. Sie laden dennoch oder gerade deshalb zu inhaltlichen Debatten ein, obwohl das Hochschulsystem der DDR und dieser Staat nicht mehr existieren. Die Themen unterlagen seitens der DDR zwangsläufig keiner zentralistischen Direktive. Entgegen der üblichen Praxis in der DDR mußten die beteiligten Wissenschaftler der DDR ihre Beiträge zuvor nicht dem Hochschulministerium oder einem Wissenschaftlichen Rat zur Prüfung vorlegen. Dennoch findet man in einigen Beiträgen von DDR-Wissenschaftlern Auffassungen, die teleologischen Annahmen oder apologetischen Zwecken unterlagen. In einigen Beiträgen über Wilhelm v. Humboldts Universitätsidee wird zur Legitimierung aktueller Herrschaftsbedürfnisse der historische Charakter von Ereignissen aufgehoben, indem Humboldt rückwirkend eine bestimmte historische Rolle zugeschrieben wird.

Nach Veröffentlichung der Dokumente zum 5. Seminar in Klagenfurt durch den Böhlau Verlag 1987 drohte das hochschulpolitische Projekt der Seminare zu scheitern, weil sich die Abteilung Wissenschaft des Zentralkomitees der SED empört zeigte, daß in einem gemeinsamen Protokollband ein Beitrag veröffentlicht worden war, der die „Schamgrenze“ sozialistischer Lebensauffassung überschritten hätte. Dr. phil. Bernhard Rathmayr, Assistent am Institut für Erziehungswissenschaft an der Universität Innsbruck, hatte in seinem Beitrag über „kulturkritisches Lernen jenseits von Indoktrination und Populismus“ eine These seiner Lehrveranstaltung zur „Soziologie der Gefühle“ exemplarisch am „Liebeswerben in der Badewanne“ diskutiert. Die ZK-Abteilung hatte ernsthaft erwartet, daß die Wissenschaftler der DDR sich in die redaktionelle Kompetenz der österreichischen Gastgeber einmischen und die Veröffentlichung dieses Beitrages verhindern. Ich frage mich, warum haben wir - damit meine ich die Mehrzahl der Wissenschaftler der DDR und erst recht die staatlichen Leiter - diese perverse Verletzung von Grundregeln wissenschaftlicher Freiheit mitgetragen und nur selten widersprochen?

Ungeachtet der von mir hier nur angedeuteten kritischen Wertungen halte ich es für möglich, aus dem Material Anregungen für hochschulpolitische Reformkonzepte zu entnehmen, die m. E. in Deutschland seit Jahrzehnten der Ausarbeitung und Verwirklichung harren. Ich erinnere in diesem Zusammenhang an die Empfehlungen des Wissenschaftsrates zu den Perspektiven der Hochschulen in den 90er Jahren“, die von veränderten Aufgaben und Arbeitsbedingungen der Hochschulen in den 90er Jahren ausgingen. Die Folgen, die sich aus dem Anschluß der DDR an die Bundesrepublik Deutschland ergeben haben, konnten die Verfasser dieses Dokuments natürlich kaum voraussehen. Die Art und Weise des Umgangs der bundesdeutschen hochschul- und wissenschaftsleitenden staatlichen Institutionen auf Landes- und Bundesebene und nicht weniger Hochschullehrer aus der alten Bundesrepublik mit der DDR-Wissenschaft und ihren Hochschullehrern bietet hinreichend Veranlassung zur Skepsis, ob eine vorurteilsarme - das wäre schon ein Fortschritt - Aufarbeitung der Ergebnisse der Seminare überhaupt möglich sein wird. Das gilt sicher auch für jene Denkansätze, die aus der historisch konkreten Situation des Jahres 1989 zur „sozialistischen Erneuerung des Hochschulwesens der DDR“ von reformbereiten und -fähigen Hochschullehrern ausgearbeitet worden waren. Ich meine das am 15. Dezember 1989 von einer Arbeitsgruppe des Ministeriums für Bildung der DDR vorgelegte Dokument „Die Universitäten und Hochschulen in der Erneuerung des Sozialismus - Vorschläge und Überlegungen zu einer grundlegenden Hochschulreform“. Die Namen der Verfasser dieses Dokuments belegen allerdings, daß auch zu diesem Zeitpunkt ein direkter Kontakt zu basisdemokratischen Bewegungen, wie etwa zum studentischen Reformhaus in Jena, nicht bestanden hat bzw. der

von „unten“ kommende Druck sich „oben“ lediglich in spontanen und hektischen Reaktionen äußerte. An der Friedrich-Schiller-Universität Jena hatte sich übrigens am 6. November 1988 der akademische Senat mit dem Thema „Einbeziehung der Studenten in die Arbeit der Räte der Sektionen“ befaßt. Aus dieser kritischen Analyse geht hervor, daß in 11 von 18 befragten Sektionen kein einziger Student Mitglied der Sektionsräte war. Einige Senatsmitglieder erinnerten damals daran, daß niemand das Recht habe, von Inkompetenz der Studierenden zu sprechen angesichts des eigenen Anspruchs, daß sozialistische Demokratie „die Mitwirkung der Bürgerinnen und Bürger an der Vorbereitung, Durchführung und Kontrolle von Entscheidungen“ meint. Es ist zu befürchten, daß bei allen diesen Vorgängen das Verdikt des negierenden Urteils „Da war nichts, was es lohnt, es für die Zukunft zu bewahren“ wirken wird.

Die Um- und Neubewertung der Hochschulpolitik und Wissenschaft der DDR, insbesondere der historischen, Sozial- und Gesellschaftswissenschaften, vollzog sich ja in einem rasanten Tempo. Das gilt auch für die hier vorgestellten Seminare. Noch am 16. Mai 1990 äußerten sich offizielle Vertreter des Bildungsministeriums der Bundesrepublik Deutschland in einem Gespräch mit vier DDR-Teilnehmern des Seminars von Hannover 1988 am Rande einer Veranstaltung der Bertelsmann Stiftung in Gütersloh positiv über Inhalt und Nutzen der beiden Seminare von Dresden und Hannover. Nur wenige Monate später sprach Herr Möllemann während des Wahlkampfes in der Aula der Friedrich-Schiller-Universität Jena. Von sachlich-kritischem Umgang mit der Hochschulbildung der DDR war nichts mehr zu spüren. Daran müßten wir uns gewöhnen, im Wahlkampf ginge es nicht immer um die letzte wissenschaftliche Wahrheit. So antwortete mir ein Mitarbeiter der Universität Hannover, der gleichfalls Zeuge des Auftritts von Herrn Möllemann gewesen war. Ich glaube nicht, daß die österreichischen und westdeutschen Kolleginnen und Kollegen es ohne Widerspruch hingenommen hätten, wenn die Hochschullehrer der DDR während der Seminare nur ideologische Plattheiten angeboten hätten. Oder trugen die westdeutschen Hochschullehrer, die ich 1988 in Hannover kennenlernte, damals einen Schleier diplomatisch-höflicher Rücksichtnahme? Ich habe Herrn Prof. Heinemann in Hannover 1988 und auch in Jena, als er noch zu DDR-Zeiten im Universitätsarchiv gearbeitet hat, als sachlichen Gesprächspartner erlebt, dessen spätere Urteile nach dem Ende der DDR in der Jenaer Universitätszeitung über die Erziehungswissenschaft der DDR zu seinen Wertungen vor dem Herbst 1989 deutlich kontrastierten. Solche Wandlungen sind sicher nicht nur auf einen wissenschaftlichen Lernprozeß zurückzuführen.

Doch zurück zu den Seminaren. In allen Seminaren - in einem ausschließlich - wurde versucht, Ziele und Realität der hohen Schulen an den leitenden Prinzipien der Humboldtschen Universitätsreform zu messen. Die aktuelle Erinnerung an die Universitätsidee Wilhelm v. Humboldts ist notwendig, um zu erkennen, was davon überlebt hat und was heute nicht mehr aktuell sein kann. Humboldts Universitätskonzeption beruhte auf einer kulturell überhöhten Idee der Universität, in der die Philosophie als einheitsstiftende Kraft der Universität fungieren sollte. Obwohl dieser Anspruch schon bald nach Humboldts Wirken nicht mehr realisierbar war und international längst anerkannt worden war, daß die Philosophie allenfalls eine Metafunktion als Wissenschaftstheorie erfüllen konnte oder „als eine hermeneutische Methode zur Analyse mancher intellektueller Ausdrucksformen der Gesellschaft im weiteren Sinne“ interpretiert werden konnte[1], sprach man im Hochschulwesen der DDR von „marxistisch-leninistischer Durchdringung der Fachwissenschaften“. Dieser Anspruch war sowohl ein wissenschaftlich-methodologischer, in besonderer Weise jedoch ein ideologischer. Auf der V. Hochschulkonferenz der DDR am 4. /5. September 1980 lobte der Mi-

nister Hans-Joachim Böhme Vorschläge von Hochschullehrern zur Erweiterung der politischen und erzieherischen Ausstrahlungskraft der Lehrveranstaltungen, zu den in den eigenen Fachdisziplinen gegebenen Möglichkeiten für die politisch-ideologische Erziehung, zur theoretisch-methodologischen Grundlegung der wissenschaftlichen Arbeit und zur Aufdeckung wissenschaftspolitischer und wissenschaftstheoretischer Zusammenhänge[2]. Wieviel unnütze geistige Kraft hat die Mehrzahl der Hochschullehrer an Universitäten und Hochschulen der DDR in die Ausarbeitung von Lehrkonzeptionen investiert, um, wie wir es im hochschulpolitischen Jargon nannten, „den Alltag der Lehre mit den Fragen der Gesellschaftsstrategie und - taktik“ zu verbinden? Es fällt mir schwer, diese Dinge kritisch zu beurteilen, da sie auch Bestandteil meiner „Leitungstätigkeit“ als Prorektor für Erziehung und Ausbildung in den Jahren zwischen 1985 und 1989 waren. Aus meiner Sicht blockierten besonders zwei politische Postulate den Blick der meisten Hochschullehrer auf gesellschaftliche Realitäten in der DDR und förderten angepaßtes Denken und Verhalten. Zum ersten die Forderung von Partei und Regierung, „daß Grunderfordernisse politischer Stabilität unter keinen Bedingungen in Frage gestellt werden dürfen“. Zum zweiten das nachdrückliche Verlangen, einige Hochschullehrer müßten sich noch die „nötige politische Erfahrung und das Geschick aneignen, um sich in den heute komplizierter gewordenen politischen Situationen zu behaupten“.[3]

Reinhold Köhler sieht in Humboldt das „Leitbild historischer Urteilsfähigkeit für die Gestaltung des Hochschulwesens“ in der DDR[4]. Auch ich war davon überzeugt, daß eine derartige Vereinnahmung historischer Persönlichkeiten wissenschaftlich und politisch gerechtfertigt war. So verwundert es nicht, wenn die DDR-Teilnehmer auf dem Seminar in Hannover 1988 erklärten (ich gehörte dazu), das marxistisch-leninistische Grundlagenstudium in der DDR sei als eine Form des „Studium generale“ anzusehen; die DDR lehne sich damit eng an Humboldtsche Ideale an.[5]

Höllinger/Musner (Österreich) verweisen auf eine Verformung des Humboldtschen Namens zu einem Mythos. Die Vergangenheit werde „in dieser Lesart zu einem guten Gegenbild der schlechten Moderne verformt: nämlich zu einem Ort, wo wirkliche Lehre noch möglich war (wenige Studenten), wo wirkliche Forschung noch möglich war (Eliteuniversität), wo wirkliche Persönlichkeitsbildung noch möglich war (gute Professoren belehren begabte Studenten) und zu einem Ort, wo es noch eine Idee der Universität als höchste Anstalt eines 'Kulturstaates' gab“[6]. Vergleicht man die Ansätze historischer Reflexion des Humboldtschen Erbes, so ergibt sich folgendes Bild:

Österreich, BRD: Humboldts Prinzipien werden gegen die zerrüttete und von Niveauverfall bedrohte (Post)Moderne der Hochschulsysteme in diesen Staaten in Anschlag gebracht (Höllinger/Musner).

DDR: Inhalte und Strukturen des Hochschulwesens der DDR werden als positives, gesetzmäßiges Resultat und als logische Bewegung der Humboldtschen Ideen zu diesem System hin interpretiert.

Wie aber sollte man vorgehen, wenn man heute Spuren der Humboldtschen Ideen suchen will? Höllinger/Musner meinen, daß die Prinzipien der Humboldtschen Universitätsreform in dreifacher Weise Spuren im gegenwärtigen Hochschulsystem hinterlassen haben:

- in den Köpfen der Hochschullehrer;
- in den studienrechtlichen und organisationsrechtlichen Grundlagen der Universitäten;
- in der faktischen Geschichte der Hochschulen.[7]

Aus den Problemfeldern, die in den Seminaren erörtert wurden, bieten sich vielfältige Themen an für eine vergleichende Untersuchung des vorliegenden Materials, bei der die Anregung von Höllinger/Musner beachtet werden sollte. Ich kann mit diesem Vortrag noch keine Ergebnisse einer solchen Untersuchung vorlegen, sondern möchte zunächst einige Fragen formulieren und abschließend noch einige Probleme benennen.

- Wo liegen gegenwärtig und zukünftig wesentliche Herausforderungen, die in der Hochschulausbildung in der Bundesrepublik Deutschland zu lösen sind?
- Wie ist die Funktionsfähigkeit der Studienförderung zu sichern?
- Was kann und muß gegen rückläufige Studienerfolgsquoten, steigende Studienzeiten und wachsendes Alter der Hochschulabsolventen getan werden?
- Wie ist das Verhältnis zwischen wissenschaftlicher und berufsqualifizierender Ausbildung einzuschätzen? Was muß verändert werden?
- Wie ist das Verhältnis zwischen staatlicher Verwaltung und universitärer Autonomie zu gestalten?
- Welche Mechanismen sollten zur Anwendung gelangen, um Wettbewerbselemente sinnvoll in die Universitäten hineinzutragen?
- Wie sollten sich die anwendungsbezogene Forschung und der Wissenstransfer in die Wirtschaft in Zukunft entwickeln?

Der Minister Möllemann hatte in seinem Vortrag am 16. Mai 1990 in der Stadthalle Gütersloh „Zur Bedeutung des Wettbewerbs unter den Hochschulen“ kein Wort darüber verloren, daß die Ausgrenzung tausender Wissenschaftler der DDR in den folgenden Jahren Bestandteil des Wettbewerbs im bundesdeutschen Hochschulsystem sein würde.

Die Besorgnis über die Funktionsfähigkeit der Studienförderung hatte seinerzeit auch der Wissenschaftsrat der Bundesrepublik Deutschland zum Ausdruck gebracht. Ursachen für die rückläufige Förderungsquote lägen in veränderten Rahmenbedingungen des Hochschulstudiums, in Änderungen der gesetzlichen Förderungsregelungen und in den nominalen Einkommenszuwächsen der Bevölkerung. Das aber ist sicher nur die halbe Wahrheit.

Die Materialien enthalten interessante Ergebnisse bildungssoziologischer Untersuchungen, die sich hinsichtlich der Methoden und Resultate unterscheiden und zu modifizierten neuen Fragestellungen für aktuelle Analysen geradezu herausfordern. Ich meine die Untersuchungen von G. Mehlhorn aus Leipzig und von G. Trost aus Bonn[8].

Das Ende der DDR war zwangsläufig der Schlußpunkt unter diese Seminare. Aus der Abschlußdiskussion der Teilnehmer am Seminar in Hannover vom 15.12.1988 zur Fortsetzung des Seminars, zu Wünschen und Planungen, die ich nachfolgend unverändert und ungekürzt dokumentieren möchte, geht zweierlei hervor. Erstens wird die Seriosität der inhaltlichen Problemstellung deutlich. Sie hat auch heute nicht an Aktualität eingebüßt. Zweitens ist die gegenseitige Akzeptanz hinsichtlich eigener Erfahrungen und der Problemsicht klar erkennbar.

Zweites Seminar im Rahmen des Kulturabkommens zwischen der Deutschen Demokratischen Republik und der Bundesrepublik Deutschland: Förderung besonders leistungsfähiger und begabter Studenten in der Hochschulausbildung

Universität Hannover 12. bis 15. Dezember 1988

Protokollnotizen vom 15. 12. 1988 um 18. 00 Uhr
Ort: Lüerstraße 3, 3000 Hannover

Teilnehmer: Back, Dehnert, Gnesbach, Heidenreich, Heinemann., Heiler, Herbert, Jackstel, Knöchel, Fr. Mehlhorn, Plankenbichler, Riebel, Senger, Fr. Thomas, Tröger, Trost
Protokollantin: Helga Thomas

Abschlußdiskussion: Fortsetzung des Seminars, Wünsche, Planungen

In der abschließenden Diskussion zur Weiterführung der gemeinsamen Arbeit herrschte Übereinstimmung in folgenden Punkten:

- Der generelle Informations- und Erfahrungsaustausch zum Thema „Förderung besonders leistungsfähiger und begabter Studenten“ ist mit den ersten beiden Seminaren vom April 1988 in Dresden und vom Dezember 1988 in Hannover hinreichend geleistet.
- Die weitere Zusammenarbeit sollte sich im Rahmen der bisherigen Diskussionen auf spezifische Themen, ggf. in Teilgruppen, konzentrieren und damit die inhaltliche Vorbereitung für ein größeres Seminar ca. im Jahre 1990 darstellen.

Die inhaltliche Diskussion konzentrierte sich auf vier Themenkomplexe, die - insbesondere die ersten drei - wiederum in einem engen Zusammenhang stehen:

1. Gemeinsame Erarbeitung einer Typologie spezifischer Hochschulcurricula unter den den Prämissen: vertretbare Studienzeiten, hinreichende Gestaltungsspielräume für Studenten, breite fachliche Grundorientierung und Berücksichtigung überfachlicher Qualifikationen. Beispielhafte vergleichende Analyse von Basisqualifikationen unter dem Gesichtspunkt „Dynamik und Zukunft“ und unter Einschluß der Ermittlungsmethoden und -prozesse (Kooperation Hochschule - Praxis; Rolle der Weiterbildung) für solche Basisqualifikationen.
   Übereinstimmung herrschte darüber, daß diese Fragestellung nicht nur auf den technisch-naturwissenschaftlichen Bereich begrenzt werden sollte, wie wohl dieser in der Sache die breiteste Vergleichsbasis gewährleisten dürfte.
2. Rolle der Weiterbildung als Aufgabe der Hochschule und ihr Zusammenhang mit der Erstausbildung. Gestaltung von hochschulbezogenen Weiterbildungsstudien als Aufbaustudien, Zweitstudien, Ergänzungsstudien während des Erststudiums u. a. m.
3. Fragen der Bildungsweggestaltung im Kontext von 'Allgemeinbildungs'konzepten und im organisatorischen Zusammenhang von Schule - Ausbildung (auf allen Stufen) - Weiterbildung. Gestaltungsmöglichkeiten nach Präsenz- und Fernstudienanteilen, 'nebenberuflichen' Studien, Wegen der Vermittlung von Arbeitswelterfahrung bzw. der Nutzung vorhandener Arbeitserfahrungen, Eröffnung von Wiedereinstiegsmöglichkeiten für Frauen nach einer Familienphase u.ä.m.
4. Vertiefte Beschäftigung mit jeweils zugrundegelegten Begabungsbegriffen, mit Ansätzen und Methoden der Begabungserkennung und Begabungsmessung unter Einschluß der Begabungsforschungskonzepte und -ergebnisse; Überprüfung der Effizienz von unterschiedlichen Fördermaßnahmen über die finanziellen Komponenten hinaus.

Im Zusammenhang mit Komplex 4 wurde auch erwogen, spezifische Teilaspekte zunächst in kleinen Spezialseminaren zu bearbeiten, so u.a.:

- Förderung technischer Interessen und Aktivitäten,
- Freizeitaktivitäten Hochbegabter.
- individuelle Erfahrungen in der Förderung Begabter,
- Erfahrungen mit dem Einbezug von Studenten in die Hochschulforschung u. ä.

Allgemeine Präferenz fand Themenkomplex 1 unter Einschluß der Rolle der hochschulbezogenen Weiterbildung und der Frage der unterschiedlichen Möglichkeiten der Bildungs-

weggestaltung als Generalthema eines dritten umfassenden Seminars, das für 1990 vorgesehen werden könnte.

In der Zwischenzeit sollten unterschiedliche Formen von Einzelkontakten zur Vertiefung des Informationsaustausches und zur Anbahnung gemeinsamer Forschungsaktivitäten in Vorbereitung eines größeren Treffens und unter Bearbeitung von Teilthemen zu Komplex 1 genutzt werden:

- Nutzung bestehender Kooperationsverträge zwischen Hochschulen der DDR und der Bundesrepublik, insbesondere Universität München
- Erfahrungsaustausch zwischen Berliner Hochschulinstitutionen
- Kooperation mit HIS und dem Institut für Entwicklungsplanung und Strukturforschung und dem Forschungsschwerpunkt Zeitgeschichte von Bildung und Wissenschaft mit dem Zentralinstitut für Hochschulbildung
- Individueller Erfahrungsaustausch zu speziellen Themen bzw. individuell vereinbarte Kurzseminare zu bestimmten Teilthemen
- Planung konkreter Forschungsvorhaben durch gegenseitige Forschungsaufenthalte, Austausch von Doktoranden u. ä.

Entsprechende Verabredungen sollten von den SeminarteiInehmern selbständig getroffen und den Koordinatoren der Delegation jeweils mitgeteilt werden:

Für die Deutsche Demokratische Republik Prof. Dr. H. Plankenbichler, TU Dresden, Mommsenstraße 13, DDR-8027 Dresden
Für die Bundesrepublik Deutschland:Univ.-Prof. Dr. M. Heinemann, Univ. Hannover, Lüerstraße 3, 3000 Hannover

Welch interessantes Beispiel für Widersprüchliches, für Gegensätzliches, ja Konfrontatives, an dem man eigene Wünsche und Vorstellungen, aber auch seine Grenzen und seine Fehlbarkeit gut entdecken kann. Ich kann über diese Begegnungen, über die Gespräche in Wien, Leipzig, Magdeburg, Klagenfurt, Rostock und Hannover nicht nachdenken, ohne immer wieder darauf zu stoßen bzw. mich daran zu erinnern, daß es wie in vielen anderen Hochschulorten der DDR so auch in Jena Hochschullehrer gegeben hat, denen der Zoll die Bücher aus dem Westen konfisziert hatte, weil sie diese nicht auf dem offiziellen Wege in die DDR eingeführt hatten. Doch offiziell hätten sie diese Bücher kaum erhalten. Die Einfuhr wissenschaftlicher Literatur war kontingentiert. Kein Geld, keine Devisen! Was aber hat mich, der diese Bedingungen kannte, dazu bewogen, das Vorgehen des Zolls zu akzeptieren? Die Staatsräson? Die Parteidisziplin? Ja und nein. Ich meine, es war eine Art Sperre im individuellen Bewußtsein entstanden, die den Widerspruch zwischen dem wissenschaftlichen und politischen Bewußtsein regelrecht zementiert hatte und damit verhinderte, daß mir dieser Konflikt in seiner die wissenschaftliche Tätigkeit objektiv beschränkenden Wirkung überhaupt bewußt werden konnte. Wie stark die eigenen Denkstrukturen in einen gewissen Gegensatz zur Realität des Lebens geraten waren, bemerkte ich nicht einmal, wenn ich versuchte, mit Problemen meiner Arbeit als Hochschullehrer und staatlicher Leiter zurecht zu kommen, Ich bemerkte das erst recht und besonders dann nicht, wenn ich den Eindruck hatte, daß meine kritischen Urteile „oben“, d.h. im Hochschulministerium oder in der Abteilung Wissenschaft des ZK der SED „positiv“ aufgenommen wurden. Am 13. Juni 1986 hatte ich gemeinsam mit dem Parteisekretär der Friedrich-Schiller-Universität Jena, Detlef

Wächter, der Bitte des ZK-Sekretärs Kurt Hager folgend meine Meinung zu einigen Problemen im Hochschulwesen mitgeteilt. Im Referat von Kurt Hager auf der Zentralen Konferenz des Ministeriums für Hoch- und Fachschulwesen am 30.6.1986 in Leipzig wurden Detlef Wächters und auch meine Auffassungen wörtlich übernommen. Ich habe damals folgendes geschrieben:

Eine der wichtigsten Aufgaben, die wir in Zukunft besser lösen müssen, besteht darin, unter Mitverantwortung des sozialistischen Jugendverbandes das Verhältnis zwischen Hochschullehrer und Student zu vertiefen und besonders die Zuwendung des Hochschullehrers zum einzelnen Studenten zu verstärken.

Wichtige persönlichkeitsbildende Potenzen werden ungenutzt bleiben, wenn die Studenten das Interesse der Hochschullehrer an ihrer wissenschaftlichen, beruflichen, politischen Entwicklung nicht oder nur wenig spüren. Nicht alle unsere Hochschullehrer haben ein eigenes, auf die Gesamtheit der Studenten und den einzelnen Studenten gerichtetes Konzept der politischen und fachlichen Einwirkung, das durch die Maßstäbe der gesellschaftlichen Anforderungen gekennzeichnet ist und darauf zielt, den Studenten als politisch bewußt und aktiv handelnde Persönlichkeit zu entwickeln. Deshalb kommen ethisch-moralische Normen und Werte in der Erziehung unserer Studenten nicht genügend zur Wirkung. Die Studenten müssen wissen, welche Auffassung ein Hochschullehrer zu dieser oder jener Norm der sozialistischen Moral und Ethik hat, welche moralischen und ethischen Positionen sein Verhältnis zur Wissenschaft und zu seiner grundlegenden Aufgabe der Erziehung und Ausbildung prägen.

Der besondere, immer wieder aufs Neue mit Herausforderungen verbundene Anspruch an die Arbeit des Hochschullehrers ergibt sich daraus, daß wissenschaftliche Erkenntnis keine Grenzen kennt. Aber auch der immer wiederkehrende Strom junger Menschen, der mit jedem Studienjahr erneuert wird, verlangt vom Hochschullehrer ein Höchstmaß an geistiger und pädagogisch-organisatorischer Aktivität. Der Hauptfeind für die Arbeit des Hochschullehrers ist die Routine. Sie ist gefährlich, weil sie sich schleichend ausbreitet. Sie findet bereits dadurch einen Nährboden, daß darauf verzichtet wird, die eigene Arbeit kritisch, vor allem selbstkritisch zu prüfen. Und sie herrscht bereits, wenn man aufhört, dem Studenten zuzuhören, wenn die Fähigkeit verlorengeht, in der Kritik oder gar in der Frage die Chance zur Bestimmung der Versäumnisse, Schwächen oder

Fehler zu sehen. In der noch häufig anzutreffenden Zurückweisung der Kritik von Studenten und in der Rechtfertigung des eigenen Verhaltens entwickeln manche Hochschullehrer ein beträchtliches kämpferisches Engagement. Leider hat das wenig zu tun mit echtem Kämpfertum, mit jenem der Erziehung und Bildung von Absolventen verpflichteten Einsatz, der die Einheit von Ziel und Mittel beachtet, damit Absolventen die Universität verlassen, die sich mit Parteilichkeit und persönlichem Engagement für das Neue, für die Stärkung des Sozialismus einsetzen.

Ich sehe diese Sätze heute mit anderen Augen. Der Anstoß, Erscheinungen im Universitätsleben aus einem kritischeren, umfassenderen, weiteren Blickfeld zu sehen und nicht vordergründig an den Maßstäben der Politik der SED oder gar nur von Plenartagungen des Zentralkomitees zu messen, dieses Korrektiv zur Veränderung der persönlichen Beurteilungsmaßstäbe und -horizonte kam von außen, im Ergebnis des Untergangs der DDR und der diesen Vorgang begleitenden Auseinandersetzungen .Ich glaube aber, daß gültige Urteile über Geleistetes, vergebene Chancen, Deformationen und menschliches Versagen

im Hochschulwesen der DDR noch nicht gesprochen werden können und dürfen. Wir stehen erst am Anfang der Aufarbeitung.

Anmerkungen:

1 Vgl. S. Höllinger, S. /L. Musner: Humboldts Erbe als Mythos und Herausforderung in der heutigen Hochschulpolitik, in: Ministerium für Hoch- und Fachschulwesen der DDR (Hrsg.) Wilhelm v. Humboldts Universitätsidee - ihre Bedeutung für die Hochschulbildung heute, Berlin 1988, 5. 11f.

2 Ministerium für Hoch- und Fachschulwesen der DDR (Hrsg.) V. Hochschulkonferenz der Deutschen Demokratischen Republik, Berlin 1980, S. 59.

3 Ministerium für Hoch- und Fachschulwesen der DDR (Hrsg.) Referat des Ministers für Hoch- und Fachschulwesen der DDR, Prof. Dr. h. c. Hans-Joachim Böhme, auf der Konferenz der Rektoren der Universitäten und Hochschulen der DDR am 3. Juli 1989 in Mittweida, Berlin 1989, 5. 9.

4 R. Köhler: Bewertung von Humboldts Werk im historischen Rückblick, in: Ministerium für Hoch- und Fachschulwesen der DDR (Hrsg.)Wilhelm von Humboldts Universitätsidee - ihre Bedeutung für die Hochschulbildung heute, a.a.0., S. 97.

5 Zweites Seminar im Rahmen des Kulturabkommens zwischen der Deutschen Demokratischen Republik und der Bundesrepublik Deutschland, Universität Hannover 12. bis 15. Dezember 1988, S. 30 (Protokollnotizen).

6 S. Höllinger/L. Musner: Humholdts Erbe als Mythos und Herausforderung in der heutigen Hochschulpolitik, a.a.O., S. 9.

7 Ebenda.

8 Vgl. G. Mehlhorn: Zu Konsequenzen bildungssoziologischer Untersuchungen für die Begabungsförderung an Hochschulen und Universitäten der DDR, in: Ministerium für Hoch- und Fachschulwesen der DDR (Hrsg.) Förderung besonders leistungsfähiger und begabter Studenten in der Hochschulbildung, Berlin 1986, S. 64 ff.; G. Trost: Ergebnisse der Forschung zur Begabungsentwicklung in der Bundesrepublik (Protokollnotizen zum Zweiten Seminar im Rahmen des Kulturabkommens zwischen der DDR und der BRD), Hannover 1988, S. 4 f.

Michael Wegner

Die gescheiterte Modernisierung. Anmerkungen zur III. Hochschulreform in der DDR

Urteile von Zeitzeugen über Prozesse, die noch in lebendiger Erinnerung sind, mögen begründete Skepsis hinsichtlich ihres Erkenntnisgehaltes auslösen, ohne sie wird die historische Forschung nicht auskommen können. Mag auch die persönliche Optik des Betrachters, der zudem noch in die abgelaufenen Vorgänge involviert war, subjektive Eindrücke von den Ereignissen zu vermitteln, so scheinen mir gerade sie für eine vorurteilsfreie Rekonstruktion des Geschehens unverzichtbar zu sein. Aus vielen subjektiven Aussagen über den historischen Gegenstand könnte sich schließlich ein Bild ergeben, das auf der Grundlage eines gesicherten Faktenmaterials - jenseits von gängigen Klischees - zur Aufarbeitung von Geschichte beizutragen vermag.

In diesem Sinne will ich als Zeitzeuge einige Anmerkungen zu den Veränderungen im Hochschulwesen der ehemaligen DDR machen, die Ende der 60er - Anfang der 70er Jahre stattgefunden haben. Diese Vorgänge sind unter dem Begriff der III. Hochschulreform in die Hochschulgeschichte der DDR eingegangen. Sie führten zu tiefgreifenden Wandlungen in der Hochschullandschaft der DDR wie im gesamten System der Wissenschaften überhaupt. Es scheint mir, daß diese Vorgänge nicht allein historisches Interesse verdienen. Es gibt viele andere Gründe, sich mit diesen wissenschafts- und hochschulpolitischen Prozessen zu beschäftigen. Wenigstens zwei davon sollen hier erwähnt werden. Erstens: Vor 25 Jahren entstanden an den Universitäten und Hochschulen der DDR die wissenschaftsorganisatorischen und leitungsmäßigen Strukturen, in denen sich die weitere Entwicklung vollzog, sie bestanden im wesentlichen unverändert bis zum Untergang der DDR. Will man also wissen, wie es im Wissenschafts- und Lehrbetrieb hierzulande tatsächlich zugegangen ist, so muß man sich schon diesen Problemen zuwenden und sie kritisch hinterfragen. Zweitens: Die III. Hochschulreform brachte tiefgreifende Einschnitte in sehr viele Wissenschaftlerbiographien, Einschnitte positiver und negativer Art. Von den 3.841 ordentlichen Professoren und 4.308 Hochschuldozenten, die 1989 an den hiesigen Universitäten und Hochschulen tätig waren, haben viele gerade in den genannten Jahren ihre wissenschaftliche Entwicklung als Hochschullehrer begonnen. In keiner Phase der Hochschulentwicklung wurden so viele Berufungen ausgesprochen wie zu Beginn der 70er Jahre (übrigens eine Parallelentwicklung zur alten Bundesrepublik). Dieses positive Fazit enthielt aber negative Momente. Manche Berufung kam nur zustande, weil bestimmte Wissenschaftsgebiete an den jeweiligen Einrichtungen aufgegeben oder - wie es damals hieß - „umprofiliert“ wurden. Unter Druck gaben einige Wissenschaftler ihre bisherigen Forschungsgebiete auf, um auf anderen, neugeschaffenen Gebieten ihre wissenschaftliche Karriere zu machen. In jedem Falle entstanden Verluste, auch menschlicher Art, wobei ich sagen muß, daß es Wissenschaftler gab, die keine konjunkturellen Zugeständnisse machten und selbst auf Kosten eigener beruflicher Nachteile an ihrer bisherigen wissenschaftlichen Orientierung - mitunter an anderen Hochschulorten - festhielten.

Gerade diese subjektiven Momente sollten eine ständige Aufforderung sein, die Vorgänge von damals kritisch und selbstkritisch zu befragen und dort, wo man eventuell für bestimmte Fehlentwicklungen verantwortlich war, sich zu dieser Verantwortung auch zu bekennen. Das kann mitunter sehr schmerzvoll, dürfte aber nicht zu umgehen sein. Die häufige Praxis, in schrillen Tönen Verantwortungsträger von damals anzuprangern, obwohl man

selbst als berufener Hochschullehrer dieses Systems durchaus Verantwortung trug und ausübte, belastet den erforderlichen unvoreingenommenen Blick auf das Vergangene. Unsere Bemühungen sollten darauf gerichtet sein, aus den Reformversuchen der 70er Jahre, die immer mehr versandeten und letztlich das Scheitern des gesellschaftlichen Systems teilten, die entsprechenden Lehren für das Verhältnis von Wissenschaft und Politik in der Gesellschaft und für künftige Wissenschaftsentwicklungen zu ziehen. Ohne eine objektive, umfassende Beurteilung der widerspruchsvollen Prozesse in dieser Zeit wird es nicht gehen, dazu muß noch sehr viel aufgearbeitet werden. Nicht die pauschale Verurteilung des Geschehenen aus vordergründigen, wissenschaftsfremden Motiven, sondern die entschieden kritisch-differenzierende Betrachtung der komplizierten Vorgänge ist gefragt, will man der Wahrheit näherkommen.

Ende der 60er Jahre klopfte der weltweite wissenschaftlich-technische Fortschritt mit seinen sozialen Implikationen bereits kräftig an die Türen der DDR. Die Partei- und Staatsführung erkannte diese fundamentale Tendenz. Auf dem VII. Parteitag der SED (1967), der mit dem Beschluß endete, den Sozialismus als entwickeltes gesellschaftliches System zu gestalten, erhielt das Hochschulwesen der DDR den Auftrag, die III. Hochschulreform konsequent durchzuführen. Als ihre Hauptanliegen wurden formuliert: die organische Verflechtung des wissenschaftliche Potentials mit dem gesellschaftliche Reproduktionsprozeß, der Einsatz der Forschungskapazität in enger Verbindung mit der Praxis für die Erreichung von Pionier- und Spitzenleistungen. Diese Orientierung entsprach zweifellos den herangereiften Erfordernissen. Sie war wohl ein ernstzunehmender Versuch, im Rahmen des gegebenen gesellschaftlichen Systems Wissenschaft und Bildung in ihren Inhalten und Formen zu modernisieren, Ergebnisse der modernen Wissenschaftsentwicklung in den westlichen Staaten, insbesondere im Bereich der Wissenschaftstheorie und der Kommunikationswissenschaften zu übernehmen, um mit ihrer Hilfe einen kräftigen Innovationsschub zu erreichen. Wer erinnert sich nicht an die endlosen Debatten über alle mögliche Systeme, offene und geschlossene, regulierbare und sich nicht regulierende Systeme, in die alles hineingepreßt wurde. Mochte manches in diesen Debatten schematisch und wirklichkeitsfremd gewesen sein, bei allen Überspitzungen öffneten diese Diskussionen den Blick auf moderne wissenschaftstheoretische Fragestellungen, die freilich in den westlichen Ländern schon lange auf der Tagesordnung standen.

Jedenfalls begannen Ende der 60er und Anfang der 70er Jahre tiefgreifende Wandlungen im Wissenschaftsbetrieb der DDR. Es war wohl auch so, daß die DDR von allen realsozialistischen Ländern zuerst und am entschiedensten dieses Modernisierungsvorhaben in Angriff nahm. Nicht immer zur Freude ihrer Nachbarn im Osten, vor allem der Sowjetunion, deren Führung den eingeleiteten Veränderungen - inoffiziell natürlich - mit Mißtrauen begegnete. Das habe ich persönlich erlebt. Ende der 60er Jahre weilte der Leiter der Abteilung Wissenschaft und Hochschulbildung des ZK der KPdSU, S. Trapesnikow, in der DDR. Er besuchte u.a. auch den Bezirk Gera und wurde über die angelaufenen Reformen an der Universität Jena informiert. Ich war als Dolmetscher bei diesen Gesprächen zugegen. Dem sowjetischen Spitzenfunktionär wurden mit großem Eifer die Reformvorhaben vorgetragen, die dieser höflich, aber sehr zurückhaltend zur Kenntnis nahm. Diese Zurückhaltung war dort zu verstehen, wo in der Tat überspitzte Auffassungen vertreten wurden, etwa in der generellen Begrenzung der Studiendauer auf vier Jahre, ein Konzept, das übrigens sehr bald in vielen Fächern korrigiert wurde. Der Konservatismus des KPdSU-Funktionärs trat deutlich zutage, als von neuen Wissenschaftsgebieten, von neuen Forschungsrichtungen die Rede war. Ökonomische Kybernetik, Soziologie, Wissenschaftstheorie, Ökologie u.a.m. -

das war gar nicht nach dem Geschmack des sowjetischen Gastes, und er machte daraus auch keinen Hehl, indem er immer wieder darauf verwies, daß die Lehre des Marxismus-Leninismus rein und unverfälscht erhalten werden müsse. Heute versteht man diese orthodoxe Haltung viel besser, wenn man weiß, daß kurz vorher Walter Ulbricht nach Moskau geeilt war, um dort Leonid Breschnew mit missionarischem Eifer über die Vorzüge des neuen ökonomischen Systems der Planung und Leitung der Volkswirtschaft in der DDR aufzuklären. Aber auch im eigenen Lande war man sich über die Tragweite der anstehenden Wandlungsprozesse nicht völlig im klaren. Davon zeugt m.E. die heute schwer nachvollziehbare, ja in manchem unsinnige anmutende Diskussion dieser Jahre, ob die wissenschaftlichen Innovationen der 60er und 70er Jahre im Ganzen als revolutionär bezeichnet werden dürften oder man sie lediglich als wissenschaftlich-technischen Fortschritt dieser Periode deklarieren sollte.

Was im Wissenschafts- und Hochschulbetrieb seit dem Ende der 60er Jahre, darunter auch in Jena, ablief, waren höchst widerspruchsvolle Prozesse, denen mit pauschalen Urteilen nicht beizukommen ist. Diese Prozesse enthielten Positives wie Negatives, Bedenkenswertes wie Abzulehnendes, die oft ein und derselben Erscheinung anhafteten.

Gewiß, dieses heterogene Bild ist heute aus der historischen Perspektive viel klarer zu erkennen, doch wird man - wenn man selbstkritisch genug ist - auch sagen müssen, daß von den meisten Hochschullehrern (und ich schließe mich selbstverständlich ein) die problematischen Entwicklungen entschieden zu wenig artikuliert wurden, vor allem dort, wo die eigentlichen Entscheidungen über den hochschulpolitischen Kurs in der DDR getroffen wurden. Ich kann an dieser Stelle nicht die vielen Antinomien auflisten, die die III. Hochschulreform charakterisierten. Wichtig scheint mir jedoch folgende Feststellung: Wissenschaftspolitische Orientierungen in der DDR waren stets Bestandteile von gesamtgesellschaftlichen Zielsetzungen. So sehr sie im einzelnen auch produktiv waren, vor allem, wenn sie sich an internationalen Trends ausrichteten, diese Orientierungen stießen bei ihrer Realisierung immer auf Hindernisse, die im politischen System der DDR und in ihrer Ökonomie angelegt waren. Daraus ergab sich oft das „Janusgesicht“ mancher Reformbestrebungen, was eine ausgewogenen Beurteilung der Vorgänge auch nicht einfacher machte.

Die III. Hochschulreform war eine Reform von oben, sie stand von Beginn an im Zeichen eines zentral-bürokratischen Dirigismus übergeordneter Partei- und Staatsorgane, was aber nicht bedeutete, daß es keine Freiräume für die Ausgestaltung der vorgegebenen Veränderungen gab. Besonders gravierend wirkten freilich die Demokratiedefizite in Staat, Wirtschaft und Gesellschaft der DDR auf den inhaltlichen Verlauf der Reformprozesse. Das schlug von Anfang an auf das Verhältnis von Wissenschaft, Politik und Wirtschaft durch. Buchstäblich über Nacht fanden sich Ende der 60er Jahre die Universitätsangehörigen, so auch in Jena, in neuen wissenschaftsorganisatorischen Strukturen wieder. Wohl waren die meisten leitenden Wissenschaftler - mit welchem Spielraum auch immer - an den Strukturentscheidungen beteiligt, doch traf dies nicht für die Masse zu. Eine breite Mitwirkung von Wissenschaftlern und von wissenschaftlichen Gremien am Zustandekommen der fälligen Entscheidungen fand in den seltensten Fällen statt. Demokratische Prinzipien wurden häufig mißachtet. Zwar fiel die Ordinarien-Universität, die schon vorher stark angeschlagen war, aber an ihre Stelle trat nicht die Selbstbestimmung der akademischen Gemeinschaft, trat nicht das auf demokratischen Grundlagen beruhende gemeinsame Wirken von Lehrenden und Lernenden. Das bedeutete aber meiner Meinung nach nicht, daß diesem unzuläng-

lichen Versuch einer sozialistischen Reformalternative gegenüber den Reformmodellen einer Universität im Westen ausschließlich Negatives zugeordnet werden kann. Gewiß, krasse Widersprüche kennzeichneten die Reformprozesse der 70er Jahre wie auch die nachfolgenden hochschulpolitischen Entscheidungen. Die Wissenschaftsentwicklung z.B. war im Interesse einer höheren Effizienz in der wissenschaftlichen Arbeit eindeutig an internationalen Tendenzen orientiert, so am Aufbau neuer zukunftsträchtiger wissenschaftlicher Richtungen, an der Konzentration und Integration von wissenschaftlichen Disziplinen usw. So wurden z.B. in Jena durch die Konzentration vorhandener Ausbildungs- und Forschungskapazitäten neue Wissenschaftsgebiete installiert. Die Wirtschaftswissenschaften erhielten eine feste Heimstatt an der Universität, die Technikwissenschaften wurden ins Wissenschaftsensemble der Universität integriert. Die Sozialpsychologie konnte ein beachtliches Potential aufbauen. Die interdisziplinäre Zusammenarbeit sollte durch die Schaffung größerer wissenschaftsorganisatorischer Einheiten (der Sektionen) stimuliert werden. So entstanden die Sektionen Altertumswissenschaften, Kunst- und Literaturwissenschaften, Sprachwissenschaften u.a., wobei freilich die Erstgründung der Sektionen unter gewissen Überspitzungen zu leiden hatten. So fanden sich die Psychologen zuerst in der Sektion „Ökonomische Kybernetik“ wieder, die Historiker wurden mit den Philosophen zwangsvereinigt usw. - dümmliche Fehlentscheidungen, die bald korrigiert werden mußten. Gravierender als diese Fehlleistungen waren jedoch andere Entscheidungen, die der Universität Jena auf lange Sicht großen Schaden zufügten. Wurde die Verlagerung der Rechtswissenschaftlichen Fakultät im letzten Moment noch verhindert, so stellte die Landwirtschaftliche Fakultät ihren Lehr- und Forschungsbetrieb ein. Mit Hinweisen auf bildungsökonomische und materielle Gründe wurden aus der Universität ausgegliedert: die Geowissenschaften, die Pharmazie, eine ganze Reihe von geisteswissenschaftlichen Disziplinen, z.B. die Musikwissenschaft, die Romanistik usw. Das über viele Jahrzehnte organisch gewachsene Geflecht einer „universitas litterarum“ wurde auf diese Weise gewaltsam beschädigt, die Folgen - so scheint mir - sind bis heute nicht überwunden, in wissenschaftsorganisatorischer Hinsicht nicht, aber auch nicht im Hinblick auf die Beschädigung von Wissenschaftlerbiographien.

So wie in der Wissenschaftsentwicklung - im großen wie im kleinen - höchst Widersprüchliches nebeneinander existierte, war es auch in den anderen Bereichen, die in die Reformbemühungen einbezogen waren. Positives wie eben auch viel Negatives wäre zu den Gesellschaftswissenschaften und ihrer Entwicklung in dieser Periode zu sagen. Es war zunächst sicher produktiv, wenn in den maßgeblichen Dokumenten der III. Hochschulreform auf die Stärkung der theoretischen und methodologischen Grundlagen der gesellschaftswissenschaftlichen Disziplinen orientiert wurde. Damit war die Möglichkeit gegeben, mit dem Rückgriff auf die internationale Wissenschaft neue theoretische Denkansätze, neuartige Analyse- und Interpretationsmethoden in die wissenschaftliche Arbeit einzuführen. Das geschah auch in nicht wenigen Fällen und führte zu beachtlichen Ergebnissen. Im gesellschaftswissenschaftlichen Bereich der Universität Jena entstanden z.B. eine ganze Reihe von neuen Lehrstühlen, so für Kulturtheorie, allgemeine Sprachwissenschaft, Literaturtheorie, vergleichende Literaturwissenschaft, philosophische Fragen der Naturwissenschaften u.a. Da aber gleichzeitig immer wieder betont wurde, daß der Marxismus-Leninismus die Grundlage aller Gesellschaftswissenschaften sei, war die Unterordnung der Gesellschaftswissenschaften unter die Staatsideologie verbindlich festgeschrieben. Nichtmarxistische Denkansätze waren so von vornherein ideologisch suspekt und hatten es sehr schwer, in die wissenschaftliche Arbeit Eingang zu finden. Hinzu trat die Verkopplung des Wahrheitsmo-

nopols mit dem Machtmonopol, da die Politik der Parteiführung zur Richtschnur von Wissenschaft erklärt wurde. Die Gesellschaftswissenschaften gerieten im Zuge der III. Hochschulreform hinsichtlich ihres theoretischen Selbstverständnisses und ihres Aktionsradius in eine immer ungünstigere Situation, was freilich nicht ausschloß, daß auch hier vielbeachtete Leistungen entstanden.

Es sei nochmals hervorgehoben: Bei der Beurteilung der Hochschulentwicklung in der DDR kann es nicht um eine mechanische Verrechnung von Soll und Haben, von Plus- und Minusbeträgen gehen. Gewinne wie Verluste sind zu benennen, will man zu einer halbwegs ausgewogenen, und das heißt immer: zu einer differenzierten Bewertung kommen. Die Liste der so aufzuarbeitenden Themenfelder wäre lang. Dazu würden der Ausschluß von politisch Unbequemen vom Studium (die 70er Jahre sind in dieser Hinsicht an der Jenaer Universität besonders aufschlußreich) und die Verhinderung oder Verzögerung von akademischen Graduierungsverfahren ebenso gehören wie die breite Öffnung der akademischen Bildung für alle Schichten des Volkes und die großzügige Förderung einzelner Disziplinen sowie die soziale Sicherstellung der Studenten.

Die III. Hochschulreform verkündete sehr hohe Ansprüche. Sie zerbrachen in zunehmendem Maße an der Wirklichkeit des realsozialistischen Systems in der DDR. Das gewünschte hohe Niveau in Lehre und Forschung ließ sich nicht von oben herbeireglementieren, der Reform fehlte die Schubkraft demokratischer Ideen, die von unten kamen und von den Hochschulangehörigen bewußt getragen wurden. Da die ehrgeizigen Bildungs- und Forschungspläne auf erhebliche technische und materielle Mittel angewiesen waren, diese aber aufgrund der wachsenden ökonomischen Misere immer mehr ausblieben, war das Scheitern der Reformbemühungen vorprogrammiert. Diese Tendenz verstärkte sich in den 80er Jahren, als die ohnehin schon stark gebremste Reformfreudigkeit der SED vor dem Hintergrund der Perestrojka-Politik in der UdSSR völlig abnahm und eher Erstarrung eintrat. Nur noch punktuell gab es gewisse Veränderungen in einzelnen wichtigen Ausbildungsrichtungen (Ingenieure, Ökonomen, Rechtswissenschaftler).

Aus dem Verlauf der gescheiterten Reformen der 70er Jahre im Hochschulwesen der DDR leitet sich eine entscheidende Lehre ab: Reformen, die das wissenschaftliche Leben wirklich fördern wollen, müssen von unten wachsen; die Politik des Staates sollte sich darauf richten, günstige finanzielle, materiell-technische, personelle und geistige Bedingungen für die wissenschaftliche Arbeit zu schaffen und die Freiheit von Lehre und Forschung zu schützen. Das steht auch in der neuen Bundesrepublik auf der Tagesordnung.

Hochschulen der DDR im Umbruch von 1989/1990 und Konturen alternativer Hochschulpolitik in Deutschland

Siegfried Kiel

„Hochschulerneuerung“ an ostdeutschen Hochschulen aus dem Blickwinkel heutiger Verantwortungsträger - Versuch eines Vergleichs und einer kritischen Sichtung

Ausgangsüberlegungen

Es gibt inzwischen nicht wenige Veröffentlichungen, die sich kritisch mit den Veränderungen an den ostdeutschen Hochschulen in den letzten Jahren, mit dem, was mit oder ohne Anführungsstrichen „Hochschulerneuerung“ genannt wird, auseinandersetzen. In dem eigenen Bemühen um eine kritische Begleitung der genannten Veränderungen[1] wurde bald deutlich, daß in der Öffentlichkeit, in den Medien, aber auch - jedoch mit beträchtlichen Differenzierungen - in Publikationen immer mehr jene Stimmen die Oberhand gewinnen (heute muß man sagen: gewonnen haben), die diese Veränderungen grundsätzlich als notwendig, richtig und rechtens ansehen. Diese Stimmen kamen und kommen vorwiegend aus Regierungen, großen Institutionen und Verbänden, von Rektoren und anderen heutigen Funktionsinhabern.

Auch der entschiedene Kritiker der konservativen „Hochschulerneuerung“ - so meine Ausgangsüberlegung - muß die Aussagen, Urteile und Wertungen heutiger Funktionsinhaber im bzw. für den Hochschulbereich, also der Verantwortungsträger in Politik, einflußreichen Institutionen und an den Hochschulen selbst, zur Kenntnis nehmen und versuchen, sich mit ihnen argumentativ zu befassen. Dies ist natürlich aus verschiedenen (auch emotionalen) Gründen sehr kompliziert, z.B. weil bekanntlich nicht wenigen WissenschaftlerInnen infolge von Entlassung die Möglichkeit verwehrt wurde und wird, an den universitären und z.T. auch außeruniversitären Kommunikationsprozessen teilzunehmen. Trotzdem muß man m.E. bemüht sein, das Anliegen aufzugreifen; eine „Schneckenhausperspektive“, die womöglich nur eigene Befindlichkeiten reflektiert, dürfte letztlich - zumindest in wissenschaftlicher Hinsicht - nicht allzu erträglich sein.

Es kann - dies ist nun eine methodische Bemerkung - auf zweierlei Wegen versucht werden, dem Anliegen zu entsprechen. Der eine Weg würde darauf gerichtet sein, die verschiedenen Aussagen, Urteile und Wertungen den verschiedenen Gruppen von Verantwortungsträgern zuzuordnen oder, anders formuliert, Typisches in den Erklärungs- bzw. Rechtfertigungsversuchen verschiedener Gruppen von Funktionsinhabern herauszufinden, zu vergleichen und - soweit dies möglich oder geboten erscheint - einer kritischen Wertung zu unterziehen. Ich will dies nachfolgend versuchen, nachdem meinerseits ein allererster Einstieg in diesen Ansatz auf einem „Alternativen Hochschultag“ am 11.3.1995 in Leipzig unternommen wurde.

Ein zweiter Weg, der hier nur benannt, aber nicht beschritten werden kann, würde darauf hinauslaufen, bestimmte (mehr oder weniger komplexe) inhaltliche Kriterien oder Fragestellungen zu finden und dann zu prüfen, wie verschiedene Personengruppen zu ihnen stehen, welche Affinitäten jeweils existieren.[2]

Nachfolgend wird also der zuerst genannte Weg beschritten, und zwar so, daß vier Gruppen von Verantwortungsträgern gebildet werden:

1. Gruppe: Regierungsrepräsentanten,

2. Gruppe: Vertreter der großen wissenschaftlichen Institutionen und Verbände (vor allem des Wissenschaftsrates und des Deutschen Hochschulverbandes),

3. Gruppe: Rektoren ostdeutscher Universitäten,

4. Gruppe: ausgewählte westdeutsche Universitätsprofessoren, die zu Akteuren oder Beteiligten der vollzogenen „Hochschulerneuerung" in den neuen Ländern wurden (z.B. „Gründungsdekane").

Im Interesse der Darstellungslogik und auch des besseren Verständnisses wegen wird nachfolgend darauf verzichtet, die Aussagen immanent zu kommentieren und zu werten. Ich lege mir also bewußt Zurückhaltung auf und will bemüht sein, eigene Sichtweisen sparsam einzusetzen.

Aussagen und Wertungen von Regierungsvertretern

Hier müßte man eigentlich mit Bundeskanzler Helmut Kohl und dem Bundesminister für Bildung, Wissenschaft, Forschung und Technologie Jürgen Rüttgers beginnen. In ihren aktuellen hochschulpolitischen Äußerungen ist vom „schlanken Staat", vom „deutschen System der Bildungskoordination zwischen Bund, Ländern und Hochschulen", von „Leistungseliten", von „Eckwertepapier", von „Globalsteuerung", einer „leistungsgesteuerten Ressourcenverteilung" usw. die Rede; da findet sich kaum ein Gedanke über die Situation und die Veränderungen im ostdeutschen Hochschulwesen. Wenn sich z.B. Herr Rüttgers über die kritische Situation an den Hochschulen äußert, dann ist seine Sicht eine dominant westdeutsche. „Andauernde Überlast, unzureichende Ausstattung und unzulängliches Management bedrohen ihre Funktionsfähigkeit."[3]

Für die Bundesregierung (und wie wir sehen werden, nicht nur für sie) hat der Entwicklungsverlauf im deutschen, speziell ostdeutschen Hochschulwesen ein klares Ergebnis erbracht, das der Generalsekretär der regierungstragenden Partei, der CDU, Peter Hintze, in folgende Aussageform bringt: „Die Zusammenführung der beiden unterschiedlichen Hochschulsysteme in der alten Bundesrepublik und in den neuen Bundesländern zu einer gemeinsamen Hochschul- und Forschungslandschaft ist strukturell und organisatorisch abgeschlossen." Damit sei „ein wichtiger Beitrag zur inneren Einheit geleistet worden", und die „Neuordnung der Hochschulstrukturen in den neuen Bundesländern" sei zugleich „ein wichtiger Impuls für die notwendige Reform des deutschen Hochschulsystems."[4]

Wir werden sehen, daß sich diese Aussagen wie ein roter Faden durch viele offizielle und offiziöse hochschulpolitische Verlautbarungen hindurchziehen. Eine ausführliche Wortmeldung liegt z.B. von Ex-Bundesminister Karl-Hans Laermann vor. In einem Vortrag, gehalten im Juni 1994, stellte er fest, daß die „Zielstellungen des Einigungsvertrages in großem Umfang umgesetzt" seien. „Das zentralistisch geprägte Bildungssystem der DDR"

sei in ein „freiheitlich orientiertes, föderativ und pluralistisch strukturiertes sowie inhaltlich differenziertes Bildungswesen“ umgewandelt worden.[5] Heute gebe es in Ostdeutschland 15 Universitäten und ihnen gleichgestellte Hochschulen, 21 öffentliche Fachhochschulen an 26 Standorten, 12 Kunst- und Musikhochschulen sowie eine Pädagogische Hochschule. Hochschulgründungen in „nichtstaatlicher Trägerschaft“ sowie die Gründung der Universität Erfurt kämen hinzu. Damit habe sich das Angebot an Studienplätzen wesentlich erhöht, und inzwischen gebe es im Osten Deutschlands im Vergleich zu den alten Bundesländern „sehr viel bessere(n) Studienbedingungen“.[6]

Dann folgen bei Laermann zwei Sätze, fast unvermittelt, aber inhaltsschwer: „Mehr als 30.000 Mitarbeiter an Hochschulen und Forschungseinrichtungen hatten sich einer fachlichen Evaluierung und Überprüfung der persönlichen Integrität zu unterziehen. Die im Zeitraum 1992 bis 1994 vollzogene Neubesetzung von 7.500 Professuren ist in der deutschen Hochschulgeschichte einmalig.“[7] Daß diesem Vorgang eine ganz andere Einmaligkeit in der deutschen Hochschulgeschichte vorausging, wird hier - dies muß an dieser Stelle ganz einfach eingeflochten werden - bewußt verschwiegen: die vieltausendfache Entlassung von Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern, darunter vieler aus dominant politischen Gründen, d.h. weil sie sich in der DDR nicht nur wissenschaftlich, sondern auch durch die Ausübung gesellschaftlicher bzw. staatlicher Funktionen politisch engagiert hatten.

Doch zurück zu Ex-Minister Laermann. Sein Resümee zu den Veränderungen im ostdeutschen Hochschulwesen lautet: Der „Rohbau der Hochschullandschaft“ sei fertiggestellt. Jetzt gehe es um die „Innengestaltung, um die inhaltliche Profilierung“, und nun beginne der „eigentliche Erneuerungsprozeß“.[8] Er erkennt an den ostdeutschen Hochschulen ein „Erneuerungspotential“, das genutzt werden sollte, „um die notwendigen Reformen in den alten Bundesländern und ihren Einrichtungen durchzuführen“. Gar „maßgebliche Impulse“ erhofft er sich aus dem Osten.[9]

Lassen wir dies zunächst so stehen und werfen wir einen Blick in die Gedankenwelt ostdeutscher Landesminister. Hier muß der Umstand beachtet werden, daß die meisten Wissenschaftsminister der neuen Länder, die in den letzten Jahren sozusagen die „grobe Arbeit“ geleistet haben, nicht mehr im Amt sind. Sie wurden entlassen, abgewählt oder wollten bzw. konnten nicht mehr ihr Amt ausüben. Es seien nur die Namen Sobetzko und Frick in Sachsen-Anhalt, Fickel in Thüringen sowie Wutzke und Schnoor in Mecklenburg-Vorpommern genannt. Einer war vor ihnen allen da und hat ebenso alle politisch überlebt: der letzte Minister für Bildung und Wissenschaft der DDR und seit November 1990 sächsischer Staatsminister für Wissenschaft und Kunst, der Anglist Hans Joachim Meyer. Wahrscheinlich ist es nicht übertrieben, wenn man feststellt, daß er in der deutschen Hochschulgeschichte der Minister ist, der - beginnend im letzten Jahr der DDR - die meisten Entlassungen von WissenschaftlerInnen zu verantworten hat. Der Begriff der „schwarzen Listen“ (1992) ist in der jüngsten deutschen Hochschulgeschichte untrennbar mit seinem Namen verbunden. Es gibt inzwischen von Meyer eine Vielzahl schriftlicher Zeugnisse, die sein Selbstverständnis und sein Werturteil zum Umbruch des ostdeutschen und - in den letzten Jahren - speziell sächsischen Hochschulwesens zum Ausdruck bringen. Hier können nur einige Kernaussagen hervorgehoben werden. Eine von ihnen, mit der offensichtlich das eigene hochschulpolitische Handeln legitimiert werden soll, und zwar in Gestalt einer grundlegenden Kritik der Hochschulpolitik und -praxis der DDR, lautet: „Entscheidend für die Beurteilung der Hochschulpolitik der DDR bleibt, ... daß sie die Universitäten und Hochschulen als eigenverantwortliche akademische Gemeinschaften, als Stätte der freien

Lehre und Forschung und als Ort kritischer Auseinandersetzung mit den Herausforderungen der Zeit systematisch zerstörte und sie zu einem Produzenten von politisch einfügbaren Absolventen und von dringend gebrauchten Forschungsresultaten machen wollte.“[10] Aus einer solchen Sichtweise leitet er die Verpflichtung ab, so eine weitere Kernaussage, „durch eine gründliche personelle und strukturelle Reform und durch ein Hochschulrecht, das der Freiheit von Lehre und Forschung dient, den erzwungenen Bruch in der europäischen Universitätstradition zu heilen und zugleich den Aufgaben der Gegenwart und Zukunft zugewandte Hochschulen zu schaffen.“[11] Ebenso prinzipiell liest sich schließlich das Resultat der Umsetzung der genannten Verpflichtung: „In historisch kurzer Zeit haben wir das gesamte Hochschulwesen personell und strukturell erneuert - und dies bei fortlaufendem Lehrbetrieb.“[12]

In diese Logik paßt dann auch ein (Zwischen-)Resümee der „personellen Erneuerung“ an den Hochschulen Sachsens, das zugleich einen Einblick in die Gedankenwelt dieses Ministers erlaubt: „Auch wenn es uns ... gelingt, ... das Ansehen unserer Universitäten und Hochschulen wieder herzustellen, auch wenn wir die Grundlagen einer neuen Hochschulstruktur schaffen, so wird dies doch für Tausende, deren Integrität und Kompetenz unbestritten ist, keine Chance mehr bieten (von den aus vorwiegend politischen Gründen entlassenen WissenschaftlerInnen ist hier schon nicht mehr die Rede! - S.K.). Geschichte ist kein Lesebuchtext. Auch Gutes und Richtiges erfordert seinen Preis. Bei uns zahlen viele mit dem Ende ihrer beruflichen Chance für ein funktionstüchtiges und finanzierbares Hochschulwesen. Für sie kam die Wende zu spät ...“[13]

Wenn man sich als Rezipient der Selbstzeugnisse des Ministers und konservativen Intellektuellen Hans Joachim Meyer zwingt, alle Emotionen beiseite zu lassen, dann können diese auch im Detail sehr interessant sein. Dafür nur ein Beispiel: In einem Interview wurde er mit dem Problem konfrontiert, daß den im Ergebnis der Tätigkeit von „Personalkommissionen“ gekündigten Wissenschaftlern faktisch „für alle Zeiten Wissenschaft als Beruf“ verwehrt sei. Seine Antwort ist bezeichnend: „Ich habe Wissenschaftlern nicht 'für alle Zeiten Wissenschaft als Beruf' verwehrt, sondern festgestellt, daß sie gegenwärtig grundsätzlich für eine Beschäftigung im öffentlichen Dienst nicht in Frage kommen“; „grundsätzlich“ heiße nicht „ausnahmslos“, sondern „vom Grundsatz her“.[14]

Da wissen wir es also, da wissen es vor allem die Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler, denen faktisch für immer - so ist doch die Realität - die Chance genommen wurde, Wissenschaft als Beruf an einer Hochschule auszuüben.

Meinerseits wurde auch geprüft, ob bei den ostdeutschen Hochschulministern Ansätze einer selbstkritischen oder reflexiven Sicht ihres Wirkens, speziell auf dem Gebiet der „personellen Erneuerung“, existieren. Man findet einige Passagen, die vielleicht in diese Richtung hindeuten, jedoch völlig überdeckt sind vom Gestus des Rechtfertigens und des Erfolgsdenkens. So räumt Sachsen-Anhalts Ex-Minister Rolf Frick schon ein, daß es „bedauerliche Fehler gab, die für die Betroffenen schwerwiegende persönliche Konsequenzen zur Folge hatten“[15], und man „bei ruhiger Überlegung aus heutiger Sicht wahrscheinlich etwas anders“ an die Dinge herangehen würde[16], aber übergreifend steht die Aussage, daß nahezu alle Personalkommissionen „hervorragende Arbeit“ geleistet hätten.[17]

Und Minister Meyer, um ihn noch einmal zu zitieren, betont zwar, daß personelle Entscheidungen „zur drückenden Last“ würden, um jedoch damit die rhetorische Frage zu verbinden: „Und wo ist bitte die Personalkommission, die sich für unfehlbar hält?“[18]

Solche Passagen sind bei den Ministern bzw. Ex-Ministern eher Beiwerk. Als unmittelbar Verantwortliche für das Geschehen an den ostdeutschen Hochschulen verteidigen sie ihr Werk und versuchen sie, es mit den verschiedenen Argumenten zu legitimieren. Für sie gibt es kaum Zweifel: Das Geschehene war notwendig und prinzipiell richtig. Die eigene politische und machtbezogene Interessenlage widerspiegelt sich in ihren jeweiligen Aussagen und Urteilen.

Aussagen und Wertungen der Vertreter der (großen) wissenschaftlichen Institutionen und Verbände

An der Spitze muß hier natürlich der einflußreiche Wissenschaftsrat genannt werden. Seine Vorschläge und Empfehlungen über den Umbau des ostdeutschen Hochschulwesens hatten - ungeachtet bestimmter Abweichungen in dieser oder jener Einzelfrage im Prozeß der Umsetzung - weitreichende Wirkungen, und es dürfte eher untertrieben sein, wenn sein Generalsekretär, Winfried Benz, feststellte: „Der Wissenschaftsrat muß im Rückblick auf die Wirkungen seiner Beiträge zur Entwicklung der Hochschullandschaft in Berlin und in den fünf neuen Bundesländern ... nicht unzufrieden sein.“[19] Viele, ja die meisten seiner Empfehlungen sowohl zur außeruniversitären Forschung als auch zu den Hochschulen seien umgesetzt.[20]

Der Wissenschaftsrat ging bei seiner Tätigkeit - hier stütze ich mich vor allem auf Hans-Joachim Bieber, einen Insider dieses Rates - von einem ganz bestimmten DDR-Bild, genauer: einem eigenen Bild des DDR-Hochschulwesens aus. Man sah sozusagen die DDR-Hochschulen mit den Augen des Westens und konstatierte (bzw. meinte, konstatieren zu müssen) z.B. eine weitgehende Trennung von Forschung und Lehre, kleinere Hochschulgrößen und eine andere Hochschullandschaft, eine niedrigere Studierquote im Vergleich zur BRD, engere Zugangsmöglichkeiten zum Hochschulstudium, „verschulte“ Studiengänge, aber auch eine bessere Personalausstattung und eine andere Personalstruktur sowie höhere Erfolgsquoten und (im Hinblick auf Stipendien und Wohnheimplätze) andere materielle Studienbedingungen.[21] Auf der Grundlage dieses DDR-Bildes, einem Gemisch, so könnte man sagen, von vielen adäquaten, aber auch einigen verzerrten Wahrnehmungen[22], ging der Wissenschaftsrat daran, sowohl für die „großen“ Fächer bzw. Fächergruppen (Jura, Wirtschaftswissenschaften, Politik- und Sozialwissenschaften, Lehrerbildung und Medizin) als auch übergreifend Empfehlungen und Leitlinien für die ostdeutsche Hochschulentwicklung vorzulegen. Zu den übergreifenden Leitlinien gehören:

- „Fachliche Erneuerung, wo nötig“,
- Nichtweiterführung von Spezialhochschulen,
- Gründung von Fachhochschulen,
- „Entspezialisierung der Studiengänge“,
- „Stärkung der Forschung an den Universitäten“,
- regional gleichmäßige Verteilung von Studienangeboten.[23]

Es würde den Rahmen dieses Beitrages sprengen, wollten wir die Umsetzung dieser „Leitlinien“ en detail analytisch erfassen und werten, so wie dies z.B. Benz für den Wissenschaftsrat selbst versucht hat.[24]

Eine Antwort auf die übergreifende Frage, was denn nun in Umsetzung der Empfehlungen und Leitlinien des Wissenschaftsrates in Ostdeutschland erreicht wurde oder auch nicht, gibt Bieber mit folgender Grundaussage: „Erreicht wurde eine Anpassung des Wissenschaftssystems der ehemaligen DDR an das der alten Bundesrepublik, in kurzer Zeit und

in einem crash-Verfahren ohne Beispiel, nicht aber - entgegen anfänglichen Vorstellungen im Wissenschaftsrat - ein Gesamtkonzept für ein neues gesamtdeutsches Wissenschaftssystem. Es wurde, wie sich schnell zeigte, nicht einmal gesucht.“[25] Und ergänzend fügte er hinzu: „Ein wirklicher Dialog über Veränderungen des Wissenschaftssystems der ehemaligen DDR, die anders gewesen wären als dessen Anpassung an etablierte westdeutsche Strukturen, wurde kaum geführt, ebensowenig über Veränderungen im westdeutschen System.“[26]

Von einigem Interesse ist schon der Versuch, Erklärungen für die Art und Weise des Vollzugs der Veränderungen im ostdeutschen Hochschulwesen aus der Sicht des Wissenschaftsrates zu liefern. So wird etwa auf die Zusammensetzung der Gremien verwiesen, die die Strukturempfehlungen beschlossen und vorbereiteten. Die Stellungnahmen des Wissenschaftsrates seien, so Bieber, „im wesentlichen von Westdeutschen verfaßt“ worden. Ebenso in den Hochschulstrukturkommissionen der neuen Länder sowie in vielen Gründungs- und Berufungsgremien dominieren meist Westdeutsche. So hätten die Hochschulen die Veränderungen bald weitgehend als „Fremdbestimmung“ erlebt.[27] Aber diese Aussage wird sofort relativiert, indem wortreich begründet wird, warum es nicht möglich gewesen sei, an den ostdeutschen Hochschulen das „Prinzip der Hochschulautonomie“ einzuführen. Die Gefahr der „Befestigung alter Machtstrukturen“, die „Verhinderung von Reformen und personeller Erneuerung“ und der Verweis auf „langjährige Stasi-Zuträger“ werden als Begründungen geliefert.[28] „Nicht die Autonomie der Hochschulen, sondern“ - so die logische Fortsetzung dieser Gedankenführung - „die demokratische Wahl der Parlamente der neuen Länder bildete deshalb die Legitimationsgrundlage für die einschneidenden Veränderungen an den Hochschulen. Die politische Verantwortung lag bei ihnen und den ihnen verantwortlichen Wissenschaftsministern.“[29] So klar und einfach ist das also, vor allem ist man selbst (als Wissenschaftsrat) aus den Verstrickungen von Verantwortung sozusagen fein heraus und kann sogar eine - folgenlose Kritik an den Wissenschaftsministern der neuen Länder üben. Diese seien „als Anwälte für die Bewahrung einzelner Elemente“ des DDR-Hochschulsystems und „für einen Dialog über ein neues gesamtdeutsches Hochschulsystem“ weitgehend ausgefallen. Sie arbeiteten zunächst „großenteils mit westdeutschen Leihbeamten oder sonstigen Importen - nicht immer der ersten Garnitur - und orientierten sich an den in Westdeutschland üblichen Strukturen und Regelungen.“[30] In vielen Fällen seien Gründungsdekane bestellt worden, die - so lautet eine weitere, vorsichtig formulierte Kritik - „eher die in ihrem Fach dominierenden Strömungen repräsentierten, als daß sie als engagierte Reformer aufgefallen wären“.[31]

Auf diesem Hintergrund überrascht dann folgende resümierende Aussage nicht mehr: „Der Gedanke, aus der Vereinigung (der beiden deutschen Staaten - S.K.) könne alsbald ein neues gesamtdeutsches Wissenschaftssystem wie Phönix aus der Asche hervorgehen, war ebenso betörend wie unrealistisch. Er hatte allenfalls dann eine Chance gehabt, wenn der Einigungsvertrag mit ungleich längeren Übergangsfristen konzipiert worden wäre.“[32] Umbau und Neustrukturierung der Hochschullandschaft in den neuen Ländern standen, wie Generalsekretär Benz zusammenfassend feststellte, „a priori unter der Vorgabe einer 'Einpassung' in die im Westen bestehenden föderalen Strukturen“. Mit dem Beitritt der DDR zur BRD, der damit verbundenen Geltung des Hochschulrahmengesetzes und anderer Rechtsvorschriften sowie dem „ungeheuren Anpassungsdruck“ auf die institutionelle Hinterlassenschaft der DDR „blieb so gut wie kein Spielraum für echte Alternativen zum westdeutschen Hochschulsystem oder für dritte Wege“.[33]

Kein Spielraum für Alternativen - dies ist nicht nur eine zentrale These der Verantwortlichen des Wissenschaftsrates, sondern auch vieler anderer Verantwortungsträger in der Politik und im Hochschulwesen.

Man könnte an dieser Stelle die Frage stellen, weshalb die großen Namen des „Wissenschaftsrates", speziell der ehemaligen Vorsitzenden Dieter Simon und Gerhard Neuweiler, bisher unerwähnt blieben. Dies geschah vor allem deshalb, weil nicht wenige und z.T. aufsehenerregende Wertungen von den Genannten erst geäußert bzw. in dieser Form bekannt wurden, als sie längst keine unmittelbare Verantwortung mehr trugen. Damit ist erstens folgende Aussage von Gerhard Neuweiler gemeint: „Die DDR-Universitäten zeichneten sich durch gute Formen der Lehre, eine intensive Betreuung der Studenten bis zur Promotion und durch Möglichkeiten zum Fernstudium aus. Es war daher falsch, die guten Lehrstrukturen noch nicht einmal im Ansatz zu erhalten."[34]

Zweitens ist auf jene (selbst-)kritischen und z.T. derb-ironisch formulierten Äußerungen von Dieter Simon hinzuweisen, in denen er z.B. zum Ausdruck bringt, daß westdeutsche unhabilitierte „Sitzenbleiber ... sich von heute auf morgen den Habitus des Großordinarius von vorgestern" aneigneten oder daß „noch die drittklassige Begabung aus dem Wartestand erlöst wurde und sich mit souveränem Schulterklopfen als Kollege zu erkennen gibt, wo sie bestenfalls zum Taschentragen bestimmt schien."[35] Hastig habe man „mit der Reform von außen und oben" begonnen, „um sich nicht den Vorwurf der Wehrlosigkeit gegenüber Altkadern zuzuziehen. Universitätsgründer sprossen reichlich aus westlichem Boden. ...Der Preis der Hast war der alte Hut. ...Ruinen aus dem Westen als kostspielige Modelle für den Aufschwung. ...Am Ende errichteten die beidseitigen Vereinigungsgewinnler im Osten die Universitäten der Zukunft: Sie glichen der maroden Universität des Westens wie ein Ei dem anderen. Und obendrein sind beide Eier faul."[36]

Lassen wir diese Selbstzeugnisse des Ex-Vorsitzenden des Wissenschaftsrates so stehen und fügen wir lediglich hinzu, daß ein deutliches Wort, gewissermaßen ein Veto zu einem Zeitpunkt, als er noch Vorsitzender war und als Varianten der ostdeutschen Hochschulentwicklung nicht bzw. nicht vollends verbaut waren, gewiß hilfreicher gewesen wären.

Die grundlegenden Veränderungen an den ostdeutschen Hochschulen hat von Anfang an die „Hochschulrektoren-Konferenz" mitgetragen und mitinitiiert. Aber man muß ihr bescheinigen, daß sie - manifestiert in den Äußerungen ihres Präsidenten Hans-Uwe Erichsen - diese Veränderungen in einigen Punkten auch kritisch begleitet und gegenüber den politischen Verantwortungsträgern, z.B. im Freistaat Sachsen, etwas mehr Augenmaß angemahnt hat. So hat Erichsen schon im Jahre 1991 eine „fast unerträgliche Unsicherheit im Hinblick auf die Frage der Stellenausstattung und im Hinblick auf den künftigen Status der Einrichtung" für Sachsen konstatiert und ferner festgestellt, daß die sächsische Hochschulentwicklung auch deshalb bedroht sei, „weil die wirklich guten Wissenschaftler angesichts dieser Situation zum Verlassen der Hochschule und des Landes geradezu motiviert" würden.[37] Und es klingt schon etwas resignierend, wenn Erichsen einige Jahre später, während eines Festvortrages am 12.10.1994 an der Universität Leipzig, feststellt: „Wir haben ... mit unserem Appell, einer wenn auch grundlegenden, so doch im einzelnen selektiven und behutsamen Erneuerung (der ostdeutschen Hochschulen - S.K.) wenig Gehör gefunden."[38]

Solche Worte wird man bei den Vertretern des dritten von uns zu nennenden wissenschaftlichen Gremiums bzw. Verbandes, des Deutschen Hochschulverbandes, der Inter-

essen- und - so wird wohl sagen können - Standesvertretung der Universitätsprofessoren und -dozenten, vergebens suchen. Wenn man heutige Wortmeldungen des Hochschulverbandes bzw. seiner Vertreter verstehen will, sollte man folgenden Hintergrund beachten: Sehr frühzeitig, schon im Herbst 1989, hat dieser Verband seine Fühler in Richtung ostdeutsche Hochschulen ausgestreckt, um - wie es sein Präsident Hartmut Schiedermair formulierte - „echte Wissenschaftler" zu suchen[39], zu fördern und später auch, so wird man aus heutiger Sicht hinzuzufügen haben, auf bestimmte Posten zu lancieren. Man suchte also und fand kongeniale Partner, darunter auch Wissenschaftler, die zu DDR-Zeiten Behinderungen und Pressionen zu ertragen hatten.

In jedem Falle war und ist das Wahrnehmungsmuster des Deutschen Hochschulverbandes selektiv. Nur den nach den eigenen Maßstäben als „unbescholten", „echt" oder „verdient" auserkorenen Personen galt sein Interesse. Ich kenne keine einzige Äußerung des genannten Verbandes, in der auch nur ein Gedanke über das Schicksal der vielen, vorwiegend aus politischen Gründen in den letzten Jahren entlassenen Professoren, Dozenten und wissenschaftlichen Mitarbeiter verschwendet wurde. Selbst dort, wo er sich für die sozialen Belange ehemaliger Hochschullehrer in Ostdeutschland einsetzt, speziell für die Verbesserung der Altersversorgung, die Aufhebung der „Kappungsgrenzen", ist sein Ansatz selektiv. Seine diesbezügliche Stellungnahme trägt die bezeichnende Überschrift „Unbescholtene Hochschullehrer nicht der Armut überlassen".[40]

Ansonsten ist der Deutsche Hochschulverband mit der Entwicklung der ostdeutschen Hochschulen, die er aktiv mitbeeinflußt hat, hochzufrieden. Aus dem Munde von Präsident Schiedermair klingt das so: „Daß die Normalisierung und Konsolidierung der Universitäten in den neuen Bundesländern inzwischen so weit fortgeschritten sind, ist nicht zuletzt das Verdienst der Kolleginnen und Kollegen, die sich an dem jetzt weitgehend abgeschlossenen Prozeß der personellen Erneuerung neben den hierfür verantwortlichen staatlichen Instanzen maßgeblich beteiligt haben. Es dürfte neben den Hochschullehrern (man weiß, welche Gruppe von ihnen gemeint ist - S.K.) keine Berufsgruppe geben, die mit dem gleichen Ernst, dem gleichen Verantwortungsbewußtsein und der gleichen Konsequenz das Werk ihrer personellen Erneuerung betrieben hat. In dem, was hier teilweise unter unsäglichen Mühen und persönlichen Opfern geleistet worden ist, feiert die Autonomie der Universität einen Triumph. ...Heute können wir nach sorgfältiger Prüfung und ohne Übertreibung feststellen, daß es in der Bundesrepublik Deutschland keinen Ort gibt, in dem die Wiederherstellung der inneren, geistigen Einheit so weit fortgeschritten ist wie in den Universitäten."[41] Dieser Standpunkt ist schon konsequent und nicht unlogisch - nach all den an den ostdeutschen Hochschulen vollzogenen Selektionen, Entlassungen und Neuberufungen. Entstanden ist, speziell an den Universitäten Ostdeutschlands, eine (wieder) gut ausgewählte und mit Privilegien ausgestattete Professorenschaft, in der man weitgehend einen Garant für ein ganz bestimmtes Profil von „geistiger Einheit" erblickt. Ebenso folgerichtig ist es übrigens, wenn der Deutsche Hochschulverband nunmehr für ein Studium an den ostdeutschen Universitäten wirbt und hierbei die „hervorragenden Studienbedingungen" mit kleinen Lehrveranstaltungen und einem Betreuungsverhältnis von 1:9 (im Westen 1:26) hervorhebt.[42]

Halten wir fest: Die Vertreter der großen wissenschaftlichen Institutionen und Verbände blicken „nicht unzufrieden" (Benz) auf den „Umbau" des ostdeutschen Hochschulwesens zurück, den man aktiv mitgetragen und z.T. mitgestaltet hat. Ihre Expertisen, Empfehlungen, Leitlinien und z.T. auch Kritiken im Detail begleiteten und förderten den Prozeß

der grundlegenden Umgestaltung des ostdeutschen Hochschulwesens nach den Mustern und Leitbildern der Hochschulen des westlichen Deutschlands. So differenziert und nuanciert ihre Urteile auch sind - siehe Erichsen - , die im konservativen Geist vollzogene Umgestaltung der ostdeutschen Hochschulen, speziell die „personelle Erneuerung“ mit all ihren Konsequenzen für die betroffenen Wissenschaftsdisziplinen und die betroffenen Menschen, wurde und wird als ein notwendiger und faktisch alternativloser Vorgang angesehen, dessen Legitimation vor allem in den politischen Entscheidungen der Parlamente und Regierungen gesehen werden.

Aussagen und Wertungen ostdeutscher Universitätsrektoren

Es gibt inzwischen eine Vielzahl von Wortmeldungen ostdeutscher Universitätsrektoren und der Präsidentin der Humboldt-Universität zu Berlin. Nicht alle diese Äußerungen sind wissenschaftlich oder politisch von besonderem Interesse.

Nachfolgend soll auf einige Kernaussagen dreier Universitätsrektoren eingegangen werden, die eine aktive Rolle bei der Umgestaltung ihrer Universitäten gespielt haben und weiter spielen: Gerhard Maess (Universität Rostock), Gunnar Berg (Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg) und Cornelius Weiss (Universität Leipzig). Alle drei Rektoren haben sich zusammenhängend auf einem Symposium der Deutschen Akademie der Naturforscher Leopoldina, das im Jahre 1994 in Halle (Saale) unter dem Thema „Zur Situation der Universitäten und außeruniversitären Forschungseinrichtungen in den neuen Ländern“ stattfand, geäußert. Wir beziehen uns nachfolgend vor allem auf die dort gehaltenen Beiträge.[43]

Erstaunliche Aussagen, die kaum in das gängige offizielle Wertungsmuster passen, lieferte Gerhard Maess. „In Rostock“, so lautete seine erste These, „erfolgte die Universitätserneuerung von innen heraus“[44] - gemeint war die zeitliche Phase Herbst 1989/90. Hier wurde noch eine (modifizierte) Drittelparität und eine Rotation in den Fachbereichs- und Kliniksleitungen praktiziert, und zwar im Gegensatz zur heutigen „Glorie der Kliniksleitung auf Lebenszeit“. Es gebe Beispiele, daß bereits im Stadium der Zusammensetzung von Beiräten und Berufungskommissionen „unter parteipolitischen Gesichtspunkten hineinregiert wurde“.[45]

Eine weitere Grundaussage von Maess lautet: „Die Hochschulautonomie endete in Rostock mit der Wahl der neuen Landesregierung im Oktober 1990.“[46] Damit wurde der Universität auch die personelle Erneuerung aus der Hand genommen. Der Rektor weiß gewiß, wovon er spricht, wenn er seine Meinung bekundet, „daß Integration auf längere Sicht für die Gesellschaft besser gewesen wäre als Ausgrenzung“.[47] Er beklagt heutige Reglementierungen an der Universität, die kaum Gestaltungsräume ließen. Und offensichtlich aus einem Gemisch von Anklage, Bedauern und wohl auch ein wenig Resignation heraus wird schließlich gefragt: „Warum muß in Rostock die Drittelparität abgeschafft, die Mitsprache von Mitarbeitern und Studenten eingeschränkt werden, wenn sich das dort bewährt hat?“[48] Ja, warum wohl? Von bemerkenswerter Offenheit ist auch die These, daß „die Fachstruktur der Hochschulen des Landes“ das „Ergebnis von Lobbyismus“ sei. Auf verhaltenen Optimismus wollte der Rektor dennoch nicht verzichten: „Studieren in den neuen Bundesländern bietet trotzdem Vorteile.“[49]

Ganz anders lesen sich die Darstellungen des Rektors der Halleschen Universität, Gunnar Berg. Für ihn beginnt die Hochschulerneuerung faktisch erst mit der Wahl der Landtage im Jahre 1990 und der Tätigkeit der Landesregierung. „Besonders ideologiebelastete Sektionen und Fakultäten“ seien „'abgewickelt'„ worden, wobei bezeichnenderweise hinzugefügt wird,

daß dies „auch teilweise inkonsequent“ geschehen sei.[50] Er konnte dem versammelten Auditorium berichten, daß im wesentlichen „'belastete' und mit dem DDR-System eng liierte Personen nicht mehr der Universität“ angehören.[51] Berg geht davon aus, daß das seinerzeit vom Landtag des Landes Sachsen-Anhalt verabschiedete Hochschulerneuerungsgesetz die „Grundlage für die personelle Erneuerung“ geliefert habe.[52] Für ihn war und ist die „Erneuerung“ der Universität - vielleicht von dieser oder jener Einzelheit abgesehen - rechtens, richtig und notwendig. Für ihn steht fest, daß das genannte Hochschulerneuerungsgesetz des Landes mit großer Mehrheit „aller demokratischen Parteien“ verabschiedet wurde[53], mithin eine der größten Parteien des Landes, die im übrigen in der Stadt Halle die stärkste Fraktion bildet - gemeint ist die PDS - , a priori nicht zu den „demokratischen Parteien“ zu zählen ist. Bezeichnend für die Haltung von Berg ist auch seine in der freien Diskussion geäußerte Hoffnung, daß man „doch so viel Keime“ hat legen können, „daß einfach keiner der Universitätsöffentlichkeit gegenüber wagen kann, das dann wieder zu stoppen...“.[54]

Beistand erhält Berg durch seinen Prorektor Martin Luckner. Für ihn ist die „Chance“, die der Einigungsvertrag hinsichtlich „betriebsbedingter Entlassungen“ geboten hat, „nicht konsequent wahrgenommen worden“.[55] Luckner bewegt vor allem die Frage, wie weiter Personal „abgebaut“ und Universitätsangehörige gekündigt werden können. Mit Bedauern stellt er fest, daß nunmehr die „Regelungen des Einigungsvertrages... ausgelaufen“ seien und eine Kündigung „nur unter großen Kraftanstrengungen“ möglich sei. Man sollte deshalb darüber nachdenken, „ob es nicht rechtliche Sonderregelungen für die neuen Bundesländer geben kann“, die Kündigungen weiterhin erleichtern.[56]

Sucht man bei Berg und Luckner nach einer (selbst-)kritischen Reflexion der in den letzten Jahren an den Universitäten geschaffenen neuen Tatsachen, so wäre nur eines zu sagen: Fehlmeldung.

Wie Berg hat auch der Rektor der Universität Leipzig, Cornelius Weiss, den Umgestaltungsprozeß an den Hochschulen mitgetragen und mitgestaltet. Doch der Unterschied hinsichtlich Wertung und Reflexion ist beträchtlich. Für Weiss steht zunächst fest, daß nach „40 Jahren ideologischer Bevormundung durch eine wissenschaftsfremde, vermutlich wissenschaftsfeindliche, auf jeden Fall aber gegenüber der Wissenschaft extrem mißtrauische Politbürokratie, nach Jahrzehnten fast perfekter Abschottung vom internationalen wissenschaftlichen Leben und der daraus resultierenden Provinzialität und Kleingeisterei und nach langen Jahren völlig ungenügender Investitionen... die ostdeutschen Hochschulen einer umfassenden Erneuerung an Kopf und Gliedern bedurften“.[57] Die Veränderungen der letzten Jahre nennt Weiss eine „ungeheure Aufbauleistung“, wozu auch die „Lufthansaprofessoren“ und die „Gründungsdekane“ aus den alten Ländern eine wichtige Hilfestellung geleistet hätten. Deren „Solidarität“ erfahren zu haben, sei ein „bewegendes Erlebnis“ gewesen.[58] Daß nicht wenige Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler, denen keinerlei Chance für eine aktive Mitgestaltung an der Erneuerung der Universität gegeben wurde, die Dinge gewiß anders sehen, sei hier wenigstens angemerkt.

Aufmerksam wird der Leser, wenn Weiss zu seinen kritischen Reflexionen ansetzt. Er beklagt vertane Chancen im vollzogenen Prozeß der „Erneuerung“. So blieben der Universität „kaum Gestaltungs- und Freiräume für die Erprobung innovativer und unorthodoxer... Strukturen in Forschung und Lehre“.[59] „Wir wurden vielmehr angehalten..., uns strikt an die westdeutschen - und wie wir inzwischen gelernt haben, damals jedoch nicht wußten - keineswegs optimalen Strukturen anzupassen. Jedes Hinterfragen dieser Strukturen galt als ungehörig.“[60]

Dies sind schon wichtige Selbsterkenntnisse eines Rektors, die man anderen Verantwortungsträgern im Hochschulbereich zur genauen Kenntnisnahme eigentlich nur empfehlen kann. Das gilt auch für die kritische Sicht auf den massiven Stellenabbau, insbesondere seine moralischen Konsequenzen. Es sei zu „Denunziationen, zu einem Kampf aller gegen alle“, zu einem „gewaltigen Verdrängungswettbewerb“ und zur Schaffung von neuem Unrecht gekommen.[61] Als ein sächsischer Landespolitiker die Politik der Entlassungen und Ausgrenzungen im Hochschulbereich anhand geschönter Zahlen zu relativieren versuchte, konterte Weiss, daß im Freistaat Sachsen „ein paar Tausend“ Wissenschaftler ohne Kündigung die Hochschulen verlassen mußten und die „verdeckten Kündigungen“ in der (üblichen) Statistik nicht enthalten seien.[62]

Die hier wiedergegebenen und - so könnte man sagen - auf einem „Insider Symposium“ vorgetragenen Auffassungen der genannten Amtsinhaber sprechen für sich. Es muß nur der Vollständigkeit wegen konstatiert werden, daß es auch andere Äußerungen und Bekundungen von ihnen gibt, die das Gesagte z.T. kontrastieren. So hat der Rektor der Universität Rostock, G. Maess, den wir u.a. mit seiner Meinung „Integration statt Ausgrenzung“ zitierten, im Jahre 1995 eine Verfahrensordnung für seine Universität unterschrieben, die bei der Neueinstellung des „nichtwissenschaftlichen (!) Personals“ (offensichtlich weiterhin) eine „Regelanfrage“ bei der Gauck-Behörde vorsieht.[63] Und der Rektor der Universität Leipzig, C. Weiss, überraschte in neueren Meinungsbekundungen mit der Feststellung, daß - auch in Anbetracht der ungelösten Probleme an den westdeutschen Hochschulen (z.B. permanente „Überlast“) - nun „die Stunde“ der ostdeutschen Hochschulen gekommen sei. „Durch das Fegefeuer der Erneuerung geläutert, reformerfahren und mit wiedererwachsenem Selbstbewußtsein sollten wir uns in der Reformdebatte zu Wort melden. ... Wir haben das Zeug, einen eigenständigen Beitrag zur Reform des bestehenden Hochschulsystems zu leisten...“.[64] Im selben Atemzug werden - nun nicht mehr überraschend - die (auch von uns oben aufgegriffenen) kritischen Urteile des ehemaligen Vorsitzenden des Wissenschaftsrates, D. Simon, als „unsägliche(n) Pauschal- und Vorurteile“ bewertet.[65]

Besonders durch die letzten Beispiele dürfte die Widersprüchlichkeit des Denkens und Agierens deutlich geworden sein, das für nicht wenige heutige Rektoren, Prorektoren, Dekane und andere Funktionsinhaber an den Universitäten gilt. Sie gehörten, sofern sie Ostdeutsche sind, in der Regel zu den ersten, oftmals in einem „verkürzten“ oder „außerordentlichen“ Verfahren berufenen Professoren („neuen Rechts“) und sind mit beträchtlichen (statusbezogenen) Privilegien ausgestattet. Mir ist keiner von ihnen bekannt, der in grundsätzlicher Weise gegen die konservative „Hochschulerneuerung“, speziell gegen die politisch motivierte Überprüfung und Entlassung von Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern öffentlich aufgetreten wäre. Man hat die Umgestaltung des ostdeutschen Hochschulwesens mitgetragen und aktiv mitgestaltet, die einen mit großem Eifer, die anderen mit mehr Zurückhaltung und verbunden mit kritischen Kommentaren. Aber Kritik, sofern sie überhaupt artikuliert wird, betraf und betrifft zumeist nur einzelne Seiten und Momente der Umgestaltung bzw. bestimmte Gegebenheiten der eigenen Universität.

Diese zusammenfassende Wertung ergibt sich m.E. folgerichtig, wenn man sich das gesamte Wirken und die gesamten Bekundungen heutiger Amtsinhaber an den ostdeutschen Universitäten vergegenwärtigt. Ob damit allerdings das Denken und Handeln eines jeden von ihnen adäquat erfaßt ist, soll hier als Frage stehenbleiben. Ebenso soll hier angemerkt werden, daß für den Verfasser die von C. Weiss auf dem genannten Leopoldina-Symposium

geäußerten und von uns wiedergegebenen kritischen Reflexionen - bezogen auf die Situation an den Universitäten der DDR und bezogen auf den Prozeß der Umgestaltung an den ostdeutschen Universitäten - trotz ihres singulären Charakters zu den eindrucksvollsten Äußerungen eines heutigen Funktionsinhabers gehören.

Ansichten westdeutscher Professoren, die zu Akteuren oder Beteiligten der Umgestaltung des ostdeutschen Hochschulwesen wurden

Mit dieser etwas umständlich klingenden Überschrift sind z.B. die zumeist ab dem Jahre 1990 eingesetzten „Gründungsrektoren“ oder Mitglieder von „Hochschulstrukturkommissionen“ auf Landesebene gemeint, also (zumeist) Professoren, die entweder beratend oder unmittelbar gestaltend, indirekt oder direkt auf die Entwicklung des ostdeutschen Hochschulwesens Einfluß genommen haben.

Die Untersuchung des Wirkens dieser Personengruppe ist u.E. ein Thema für sich, auf keinen Fall unser Thema. Hier interessiert lediglich - auch dies kann nur exemplarisch geschehen -, wie Wissenschaftler aus dem Westen Deutschlands, die über spezifische „Osterfahrungen“ verfügen, den Prozeß der Umgestaltung des ostdeutschen Hochschulwesens analysieren und bewerten. Aus der nicht kleinen Zahl von dafür in Frage kommenden Personen wurden meinerseits solche ausgewählt - es sind drei -, die sich zusammenhängend sowie mehr oder weniger systematisch und kenntnisreich mit dem Thema befaßt haben: Michael Daxner, Präsident der Universität Oldenburg, aber auch bekannt geworden als Akteur im Rahmen der Zentralen Struktur- und Berufungskommission an der Humboldt-Universität zu Berlin[66], Hans-Hermann Hartwich, ehemals Gründungsdekan für Philosophie und Sozialwissenschaften sowie eine Zeitlang Prorektor an der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg, sowie Wolfgang Schluchter, Soziologe an der Universität Heidelberg und ehemals Gründungsdekan für die Fächer Soziologie und Politikwissenschaft an der Universität Leipzig.

Daxner, obwohl kein Gründungsdekan, haben wir auch deshalb ausgewählt, weil er schon frühzeitig, d.h. im Jahre 1991 und am Anfang des Jahres 1992 bemüht war, seine Sicht der Dinge zu entwickeln und, wie gleich deutlich wird, differenziert darzustellen. Er hat in jener Zeit auf einer wissenschaftlichen Tagung in den USA zur Verblüffung der Teilnehmer die These vertreten, die ostdeutschen Universitäten hätten einfach geschlossen oder aber im vereinigten Deutschland unverändert für weitere Jahre erhalten werden sollen. Die Kapazitäten der westdeutschen Universitäten und Hochschulen hätten genügt, um ein Land von der Größe des geeinigten Deutschlands mit den erforderlichen Hochschulabsolventen zu versehen.[67] Die westdeutsche Wissenschaft, so spitzte er in einem Zeitschriftenaufsatz zu, „hätte die ostdeutsche nicht gebraucht“.[68] Natürlich nennt Daxner sofort Gründe - soziale, kulturpolitische und rechtliche -, die zu einer solche Entscheidung führten. Es hätte jedoch nahegelegen, so sein Urteil aus dem Jahre 1991, „die Verfahren der 'Selbstreinigung' (Ost) und der 'Integrationsbereitschaft' (West) sich entwickeln zu lassen. Dann wäre nicht geschehen, was mittlerweile Realität ist: die juristische Collage aus Vergangenheitsbewältigung, Adoption der Organisation und falscher Dominanz durch den Westen.“[69] Das, was geschehen ist, nennt Daxner schlicht und klar die „Überführung der Wissenschaft in den Westen“; die Bundesrepublik „hat sich einen anderen Staat angeeignet, inkorporiert“.[70] Dabei hätte es, so sein Rückblick, durchaus eine Alternative gegeben: „entweder eine HRG-Anpassung zum schnellstmöglichen Zeitpunkt mit größter Effizienz durchzuführen oder sich für zwei Hochschulsysteme in einem Land zu entscheiden, die sich langsam zueinander entwickeln würden und schließlich eine Integration zu neuen Bedingungen erfahren könnten“.[71] Die zweite

Variante, so nun gewissermaßen die „realistische Wende“ in den Gedankenkonstruktionen des Michael Daxner, „hatte jenen illusionären Hoffnungsgehalt, den allgemein die sozialen Versprechen vor dem 2. Juli bzw. dem 3. Oktober 1990 erweckten“[72]. Er nennt ausdrücklich die kurz vor dem Ende der DDR erlassene „Hochschulverordnung“ von 18.9.1990, mit der sich die erste Variante weitgehend durchgesetzt habe.[73]

Wenn nunmehr der Name Hartwich genannt wird, dann nicht etwa wegen origineller Gedanken oder theoretischer Tiefe, sondern deshalb, weil er, der zu den Akteuren der konservativen Hochschulerneuerung wurde, eine Art von Systematik dieser Erneuerung, speziell an der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg, vorgelegt hat, die im übrigen nicht wenige interessante Detailaussagen enthält.[74] Bei Hartwich kann man nachlesen, welche Rolle die Mitglieder des Deutschen Hochschulverbandes, die „Initiativgruppe zur Erneuerung“ der Universität, die Leopoldina, die Konrad-Adenauer-Stiftung, bestimmte Personen im Ministerium sowie „profilierte Einzelpersönlichkeiten“ im, wie Hartwich formuliert, „eigentliche(n) Prozeß der 'Transformation'„, nämlich dem „Prozeß der personellen 'Erneuerung'„ gespielt haben.[75] Vor allem diesem „eigentlichen Prozeß“, dem, wie er auch schreibt, „personalpolitischen Kern jeder 'Erneuerung'„[76], gilt seine Aufmerksamkeit, ja sein Eifer. Die im Jahre 1990 an der Universität in Halle vorgenommene demokratische Wahl der neuen Universitätsleitung - bekanntlich fanden in jenem Jahr auch an anderen Universitäten derartige Wahlen statt - erscheint Hartwich nahezu suspekt: „Die neue demokratische Legitimation bedeutet keine Erneuerung. Im Gegenteil. Der Transformationsprozeß stockte. ...Das Hauptproblem, die personelle Erneuerung, setzte die staatliche Intervention voraus. Dies überforderte jede Hochschulautonomie.“[77] Daß in einer solchen Perspektive die „Abwicklungen“, die „Abberufungen“ von Hochschullehrern und vor allem die Tätigkeit der „Personalkommissionen“, die bekanntlich die politische Überprüfung der Wissenschaftler und anderer Universitätsangehörigen vorgenommen haben, positiv bewertet werden, versteht sich fast von selbst. Im Detail von Interesse ist die Feststellung - hier ist ihm kaum zu widersprechen -, daß in den „Personalkommissionen“ die „dezidierten Gegner der SED“ dominiert hätten.[78] Selbst zu einem Zeitpunkt, als der Lehrkörper schon deutlich dezimiert war (1994), spricht er noch immer von einem „lähmend(en)... Personalüberhang“[79] .Im übrigen war für Hartwich die „Anpassung an die Grundlagen des westdeutschen Wissenschafts-, Forschungs- und Hochschulsystems... infolge der politisch-administrativen Bedingungen unvermeidlich“. Das Ende allerdings sei, so wird - jedoch ohne inhaltliche Untersetzung - hinzugefügt, „nicht Abschluß, sondern Beginn der Reformierung des deutschen Universitätssystems“.[80] In einem Vortrag, gehalten vor dem Wissenschaftsforum der Sozialdemokratie, formuliert er denselben Gedanken, nur etwas zurückhaltender, indem er von dem „Faktum“ spricht, „daß es vermutlich unvermeidlich war, das gesamte westdeutsche System zunächst einmal zu übernehmen, aber nachdem man es übernommen hat, den Versuch machen sollte, es zu reformieren“.[81]

In zusammenhängender Form und in einer auch für den Kritiker der konservativen Hochschulerneuerung anregenden Weise hat sich Schluchter mit der Umgestaltung des ostdeutschen Hochschulsystems befaßt. Seine Kernaussagen können weitgehend als repräsentativ für die Gruppe der „Gründungsdekane“ angesehen werden, so daß sich ein spezielles Resümee unsererseits für diese Gruppe erübrigt.

Für Schluchter ist die Veränderung der ostdeutschen Hochschulen im Kern eine „strukturelle Anpassung“ an die Hochschulen des Westens. Es habe eine Übertragung der Institutionen des Westens auf den Osten stattgefunden, eine „Verwestlichung des Ostens, strukturell und

teilweise auch personell“.[82] Mit der „Erneuerung“ der ostdeutschen Hochschulen sei zunächst ein „Modernisierungsschritt nachgeholt“ worden.[83] Ostdeutsche Hochschulpolitiker förderten gegenwärtig eher, wie er weiter feststellt, „eine konservative Modernisierung der gesamtdeutschen Hochschulen, als daß sie die Innovationen weitergäben, die aus der basisdemokratischen Phase des Umbauprozesses hervorgingen“.[84] Notwendig sei „abermals eine strukturelle Reform“, nun aber „in Ost und West“.[85]

Auch für Schluchter hat es keine Alternative zur realen Entwicklung des ostdeutschen Hochschulsystems gegeben. Die „Chance zur Neuordnung“ der gesamtdeutschen Hochschullandschaft sei „nie groß“ gewesen.[86] Als Erklärungsmuster liefert er folgende Aussage: „Übertragung und Reform in einem, das war einfach zu viel.“[87] In einem anderen Zusammenhang nennt er - weitergehend als in diesem eher pauschalen Urteil - eine Reihe von Gründen und Hintergründen für die vollzogenen Veränderungen, Die deutsche Vereinigung sei als „Beitritt“ erfolgt, die DDR habe ihre Eigenständigkeit selbst aufgegeben und sich „freiwillig dem Grundgesetz und der westdeutschen Rechtsordnung“ unterstellt. Es habe eine „Selbstanpassung“ an die Bundesrepublik Deutschland schon vor der Vereinigung eingesetzt, wobei als Beleg - wie bei Daxner - die „Verordnung über Hochschulen (Vorläufige Hochschulordnung)“ vom 18. September 1990, mit der „bereits in der DDR westdeutsches Hochschulrecht Eingang fand“, ausdrücklich genannt wird. Der „Umbau im Osten“ sei schließlich durch die „Architekten der Vereinigung“ unter „extrem kurze Fristen“ gestellt gewesen.[88] „Erst allmählich“, so lautet eine Zusammenfassung der besonderen Art bei Schluchter, „können wir Atem holen und wieder nach Spielräumen für weitergreifende Reformen fragen ...“.[89]

Zusammenfassender Vergleich

1. So heterogen hinsichtlich bestimmter Merkmale die Personengruppen, deren Aussagen und Urteile wir versuchten zu analysieren, auch sind, so trifft doch für sie alle zu, daß sie - in unterschiedlichem Grade und teilweise zeitlich begrenzt - zu Wegbereitern, zu Akteuren der Umgestaltung des ostdeutschen Hochschulwesens wurden. Keiner von ihnen gehört zu den, wie oftmals in der Alltagssprache formuliert wird, „Verlierern der deutschen Einheit“. Sie waren und sind z.T. noch unmittelbar eingreifend - gestaltend oder planend - konzeptionell an einem Prozeß beteiligt, den die einen als „Modernisierung“ oder „Modernisierungsschritt“, die anderen als „Transformation“ oder „Erneuerung“ und wiederum andere als „strukturelle Anpassung“ an den bzw. „Überführung“ in den Westen bezeichnen. Einige von ihnen sprechen, was nur schwer nachvollziehbar ist, von einer „Zusammenführung“ unterschiedlicher Hochschulsysteme und von einer Wiederherstellung einer „inneren, geistigen Einheit“ speziell im (gesamt-)deutschen Hochschulbereich.

2. Die „Erneuerung“ der ostdeutschen Hochschulen, so wie sie erfolgte, konnte - so der Tenor der Auffassungen - nicht anders verlaufen. Eine Alternative sei, auch in Anbetracht des Faktors Zeit, faktisch nicht gegeben gewesen. Die „Erneuerung“, so wie sie konkret vollzogen wurde, war - so die dominierende Sichtweise - notwendig, unvermeidbar und auch rechtens, also durch das geschaffene Recht (Einigungsvertrag und Hochschulerneuerungsgesetze der Länder) legitim.

Eine zwar in der Form elegante, in der Sache aber genau diese Sichtweise treffende Aussage lieferte kürzlich der Präsident der Bundesrepublik Deutschland, Roman Herzog, in einem Vortrag an der Universität Leipzig. Die Chance, so der Präsident, sei zwar vorhanden gewesen, nach 1989 zu einer wirklichen Reformdiskussion und zu einem wirklichen Neu-

beginn zu kommen und nicht bloß das westdeutsche Hochschulsystem dem Osten überzustülpen, doch zu fragen sei auch, weshalb diese Chance nicht genutzt wurde. Vom Standpunkt der „praktischen Vernunft“ des Politikers stellte er die Frage, ob es nicht der „Anpassungsdruck und die Geschwindigkeit des Umbruchs“ waren, die derartige Bemühungen geradezu überrannt haben? Habe es also nicht, so wird Herzog weiter zitiert, „in diesem Moment nur ein Entweder-Oder gegeben?“[90]

3. Damit ist bereits angeklungen, was heutige Verantwortungsträger und ihre kongenialen Partner als Rechtfertigungsgründe für das an den ostdeutschen Hochschulen Geschehene markieren. Es sind, sofern man sich überhaupt die Mühe macht, danach zu fragen, drei Gruppen von Gründen, die das eigene Handeln erklären und legitimieren sollen:

a) Man entwirft ein ganz bestimmtes Bild der Gesellschaft der DDR und speziell der Wissenschaft sowie des Hochschulwesens der DDR. Man braucht dieses Bild, vor allem über die im Vergleich zum westdeutschen Gesellschafts- und Hochschulsystem tatsächlich existent gewesenen, z.T. aber auch nur so bezeichneten oder definierten Defizite, um die „Überführung in den Westen“ plausibel erscheinen zu lassen.[91]

b) Es erfolgt ein Verweis auf den gesellschaftlichen Umbruch Ostdeutschlands, seine Dynamik und seine politischen und rechtlichen Grundlagen, in Stichworten: die Ergebnisse der freien Wahlen, die Festlegungen des Einigungsvertrages, das (durch Wahlen) legitimierte Handeln der Landesregierungen, die Bestimmungen der Hochschulerneuerungsgesetze der Länder und - immer wieder - der „ungeheure Anpassungsdruck“ und der Zeitfaktor. - Damit wird nahezu alles erklärt und begründet, so daß - jedenfalls für viele der von uns vorgestellten Verfasser - kaum ein ernsthaftes und kritisches Hinterfragen der Ergebnisse und der Folgen (z.B. auch für die vielen tausend Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler) der mitgestalteten oder mitgetragenen „Hochschulerneuerung“ vorgenommen wird.

c) Als Legitimation des eigenen Handelns dient teilweise ein Zukunftsbild der (ost)deutschen Universitäten. Für die (künftige) Freiheit der Forschung und Lehre, für die Universität der Zukunft müsse man auch zu „Opfern“ bereit sein. - Daß hinter dem Freiheitspostulat, zumindest bei etlichen Akteuren, offensichtlich ein ganz bestimmtes Universitätsverständnis mit Professorendominanz und -privilegien steht, sei wenigstens hier angemerkt.

4. Wie ein roter Faden schließlich zieht sich durch die dargestellten Bekundungen die Hoffnung oder Erwartung oder der Appell, nunmehr, d.h. nach der Übernahme des westdeutschen Hochschulsystems im Osten, zu einer Reform der deutschen Hochschulen insgesamt zu gelangen. Teilweise werden Reformimpulse speziell von den ostdeutschen Hochschulen erwartet oder erwünscht. Inhaltlich werden derartige Hoffnungen oder Erwartungen kaum untersetzt oder bestenfalls an wenigen Einzelpunkten oder peripheren Fragen festgemacht.

Zum Schluß: Nach diesem Versuch, ein möglichst genaues Gesamtbild an Aussagen, Urteilen und Wertungen heutiger Verantwortungsträger zu liefern, in das im Interesse einer systematischen Darstellung bewußt nur sparsam eigene kritische Gedanken eingefügt wurden, könnte oder müßte, wenn man diesem Gesamtbild oder Teilen von ihm nicht zu folgen vermag, der (ebenso systematische) Diskurs beginnen. Dies ist hier nicht möglich. Aber ein Gedanke soll dennoch geäußert werden.

Mit der politischen Grundentscheidung einer Mehrheit der DDR-Bevölkerung für das gesellschaftliche System der Bundesrepublik Deutschland und weiteren politischen Entscheidungen durch Wahlen, Parlamente und Regierungen war auch eine Weichenstellung für die Entwicklung von Wissenschaft und Hochschulen im Osten Deutschlands erfolgt. Aber mit dieser Grundentscheidung und der genannten Weichenstellung waren, so meine These, für die ostdeutsche Hochschulentwicklung einerseits Rahmenbedingungen und Grenzen gesetzt, andererseits aber durchaus auch Entscheidungsspielräume, die so oder so genutzt wurden und werden, gegeben.

Daß die Pädagogik bzw. Erziehungswissenschaft z.B. in Jena, Leipzig und Chemnitz, nicht hingegen in Halle oder Dresden „abgewickelt" wurde, daß die „Logik" als Teil der Philosophie z.B. in Halle in die „Abwicklung" geriet, nicht hingegen in Leipzig, daß die Pädagogische Psychologie als Disziplin manchenorts faktisch „aufgehoben" wurde, an anderen Einrichtungen jedoch relativ unversehrt blieb oder daß es, wie sich leicht nachweisen ließe, bei den Entscheidungen über Entlassung oder Verbleib von WissenschaftlerInnen an der Universität sowohl Abstrafungs- als auch Gefälligkeitsentscheidungen gab, all dies mag hier als Beispiel genügen.

M.E. erweist sich die unreflektiert und pauschal formulierte These, wonach es in der ostdeutschen Hochschulentwicklung (und wohl nicht nur in ihr) keine Alternative, sondern nur ein Entweder-Oder gab, als höchst fragwürdig. Mit dieser These - gleiches gilt für das Argument der knappen Zeit - kann man nahezu alles erklären, begründen und wohl auch kaschieren. Wenn man die vollzogene Entwicklung quasi als Automatismus, vergleichbar einem naturwüchsigen Ereignis, darstellt, dann stellt sich nicht die Frage nach dem Handeln, sowohl den Handlungsbedingungen als auch den Handlungsmöglichkeiten und -varianten, nicht nach den Handlungszielen, -motiven und -resultaten der Akteure. Aber genau diese Frage muß man stellen, zusammen mit nicht wenigen anderen Fragen.

Anmerkungen:

[1] Vgl. Kiel, S.: „Personelle Erneuerung" an ostdeutschen Hochschulen. Versuch einer ganzheitlichen Betrachtung. In: hochschule ost. Leipzig, H. 1/1994, S. 59 ff.

Derselbe: Die gespaltene Reform der deutschen Hochschulen - Wahrnehmungen aus einer spezifischen ostdeutschen Sicht. In: Das Hochschulwesen. Neuwied, H. 4/1993, S. 181 ff.

[2] Einen ersten Versuch in dieser Richtung, z.B. zu den Punkten Hochschulzugang und „verschulte" Ausbildung in der DDR, habe ich in einem anderen Zusammenhang unternommen. Vgl. Kiel, S.: Ostdeutsche Hochschulen in der Veränderung. Versuch eines Diskurses über Wertungen. In: Das Hochschulwesen. Neuwied, H. 3/1995, S. 169 ff.

[3] Rüttgers, J.: Verrottete Universitäten werden wir nicht erleben. Fragen an den Bundesminister für Bildung, Wissenschaft, Forschung und Technologie. In: Forschung und Lehre. Mitteilungen des Deutschen Hochschulverbandes. Bonn, H. 7/1995, S. 359.

[4] Vgl. Hintze, P.: Antworten zu „16 Fragen an die Parteien zur Bildungspolitik". In: Forschung und Lehre. Mitteilungen des Deutschen Hochschulverbandes. Bonn, H. 10/1994,S. 444.

[5] Vgl. Laermann, K.-H.: Plenarvortrag. In: Hochschulerneuerung in den neuen Bundesländern. Bilanz nach vier Jahren. Hrsg.: Buck-Bechler, G./Jahn, H., Weinheim 1994, S. 12.

[6] Vgl. ebenda, S. 12 f.

[7] Vgl. ebenda, S. 13.

[8] Vgl. ebenda, S. 19.

[9] Vgl. ebenda, S. 20.

[10] Meyer, H. J.: Der Machtanspruch der SED deformierte und korrumpierte die Menschen. In: Das Parlament. Bonn, Nr. 24/1994, S. 5.

[11] Ebenda.

[12] Meyer, H. J.: Weichen für die Zukunft. In: Leipziger Volkszeitung am 20.9.1993, S. 24.

[13] Meyer, H. J.: Zwischen Kaderschmiede und Hochschulrecht. In: hochschule ost. Leipzig, H. 6/1992, S. 35.

[14] Meyer, H. J.: „Der Wissenschaftsminister ist kein Richter ...“. Interview. In: hochschule ost. Leipzig, H. 6/1993, S. 56.

[15] Vgl. Frick, R.: Unis im Land müssen deutschen Vergleich nicht scheuen (Interview). In: Hallesches Tageblatt vom 10.11.1993, S. 4.

[16] „Im Hochschulbau absolute Defizite“, MZ-Gespräch mit Minister Frick. In: Mitteldeutsche Zeitung. Halle (Saale) vom 9.6.1993, S. V 1.

[17] Vgl. Frick, R.: Unis im Land ... A.a.O.

[18] Meyer, H. J.: „Der Wissenschaftsminister ist kein Richter ...“. A.a.O., S. 55 f.

[19] Benz, W.: Hochschulerneuerung zwischen Anpassung und Innovation. In: Hochschulerneuerung in den neuen Bundesländern. A.a.O., S. 29.

[20] Vgl. ebenda.

[21] Vgl. Bieber, H.-J.: Die Empfehlungen des Wissenschaftsrates für die Hochschulen in den neuen Ländern. In: Das Hochschulwesen. Neuwied, H. 2/1994, S. 62 f.

[22] Vgl. Kiel, S.: Ostdeutsche Hochschulen in der Veränderung. A.a.O.

[23] Vgl. Bieber, H.-J.: Die Empfehlungen des Wissenschaftsrates ... A.a.O., S. 65 f.

[24] Vgl. Benz, W.: Hochschulerneuerung zwischen Anpassung und Innovation. A.a.O., S. 31 ff.

[25] Bieber, H.-J.: Die Empfehlungen des Wissenschaftsrates ... A.a.O., S. 67.

[26] Ebenda.

[27] Vgl. ebenda.

[28] Vgl. ebenda.

[29] Ebenda.

[30] Ebenda, S. 68.

[31] Ebenda.

[32] Ebenda.

[33] Benz, W.: Hochschulerneuerung zwischen Anpassung und Innovation. A.a.O., S. 30 f.

[34] Neuweiler, G.: Das gesamtdeutsche Haus für Forschung und Lehre. Die Umstrukturierung der Forschungs- und Hochschullandschaft in Ostdeutschland im Kontext einer gesamtdeutschen Hochschulreform. In: Aus Politik und Zeitgeschichte. Beilage zur Wochenzeitung Das Parlament. B 25/1994, S. 25.

[35] Simon, D.: Verschleudert und verschludert. In: Die Zeit. Hamburg, 7.4.1995, S. 49.

[36] Ebenda.

[37] Erichsen, H.-U.: Wachsende Studenten-Migration (Interview). In: Streitsache: Ost-Hochschulen im Wandel. Hrsg.: Institut der deutschen Wirtschaft. Köln 1992, S. 143.

[38] Feierliche Immatrikulation 1994/95. Festvortrag von Prof. Dr. Hans-Uwe Erichsen. In: Berichte und Mitteilungen für Angehörige und Freunde der Universität Leipzig, H. 7/1994, S. 8.

[39] Vgl. Schiedermair, H.: Das Abwanderungsproblem ist riesig (Interview). In: Streitsache: Ost-Hochschulen im Wandel. Hrsg.: Institut der deutschen Wirtschaft. Köln 1992, S. 152.

[40] Vgl. Unbescholtene Hochschullehrer nicht der Armut überlassen. Hochschulverband fordert Verbesserung der Altersversorgung in den neuen Ländern. In: Forschung und Lehre, Mitteilungen des Deutschen Hochschulverbandes. Bonn, H. 5/1995, S. 279 f.

[41] Schiedermaier, H.: Bildung, Forschung und Kultur. Die Universität im Wahljahr 1994. In: Forschung und Lehre, Mitteilungen des Deutschen Hochschulverbandes. Bonn, H. 6/1994, S. 207.

[42] Vgl. Hervorragende Studienbedingungen (Presseerklärung des Deutschen Hochschulverbandes vom 24. Mai 1995). In: Forschung und Lehre, Mitteilungen des Deutschen Hochschulverbandes. Bonn, H. 5/1995, S. 276.

[43] Vgl. Zur Situation der Universitäten und außeruniverstären Forschungseinrichtungen in den neuen Ländern. Nova Acta Leopoldina, Neue Folge, Nr. 290, Bd. 71, Halle (Saale) 1994.

[44] Maess, G.: Der Erneuerungsprozeß an der Universität Rostock. In: Zur Situation der Universitäten ... A.a.O., S. 87.

[45] Vgl. ebenda, S. 88.

[46] Ebenda, S. 89.

[47] Ebenda, S. 90.

[48] Ebenda.

[49] Ebenda, S. 91 (einige der zitierten Aussagen von Maess sind im Originaltext hervorgehoben).

[50] Berg, G.: Der Eneuerungsprozeß an der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg. In: Zur Situation der Universitäten... . A.a.O., S. 69.

[51] Vgl. ebenda, S. 70.

[52] Vgl. ebenda, S. 69.

[53] Vgl. ebenda.

[54] Berg, G.: Diskussionsbeitrag. In: Zur Situation der Universitäten... . A.a.O., S. 116.

[55] Vgl. Luckner, M.: Diskussionsbeitrag. In: Zur Situation der Universitäten... . A.a.O., S. 169.

[56] Vgl. Luckner, M.: Diskussionsbeitrag. In: Zur Situation der Universitäten... . A.a.O., S. 107.

[57] Weiss, C.: Der Erneuerungsprozeß an der Universität Leipzig. In: Zur Situation der Universitäten... . A.a.O., S. 95.

[58] Vgl. ebenda, S. 96.

[59] Ebenda, S. 97.

[60] Ebenda.

[61] Vgl. ebenda.

[62] Weiss, C.: Diskussionsbeitrag. In: Zur Situation der Universitäten... . A.a.O., S. 121f.

[63] Vgl. Zum Verfahren bei Neu- und Wiedereinstellungen. In: Rostocker Universitätszeitung vom 7.4.1995, S. 7.

[64] Weiss, C.: Editorial des Rektors. In: Mitteilungen und Berichte für die Angehörigen und Freunde der Universität Leipzig. Leipzig, H. 4/1995, S. 1.

[65] Vgl. ebenda.

[66] Vgl. Possekel, R.: Ostwissenschaft im Taumel. In: Berliner Debatte Initial. Zeitschrift für Sozialwissenschaftlichen Diskurs. Berlin, H. 2/1992, S. 91.

[67] Vgl. hierzu den Tagungsbericht von Possekel, R.: Ostwissenschaft im Taumel. A.a.O.

[68] Vgl. Daxner, M.: Die Überführung der Wissenschaft in den Westen. In: Kritische Justiz. Baden-Baden, H. 4/1991, S. 445 (im Original hervorgehoben - S.K.).

[69] Ebenda, S. 446.

[70] Ebenda, S. 444.

[71] Ebenda, S. 452.

[72] Vgl. ebenda.

[73] Vgl. ebenda.

[74] Vgl. Hartwich, H.-H.: Der Prozeß der Transformation 1990 - 1993 in der sozialwissenschaftlichen Analyse. In: Berg, G. und Hartwich, H.-H. (Hrsg.): Martin-Luther-Universität. Von der Gründung bis zur Neugestaltung nach zwei Diktaturen. Montagsvorträge zur Geschichte der Universität Halle. Opladen 1994, S. 203 ff.

[75] Vgl. ebenda, S. 223 f.

[76] Vgl. ebenda, S. 218.

[77] Ebenda, S. 221 f.

[78] Vgl. ebenda, S. 224.

[79] Vgl. Hartwich, H.-H.: Die Aufgaben der Hochschulreform. In: Wissenschaftsnotizen, Wissenschaftsforum der Sozialdemokratie. Bonn, Nr. 7/1994, S. 31.

[80] Hartwich, H.-H.: Der Prozeß der Transformation ... A.a.O., S. 234 f.

[81] Hartwich, H.-H.: Die Aufgaben der Hochschulreform. A.a.O., S. 31.

[82] Vgl. Schluchter, W.: Die Hochschulen in Ostdeutschland vor und nach der Einigung. Über die Rolle von Wissenschaftsrat und Hochschulstrukturkommissionen im Umbauprozeß. In: Zur Situation der Universitäten und außeruniversitären Forschungseinrichtungen ... A.a.O., S. 21.

[83] Vgl. ebenda, S. 31.

[84] Vgl. ebenda, S. 32.

[85] Vgl. ebenda.

[86] Vgl. ebenda, S. 20.

[87] Vgl. Schluchter, W.: Perspektiven der ostdeutschen Universitäten. In: Hartwich, H.-H. (Hrsg.): Universitätsjubiläum und Erneuerungsprozeß. Die Martin-Luther-Universität im dreihundertsten Jahr ihres Bestehens 1994. Opladen 1995, S. 137.

[88] Vgl. hierzu Schluchter, W.: Die Hochschule in Ostdeutschland vor und nach der Einigung ... A.a.O., S. 20 f.

[89] Schluchter, W.: Perspektiven der ostdeutschen Universitäten. A.a.O., S. 137.

[90] Vgl. hierzu: „Der Geist ist frei“. Bundespräsident Herzog besucht die Universität Leipzig. In; Mitteilungen und Berichte für die Angehörigen und Freunde der Universität Leipzig. Leipzig, H. 6/1995, S. 7.

[91] Mit einigen Seiten dieses DDR-Bildes, speziell zum Hochschulwesen, habe ich mich an anderer Stelle auseinandergesetzt. Vgl. Kiel, S.: Ostdeutsche Hochschulen in der Veränderung ... A.a.O. (vgl. Anmerkung 1).

Kurt Pätzold

Die Utopie einer pluralistischen Universität. Nachbemerkungen zum Rektorat Heinrich Finks an der Humboldt-Universität zu Berlin

Mit der Zerstörung des DDR-Hochschulwesens und darüber hinaus dessen, was man die Wissenschaftslandschaft des untergegangenen Staates nennen kann, werden sich erst Historiker künftiger Generationen anhand von Dokumenten auseinandersetzen können, die mehr Aufschluß geben, als es die für die Öffentlichkeit bestimmten, heute zugänglichen tun. Soll der Historiker deshalb besser schweigen? Er kann sich zu Worte melden, wenn er zuvor eingesteht, wie begrenzt sein Wissen noch ist. Aber er muß sich wohl zu Worte melden, nicht so sehr als ein Fachmann eines bestimmten Spezialgebiets der Geistes-, Wissenschafts- oder Universitätsgeschichte, sondern als ein denkgeschulter Zeitgenosse, der mehr als durchschnittliche Voraussetzungen und Möglichkeiten besitzt, über gegenwärtige Entwicklungsprozesse nachzudenken und Zeitereignisse, selbst solche von episodenhaftem Charakter, in sie einzuordnen.

Zumeist werden die Geschehnisse beim Untergang der DDR und - mit ihr - ihres Hochschulwesens noch immer unter dem vordergründigen Gesichtswinkel gesehen, wer die Sieger und wer die Unterlegenen, wer die Gewinner und wer die Verlierer des Vereinigungsprozesses waren und sind. Das ist eine wissenschaftlich (und keineswegs nur moralisch oder nur persönlich) zu rechtfertigende Fragestellung, und sie soll nicht ausgelassen werden. Andere wieder sehen die Resultate ausschließlich unter dem Gesichtspunkt des Objektiv-Gewonnenen. Aber welche Maßstäbe liegen dem zugrunde? Leiten sie sich nicht von einem Wissenschafts- und Universitätsbild her, das tiefer gehender Befragung - soviel vorweg - nicht standhalten kann und aus einer Zeit entnommen ist, die schon der Vergangenheit angehört?

Zunächst und um ein naheliegendes Mißverständnis zu vermeiden: Daß die Universitäten in den neuen Bundesländern nach der Gestalt derjenigen in den alten zugerichtet wurden, war nicht in irgendeiner Weise - um das verpönte, weil mißbrauchte Wort hier zu benutzen - gesetzmäßig. Daß es geschah, hatte zwei Ursachen.

Da war erstens das Interesse der politisch herrschenden Schicht in Bonn, ein geistiges Oppositionspotential, das (ob zu Recht oder nicht, sei dahingestellt) in den ostdeutschen Wissenschaftlergruppen an den Universitäten gesehen wurde, zu zerschlagen. Daher richteten sich die zerstörerischen Angriffe zwar in erster Linie gegen die Gesellschaftswissenschaftler, beschränkten sich aber nicht auf sie. Die Geschichte der Berliner Charité könnte das illustrieren. Wohl nicht zu Unrecht wurde vermutet, daß Wissenschaftler der verschiedensten Fachrichtungen, die sich zu DDR-Zeiten in vieler Hinsicht von staatswegen hatten indoktrinieren lassen, dieser Prozedur sich nicht ein zweites Mal unterwerfen würden. Die Botschaft, nun sei zu ihnen die Freiheit gekommen, würden viele von ihnen ernst nehmen. Das war nicht so gewollt. Inzwischen wird denen, die in der DDR Demokratie nicht gefordert hatten, mehr oder weniger unverblümt auch gesagt, daß sie dadurch das Recht verwirkt hätten, sie nun für sich in Anspruch zu nehmen.

Die zweite der den Prozeß begünstigenden und vorantreibenden Ursachen bestand darin, daß die Wissenschaftler an den Hochschulen der Altbundesrepublik, was ihren Kollegen in den neuen geschah, teilnahmslos hinnahmen oder als eine gerechte Strafe oder auch unvermeidliches, vielleicht eben noch als persönlich tragisch wahrgenommenes Geschehen ansa-

hen. Um es im Klartext zu sagen: Nur ein energischer Protest aus den Kreisen der Hochschulintelligenz und da wieder durch (oder unter führender Teilnahme) ihre einflußreichsten und angesehensten Vertreter hätte den Kahlschlag gegen die Wissenschaft im Osten verhindern können.

Es ist nicht mein Thema und nicht meine Sache, einen Erklärungsversuch für dieses Verhalten zu geben, das sich mit hoher Wahrscheinlichkeit aus einem Motivbündel herleitete, zu dem Antisozialismus, Botmaßigkeit gegenüber der eigenen Regierung, berechnendes Konkurrenzverhalten, Gleichgültigkeit und Dummheit gehört haben könnten. Jedenfalls: Wie die Kräfte sich verteilten, war der Gang der Abwicklung (mit und ohne Anführungszeichen) ohne jede Alternative, und er war auch vorhersehbar. Was sich vollzog, vollzog sich nicht zufällig und war nicht das Ergebnis irgendwelcher „Fehler“ aus Unkenntnis und Unerfahrenheit.

Historiker, und von ihnen soll im folgenden einzig die Rede sein, die sich doch nahezu allesamt auch mit der Rolle von Staaten und von ihnen verfochtenen Interessen vertraut gemacht hatten, teilten die Illusionen, einschließlich der grotesken, sie könnten als Staatsangestellte von einem Staat angenommen werden, der in Ostdeutschland die Restauration des Kapitalismus betrieb und durchsetzte. Dieses naive Verhalten wäre - ohne jeden Zynismus sei das gesagt - eigentlich und für sich genommen ein zu rechtfertigender Grund gewesen, sie abzuwickeln. Diejenigen, die das taten, wurden wie erwähnt freilich von gänzlich anderen Motiven geleitet.

Das Jahr 1989/1990 war auch an den Universitäten und Hochschulen der noch existierenden, aber ihrem Untergang entgegengehenden DDR von vielen Illusionen begleitet. Sie lassen sich in zwei Phasen einteilen, wenn man Gruppen und nicht einzelne Individuen im Blickfeld hat. In der ersten richteten sich unbegründete Hoffnungen noch darauf, in einer erneuerten sozialistischen Gesellschaft eine Universität zu schaffen, die sich weitgehend aus sich selbst demokratisch gestalten könnte. In der zweiten, nachdem der Weg zur größeren deutschen Bundesrepublik sich klar abgezeichnet hatte, herrschte die ebenso wenig begründete Hoffnung vor, es könnten Universitäten in den neuen Bundesländern entstehen, die nicht einfach Strukturen und Praktiken „des Westens“ zu übernehmen hätten (oder übergestülpt bekommen würden). Dabei wurde daran gedacht, daß der Zustand der Hohen Schulen in den alten Bundesländern selbst Gegenstand mehr oder weniger kritischer Betrachtung war. Diese Illusion entsprang oder verfestigte sich bis zu einem nicht geringen Grade auch aus den Wünschen, den eigenen Platz an der Universität und damit sich selbst eine Zukunft als Wissenschaftler behaupten zu können.

An keiner ostdeutschen Universität hat das Projekt einer demokratischen Erneuerung der Hochschule und ihrer Gestaltung zu einer wirklich pluralistischen Bildungsstätte so lange so entschiedene Parteigänger besessen wie an der Humboldt-Universität zu Berlin. Ihr ausdauerndster war der Theologe Heinrich Fink. Er wurde durch eine miese Intrige zu Fall gebracht, als Rektor gestürzt durch die haltlose Anklage, ein Informeller Mitarbeiter (IM) der Staatssicherheit gewesen zu sein. Die Methode war alt: In ihrer blutigen Form vollzog sie sich in der Geschichte nach der Formel „Schlagt ihre Führer tot!“, ihre unblutige erfolgte nach der Devise „Schlagt ihre Führer moralisch tot!“. Das kann als ein Fortschritt an Humanität gelten und wurde auch so interpretiert.

Das Rektorat Fink - gemessen am Gesamtverlauf des Anschluß-Prozesses eine Episode - führt zu jener Strategie und Taktik, mit der nicht ein Erneuerungsversuch des Sozialismus

abgewürgt wurde. Dieses Projekt, das nie feste Konturen annehmen konnte, war schon erledigt. (Das geschah übrigens durch politische Kräfte, die gleichzeitig und bis heute mit dem Vorwurf operieren, die DDR-Wissenschaftler hätten sich 1968 nicht gegen das Erschlagen des Erneuerungsversuchs in der CSSR gewandt, ihn vielfach - was unbestritten ist - öffentlich gutgeheißen. Erneuerungsversuche des Sozialismus werden sichtlich mit sehr unterschiedlichen, vom jeweiligen Bedarf hergeleiteten Maßstäben gemessen.) Die längste Zeit des Rektorats Fink fällt indessen in die Zeit, da es bereits um die Ausgestaltung einer Hochschule innerhalb der größer werdenden Bundesrepublik ging. Vordergründig wurde dieses Rektorat von Freund und Feind als ein Zusammenschluß von Widerständlern gesehen, die sich der Bonner Politik und der des Berliner Senats gegenüber der größten Universität der DDR nicht konzept- und willenlos unterwarfen. Das war es auch, aber in ganz anderem Sinne, als offiziell und öffentlich dargestellt. Es wurde behauptet, die Kräfte um den Rektor widersetzten sich der Erneuerung der Universität und gingen vor allem darauf aus, die Plätze des alten Mitarbeiterstammes um jeden Preis und gegen jedes Argument zu verteidigen. Selbstredend gab es solche Bestrebungen, aber sie wurden nicht vom damaligen Senat getragen. Der beabsichtigte eine Veränderung, die zum einen sich von überholten Einrichtungen aus DDR-Zeit trennte, zugleich bisherigen Mitarbeitern (keineswegs durchweg) die Chance der Bewährung und unter Umständen auch der Rehabilitierung unter den veränderten Umständen geben wollte (also auf der sogenannten „Einzelfallprüfung“ bestand) und gleichzeitig durch Neustrukturierungen und die Berufung und Anstellung von Wissenschaftlern aus den alten Bundesländern eine Situation schaffen wollte, die sich für die alten und neuen „Humboldtianer“ zu einer Herausforderung gestalten sollte.

Erste Schritte in diese Richtung wurden gegangen. Im übrigen ließ sich leicht errechnen, in welch raschem Tempo allein aufgrund der Altersstruktur der Professorenschaft der Universität ein vollständiger Wechsel des wissenschaftlichen Führungspersonals eintreten mußte. Am Institut für Geschichte beispielsweise wären allein aufgrund dieses Faktors von den im Jahre 1990 dort tätig gewesenen heute (1995) noch drei Professoren verblieben, zwei ordentliche und ein außerordentlicher. So aber stellten sich die neuen Machthaber den Prozeß nicht vor. Nachdem die Abwicklung der Sektion am Einspruch des Gerichts gescheitert war, begannen die individuellen Kündigungen. Nur eine Minderheit davon war mit Hilfe der Behörde des Herrn Gauck möglich. Im Gefolge dieser und der „ordentlichen“ Verweise aus der Universität begannen Arbeitsgerichtsprozesse, deren Kosten - dies nebenbei - zumeist die Steuerzahler zu begleichen hatten. Die Praxis hatte eine disziplinierende Wirkung über die betroffenen Institute hinaus.

Dieser Weg war langwieriger als der ursprünglich vorgesehene der kurzhändigen Abwicklung, doch führte er mit Verzögerung auch zum vorgedachten Ziel. Es ist bemerkenswert, daß schon heute niemand der Beteiligten aus den Kreisen der Wissenschaftler aus den Altbundesländern so recht zu dem Verfahren stehen will. Ein Informationsblatt für die neuimmatrikulierten Historikerstudenten, das dieser Tage an der Humboldt-Universität unter Verantwortung des Institutsdirektors herausgegeben wurde, erfüllt den Tatbestand der Geschichtsfälschung glatt. Es wird behauptet, der Personalwechsel sei in einer Kommission beschlossen worden, der mehrheitlich ostdeutsche Mitglieder angehört hätten. Den Studenten wird verschwiegen, daß auch keiner der emeritierten Professoren der Humboldt-Universität, wenn man schon die amtierenden als nicht geeignet ansah, für würdig befunden wurde, in der Struktur-Berufungs-Kommission mitzuwirken. Da standen immerhin der Mediävist Eckhart Müller-Mertens, der Neuzeitler Gerhard Schilfert, der Osteuropa-Historiker Günther Rosenfeld, durchweg international angesehene Forscher, zur Verfügung. Und es

bleibt unerwähnt, daß von den beiden herbeigerufenen Wissenschaftlern aus Instituten der Akademie der Wissenschaften der DDR der eine aus gesundheitlichen Gründen ausgeschieden war (er verstarb bald) und der andere (wie es schien nicht ganz) freiwillig seinen Platz räumte. Künftige Wissenschaftshistoriker werden sich auch mit dieser Fährten- und Spurenverwischung zu befassen haben. Doch geht es darum nicht allein. Wie geistig flach ist dieses Willkommen für Geschichtsstudenten, die am Ende dieses Jahrhunderts und damit in einer Situation in die Universität eintreten, die sich grundlegend von der jener Studentengenerationen unterscheidet, die ihnen voraufgingen!

Selbst im engeren Sinne gilt das im Osten des größeren Staates vollbrachte Werk inzwischen Experten als mißlungen. Am klarsten hat das der seinerzeitige Vorsitzende des Wissenschaftsrates ausgesprochen, allerdings unter vornehm-zurückhaltender Auslassung seiner eigenen Beteiligung und Verantwortung. Mißlungen - das ist ein Urteil aus vielen Federn, das sich allerdings auf ganz verschiedene Sachverhalte und gedachte Ergebnisse bezieht. Das führt zurück zu dem nahezu vergessenen und wesentlichen Teil der Bestrebungen des Rektorats Fink. Gezielt wurde auf eine - das mag man nun uneingeschränkt illusionär nennen - Neugestaltung der Universität von innen und unter Einbeziehung von äußeren Kräften, aber eben doch wesentlich durch Kräfte der Wissenschaft selbst. Als Resultat von deren Wirken, wobei freilich die „Anwesenheit“ der Staatsmacht nicht weggedacht werden konnte, galt eine pluralistische Universität.

Nun war und ist dieser Terminus in vieler Munde, und manche halten diesen Universitätstyp ja in den alten und nun auch in den neuen Bundesländern für hergestellt. Während die einen aber - dies bestreitend - mit dem Begriff der pluralistischen Wissenschaft ein Spektrum bezeichnen, das philosophisch-materialistische Ansätze einbegreift - und dies eben gehörte auch zum Konzept des Rektorats Fink -, zielten andere auf dessen engeres Verständnis. Während, um wieder mich auf die Historiker zu beziehen, der Direktor des Göttinger Max-Planck-Instituts für Geschichtswissenschaften meinte, es handele sich nur darum, den historischen Materialismus aus seiner Monopolstellung zu stürzen, nicht aber ihn von der Universität zu vertreiben, deklarierte der stellvertretende Vorsitzende der Struktur-Berufungs-Kommission für die Geschichte, was vom Marxismus wissenschaftlich wertvoll sei, habe die westdeutsche Wissenschaft längst in sich aufgenommen. Er betrachtete den Marxismus gleichsam als ein ausgekohltes Bergwerk, dessen Stollen nun verschüttet und dessen Bergleute irgendwo umgeschult werden könnten (sofern er sich über deren Zukunft überhaupt Gedanken machte). Der Gründungsdirektor des neuen Instituts für Geschichtswissenschaften an der Humboldt-Universität konnte sich nicht enthalten, Faschismusauffassungen, die der seinen widersprachen, in einem Kündigungsschreiben zu erwähnen, um freilich hinzuzufügen, sie bildeten nicht den Grund des Begehrens nach einem weiteren freien Arbeitsplatz.

Das Rektorat Fink ist mit seinem Konzept einer pluralistischen Lehre gescheitert. Dies hatte vor allem äußere, aber auch innere Ursachen. Das mag nun einzig als eine Niederlage der „Marxisten“, der auf Marx zurückgehenden oder von ihm ausgehenden Wissenschaftler erscheinen, als Ausschaltung der „Linken“. Zum einen aber sind solche Siege stets auch Niederlagen der Demokratie. Dies dämmert inzwischen manchen Wissenschaftlern in den alten Bundesländern. Zum anderen gehört der Vorgang des Endes der DDR-Universitäten in einen Zusammenhang, den nur eine Minderheit von Wissenschaftlern heute herstellt.

Bei allen Unterschieden wurde am Ende der achtziger Jahre an den Universitäten der BRD und der DDR im großen und ganzen so gearbeitet, als ob die Menschheit und mit ihr auch

die Bürger der damals existierenden beiden Staatswesen nicht vor existentiellen Fragen stünden. In vielen Lippenbekenntnissen wurde die Wahrnehmung geäußert, so könne nicht weiter gewirtschaftet, gearbeitet, auch nicht gegessen, gewohnt, sich bewegt, kurzum: nicht gelebt werden. Jene Wahrnehmung, die doch besagt, daß zunächst einmal - da die Dinge durch die Köpfe der Menschen hindurchmüssen - so nicht weiter gedacht werden kann, blieb auch an den Universitäten und Hochschulen „hüben wie drüben“ weitgehend folgenlos. Was geschah, besaß den Charakter von Palliativmittelchen.

Wo aber soll eigentlich dieses Neue Denken beginnen, wenn nicht in Instituten, Labors, Seminarräumen und Hörsälen? Wer eigentlich soll in der Gesellschaft sich zum Sprecher - das ist vielleicht ein viel zu schwaches Wort - für einen grundstürzenden, also revolutionären Wandel in der Auseinandersetzung zwischen Mensch und Natur machen, in deren Ergebnis beide überleben können (und beide können ja nur gemeinsam überleben), wenn nicht die Intelligenz? Und was bedeutet das für deren Heranbildung an den Schulen und den Hohen Schulen? Es ging und geht ja gar nicht allein - wie schon seit langem - um dieses oder jenes Modell von Universitätsarbeit, um Reformen, die sich im Ausmaß an frühere anschließen und auf deren Niveau bewegen. Es geht um den Generalinhalt nahezu aller wissenschaftlichen Anstrengung und Lehre, um deren neue, den krisenhaften Menschheitszuständen angemessene Gestaltung.

Um von meinem Gebiet zu reden: Kann über die Geschichte der vergangenen Jahrhunderte, die von einer Auseinandersetzung der Menschen mit der Natur in einer Weise beherrscht wurden, die nun - wird sie fortgesetzt - tödlich wirkt, so weiter geredet werden wie bisher? Muß nicht auch die Geschichtslehre darauf eingestellt werden, den objektiv schon eingetretenen Umbruch und seine Konsequenzen deutlich bewußt zu machen? Muß über die Wege der Geschichte nicht in ganz anderem Maße als bisher mit dem Ziel geredet werden, die Auswege für die Gegenwart und Zukunft zu finden? Müssen beispielsweise die Geschichte von Wirtschaft und Arbeit nicht einen ganz neuen Platz erhalten? Brauchen wir nicht auch - provokatorisch formuliert - ein die Disziplinen übergreifendes obligatorisches Grundstudium, das aus interdisziplinärem Zusammenwirken erwächst, weil vielleicht weder der Historiker noch der Physiker allein plastisch und einprägsam genug vermitteln können, was die Menschheitsstunde geschlagen hat?

Es kann nicht gut bestritten werden, daß die materialistische Herangehensweise an diese Fragen - im Wettbewerb mit anderen - zur Erforschung und Diskussion der Welt- und Menschheitsprobleme einen Beitrag zu leisten vermag. Das praktische Verhalten gegenüber den Wissenschaftlern der DDR aber lief darauf hinaus, daß auf ihn gut verzichtet werden kann. Man erinnere sich nur der unsäglichen These von der Wissenschaftswüste und - was bedenklicher war und erinnernswerter ist als diese These selbst - des fehlenden Protestes derer, die es doch anders und richtig wußten. So offenbarte sich 1990 mehr als nur Voreingenommenheit der etablierten Wissenschaftler in den Altbundesländern. Denn im Augenblick, da der Einheitsstaat auszugestalten war, konnten Antriebe zu kritischer Durchsicht eigener Positionen entstehen. Das unterblieb, aus welchen Gründen auch immer. Die Selbstzufriedenheit der einen mochte es für überflüssig halten, andere wollten womöglich nicht als Störenfriede auftreten. Wieder andere mochten vom antikommunistische Triumph aus zu keiner Frage vordringen können, und vierte arbeiteten weiter, als sei nichts sie Betreffendes geschehen.

Der Versuch, der Universität im deutschen Staat einen anderen Platz zu erstreiten, als ihn die Humboldt-Universität im DDR-Staat eingenommen hatte, entsprang nicht zum wenigsten einer bitteren Selbstkritik - in ihm drückte sich auch ein Schuldbekenntnis aus, das nach produktiver Betätigung suchte. Nur: Ein solches Bekenntnis wurde nicht verlangt und nicht angenommen. Ein Wissenschafts- und Universitätskonzept, das nicht nur reformerischen, sondern auch das System selbst in Frage stellenden Ideen Raum lassen sollte, erwies sich als nicht durchsetzbar. Dies erscheint äußerlich als eine Niederlage der einen und als ein Sieg anderer politischer Kräfte - und das ist es auch. Dies erscheint als die intendierte und erfolgreiche Vertreibung der Marxisten aus den Universitäten der neuen Bundesländer - und das ist es auch. Der Vorgang reicht in Bedeutung und Wirkung aber viel weiter. Er ist signifikant, denn er hat ein Schlaglicht nicht nur auf die politische Verfassung der maßgeblichen Kräfte der deutschen Intelligenz geworfen. Die Wissenschaftler des deutschen Ostens wurden als gleichberechtigte Mitstreiter nicht angenommen. Dieser Verzicht, der als solcher gar nicht wahrgenommen worden sein mag, zeigt eben auch den Grad von Krisenbewußtsein an.

Die deutsche Intelligenz denkt und wirkt als Ganzes in den Koordinaten von gestern und läßt sich - wieder als Ganzes - von denen (es sind vor allem Naturwissenschaftler, Philosophen und politische Ökonomen) nicht aufschrecken, die aus diesen Koordinaten gedanklich schon ausgebrochen sind. Sonst hätte sie einen in der deutschen Geschichte beispiellosen Kahlschlag an ausgebildeten Forschern nicht zulassen können. Denn - dies zu dem Bogen, den das Thema unserer Veranstaltung schlägt - die Vergleiche des Geschehens an den Universitäten im Jahre 1945 und im Jahre 1990 mögen im einzelnen viele fruchtbare Fragen ergeben und Forschungen anregen. Im Ganzen mißleiten sie, denn die Grundsituation der Menschheit hat sich in den 60er und 70er Jahren unumkehrbar verändert. Nach 1945 stand auf der Prioritätenliste für das Ethos der Wissenschaftler das Thema „Atombombe“ an oberster Stelle. Meine Antwort auf diese Frage lautete, als ich 1948 als Student in die Friedrich-Schiller-Universität eintrat: eine sozialistische Welt. Wie aber ist diese Liste fünfzig Jahre später beschaffen? Und wie lauten unsere Antworten heute?

Torsten Bultmann

Konturen einer alternativen Wissenschafts- und Hochschulpolitik

Eine Forderungsprogramm in Richtung einer alternativen Hochschulpolitik beginnt im Regelfall so, daß unter Bezugnahme auf brennende gesellschaftliche Probleme, die der wissenschaftlichen Durchdringung harren, den traditionellen wissenschaftlichen Institutionen in einem verantwortungsethischen Sinne neue Aufgaben im Gegensatz zu den herkömmlichen zugewiesen werden. Ich sehe mich nicht mehr in der Lage, in dieser schlichten Form eine Argumentation aufzubauen. Wenn nämlich die These stimmt, daß die ökologische Krise eine Krise der gesellschaftlichen Naturverhältnisse ist, d.h. der Formen, in denen „Gesellschaften ... ihr Verhältnis zur Natur zugleich symbolisch darstellen und materiell regulieren...“ (Egon Becker/Peter Wehling), dann betrifft dies auch die Art und Weise, mit Wissenschaft und Technik auf die Natur einzuwirken. Anders gesagt: ökologische Gefährdungen sind auch das Resultat einer Krise der Formen, in denen wissenschaftliches Wissen erzeugt wird und sich mit der Gesellschaft austauscht. Deswegen greift die Perspektive einer bloßen steuerungspolitischen Umprogrammierung tradierter Institutionen zu kurz.

Die Frage nach einer **alternativen Entwicklungsrichtung** - zu mehr, als diese zu skizzieren, sehe ich mich nicht in der Lage - hat für mich statt dessen die folgenden Dimensionen:

* die Kritik an den in der Gesellschaft hegemonialen (bzw. mehrheits- und durchsetzungsfähigen) Leitbildern der Wissenschaftsentwicklung;

* die Suche nach einem neuen politischen Regulationsmodus zwischen „Wissenschaft“ und „Gesellschaft“;

* die Wissenschaftskritik im „engeren“ Sinne, d.h. die Auseinandersetzung mit der unmittelbaren wissenschaftlichen Praxis, verbunden mit der Frage nach systeminternen Veränderungsmöglichkeiten.

Bei genauerem Hinsehen gibt es in der Geschichte der westdeutschen Hochschulreformbewegung seit den 60er Jahren ein reichhaltiges Reservoir an Konzepten, Visionen und demokratischen Strukturentwürfen, die mehr oder weniger in der Tradition der SDS-Denkschrift „Hochschule in der Demokratie“ oder der Reformprogramme der alten Bundesassistentenkonferenz (BAK) stehen. Vieles davon ist leicht aktualisierbar. Meine These ist, daß nicht der Mangel an positiven Visionen oder durchdachten Alternativkonzepten das Problem ist, sondern daß die Stagnation der Hochschulentwicklung vielmehr vom Mangel einer politisch verallgemeinerungsfähigen Kritik am bestehenden Hochschulsystem wie an den Leitbildern der Wissenschaftsentwicklung generell geprägt ist. Ausgangspunkt einer solchen Kritik kann nicht sein, was den Hochschulen alles fehlt, nämlich Geld, Personalstellen, ökologische Themen etc., sondern was die Hochschulen konkret tun: Welche Interessen werden bedient und welche ausgegrenzt? Wie wird die Wirklichkeit durch die dominanten Verhaltensmuster wissenschaftlicher Praxis zergliedert und bearbeitet? Was fällt dabei unter den Tisch?

Die etablierte Politik versucht gegenwärtig alle gesellschaftlichen Ressourcen von Bildung und Wissenschaft dem „Standort-Deutschland“-Paradigma unterzuordnen. Im bloßen Beklagen dieser ökonomistischen Engführung besteht sehr schnell breite Einigkeit. Die Klage

bleibt jedoch begriffslos, solange gegen diesen Ansatz lediglich ein neohumanistischer Bildungsbegriff oder irgendein „Wesen der Universität“ ins Feld geführt wird.

Bei genauerer Betrachtung beschränkt sich auch die offizielle Wissenschaftspolitik nicht auf den Aspekt einer standortgerechten ökonomischen Verwertung wissenschaftlich-technischer Ergebnisse. Man findet in ihr durchaus eine bestimmte gesellschaftspolitische Vision, die etwa im Bundesforschungsbericht 1993 als „Effizienzrevolution“ oder von Rüttgers ständig als „Wachstum aus Intelligenz“ bezeichnet wird. Anders gesagt: Durch eine konzentrierte (und selektive) Förderung bestimmter Schlüsseltechnologien sowie eine (raum-zeitliche) Beschleunigung des anwendungsorientierten Wissenschaftstransfers sollen - so wird beansprucht - die meisten Probleme der Gesellschaft perspektivisch gelöst werden können. Die Botschaft ist im Prinzip noch weitergehender: Auf die Revolutionierung von Wissenschaft und Technik wird die Bewältigung aller globalen Menschheitsprobleme projiziert. Auf diese Weise beanspruchen die Konservativen politische Kompetenz mit Blick auf die ökologische Krise, die ihnen - gemäß Umfragen - bisher von der Bevölkerungsmehrheit noch nicht zugebilligt wird. Dieser Politikansatz ist konsequenterweise verbunden:

* mit der **Zurückdrängung von wissenschafts- und technikkritischen Elementen im gesellschaftlichen Bewußtsein** (vor allem auch im Wissenschaftsbereich selbst), die sich im Kontext der Ökologiebewegung entwickelt haben. In gleicher Richtung zielt die Dauerpolemik gegen die, im selben Zusammenhang entstandenen, gesetzlichen Beschränkungen von Forschung und Anwendung;

* eine **politisch-rhetorische (bzw. ideologisch-moralische) Aufwertung von Technologie, „Effizienz“ und „Professionalität“** in einem interessenpolitischen Vakuum vermeintlich reiner Sachgesetzlichkeiten.

Dies ist gleichbedeutend mit einer **Entpolitisierung gesellschaftlicher Fragen und Krisenphänomene**, oder - in den Worten von Erika Hickel (TU Braunschweig) - mit einer „Technologisierung sozial zu lösender Probleme“. Die amerikanischen Sozialwissenschaftler Frank Fischer und Alan Mandell vermuten einen allgemeinen Trend, daß sich die konservativen Eliten in den kapitalistischen Hauptländern zunehmend um die **technokratische Vision einer wissenschaftsbasierten postfordistischen Gesellschaft** versammeln, was anhand der Bildungsreformdiskussion in den USA schlüssig belegt wird. In letzter Konsequenz ist dies ein reaktionäres und anti-demokratisches Gesellschaftskonzept. Die um es inszenierten Diskurse suggerieren, es gäbe für jede soziale und politische Frage die optimale Lösung, die wissenschaftlich ermittelt und (sozial)-technisch gehandhabt werden kann. Eine politische Regulation über Interessen bzw. Interessenkompromisse, durch welche die fordistische Phase des Kapitalismus definiert ist, wirkt sich in dieser Durchsetzung purer Sachgesetzlichkeiten nur störend aus. Die Konsequenz ist eine schleichende „Demontage des traditionellen pluralistischen Systems“ (Fischer/Mandell) durch stärkere Anbindung politischer Entscheidungen an „die Wissenschaft“ bzw. an informelle expertokratische Stäbe bei gleichzeitiger Abkoppelung von der interessenpolitisch-öffentlichen Sphäre. Ziel dieses Ansatzes, der derzeitig auf allen Ebenen der Wissenschafts- und Bildungspolitik operationalisiert wird, ist

1.) nicht die soziale Beherrschung von Wissenschaft sondern die Wertschätzung von Wissenschaft als solcher und

2.) nicht die soziale Verbreiterung wissenschaftlicher Urteilsfähigkeit sondern die Erzeugung der Bereitschaft, die Urteile von Experten zu akzeptieren.

Dies findet seinen Ausdruck etwa in elitetheoretisch begründeten Ansätzen einer hierarchischen Differenzierung des Bildungswesens. Entsprechende technokratische Politikmuster kommen, wie gerade beim letzten Beispiel deutlich wird, auch in der Bildungs- und Wissenschaftspolitik hierzulande verstärkt zum Zuge, in dem Maße wie diese ihre Impulse und Strukturüberlegungen vermeintlich „unpolitischen“ ökonomischen Effizienzkriterien entnimmt.

Jeder alternative wissenschaftspolitische Denk- und Handlungsansatz kann seine Politikfähigkeit nur aus der scharfen Auseinandersetzung mit den dominierenden ökonomisch-technokratischen Leitbildern gewinnen. Zum einen gilt es dabei den Nachweis zu führen, daß durch die diesen entsprechenden Handlungsmuster die ökologische Krise mit den Mitteln bewältigt werden soll, die sie verursacht haben (Reduktion von gesellschaftlicher Entwicklung auf ökonomisches Wachstum; Verstetigung von Herrschaft und Ausbeutung etc.). Zweitens wird in dieser Konfrontation deutlich, daß die strukturelle Minimalvoraussetzung jeder nachhaltigen Wissenschaftsentwicklung die **Re-Politisierung wissenschaftlicher Praxis** ist; kurz: die stärkere (Wieder-) Rückbindung wissenschaftlicher Tätigkeit an die politische Öffentlichkeit und an interessenpolitische Aushandlungsprozesse. Zugespitzt formuliert würde ein alternatives Leitbild einer sozial und ökologisch verantwortlichen Wissenschaftsentwicklung seine Ausstrahlungskraft nicht so sehr aus normativen Postulaten sondern aus der Akzeptanz und Begründbarkeit demokratischer Prozeduren und Verfahren gewinnen.

Auf dem 4. Alternativen Hochschultag in Leipzig (11.03.1995) habe ich die Leitgedanken einer reformpolitischen Praxis wie folgt zusammengefaßt:

1. Eine historisch-systematisch ansetzende Wissenschaftskritik ist immanente Voraussetzung jeder Hochschulreform im allgemeinen und (fachbezogenen) Studienreform im besonderen, weil nur aus dieser Perspektive ein Verständnis für die aktuellen Funktionsdefizite des Wissenschaftssystems erschlossen werden kann. Die Institutionalisierung feministischer Wissenschaft ist *ein* notwendiger Bestandteil dieser historischen Selbst-Reflexion des Wissenschaftssystems und damit untrennbar mit Hochschulreform verbunden.

2. Eine ökologisch verantwortbare Entwicklungsalternative des Wissenschaftssystems - oder zunächst einzelner, neu kombinierter Elemente desselben - ist nicht primär eine Frage der „anderen“ Inhalte, sondern nur in Verbindung mit einer alternativen gesellschaftlichen Praxis vorstellbar. Bereits im Kontext der „sozialen Öffnung“ der Hochschulen in der BRD der 70er Jahre war der Bezug auf andere soziale Akteure als die traditionellen Eliten in Staat und Wirtschaft Programm der Hochschulreformer. Wissenschaftsangebote als Vorlauf gesellschaftlicher Reformen sollten etwa für Gewerkschaften und soziale Bewegungen insgesamt erarbeitet werden. Heute akzentuiert sich diese Aufgabenstellung schärfer: Ein alternativer Ansatz beginnt bereits bei der dem eigentlichen Wissenschaftsprozeß vorgelagerten „Entstehung“ wissenschaftlich relevanter Probleme, bei der politischen Definition dessen, welche gesellschaftlichen Probleme wissenschaftlich relevant sind und welche nicht, bei der Entwicklung von Prioritäten für Forschung und Studium. Dies ist sozial verträglich nur möglich, wenn ein breit gefächertes Spektrum von Interessengruppen auf derartige Entscheidungs- und Aushandlungsbedingungen Einfluß nehmen kann.

3. Ansatzpunkt für Hochschulreform ist folglich nicht mehr das isolierte administrative Funktionssystem Hochschule, sondern die gesamten Verhältnisse der Entstehung, der Produktion und des Transfers von Wissenschaft.

4. Alternative wissenschaftliche und wissenschaftspraktische Ansätze müssen schrittweise in kooperativen Strukturen institutionalisiert werden. Dazu könnte etwa ein erweitertes Verständnis der Kuratorialverfassung beitragen oder die Einrichtung gesellschaftlicher Beiräte auf Fachbereichsebene, die sich aus den verschiedenen Interessengruppen des der jeweiligen Wissenschaftsrichtung zugeordneten gesellschaftlichen Praxisfeldes zusammensetzen. Modellversuche der Studienreform oder der ökologisch orientierten Projektforschung könnten an den Hochschulen vorhandene Kompetenzen bereits im Ansatz mit Interessengruppen des auf diese Weise bearbeiteten gesellschaftlichen Problemfeldes kombinieren.

Eine Faustregel oder ein für allemal gültige institutionelle Lösung für all dies gibt es nicht. Der Grundgedanke jeder hochschulreformerischen Praxis ist, die soziale Entscheidungsbasis über Wissenschaft in Richtung aller von Wissenschaft Betroffenen zu erweitern. Eine interne Demokratisierung der Hochschulen ist so systematisch mit einer stärkeren Beteiligung gesellschaftlicher Akteure auf Hochschulentscheidungen verbunden.

Literaturvorschläge:

Egon Becker/Peter Wehling: Risiko Wissenschaft - ökologische Perspektiven für Wissenschaft und Hochschule, Frankfurt/M. 1993.

Gernot Böhme/Michael von Engelhardt: Entfremdete Wissenschaft, Frankfurt/M. 1979.

Frank Fischer/Alan Mandell: Bildungspolitik und postindustrielle Transformation; Excellence als technokratische Ideologie; in: Heinz Sünker/Dieter Timmermann/Fritz-Ulrich Kolbe (Hrsg.) Bildung, Gesellschaft, soziale Ungleichheit - Internationale Beiträge zur Bildungssoziologie und Bildungstheorie; Frankfurt/M. 1994.

Sandra Harding: Feministische Wissenschaftstheorie - Zum Verhältnis von Wissenschaft und sozialem Geschlecht, Hamburg 1991.